



## 110. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 18. Dezember 2008

Mitteilungen der Präsidentin ..... 12827

### 1 Aktuelle Stunde

#### Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Einigung über das EU-Klimapaket?

auf Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8126

In Verbindung mit:

#### Einigung in Brüssel beim Klimaschutz stärkt Energie- und Industrieland NRW

auf Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/8127

Und:

#### Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in NRW endlich mit Nachdruck ausbauen

Eilantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8128..... 12827

Reiner Priggen (GRÜNE) .....	12827
	12839
Norbert Römer (SPD) .....	12829
	12843
Christian Weisbrich (CDU).....	12830
	12842
Dietmar Brockes (FDP).....	12832
Ministerin Christa Thoben.....	12833
	12841
	12845
André Stinka (SPD).....	12836
Lutz Lienenkämper (CDU).....	12837
Holger Ellerbrock (FDP).....	12838
Michael Groschek (SPD) .....	12841

Ergebnis ..... 12845

### 2 Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7961

erste Lesung ..... 12845

Ministerin Barbara Sommer .....	12845
Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) .....	12847
Dr. Gerd Hachen (CDU).....	12848
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) .....	12849
Sigrid Beer (GRÜNE).....	12850
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart .....	12851
Dr. Anna Boos (SPD).....	12852
Dr. Michael Brinkmeier (CDU).....	12853
Christian Lindner (FDP).....	12855
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE).....	12855

Ergebnis ..... 12856

### 3 Schutzschirm für Leih-, Zeit- und Kurz- arbeiter

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/8079..... 12856

Rainer Schmelzer (SPD) .....	12856
Hubert Kleff (CDU) .....	12858
Dr. Stefan Romberg (FDP) .....	12860
Barbara Steffens (GRÜNE) .....	12861
Minister Karl-Josef Laumann.....	12863
Thomas Eiskirch (SPD).....	12866
Walter Kern (CDU) .....	12867

Ergebnis ..... 12868

### 4 Konsumgutscheine begründen keine nachhaltige Konjunkturbelebung, sondern führen lediglich nachhaltig in die Verschuldung

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8083..... 12868



Harald Giebels (CDU) .....	12910	Martin Börschel (SPD)	
	12912	(ab 14:00 Uhr)	
Thomas Kutschaty (SPD) .....	12911	Marc Jan Eumann (SPD)	
Dr. Robert Orth (FDP) .....	12911	(ab 14:15 Uhr)	
Monika Düker (GRÜNE) .....	12912	Hubertus Kramer (SPD)	
Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter ...	12912	(ab 15:00 Uhr)	
Ergebnis .....	12913	Annegret Krauskopf (SPD)	
<b>Nächste Sitzung</b> .....	12913	(ab 14:30)	
		Petra Schneppe (SPD)	
<b>Entschuldigt waren:</b>		Gerd Stüttgen (SPD)	
Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers		(ab 15:00)	
Minister Oliver Wittke		Elke Talhorst (SPD)	
Bernd Krückel (CDU)		Jürgen Unruhe (SPD)	
Ulrike Apel-Haefs (SPD)		(ab 14:00 Uhr)	
		Christof Rasche (FDP)	



**Beginn: 10:04 Uhr**

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 110. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **13 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Zwei Mitglieder des Hohen Hauses feiern heute **Geburtstag**. Zum einen feiert Herr **Dietmar Brockes** heute seinen 38. Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Brockes, herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen! Das zweite Geburtstagskind ist Herr **Frank Sichau**. Er wird heute 61 Jahre alt.

(Allgemeiner Beifall)

Auch Ihnen, Herr Sichau, herzlichen Glückwunsch im Namen des Hauses!

Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

**1 Aktuelle Stunde**

**Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Einigung über das EU-Klimapakete?**

auf Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8126

In Verbindung mit:

**Einigung in Brüssel beim Klimaschutz stärkt Energie- und Industrieland NRW**

auf Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/8127

Und:

**Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in NRW endlich mit Nachdruck ausbauen**

Eilantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8128

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 15. Dezember 2008 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der zuerst genannten

aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt. Die Fraktion der SPD hat ebenfalls mit Schreiben vom 15. Dezember 2008 zu dem zweiten Themenkomplex eine Aktuelle Stunde beantragt. Zusätzlich gibt es den genannten Eilantrag der Grünen. – Wir verbinden all diese Themen in einer Debatte.

Ich eröffne die Aussprache und gebe Herrn Priggen das Wort. Bitte schön, Herr Priggen.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! In dieser Woche haben die Regierungschefs der Europäischen Union die Beschlüsse zum Klimapakete der Europäischen Union miteinander vereinbart, und das Europäische Parlament hat das gestern nachvollzogen und mit großer Mehrheit beschlossen. Damit sind die Weichenstellungen für den europäischen Raum bis 2020 festgelegt, und sie sind in der Perspektive darüber hinaus in den Eckpunkten bis 2050 in grundsätzlichen Rahmenvereinbarungen schon angesprochen worden.

Wir müssen dabei immer wieder sehen, dass das, was vereinbart worden ist, nicht 2020 zu Ende ist, sondern dass das Problem des Klimawandels und all das, was daran hängt, so, wie es aussieht, in den nächsten Jahrzehnten zu einem immer größeren Problem wird, das uns beschäftigen wird. Das Ganze ist ein gewisser Vorlauf auf die große Konferenz, die nächstes Jahr im Dezember in Kopenhagen stattfindet, wo die Weltgemeinschaft versuchen wird, in Nachfolge des Kyoto-Protokolls zu verbindlichen Vereinbarungen zu kommen.

Diese Diskussion, die wir führen, findet vor dem Hintergrund der Klimaschutzdebatte statt, die seit 2006 mit außerordentlicher Intensität auf der Tagesordnung steht. 2006 ist der Stern-Report gekommen und hat erstmals darüber berichtet, wie groß die ökonomischen Schäden sind, wenn wir nichts tun. In der Zusammenfassung: Sir Nicholas Stern hat damals als Banker für den britischen Premier eine Untersuchung erstellt, die eindeutig aussagt: Wenn wir nichts tun, wenn wir untätig bleiben, werden die Folgekosten des Klimawandels sehr viel höher, als wenn wir uns engagiert damit befassen und dementsprechende Anstrengungen unternehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nach Stern kam 2007 der Weltklimarat mit dem IPCC-Report und hat uns deutlich gemacht, mit welcher Dramatik diese Prozesse ablaufen. Seitdem haben auch wir einige Erkenntnisse. Der Wirtschaftsausschuss ist beim Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung gewesen, hat dort vom Leiter Prof. Schellnhuber persönlich noch einmal erklärt bekommen, wie die Potsdamer die Entwicklung sehen. Das Potsdam-Institut ist sicherlich zu Recht eines der beiden führenden Institute in der Bundes-

republik, die sich damit befassen. Die Wirtschaftsministerin hatte Herrn Schellnhuber auch als Gast auf dem Energiekongress der Landesregierung in Essen. Auch dort hat er das sehr eindrücklich berichtet.

All das zusammen ergibt eine Tendenz, die eindeutig sagt, wir haben uns mit diesem Thema zu befassen. Dieses Thema wird in den nächsten Jahrzehnten sowohl die energiepolitischen Strukturen als auch den gesamten Verkehrsbereich und den Gebäudebereich sehr stark beeinflussen. Es wird vor allen Dingen die Art, wie wir Strom erzeugen, komplett umwälzen. Wir wissen, dass das nicht nur eine bedrohliche und negative Sache ist, sondern dass damit gleichzeitig auch weltweit neue Märkte entstehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aus meiner Sicht werden die weltweiten Märkte auf dem Energiesektor von den drei E bestimmt werden. Das heißt: Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien werden in einem bisher ungeahnten Ausmaß die Weltmärkte im Energiebereich mit dominieren.

Die Frage ist: Wie stellt sich Nordrhein-Westfalen in dem Zusammenhang auf? Nutzen wir die Chancen? Wir reden immer von Nordrhein-Westfalen als dem Energieland Nummer eins in der Bundesrepublik. Das sind wir, weil wir mit 18 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Bundesland sind. Wir sind in der EU-Staatengemeinschaft das siebtgrößte Land von 27. Wir sind die siebzehntgrößte Wirtschaftsnation der Welt.

Insofern ist es die Frage, wie dieses Land damit umgeht und wie wir die Zukunftschancen sehen, gerade vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise, des Durchschlags auf die Realwirtschaft und der Frage, woher die Arbeitsplätze für Nordrhein-Westfalen kommen, wenn wir in Zukunft als ein im Maschinenbau und bei den Technologien sehr stark positioniertes Land Arbeitsplätze mit einer langfristig sicheren Perspektive generieren wollen.

Diese Chancen für Nordrhein-Westfalen zu nutzen ist eine Aufgabe der Landesregierung,

(Beifall von den GRÜNEN)

gerade vor dem Hintergrund, dass wir wissen, es gibt in der Realwirtschaft Probleme. Ich will auch klar sagen: Alles, was da gemacht werden muss, kann nicht mit dem Hinweis darauf abgetan werden, dass 39 Jahre lang andere regiert haben.

Auch wenn ich es positiv anerkenne: Unter den vier im Bundestag vertretenen Parteien gab es die FDP, von der man nicht erwartet hat, dass sie irgendetwas zum Klimaschutz und zur Energiepolitik beiträgt. Aber es gab zwischen Sozialdemokraten, Christdemokraten und Grünen über eine lange Zeit hinweg in bestimmten Punkten Übereinstimmung. Es war Altkanzler Kohl, der in Rio zum ersten Mal

eine Zusage zum Klimaschutz gemacht hat, und es war die CDU-geführte Regierung, die mit dem Stromeinspeisegesetz die erste Markierung für den Ausbau der Windenergie gesetzt hat.

Als Rot-Grün in Berlin an die Regierung kam und das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg gebracht hat, dieses bahnbrechende Gesetz für den Ausbau der erneuerbaren Energien, waren es auch wieder CDU-regierte Länder und der Bundesbauernverband, die mitgeholfen haben, dieses Gesetz über die parlamentarischen Hürden zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn ich mir vor dem Hintergrund anschau, was Sie hier in Nordrhein-Westfalen machen – ich lasse die FDP jetzt einmal draußen vor und richte meine Worte hauptsächlich an die Kollegen von der CDU –, muss ich sagen: Sie vernachlässigen fahrlässig die Chancen, die für Nordrhein-Westfalen, für die Arbeitsplätze in diesem Prozess liegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade das Ergebnis dieser europäischen Konferenzen sollte für Sie eine letzte Warnung davor sein, von Ihrem Kurs abzugehen. Sie haben uns hier monatelang mit Ihrer etwas skurrilen Allianz der energieintensiven Regionen hingehalten, bei der so bedeutende Regionen wie Limburg, das Saarland, die Steiermark und Oberösterreich zusammen mit Nordrhein-Westfalen versucht haben, die vollständige Auktionierung im Strombereich zu verhindern.

Sie sind mit diesem Vorhaben komplett vor die Wand gelaufen, weil selbst die Bundesländer Bayern und Niedersachsen, die auf dem Papier mit Ihnen in dieser Allianz waren, wie auch die CDU-Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen im Bundestag mit der Bundesregierung gegen das Land Nordrhein-Westfalen gestimmt haben.

Sie müssen jetzt endlich erkennen, dass Sie mit dieser Forderung nach kostenloser Auktionierung und kostenloser Zuteilung der Emissionsrechte für die großen Energieversorger so vor die Wand gelaufen sind, wie es schlimmer gar nicht hätte sein können. Jetzt müssten Sie an der Stelle endlich umschalten und eine energiepolitische Position beziehen, die im Interesse Nordrhein-Westfalens ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es kann nicht sein – um es ganz klar zu sagen –, dass ein Unternehmen die Energiepolitik dieses Landes so dominiert und diktiert, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Vielmehr kann das ganz konkret nur heißen, dass wir bei modernen, hocheffizienten Kraftwerken über den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung reden, die wir in Nordrhein-Westfalen bitter nötig haben. Es kann nicht sein, dass das immer wieder damit abgetan wird, dass Sie keine Wärmesenken finden und nicht wissen, wie man diese Kraftwerke baut. Dann gucken Sie

es sich an! Es gibt Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die das hervorragend können.

Wenn es eine Zäsur geben muss, dann jetzt, ein Jahr vor der Weltklimakonferenz, die auch nur in die gleiche Richtung weiter operieren wird. Deshalb muss sich Nordrhein-Westfalen hier endlich so positionieren, wie es das von der Technologie, von den Arbeitsplätzen und von der Bedeutung her eigentlich sollte, nämlich als ein Energieland, das in der Bundesrepublik Vorreiter ist beim Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, bei modernen, hocheffizienten Kraftwerken und Schluss macht mit der Energieverschwendung, wie sie jetzt leider noch bei einem Großteil der Kraftwerke vorkommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen haben wir den Antrag unter diesem Tagesordnungspunkt gestellt. Ich glaube, wir brauchen neue, hocheffiziente Kraftwerke. Wir brauchen sie dringend. Aber wir brauchen die Kraft-Wärme-Kopplung im ganzen Land. Da muss es einen Paradigmenwechsel geben, kein weiteres Auf-die-Bank-Schieben und kein Verzögern. Vielmehr muss es da eine Umkehr geben. Dieser EU-Gipfel sollte der letzte Anstoß dazu sein. Ich bin gespannt auf den Beitrag der Landesregierung dazu. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Priggen. – Für die SPD spricht nun Herr Römer.

**Norbert Römer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Diese Aktuelle Stunde ist wichtig für Nordrhein-Westfalen nach den Ergebnissen in Brüssel. Wir haben sie deshalb beantragt. Ich will einleitend sagen: Die Würfel sind gefallen. Und die Entscheidung über die Ausgestaltung des Emissionshandels ab 2013 steht für Nordrhein-Westfalen, das Industrie- und Energieland. Dabei sind vier Punkte des EU-Klimapakets ganz besonders wichtig.

Erstens. Die Klimaschutzziele werden eingehalten. Damit wird das Klima geschützt, und Nordrhein-Westfalen kann die Chancen – ich knüpfe an Herrn Priggen an – auf dem boomenden Markt der erneuerbaren Energien nutzen. Die SPD hat dies immer wieder gefordert und unterstützt. Die Klimaskeptiker in den Reihen der Union sind mit dem Versuch gescheitert, den Klimaschutz unter dem Vorwand der Finanzkrise aufs Abstellgleis schieben zu wollen. Das als Erstes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Energieintensive Industriebranchen wie Zement und Stahl erhalten die CO<sub>2</sub>-Zertifikate kostenlos, wenn sie klimafreundlichste Technik anwenden. Das sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer

Arbeitsplätze. Wir haben dies von Anfang an gefordert. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

hat dazu, Frau Thoben, mit der IG-Metall – Sie müssen das lesen und zur Kenntnis nehmen, was um Sie herum passiert – frühzeitig eine gemeinsame Position entwickelt und im Übrigen erfolgreich in Berlin und in Brüssel vertreten.

Drittens. Die Vollauktionierung in der Stromwirtschaft wurde beschlossen. Nichts anderes konnte die Lehre aus der laufenden zweiten Handelsperiode sein. Die Vollauktionierung ist auch deshalb vernünftig, weil die großen Energiekonzerne schon heute die bislang kostenlos erhaltenen Zertifikate über den Strompreis von ihren Kunden bezahlen lassen.

Es gibt zukünftig keinen Grund für Preiserhöhungen mit Hinweis auf den Emissionshandel. Die Versuche der Regierung Rüttgers, hier Geschenke an einzelne Konzerne zu machen, sind gescheitert. Auch das ist festzuhalten.

Viertens. Meine Damen und Herren, das Klimapakets gibt Planungssicherheit für die Energiewirtschaft. Alle Voraussetzungen, um das Kraftwerkerneuerungsprogramm jetzt zeitnah umzusetzen, sind gegeben. Hinzu kommt, dass mit dem Klimapakets Investitionszuschüsse für diejenigen Stromproduzenten ermöglicht werden, die auf neue, hocheffiziente Kraftwerke setzen. Wir haben genau diese Investitionszuschüsse, Frau Thoben, für neue Anlagen immer wieder gefordert und gewollt. Sie waren dagegen.

Diese Fördermöglichkeiten stehen großen und kleinen Energieversorgern gleichermaßen offen, die in Kraft-Wärme-Kopplung oder in Kondensationskraftwerke mit besonders hohen Wirkungsgraden investieren wollen. Sie sind also eine Chance für neue Marktteilnehmer und damit für mehr Wettbewerb.

Mit diesen vier Eckpunkten ist klar: Die Bundeskanzlerin hat konsequent die Position der Großen Koalition vertreten und die Vollauktionierung in der Stromwirtschaft durchgesetzt. Und damit, Frau Thoben, ist die Landesregierung, ist die Regierung Rüttgers auf ganzer Linie grandios gescheitert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Ministerpräsident ist so vorgegangen, wie wir das von ihm gewohnt sind. Erst ist er wenig mutig, ich könnte auch sagen, er ist feige. Dann macht er Symbolpolitik. Wie war es denn auf dem Bundesparteitag der CDU? Genau hier hätte doch der Landesverband des Energielandes Nordrhein-Westfalen seine Stimme erheben müssen, um seine Position in der Bundes-CDU durchzusetzen. – Fehlangeige! Kein einziger Antrag aus Nordrhein-Westfalen zur Energie- und Klimapolitik, kein Braunkohlen-Benchmark, keine kostenlosen Zertifikate für die Energiewirtschaft, keine Bremsversuche

an der Klimapolitik der Bundeskanzlerin, keine einzige politische Initiative. Und dann geht der Parteitag der CDU zu Ende, ohne dass der Ministerpräsident seine Deckung verlassen hätte.

Dann kommt die Woche der Entscheidung. Alle wussten, dass der Europäische Ministerrat am 11. und 12. Dezember den Sack zumachen würde. Alle wussten es. Am 11. Dezember schreibt der Ministerpräsident der Kanzlerin noch schnell einen Brief. Da konnte er nämlich sicher sein, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, dass sein Brief Frau Merkel vor dem Gipfel nicht mehr erreichen würde. Eine tolle Leistung!

Am 12. Dezember erfolgte dann die Entscheidung in Brüssel. Frau Thoben, kein Benchmark, keine Ausnahme für die deutschen Stromkonzerne, stattdessen Vollauktionierung – eine hundertprozentige Niederlage dieser Landesregierung. Ja, Frau Thoben, ich möchte es Ihnen nicht ersparen. Ich habe es Ihnen immer wieder gesagt: Sie reiten ein totes Pferd. Steigen Sie endlich ab! Sie haben das ignoriert, Sie sind starrsinnig auf Ihrem toten Pferd sitzen geblieben. Jetzt hat die Bundeskanzlerin höchstens Sie von diesem toten Pferd geschubst, und Sie sind hart auf den Boden der Wirklichkeit aufgeprallt. Eine tolle Leistung dieser Landesregierung!

Dann teilt der Ministerpräsident der Presse mit, dass dieses Ergebnis Nordrhein-Westfalen schaden wird. Welche Konsequenzen die Landesregierung aus dem ja nicht überraschenden Ergebnis ziehen will, verrät er uns nicht. Anstatt zu handeln und zu regieren, nörgelt er herum. Ich bin gespannt, was uns gleich noch an Nörgelei zugemutet wird.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, haben bereits im September eine klare Position in den Landtag eingebracht. Wir haben die Bundeskanzlerin dabei unterstützt, sich für eine Vollauktionierung in der Stromversorgung einzusetzen. Und wir haben, Frau Thoben, mit Sigmar Gabriel dafür gekämpft, dass ein Teil der Erlöse in ein Investitionsprogramm zum Austausch veralteter Kraftwerke gepackt werden kann. Reiner Priggen hat gerade darauf hingewiesen.

Wir haben uns damit durchgesetzt. Damit ist eine gute Grundlage für Neuinvestitionen hier in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden. Eine gute Grundlage, Frau Thoben, und gute Chancen vor allem für neue Marktteilnehmer und für mehr Wettbewerb, gute Chancen für mehr Energieeffizienz, weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit für mehr Klimaschutz! Das alles musste aber gegen diese Landesregierung durchgesetzt werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Landesregierung war kilometerweit von der Position der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin entfernt. Deshalb muss man hier als Fazit zie-

hen: Die Regierung Rüttgers ist auf der ganzen Linie grandios gescheitert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Schlimme ist: Diese Landesregierung hat Nordrhein-Westfalen energie- und klimapolitisch von der Lokomotive in das Bremserhäuschen manövriert. Damit, Frau Thoben, hat diese Landesregierung den Interessen unseres Landes enorm geschadet. Ich bin auf das gespannt, was Sie uns gleich servieren wollen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Römer. – Für die CDU spricht Herr Weisbrich.

**Christian Weisbrich (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Prophet Jeremia empfahl einst dem Volke Israel: Suchet der Stadt Bestes und betet für sie! Denn wenn es ihr wohl geht, so geht es auch euch wohl. – Für mich ist das die knappste Beschreibung dessen, was der Auftrag von Volksvertretern ist. Wir sind aufgerufen, das Wohl des Landes zu suchen.

An diesem Auftrag gemessen, empfinde ich allerdings die Argumentation von SPD und Grünen als ziemlich peinlich. Dort, wo wir zusammenstehen müssten,

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

erleben wir von Ihnen lediglich den Versuch, der Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen, und unverhohlene Schadenfreude.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Jetzt kommt die Dolchstoßlegende!)

– Herr Remmel, endlich hat der europäische Ministerrat gegen die Interessen von Nordrhein-Westfalen entschieden – toll!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Haben Sie das der Kanzlerin gesagt?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie kann man als Landespolitiker so auch nur denken? Die Landesregierung kämpft für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. Sie fallen ihr in den Rücken.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das ist unsolidarisch und dumm. Je lauter Sie schreien, desto dümmmer wird es.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren! Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit – zweifelsohne –, aber für die gesamte Menschheit, für alle Europäer, nicht nur für uns in Deutschland und schon gar nicht nur für uns in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb sagen wir: Klimaschutz ja – aber bitte im Rahmen eines internationalen Abkommens,

(Sylvia Löhmann [GRÜNE]: Aber erst, wenn die Erde kaputt ist!)

mit dem vergleichbare Lasten für die wichtigsten Wettbewerber festgezurr werden.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das ist doch entschieden!)

Was der Ministerrat jetzt beschlossen hat, ist aus meiner Sicht ein Hammer für die Wirtschaft in Deutschland und vor allem für uns in Nordrhein-Westfalen. Das wird uns noch sehr sauer aufstoßen.

(Beifall von der FDP)

Durch die Vollauktionierung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate für die deutschen Stromerzeuger werden die Strompreise um bis zu 50 % steigen. Das können Sie drehen und wenden wie Sie wollen, das können Sie abstreiten. Es wird so kommen. Da sind sich alle Experten eigentlich einig. Für die Wirtschaft bedeutet das in Zeiten wie diesen Zusatzlasten von 10 bis 15 Milliarden € pro Jahr. Wir sind in einer der größten Wirtschaftskrisen, die wir erlebt haben. Wenn wir dann die Wirtschaft ohne Notwendigkeit mutwillig so zusätzlich belasten, kann ich nur sagen: Dümmer geht's nimmer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herren Sarkozy und Barroso wollen sich für die Weltklimakonferenz in Kopenhagen profilieren und wir sollen zahlen. Es ist schön, wenn Europa Vorreiter sein will

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

oder sein soll – dagegen habe ich auch nichts –, aber dann bitte gleichmäßige Lastenverteilung!

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

– Kollege Römer, ich muss mich schon wundern. Sie sind doch IG-BCE-Mitglied. Sie sollten einmal auf ihren obersten Chef, auf Hubertus Schmoltd hören. Er hat das nämlich voll erkannt. Hubertus Schmoltd hat unlängst gesagt: Was hier vorbereitet wird, ist ein Angriff auf den Kernbereich der industriellen Zukunft Deutschlands. Er hat der Presse gegenüber hinzugefügt: Spätestens die immer deutlicheren Folgen der Finanzmarktkrise sollten die Politik zu einem sorgfältigeren Urteil darüber veranlassen, was diese Pläne für Wirtschaft und Arbeitsplätze bedeuten.

(Beifall von der FDP)

Ihr oberster Chef, Hubertus Schmoltd.

Machen wir uns doch nichts vor: Unter dem Deckmantel, die Welt retten zu wollen, ging es bei der Entscheidung im EU-Ministerrat um knallharte industriepolitische Interessen: Frankreich hat einen Atomstromanteil – Sie wissen das – von fast 85 %. Wir sollen nach dem Willen von SPD und Grünen

aus der CO<sub>2</sub>-armen Kernenergie auch noch aussteigen. Das heißt: Wir zahlen, die Franzosen lachen sich ins Fäustchen, und die Konkurrenten in Polen und Osteuropa sind von der Klimasteuer befreit. Besonders schlimm trifft das uns in Nordrhein-Westfalen mit unseren Kohlekraftwerken und mit dem Kraftwerkserneuerungsprogramm, das jetzt – anders als Sie glauben, Herr Römer – auf der Kippe steht.

Alle reden derzeit von Konjunkturprogrammen: EU, SPD und Grüne, aber leisten sich den Luxus, privat finanzierte Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe zu blockieren.

(Beifall von der FDP)

Was das Ganze aus meiner Sicht schlimm macht: Die Auktionierung ist klimapolitisch überflüssig, weil bereits die Festlegung der sogenannten Caps in den nationalen Allokationsplänen dafür sorgt, dass die CO<sub>2</sub>-Minderungsziele erreicht werden. Das hat mit Auktionierung überhaupt nichts zu tun. Auktionierung führt nicht zu mehr Klimaschutz – dann wäre sie für uns ja noch akzeptabel –, Auktionierung führt ausschließlich, so wie es jetzt ausgestaltet ist, zur Geldabschöpfung, die nur zu einem geringen Bruchteil dem Klimaschutz in den Mitgliedstaaten der EU zugute kommt.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Sie haben es wirklich nicht verstanden!)

Bei uns werden erlaubte Emissionen mit einer horrenden Steuer belegt, die rund viermal so hoch ist wie die Erbschaftsteuer, um die wir uns bis zum Erbrechen gestritten haben. Für die Grünen ist das erstrebenswert, Kollege Priggen, weil Sie glauben, dass damit die Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen ein gesichertes Ende erfahren, und weil Sie glauben, dass die Windfall-Profits der Energiekonzerne endlich abgeschöpft werden. Die preisen ja kostenlos zugeteilten Zertifikate im Augenblick schon ein.

Alle wissenschaftlichen Betrachtungen belegen das: Die Konzerne werden Ihnen etwas husten und jede Verteuerung auf ihre Stromabnehmer abwälzen. Dazu sind sie aufgrund ihrer Marktmacht, über die wir durchaus diskutieren könnten und sollten, und der völlig unelastischen Nachfrage aller Kunden auf dem Strommarkt in höchstem Maße in der Lage.

Dann wird wieder der Ruf nach Sozialtarifen und diesem und jenem kommen. Erst jagt die Politik die Preise mutwillig in die Höhe, indem man eine CO<sub>2</sub>-Steuer einführt, die nur Geldabschöpfe ist, aber für den Klimaschutz überhaupt nichts bringt. Das ist der Punkt. Hinterher beschweren Sie sich, wenn die Strompreise teuer werden.

Es ist so, dass die EVUs dadurch nicht belastet werden, wie Sie das wohl möchten. Vielmehr werden das Handwerk, das Gewerbe, der Mittelstand, die Industrie und sämtliche private Verbraucher die

Kosten der Versteigerung in Form von explosionsartig steigenden Preisen tragen müssen. – Das zur Betrachtungsweise der Grünen.

Herr Römer, Sie haben es vorhin noch einmal deutlich gemacht: Endlich sehen Sie am Horizont neue Subventionen für Kohlekraftwerke. Das haben Sie in der Tat schon immer gefordert. Aber, glauben Sie es mir: Das, was durch diese Zusatzsteuer an Schaden entsteht, ist viel schlimmer als das, was man mit Subventionen ausgleichen könnte. Im Übrigen sind die Möglichkeiten, Einnahmen des Emissionshandels bis zu maximal 15 % für Investitionen für den Bau neuer, hocheffizienter Kohlekraftwerke zu nutzen, nur bis 2016 befristet. Das ist nun wirklich kein angemessener Ausgleich für das, was man uns seitens der Brüsseler Bürokratie antut.

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie gemeinsam mit der Landesregierung dafür gekämpft hätten, dass die Tassen im Schrank bleiben, dass ein Schritt nach dem anderen unternommen wird, dass wir nicht in einem Maße und in einer Zeit in Vorleistung gehen, die für unsere Wirtschaft total unverträglich ist. Ich bedaure das sehr. Ich hätte mir gewünscht, Sie würden sich anders verhalten. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Weisbrich. – Herr Brockes spricht nun für die FDP.

**Dietmar Brockes**<sup>\*)</sup> (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Römer, nach den Debatten der letzten Monate könnte man fast der Auffassung sein, dass Sie an Ihrem Ziel sind, denn das Pferd ist nun leider wirklich tot. Während wir die ganze Zeit noch versucht haben, es am Leben zu halten und zum Laufen zu bringen, muss man eines ganz deutlich sagen: Es ist nicht eines natürlichen Todes gestorben oder zu Tode geritten worden, nein, dieses Pferd ist regelrecht von Herrn Gabriel und der SPD im Bund erschossen worden.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Wenn es tot ist, ist es tot!)

Das ist besonders schlimm, denn gerade für Nordrhein-Westfalen war dies ein besonders wichtiges Pferd im Stall.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

– Herr Kollege Rimmel, wir haben heute Morgen schon an Sie gedacht. In der „Morgenandacht“ wurde der Psalm 32 erwähnt. Hier wurde gebetet: Werdet nicht wie Ross und Maultier, die ohne Verstand sind. Da habe ich direkt daran gedacht, dass Sie sich heute Morgen sicherlich zu Wort melden werden.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, was ist nun das Ergebnis des sogenannten Klimapaketes? – Es gibt die Vollauktionierung für die Energieversorger, allerdings mit Ausnahmen für osteuropäische Kraftwerke. Deutsche Energieversorger werden von diesen Ausnahmen nicht erfasst. Über ein Solidarfonds finanziert nunmehr allen voran Deutschland ein riesiges Kraftwerkserneuerungsprogramm, allerdings nicht bei uns, sondern in Polen und in den anderen osteuropäischen Staaten.

Meine Damen und Herren, auch die Möglichkeit, bis zu 15 % Investitionszuschüsse für neue Kraftwerke bis 2016 zu gewähren, die die Kanzlerin ausgehandelt hat, ist kein angemessener Ausgleich für deutsche Kraftwerke.

(Beifall von der FDP)

Genau genommen ist es ein Witz, eine sozialistische Umverteilungsmaschinerie, die seinesgleichen sucht.

(Beifall von der FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das müssen Sie mir einmal erklären, Herr Rimmel, warum man den Unternehmen das Geld erst wegnehmen muss, um es ihnen dann doch wieder in die Taschen zu stecken. Diese Umverteilungsmaschinerie kann wohl nur Rot-Grün verstehen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, beim vorliegenden Kompromiss muss man sich schon fragen, wessen Interessen die Kanzlerin da vertreten hat, wohl am ehesten die eigenen. Dass die SPD jetzt sagt, sie habe es immer besser gewusst, macht die Ergebnisse, Herr Kollege Römer, ehrlich gesagt nicht besser. Es lässt mich lediglich an Ihrem wirtschaftlichen und klimapolitischen Sachverstand zweifeln, Frau Kollegin Kraft. Für Nordrhein-Westfalen, aber auch für Deutschland ist das Ergebnis der Verhandlungen jedenfalls äußerst bescheiden. Folge wird der Ausbau von Gaskraftwerken sein. Das wird nicht nur die Abhängigkeit von russischem Gas erhöhen, sondern auch bei der Klimabilanz keinerlei Verbesserungen bringen, da Russland, um uns mit Gas zu versorgen, seine Stromerzeugung auf Kohle umstellt.

Unser energie- und klimapolitisch wichtiges Kraftwerkserneuerungsprogramm dagegen steht auf der Kippe. Planungssicherheit gibt es weder für Industrie noch für Energieversorger. Wer soll da investieren? Zwar wurde vereinbart, dass im Wettbewerb stehende energieintensive Unternehmen angenommen werden, aber welche Unternehmen das genau sind, wird erst Ende 2009 festgelegt. Es glaubt ja wohl niemand hier in diesem Hohen Hause, dass ein Unternehmen dieser Branche angesichts dieser Unsicherheit auch nur eine Investition im nächsten Jahr auf den Weg bringen wird.

Alles Jammern über den fadenscheinigen Kompromiss hilft nicht weiter. Wir müssen jetzt schauen, wie es weitergeht. Das Land und der Bund müssen nun schnell die Vorgaben umsetzen, um so Rechts- und Planungssicherheit herzustellen. Die Kriterien für eine Vergabe von Zuschüssen zu Kraftwerksneubauten müssen schnellstens festgelegt werden, damit das Kraftwerkserneuerungsprogramm doch in Gang kommt und wir endlich alte Dreckschleudern gegen hochmoderne saubere Kraftwerke ersetzen.

Neben der wichtigen Gestaltung der Rahmenbedingungen muss und wird sich die Landesregierung nun auch wie angekündigt dafür einsetzen, dass ein größtmöglicher Anteil der Erlöse aus dem Emissionshandel nach Nordrhein-Westfalen fließt.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Toll!)

Nun noch ein kurzes Wort zum Eilantrag der Grünen: Kraft-Wärme-Koppelung funktioniert da hervorragend, wo man ganzjährig einen Abnehmer für die Wärme vorfindet. Dort ist es sinnvoll und muss stärker zur Anwendung kommen. Dies ist sicherlich allen hier im Saal bewusst. Auch der Landesregierung muss man dies nicht extra noch mit einem Eilantrag mit auf den Weg geben.

Ich will aber auch noch einmal darauf hinweisen, dass KWK nicht das Allheilmittel sein kann. Sie haben ja, Herr Kollege Priggen, in Ihrem Antrag Dänemark als Vorbild gewählt. Tatsächlich hat Dänemark einen KWK-Anteil an der Stromerzeugung von 50 %. Dazu kommen aufgrund der Küstenregion noch 20 % Windkraft. Aber, Herr Kollege Priggen, trotzdem hat Dänemark noch einen Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 12,6 t pro Jahr und damit mehr als wir in Deutschland mit 12,3 t. Das ist äußerst bemerkenswert bzw. zeigt, dass KWK eben nicht das Allheilmittel ist.

Meine Damen und Herren, es ergibt sich daraus, dass Strom- und Wärmebedarf nicht unbedingt immer zusammen passen, was wiederum zur Folge hat, dass sich der geringe Wirkungsgrad kleinerer Kraftwerke erheblich auswirkt. Verstehen Sie mich bitte richtig: KWK ist eine sinnvolle und effiziente Technologie, vorausgesetzt, sie ist wärmegeführt und wird dem eigentlichen Ziel gerecht, eine Energieversorgung insgesamt zu optimieren.

Der Fall Dänemark mit seinem überdurchschnittlich hohen Anteil KWK im Energiemix zeigt jedoch gerade folgende Schwäche: Da im Sommer die Wärme nicht genutzt werden kann, laufen viele KWK-Anlagen ausschließlich zur Stromerzeugung. Der Effekt: Im Vergleich zu einer reinen Stromerzeugungsanlage sinkt der Wirkungsgrad signifikant, die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen. Offenkundig wird dieses Faktum letztlich in der im Vergleich der Kyoto-Staaten alles andere als positiven CO<sub>2</sub>-Bilanz Dänemarks.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Unser nördlichster Nachbar hat eine Treibhausgas-

reduktion von gerade einmal 9,7 % gegenüber 1990 erreicht. Genau wie für Deutschland war jedoch eine Minderung von 21 % das Ziel. Die Europäische Umweltagentur kommt daher zum Urteil, dass Dänemark die Kyoto-Latte nicht nehmen, sondern deutlich reißen wird, während Deutschland sein Kyoto-Ziel mit einer Minderung von 22,4 % bereits erreicht hat.

Man muss beim Ausbau der KWK also behutsam und mit Augenmaß vorgehen. KWK macht dort Sinn, wo eine ganzjährige Wärmeabnahme erfolgt. Eine flächendeckende Anwendung ist mangels Wärmebedarf im Sommer sowohl für Klima- als auch für Ressourcenschonung eher kontraproduktiv. Deshalb lehnen wir den Antrag auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und Christian Weisbrich [CDU])

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Brockes. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Thoben.

**Christa Thoben,** Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schutz des Klimas hat für die Landesregierung höchste Priorität. Wir haben uns daher frühzeitig zu den aktuellen Klimaschutzzielen der Europäischen Union von März 2007 und März 2008 bekannt.

Das Erreichen der Ziele ist ein wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung der nachfolgenden Generationen. Ich denke, dass wir uns in dieser Frage alle einig sind. Wir sollten nicht laufend versuchen, irgendetwas Gegenteiliges zu behaupten.

Herr Priggen, die Frage der Ziele war in den Beratungen des Europäischen Rates nicht Gegenstand der Diskussion. Sie kam weder von unserer Seite ...

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Das ist aber wichtig.

Das heißt: Die CO<sub>2</sub>-Reduzierung, die Mengenreduzierung bei den Zertifikaten bis 2020 ist von allen unbestritten und von uns akzeptiert.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das ist richtig!)

– Ja, es wird aber immer ein anderer Eindruck erweckt, nämlich dass man, wenn wir über einen Weg dahin streiten, das Ziel aufgeben würde. Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben neben diesen Zielen auch an die Interessen unseres Landes und der hier lebenden Menschen zu denken.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb kommen wir bei den Instrumenten zu anderen Ergebnissen. Den Beschlüssen des Rates stimmte das Europäische Parlament gestern zu.

Herr Priggen, die Weichenstellungen, von denen Sie sprechen – wenn Sie sich diese im Detail angucken –, geben den groben Rahmen für die Ausgestaltung des von der Kommission gewünschten Weges vor. Dieser muss noch in wesentlichen Details, die von großer Bedeutung für die Europäische Wirtschaft und für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen sind, ausgestaltet werden.

Was Sie gesagt haben, finde ich lustig. Denn ich weiß noch, wie Sie mich belächelt haben, dass wir uns mit Oberösterreich und anderen Regionen zusammensetzen. Von Ihnen, Herr Römer, und auch von Herrn Gabriel, war die besondere Regelung für energieintensive Branchen nicht beabsichtigt. Die Kommission hatte sie überhaupt nicht auf dem Tapet.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben unser Bemühen, eine Allianz industriestarker Regionen zu formen, hier im Parlament lächerlich gemacht. Ich kann Ihnen gerne noch einmal die Protokolle herausholen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist ja auch lächerlich!)

– Ja, Frau Kraft, dann haben Sie es leider immer noch nicht verstanden. Es tut mir leid.

(Beifall von der CDU – Hannelore Kraft [SPD]: In Oberösterreich haben die doch keinen Erfolg erzielt!)

Wir haben für die energieintensive Industrie wichtige Verbesserungen gegenüber dem Entwurf der Europäischen Kommission erreicht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo ist denn der Erfolg der Initiative!)

Es wurde ein zeitlich gestrecktes Phasing-in erreicht. Von 2013 bis 2020 soll der Anteil der zu versteigernden Zertifikate von 20 auf 70 % ansteigen und bis 2027 100 % erreichen. Die Kommission hatte ursprünglich bereits für 2020 die volle Versteigerung angedacht.

Ich finde es im Nachhinein gut, Frau Kraft, dass Sie hier nicht regieren. Der Teil wäre nicht passiert.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Das Ergebnis ist wesentlich auf die Aktivitäten des Landes zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, um die Abwanderung von Industriezweigen in Nicht-EU-Länder mit geringeren Umweltschutzauflagen zu verhindern, wurde ein kompliziertes Regelwerk beschlossen. Danach sollen Sektoren und Teilsektoren begünstigt werden, wenn diesen eine Produktionskostensteigerung von mehr als 5 % der Bruttowertschöpfung droht und deren Nicht-EU-Handelsintensität 10 % übersteigt oder diesen eine Produktionskostensteigerung von mehr als 30 % der Bruttowertschöpfung

droht und deren Nicht-EU-Handelsintensität 30 % übersteigt. In diesen Fällen sollen den Anlagen im Zeitraum 2013 bis 2020 bis zu 100 % ihrer Zertifikate auf Basis branchen- oder technologieorientierter Benchmarks kostenlos zugeteilt werden.

Wie die Benchmarks im Einzelnen ausgestaltet sein sollen, ist völlig offen. Die Ausnahmeregelungen für besonders energieintensive oder außenhandelsabhängige Industrieunternehmen gehen zwar grundsätzlich in die richtige Richtung, umstritten ist aber nach wie vor die Höhe der Schwellenwerte für die kostenlose Zuteilung. Hier wird es Gewinner- und Verliererbranchen geben. So wird mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zum Beispiel die Stahlbranche bis 2020 mit einer kostenlosen Zuteilung rechnen können.

Aber auch hier sind noch viele wichtige Details, wie etwa die Behandlung von Kuppelgasen, völlig unklar. Endgültige Gewissheit wird es allerdings erst 2010 geben, wenn sich die Kommission und der Europäische Rat auf den konkreten Kreis der zu begünstigenden Sektoren, Teilsektoren und Anlagen verständigt haben.

Völlig unbegreiflich ist für mich die mögliche Behandlung der KWK-Anlagen. Nach Angaben der Bundesregierung soll wohl auch für die Auskoppelung von Wärme Zertifikate ersteigert werden. Der Umfang würde sich dann nach den Vorgaben für die energieintensive Industrie richten. Dies würde unsere Bemühungen zur Förderung hocheffizienter KWK-Anlagen konterkarieren. Denn mit der Novelle des KWK-Gesetzes wollen wir die Verstromung in KWK-Anlagen auf 25 % verdoppeln. Die mögliche Einbeziehung der Wärmeauskopplung in den Emissionshandel würde dieses Ziel meiner Einschätzung nach gefährden.

Für die Anlagen der Energiewirtschaft müssen die Emissionsrechte ab 2013 grundsätzlich vollständig versteigert werden. Ich bleibe dabei: Die Entscheidung ist falsch.

(Beifall von CDU und FDP)

Allerdings ist sie nun getroffen.

Was noch schöner ist, Herr Römer: Da gibt es extra Zuteilungen für bestimmte Ländern, die aufgrund natürlicher Gegebenheiten andere Primärenergiestrukturen haben als hier, dass sie mehr CDM-Projekte machen dürfen als wir. Von der Sonderleistung profitiert – man höre und staune – Schweden, wo man praktisch nur Wasser und Atomstrom hat. Wir mit der großen Basis fossiler Brennstoffe können dieses kostengünstigere Verfahren, CO<sub>2</sub>-Zertifikate quasi durch Projekte wie im Ausland nutzbar zu machen, nicht in Anspruch nehmen. Anders ist das in Griechenland, Portugal, Italien und Schweden. Herr Römer, wenn Sie das alles nicht interessiert, dann tut es mir leid, dann vertreten Sie nicht mehr die Interessen Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD – Svenja Schulze [SPD]: Unverschämtheit! Können Sie das einmal Ihrer Bundeskanzlerin erklären? – Zuruf von der SPD: Was haben Sie denn für Nordrhein-Westfalen bis jetzt getan? Nichts haben Sie getan!)

Das ist so.

Was das Zuschussprogramm angeht: Haben Sie sich einmal die Konditionen angeguckt? Herr Gabriel sagt doch bereits jetzt, er stelle sich dabei allenfalls kleine Stadtwerke vor.

Meine Damen und Herren, dabei ist davon nichts in der Richtlinie enthalten. Das bedeutet: Die Ausgestaltung dieser Regelung ist nicht über die Emissionsrichtlinie geplant, sondern sie soll nach Angaben der Bundesregierung als Vorschlag der Kommission vorgelegt werden. In diesem Fall – auch das ist wichtig – unterlägen die Zuschüsse in vollem Umfang der Beihilfekontrolle. Die Kommission hat angekündigt, sie will sich das noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Das bleibt ebenfalls unklar.

Es kommt hinzu, dass die Wettbewerbsbedingungen im Stromsektor nicht für alle Marktteilnehmer gleich sind. In einigen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten können im Stromsektor bis zu 70 % der Zertifikate kostenlos zugeteilt werden. Man frage einmal in den neuen Bundesländern nach, was die entlang der Grenze zu Polen erwarten. Das nur als kleines Beispiel! Diese Regelung benachteiligt die deutsche Stromerzeugung; denn die konkurrierenden Kraftwerksbetreiber müssen erst ab 2020 alle Emissionsrechte ersteigern.

Also, ich sage Ihnen: Da haben wir eine Menge zu verkraften, was ich diesem Land und den hier Beschäftigten gern erspart hätte.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung die notwendige weitere Ausgestaltung der Ergebnisse im Detail durch Vorschläge der Kommission und nationale Umsetzungsgesetze durch eigene Initiativen begleiten. Das bedeutet: Wir werden darauf drängen, dass für die energieintensiven Branchen so rasch als möglich Klarheit darüber besteht, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe sie durch die Versteigerung der Zertifikate ab 2013 belastet werden, damit diese Planungssicherheit haben. Dazu gehört: Wir fordern, dass das Land an den zweckgebundenen und den nichtzweckgebundenen Einnahmen des Bundes aus der Auktionierung angemessen beteiligt wird – darüber hat übrigens nie ein Zweifel bestanden –

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Aha!)

und an der sachgerechten Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für Investitionszuschüsse für die Stromwirtschaft mitwirken kann.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Herr Priggen wirft uns bei erneuerbaren Energien laufend fahrlässige Vernachlässigung vor. Dazu aktuell die Zahlen: Die regenerative Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen boomt.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht Ihr Verdienst!)

Rund 21.000 Beschäftigte halfen im Jahr 2007 bei der Herstellung, der Errichtung und im Service regenerativer Anlagen. Die regenerative Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile industriepolitisch sehr bedeutsam.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Aha! – Zuruf von der SPD: Trotz dieser Regierung!)

Von den 2007 weltweit errichteten Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 20.000 Megawatt kam jedes zweite eingebaute Getriebe aus Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe)

– Das passiert aber alles. Das würden Sie am liebsten auch noch leugnen.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Zurufe von SPD und Grünen)

Die regenerative Wärmeerzeugung stieg gegenüber 2006 um rund 10 %. Der Beitrag erneuerbarer Energien im Bereich Strom, Wärme, Treibstoffe hat in Nordrhein-Westfalen weiter zugelegt. Und so weiter und so fort.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Aha!)

Zum weiteren Aufbau der Kraft-Wärme-Kopplung: Herr Priggen, ich gebe zu, ich hätte diese Potenzialstudie auch gerne schneller gehabt. Aber ich glaube, wir sollten uns auch nicht täuschen, dass die Leistungsbeschreibung komplizierter ist, als manche das meinen. In die Leistungsbeschreibung muss man doch auch bestehende Versorgungslösungen einbeziehen. Die Versorgung von Gebäuden mit Wärme ist nicht mit der Versorgung der Industrie mit Prozessdampf gleichzusetzen. Das bedeutet, dass wir über verschiedene technische Lösungen und über einen großen Leistungsbereich reden.

Wir haben die Leistungsbeschreibung inzwischen fertig. Die Vergabe wird zeitnah erfolgen. Aber ich sage Ihnen auch: Die Regionen für die fünf Pilotprojekte, in denen wir abprüfen müssen, ob die Methode klappt, sind ausgesucht. Sie wissen, dass wir als Land die größte Verbreitung von Nah- und Fernwärmenetzen haben. Da gibt es KWK bereits.

Meine Damen und Herren, schließlich, wenn Sie niemandem glauben und mir wahrscheinlich erst recht nicht,

(Zuruf von der SPD: Das könnte stimmen!)

bringe ich Ihnen ein Zitat von Herr Schmoldt, der feststellt:

Zum einen müssten die energieintensiven Branchen Emissionszertifikate ersteigern und zugleich unter den vom Emissionshandel verursachten höheren Strompreisen leiden.

Ich freue mich auf die nächste Debatte über Sozialtarife. Da liegt der Hase im Pfeffer.

(Beifall von CDU und FDP)

Vorsichtige Schätzungen besagen, dass wir mit Strompreissteigerungen in erheblichem Umfang als Folge des Zertifikatehandels rechnen müssen.

Er sagt weiter:

Die vollständige Versteigerung der Zertifikate in der Energiewirtschaft ist völlig falsch.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Seine Gewerkschaft wolle ökonomische und ökologische Ziele miteinander verbinden. Deshalb trete sie ein für eine kostenlose Zuteilung der CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte für energieintensive Industrien und für Kraftwerke, die nach dem neuesten Stand der Technik gebaut würden.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Thoben. – Für die SPD spricht der Kollege Stinka.

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Thoben, Herr Weisbrich, wenn Sie Herrn Schmoldt zitieren, dann sollten Sie das tun, nachdem die Verhandlungen in Brüssel gelaufen sind;

(Beifall von der SPD)

denn dann würden Sie feststellen, dass er hier deutliche Verbesserungen erkannt hat, anstatt uns etwas weiszumachen, was überhaupt nicht existiert.

(Beifall von der SPD)

Außerdem, Kolleginnen und Kollegen, bin ich doch sehr erstaunt. Ich musste mich gerade selber kneifen, weil ich Norbert Römer nicht darum bitten wollte; denn ich habe mich gefragt: Bin ich hier eigentlich im richtigen Raum? Da redet die CDU-Fraktion von sozialistischer Umverteilung im Namen von Angela Merkel. Ich finde das ganz interessant.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Solche Dinge werden ihr unterstellt. Ich habe deshalb noch einmal nachgeguckt: Angela Merkel ist nach wie vor in der CDU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Klimaschutzziele werden eingehalten. Das Klima wird geschützt nach den Beschlüssen, die getroffen wurden. NRW hat eine Chance – Kollege Römer hat das schon

gesagt – auf dem boomenden Markt der erneuerbaren Energien. 20 % weniger Klimagase, 20 % erneuerbare Energien, 20 % Energieeffizienz bis zum Jahr 2020.

Wir in Nordrhein-Westfalen müssen die Chance nutzen, um das Energie- und Industrieland hierdurch nach vorne bringen. Dabei haben wir immer unser Ziel als Energieland Nr. 1 im Fokus. Wir müssen endlich den Fortschrittsmotor Klimaschutz sehen. Dass die schwarz-gelbe Landesregierung hierbei im Bremserhäuschen steht, ist heute Morgen schon angesprochen worden.

Es ist für uns Sozialdemokraten klar, die Finanzmarktkrise darf nicht dazu führen, dass das Bremserhäuschen beim Klimaschutz vorne ist. Dies hat drei Gründe.

Erstens. Es ist eine existenzielle Frage für die Menschheit, dass die Folgen des Klimawandels auf ein erträgliches Maß abgemildert werden.

Zweitens. Langfristig ist es einfach zu teuer. Das sage ich noch einmal in Richtung der Wirtschaftspolitiker. Wir können es uns schlicht nicht leisten, in dem Bereich nichts zu tun. Nach dem Stern-Report wissen wir, dass wir 1 % der Wirtschaftsleistung jetzt nutzen sollen, anstatt jetzt nicht zu handeln und später 20 % aufbringen zu müssen.

Drittens. Deutschland ist zurzeit Spitzenreiter, was die Entwicklung klimafreundlicher Technologien angeht. 250.000 Arbeitsplätze sind entstanden. Das wird weiter ausgebaut. Deswegen ist es für die wirtschaftliche Entwicklung ganz deutlich, dass wir auf diesem Gebiet weiter Vorreiter sein wollen.

Wir haben so viel über Pferde gesprochen. „Vorreiter“ zu sein heißt, wir reiten voraus und setzen nicht auf alte Gäule. Glauben Sie mir, Münsterländer kennen sich mit Pferden aus.

Deshalb ist es klar, dass wir in Europa zwei Dinge tun müssen, um dem weltweiten Klimaschutz zum Durchbruch zu verhelfen. Wir müssen die Emissionen senken und Techniken anbieten, die weltweit genutzt werden.

Die Finanzkrise und der Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausspielt werden. Was in Brüssel entschieden wurde, ist gut. Das gibt Planungssicherheit.

Die kurzfristige Finanzierung langfristiger Vermögenswerte gehört zu den Todsünden der Finanzpolitik. Diesen Abgrund sehen wir vor uns. Es sind doch die Wirtschaft und die Fachleute, die die Welt an diesen Abgrund geführt haben. Es waren keine Klimaschutzauflagen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer glaubt, jetzt kurzfristig durch ein Zurückweichen beim Klimaschutz etwas retten zu können, wird langfristig die Lebensgrundlagen aufs Spiel setzen.

Wir müssen gerade jetzt von der stabilisierenden Wirkung reeller Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen ausgehen und daran arbeiten. Wir haben den Ausbau von KWK vorgeschlagen. Wir haben den Antrag eingebracht, moderne Fuhrparke zu schaffen. Wir haben ein Programm für eine Million Solarthermieanlagen in NRW eingebracht. Frau Thoben, Sie sollten den Mittelstand fragen, wie froh er darüber wäre. Wir sollten das Geld aus dem Emissionshandel für solche Maßnahmen nutzen und nicht für leistungslose Zusatzgewinne der Stromkonzerne verwenden.

Ihre Koalition handelt ohne Perspektive. Sie haben keinen Plan vom Land. Sie kennen die Menschen und die Anforderungen nicht, die diese Menschen an eine handelnde Regierung stellen.

Das Ansehen Nordrhein-Westfalens hat zunehmend Schaden erlitten. Ihre kleine Aufzählung von gerade täuscht nicht darüber hinweg. Die vor wenigen Wochen veröffentlichte Studie zum Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine schallende Ohrfeige.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Fragen Sie bei Ihrer CDU-Kollegin Tanja Gönner aus Baden-Württemberg nach, warum Sie das Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz positiv für die Wirtschaftsleistung bewertet. Das Interview ist erst zwei Wochen alt.

Ein Emissionshandel NRW findet nicht statt. Der Ministerpräsident blamiert sich mit einem Brief an die Kanzlerin, die immer noch in der CDU ist, und nörgelt am Ergebnis herum. Die Klimaschutzaktivitäten, die Sie uns gerade vorgetragen haben, finden doch statt, weil mutige Mittelständler sich nicht durch diese Landesregierung entmutigen lassen.

Wir werden jetzt sehen, wie es weltweit weitergeht. Unsere Hoffnungen ruhen auf dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Vor zwei Wochen äußerte ich die Vermutung, dass dieser Präsident und die große US-Volkswirtschaft erkennen, welche wirtschaftlichen Chancen in dem Bereich der erneuerbaren Energien zu sehen sind. Wir reden hier nicht über Oberösterreich.

Herr Schellhuber berät die Kanzlerin. Die Kanzlerin hat bei ihren Verhandlungen mit G7 beim Klimaschutz gegläntzt, Herr Weisbrich. Daran kann ich mich noch gut erinnern. Das können Sie Herrn Sarkozy jetzt nicht zum Vorwurf machen. Herr Schellhuber hat gesagt, es ist ein wichtiges und das große Signal dieser Zeit, dass Steven Chu heute in das Kabinett von Obama berufen wurde. Das macht uns hoffnungsfroh, zeigt aber auch auf, wir müssen diese Herausforderung annehmen. Das geht nur, wenn wir weiter mit Vollgas in die erneuerbaren Energien investieren.

(Zurufe von der SPD – Ministerin Christa Thoben: Mit Gas?)

– Ohne Gas, mit Biogas, Frau Thoben!

Dies muss besonders stutzig machen, wenn wir den Innovationsminister dieses Landes hören, der plötzlich sagt, durch die in Brüssel gefassten Schlüsse sind die Klimaschutzziele der Landesregierung vielleicht nicht einzuhalten. Sie waren vorher schon nicht einzuhalten, weil sie viel zu dürftig waren. Allein diese Aussage gibt den Mittelständlern aber wenig Planungssicherheit. Deswegen freue ich mich immer, dass diese sich davon nicht beirren lassen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eines sagen. Wir haben viele kirchliche Zitate gehört. Der Papst in Rom hat seit Neuestem eine Photovoltaikanlage. Der Vatikan steht selbst für einen Katholiken wie mich nicht unbedingt immer an der Spitze des Fortschritts. Machen Sie es ihm nach und lassen sich durch Rom erleuchten. Wir Sozialdemokraten pochen nicht auf Sprüche, sondern auf tatsächliches Handeln. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Stinka. – Für die CDU spricht nun Herr Lienenkämper.

**Lutz Lienenkämper (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Herr Kollege Römer, Herr Kollege Stinka, Ihre Beiträge zur heutigen Debatte waren nicht im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie feiern einleitend die Beschlüsse des Ministerrates und sagen, jawohl, die Klimaschutzziele werden eingehalten. Diese Beschlüsse sind wirklich eine Errungenschaft. Als ob die Beschlüsse Klimaschutzziele gesetzt hätten! Die Beschlüsse haben mit dem Setzen von Klimaschutzzielen genauso wenig zu tun wie Ihre Beiträge mit dem Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, nämlich gar nichts.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die Klimaschutzziele sind lange gesetzt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja, aber sie müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden! Das ist der andere Punkt!)

Herr Kollege Stinka hat sie zitiert. Das fand ich gut. Er hat uns noch einmal gezeigt, wie sie sind. Die Landesregierung hat sich mit ihrem Energiekonzept schon lange auf diese Klimaziele festgelegt. Insofern gibt es überhaupt keinen Nachholbedarf in irgendeiner Art und Weise.

(Norbert Römer [SPD]: Frau Merkel hat immer auf Sie gehört!)

Es geht bei den Beschlüssen des Ministerrates um die Art und Weise der Umsetzung der Klimaschutz-

ziele. Diese Umsetzung ist auch nicht im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen. Deswegen handeln wir völlig richtig und redlich, wenn wir die Ergebnisse insoweit scharf kritisieren.

Herr Kollege Römer, richtig ist, wir können die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für die energieintensive Industrie begrüßen. Darüber freuen wir uns gemeinsam. Wir haben uns darüber schon beim letzten und vorletzten Mal ausgetauscht: Wir haben identische Ziele.

Weihnachten ist aber immer auch Märchenzeit. Dazu gehört der Vortrag, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel habe darauf in besonderer Weise hingewirkt. Darf ich vielleicht noch einmal die Geschichte der Position der Bundesregierung erläutern? Er musste doch von Michael Glos,

(Norbert Römer [SPD]: Wer ist das denn?)

unserer Landesregierung und von vielen anderen überhaupt erst einigermaßen in die Richtung getrieben werden, darauf hinzuwirken.

(Beifall von der CDU)

Er hat doch von Anfang an an dieser Stelle blockieren wollen und war nicht der Vorreiter dieser industriefreundlichen Politik.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber Michael Glos war der Vorreiter! Sicher!)

Insofern ist das Ziel zwar erreicht, Herr Kollege Römer. Aber Ihre Beschreibung des Weges lag in der Tat im vorweihnachtlichen Bereich einer Märchenstunde.

Zum Thema Vollauktionierung: Das Ergebnis ist und bleibt schlecht für Nordrhein-Westfalen. Es ist ein Sammelsurium von Ausnahmeregelungen; eine klare Linie ist nicht zu erkennen. Polen und andere osteuropäische Länder werden bevorzugt. Die Lastenverteilung ist nicht in Ordnung. Dass für Deutschland kein Phasing-in vorgesehen ist, wohl aber für andere Länder, ist nicht in Ordnung.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Wenn Sie sich über die Auswirkungen des Ganzen klar werden wollen, rate ich Ihnen, das Gutachten der EEFA im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zum Emissionshandel zu lesen. Darin ist ausgerechnet worden, welche direkten und indirekten Kostenimpulse durch die CO<sub>2</sub>-Versteigerung entstehen – ich will sie zitieren –: alleine 5,6 Milliarden € bis 2020; Stromimpulse – da müssten Sie besonders gut zuhören –: 9,7 Milliarden € bis 2020. Somit entstehen direkte und indirekte Kostenimpulse von 15,3 Milliarden € bis 2020.

Wer mir erklären will, dass das für Nordrhein-Westfalen gut ist, kann mir auch erklären, dass ich mit der Geschäftsidee, in der Arktis Kühlschränke

zu verkaufen, vielleicht auch noch Erfolg haben könnte.

(Heiterkeit von Ministerin Christa Thoben)

Noch einmal zum Gutachten. Ich zitiere zum Thema „direkte Beschäftigungseffekte aus der CO<sub>2</sub>-Vollauktionierung“. Es ist untersucht worden, was in Kokereien, in Raffinerien, in der Kalkindustrie, der Aluminiumindustrie, der Glasindustrie, in der Grundstoffchemie usw. passiert. Wir haben das im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erarbeitete Ergebnis: Bis 2020 gehen nach diesem Szenario gegenüber heute 108.000 Arbeitsplätze durch die CO<sub>2</sub>-Versteigerung direkt verloren. Würden Sie sich diese Salden sektoral ansehen, könnten Sie feststellen, wie die Zahlen verteilt sind.

Meine Damen und Herren, durch die Vollauktionierung gehen Arbeitsplätze verloren, es wird Liquidität für das dringend notwendige Kraftwerkserneuerungsprogramm abgeschöpft, der Industriestandort Nordrhein-Westfalen wird nicht gestärkt, sondern geschwächt. Deswegen bleibt es dabei: Wir kritisieren dieses Ergebnis nachhaltig und entschieden.

(Beifall von der FDP)

Herr Kollege Priggen, Sie haben in Ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde Konsequenzen der Landesregierung eingefordert. Da kann ich tatsächlich auf die Rede von Christa Thoben verweisen, in der sie deutlich gemacht hat, wie die Landesregierung jetzt vorgeht. Ich glaube, es sind einige Punkte dabei, bei denen wir identische Ziele verfolgen.

Wir müssen für die energieintensiven Branchen rasch Klarheit haben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe sie durch die Versteigerung der Zertifikate belastet werden. Natürlich brauchen sie jetzt Planungssicherheit.

Zudem müssen wir dafür sorgen, dass das Land an den zweckgebundenen und nicht zweckgebundenen Einnahmen des Bundes aus der Auktionierung angemessen beteiligt wird. Das ist völlig richtig; wir haben es im Wirtschaftsausschuss schon miteinander besprochen und darüber diskutiert. Die Landesregierung wird daran arbeiten. Dieses Geld, wenn es denn bei uns ankommt, werden wir allerdings – an dieser Stelle unterscheiden wir uns wirklich voneinander – sinnvoll und nicht sinnlos verwenden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können bei einer solchen Diskussion doch eigentlich festhalten, dass das Ziel, bis zum Jahr 2020 zu einer Emissionsreduzierung

zu kommen, vorher feststand. Es ging ausschließlich darum, auf welchem Weg es erreicht wird.

Wenn ich das Revue passieren lasse, ist auch unstrittig, dass das Ergebnis vor allen Dingen zulasten Nordrhein-Westfalens geht. Es ist schon auf eine gehörige Portion Chuzpe zurückzuführen, wenn die SPD-Fraktion heute versucht zu vermitteln, das jetzige Ergebnis würde diese Ziele bestimmen. Nein, Herr Römer, das lag alles vorher fest; darum ging es eigentlich gar nicht.

Die Verhandlungen darüber waren für uns nicht erfolgreich; das müssen wir ganz nüchtern sagen. Warum waren sie nicht erfolgreich? Weil wir in Deutschland nicht mit einer Stimme gesprochen haben. Denn mit bestimmten Vorstellungen aus Ihrer Fraktion haben wir unserer Position Knüppel zwischen die Beine geworfen – gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens.

(Norbert Römer [SPD]: Deshalb war die Bundes-FDP für eine Vollauktionierung!)

Ich suche immer nach Gemeinsamkeiten, Herr Römer. Herr Weisbrich, Sie, ich und sicherlich auch Kollege Priggen haben eine Gemeinsamkeit: Es mag ja richtig sein, dass es betriebswirtschaftlich sinnvoll war, diese Einpreisungen von der Stromwirtschaft vorzunehmen; sachlich geboten war es nicht, und politisch war es töricht. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall von der FDP und Michael Groschek [SPD])

Kann es richtig sein, dass wir unserer Stromwirtschaft letztlich massive Zukunftschancen rauben und den Franzosen – dort basiert es auf Kernkraft – ihre Entwicklungschancen geben, damit sie auf Einkaufstour in Deutschland gehen können?

Sie begrüßen die Beschlüsse, dass CDM und Joint Implementation wenn überhaupt, dann nur sehr viel später folgen können – ich verweise auf die Ausführungen von Frau Thoben. Wir sind aber doch das Technikexportland. Es wäre unsere Zukunft, zu sagen: Jawohl, unsere Probleme, die global sind, wollen wir auch global lösen, indem wir unsere Technik exportieren. Und dann finden Sie diese Beschlüsse gut?

Auch dies geht – wie es der Kollege Lienenkämpfer dargelegt hat – zulasten Nordrhein-Westfalens.

Aus meiner Sicht ist es eine Idiotie – ich sage das so deutlich –, den Leuten das Geld erst über den Emissionshandel wegzunehmen und hinterher als Dotation, als Subvention 15 % der Investitionskosten zu gewähren. Kann das richtig sein? Ich halte das für Blödsinn.

Meine Damen und Herren, Ziel muss es sein – stärker als bislang deutlich geworden ist –, dass wir so schnell wie möglich zu einem Post-Kyoto-Abkommen kommen, gerade um Clean Develop-

ment Mechanism and Joint Implementation, also Technikexport, für Nordrhein-Westfalen anrechenbar zu machen. Die Rahmenbedingungen, auf die Frau Thoben hingewiesen hat, müssen in den Vordergrund gestellt werden.

Meine Damen und Herren, im „Focus“ stand: „Munter Energie verschwenden“, Hans-Werner Sinn. Ich weiß nicht, wer von Ihnen den Artikel gelesen hat; ich kann es nur anraten. Hier wird deutlich, mit welchem grünen Paradoxon wir uns abgeben: Wir sägen den Ast, auf dem wir sitzen, nämlich Technik, selbst ab. Das wird sicherlich später noch Thema sein.

Ich kann nur sagen: Schade, dass es zu diesen Beschlüssen gekommen ist. Richtig ist, was Dietmar Brockes gefragt hat: Wie geht es weiter? Dazu haben die Ministerin und auch der Kollege Lienenkämpfer eben das Notwendige ausgeführt. Ich bedauere, dass die Beschlüsse so gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens gefallen sind. Ich möchte all diejenigen, die das heute beklatschen, erleben – ich habe sehr sorgfältig zugehört –, wenn wir alsbald wieder über Arbeitslosenzahlen diskutieren. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Jetzt hat der Kollege Priggen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Debatte ist schon skurril. Wir reden über die strukturelle Zukunftsfrage des Energielandes Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund einer Zeitenwende. Die Diskussion über die Klimaschutzfrage und die Konsequenzen, die jetzt weltweit daraus gezogen werden, bedeuten eine Zeitenwende.

Ich habe es eben schon einmal versucht und will noch einmal klarmachen: Die Europäische Union hat realisiert, dass die Klimakonferenz in Kopenhagen kommen wird. Deswegen verstehe ich die Dolchstoßlegende, die Sie aufbauen, nicht. Sie haben eben aufgeführt, was SPD und Grüne gemacht hätten. Das alles wurde aber von den CDU-Abgeordneten, der CDU-Bundeskanzlerin, von Ihren Parteikollegen aus Nordrhein-Westfalen beschlossen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die CDU in Baden-Württemberg und die CSU in Bayern jeweils mit der FDP, die CDU in Niedersachsen und in Sachsen – alle sind anders unterwegs als Sie. Es gibt einen Landesverband der CDU in der Bundesrepublik Deutschland, der bei dieser Zukunftsfrage so etwas von rückwärts aufgestellt ist, dass es schon wehtut.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe die positiven Entwicklungen – angefangen unter Kohl –, die aus der CDU aufgezeigt worden sind, eben geschildert. Ich kann schwarz-gelbe Anträge aus Baden-Württemberg bringen, die hier selbstverständlich abgelehnt werden. Sie müssen die nicht übernehmen, aber ich erwarte doch, dass wir die Diskussion auf einem gewissen Niveau führen, wenn wir das Energieland Nummer eins sind.

Sie kommen hier mit Psalm 32 und mit Jeremia. Das hat nichts mit dem zu tun, über was wir reden müssen. Die Bundeskanzlerin sagt: in der Stromversorgung mindestens 30 % Erneuerbare bis 2020. Vor dem Hintergrund der Brüsseler Beschlüsse wird dieses „mindestens“ ganz wichtig. Brüssel sagt: 20 % Erneuerbare im Treibstoffbereich. Alle, die sich damit befassen, wissen, dass das nicht zu schaffen ist. Deswegen steht im Brüsseler Ergebnis: Es kann Mobilität über Strom aus erneuerbaren Energien geben, der damit verrechnet wird.

Wir haben gestern die Nachricht gehört, dass Evonik aus Nordrhein-Westfalen und Daimler Benz in Richtung Lithium-Ionen-Technik bei den Batterien für KFZ unterwegs sind. Das heißt, wir werden mehr als 30 % erneuerbaren Strom bekommen, weil sich ein Teil der Mobilität Zug um Zug – nach allem, was wir hören – in diese Richtung entwickeln wird.

Dann zu dem nächsten toten oder halbtoten Pferd, auf das hier gesetzt wird: Man geht ganz massiv in Richtung Wasserstofftechnik. Ich habe nichts gegen die Erforschung und Entwicklung der Wasserstofftechnik, aber die Firmen gehen im Moment in eine andere Richtung. Wir verpassen in Nordrhein-Westfalen auch diese Chance wieder.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn wir über mindestens 30 % erneuerbare Strom in elf Jahren reden, dann ist das der größte Primärenergieträger. Auch als Grüner weiß ich, dass wir noch 40 bis 50 Jahre Kohlekraftwerke haben werden; da brauche ich mich gar nicht zu verbiegen. Wir wissen, dass die neuen Kraftwerke, die in Neurath gebaut werden, so lange laufen werden. Aber das, was neu hinzukommt, was eine konservativ geführte Regierung mit mindestens 30 % ansetzt, wird nicht aufhören. Das wissen Sie doch auch.

Ein Physiknobelpreisträger wird Energieminister unter Obama. Wir warten doch alle auf die Entscheidungen in den USA. Obama war der unsichtbare Dritte, der in Brüssel am Tisch gesessen hat. Die Frage ist: Sichern wir uns diese Weltmärkte, oder machen die Amerikaner einen ihrer berühmten Apollosprünge und holen sich die Arbeitsplätze?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die brauchen sie bitter, aber wir brauchen sie auch.

Ich bin mit den CDU-Kollegen bei der Frage, ob wir aus dem Bergbau aussteigen, d'accord gewesen, weil ich das in der Zeitenwende, in der sich Nordrhein-Westfalen befindet, für die richtige Richtung

halte. In der Zukunftsfrage aber, welche neuen Bereiche wir uns aufbauen, wo wir eine Position halten, nimmt das Land eine absurde Position ein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Als wir mit dem Wirtschaftsausschuss in der Bundesrepublik unterwegs waren, haben wir es erlebt: Die norddeutschen Ministerpräsidenten sind für die Windkraft, weil sie wissen, dass allein die Firma ENERCON für 11.000 Arbeitsplätze weltweit steht. Die ostdeutschen Ministerpräsidenten bauen die Fotovoltaik als neuen Industriezweig auf. In Süddeutschland bauen sie die Biomassestrategie auf. Bei uns hat Minister Wittke gesagt: Windkraft ist das Erste, das wir kaputt machen. Das ist die gegensätzliche Philosophie.

Wir können das nicht so stark nach vorne stellen wie zum Beispiel Schleswig-Holstein, aber wir brauchen die Bereiche auch. Wir verabschieden uns sonst sehenden Auges aus einem Bereich, der 2030 der größte Primärenergieträger in der Republik sein wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und das als Energieland Nummer eins. Sich selbst dieser Zukunftsperspektive zu berauben, verstehe ich nicht, gerade wenn ich mir den Kontext anderer CDU-regierter Länder ansehe.

Ich will noch ein paar Worte zur Kraft-Wärme-Kopplung hinzufügen: Herr Kollege Brockes, wie so oft liegen Sie auch hier in der Sache falsch. Sie sagen, man kann die Kraft-Wärme-Kopplung nur nutzen, wenn die Wärmeabnahme das ganze Jahr über gesichert ist. Ich halte Ihnen entgegen: Gucken Sie sich als ein Beispiel in Nordrhein-Westfalen Lemgo mit 40.000 Einwohnern an, eine mittlere Kleinstadt, wie wir sie in vielen Gebieten haben. 66 % der Stromerzeugung erfolgt dort über die Kraft-Wärme-Kopplung, wärmegeführt, weil sie dort eine konsequente Politik betrieben haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe mir die Preise in Lemgo im Vergleich zu Düren angesehen, einer typischen Braunkohlen-RWE-Kommune, deren Stadtwerke sich zu drei Vierteln an RWE verkauft haben. Der Strompreis je Kilowattstunde ist genauso hoch. Die Lemgoer gehen über eine Wärmeabgabe, die relativ günstig ist. Wenn ich also die Braunkohleverstromung mit 60 % Energieverschwendung auf der einen Seite ...

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege, es tut mir leid.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Letzter Satz!

... mit normalen Stadtwerken einer mittleren Stadt in Nordrhein-Westfalen auf der anderen Seite vergleiche, die 64 % ihrer Stromerzeugung über Kraft-Wärme-Koppelung erreicht, stelle ich fest: Das geht

bei uns. Wir müssen es nur ambitioniert genug fortsetzen, statt immer nur auf RWE zu hören.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Pinkwart das Wort. – Wo ist er?

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart winkt ab.)

– Sie wollen nicht? – Dann streichen wir Herrn Minister Pinkwart. – Jetzt hat Frau Wirtschaftsministerin Thoben das Wort.

**Christa Thoben,** Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Priggen spricht immer über ein völlig anderes Thema als das Thema, das seine Fraktion beantragt hat.

Sind die Beschlüsse in Brüssel für das Industrieland Nordrhein-Westfalen zukunftsweisend oder nicht? Da sind wir in der Sache auseinander, aber doch nicht bei den Klimazielen. Erwecken Sie doch nicht immer wieder diesen Eindruck.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das gehört doch zusammen!)

Es geht darum, mit welchen Preisbelastungen wir technisch eine Entwicklung verhindern bzw. vorantreiben, bei der wir doch gar nicht auseinander sind.

Der Emissionshandel belastet unser Land aber in einem erheblichen Umfang. Dass sich andere Bundesländer dazu anders einlassen, hat etwas mit deren unterschiedlicher Primärenergiestruktur zu tun. Ich kann es Ihnen noch einmal vortragen: Die regenerative Wärmezeugung steigt in Nordrhein-Westfalen um rund 10 % beim Treibstoff usw. 10 % der regenerativen Stromerzeugung bundesweit stammen aus Nordrhein-Westfalen.

(André Stinka [SPD]: Warum schneiden Sie dann so schlecht ab?)

– Diese Menge ist größer, Herr Stinka, als der gesamte regenerativ und fossil erzeugte Strom in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Malen Sie doch nicht immer so komische Bilder. Wir sind mit unserem Land auch in diesem Bereich führend.

(Svenja Schulze [SPD]: Alle doof um Sie herum!)

Frau Kraft, vielleicht prüfen Sie Ihre Einlassung einmal auf Konsistenz: Sie wollen zwar Sockelbergbau, verhindern gleichzeitig aber die preiswerte Erzeugung von Strom aus Steinkohle. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall von CDU und FDP – Svenja Schulze [SPD]: Parallelwelten!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt hat der Abgeordnete Groschek für die SPD-Fraktion das Wort.

**Michael Groschek (SPD):** Die Diskussion hier und heute seitens der CDU ist ein besonderes Vergnügen. Herr Kollege Weisbrich, Gesundheitsminister und Jeremias zitieren, reichen nicht als klimapolitische Leitlinie in diesem Haus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben im Grunde genommen den Weg in ein klimapolitisches Liechtenstein vorgezeichnet. Sie haben auf Sarkozy und Barroso verwiesen, aber in Wirklichkeit ihre Bundeskanzlerin Merkel gemeint. Sie müssten zunächst einmal im eigenen Hause klären, lieber Kollege Weisbrich, wo es langgehen soll.

Gerade ein gutes halbes Jahr vor der Europawahl empfinde ich es als unverantwortlich, wie sie mit Blick auf Polen eine Mischung aus Deutschtümelei und Altersstarrsinn präsentiert haben. So geht das nicht!

(Beifall von der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Als Herr Lienenkämper gesprochen hat, haben wir gedacht, es spreche der Enkel von Weisbrich. Aber in Wirklichkeit war es der Vortrag, der aller Ehren eines Opas von Weisbrich wert war. Denn außer Sprüchen aus der kalten Kriegerküche der Klimakiller haben Sie nichts gebracht, Kollege Lienenkämper. Ihr Verweis auf Glos ist an Abenteuerlichkeit nun wirklich nicht mehr zu überbieten.

Um was geht es – eingebettet in sämtliche Diskussionsbeiträge – eigentlich? – Es geht doch darum, dass Konsens in diesem Haus war: Basis unseres Wohlstands ist eine funktionierende Industrie in Nordrhein-Westfalen: Chemie, Elektro, Metall, Maschinenbau, Strahlerzeugung und Energiewirtschaft. Das heißt: Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss immer intelligente Industriepolitik sein. Intelligente Industriepolitik muss immer um die Vernetzung von Ökonomie, Ökologie und Innovation bemüht sein. Oder auf Deutsch und nordrhein-westfälisch gesagt: Wir müssen darauf achten, dass das technologische Gütesiegel „Arbeit und Umwelt“ Gütesiegel in Nordrhein-Westfalen bleibt.

Ziehen wir mit Blick auf die Krise einmal Schlüsse, welchen Erkenntnisstand es für Nordrhein-Westfalen gibt, sehen wir uns in zwei Punkten bestätigt:

Erstens. Industrie und produzierendes Gewerbe schaffen die eigentlichen Werte und sind abgegrenzt zur Seifenblasenökonomie zu sehen.

Zweitens haben Sie seit dem Zeitpunkt große Probleme, Ihren Weg und Ihren Kurs zu bestimmen, seitdem Ihr ideologischer Leithammel, dieses „Pri-

vat-vor-Staat“, auf die Schlachtbank geführt wurde und Sie keinen Ersatz dafür gefunden haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt wird deutlich, dass das nichts weiter als ein schwarz-gelber Teppich für die Krisengewinner war. Seitdem irrlichtern Sie mit einem Antirezessionsprogramm, in dem Steuerberatungskosten abzugsfähig gemacht werden sollen, mit einem Konjunkturprogramm, einer Mischung aus kaltem Kaffee und heißer Luft als Notlüge in Reaktion auf SPD-Vorschläge!

Bei Ihnen wird selbst Gutgemeintes schlecht gemacht. Ein Beispiel ist die Fachhochschule Niederrhein. Statt eine Fachhochschule in den Bereich Kleve/Arnheim zu geben, hätten Sie einmal die Bergbaustandorte aufwerten und Kamp-Lintfort stärken sollen. So aber erreichen Sie eine größere Auswahl für die Studienanfänger aus Arnheim, aber keine strukturpolitische Zeichensetzung.

Das Gleiche Irrlichtern gilt auch in Ihrer Energiepolitik: Sie beschwören die Beschäftigungseffekte von Windkraft, verhindern aber gleichzeitig das Repowering der Anlagen.

(Beifall von der SPD)

Sie setzen insgesamt auf altes Eisen, alte Windkraftanlagen, alte Atomkraftwerke. Sie selbst sind ideologisch gesehen in der Klimapolitik ein altes Eisen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir hätten von der Landesregierung längst erwartet, dass sie sich das RWE einmal richtig vornimmt, um zu sagen: Wir wollen, dass die Profite, die durch das Abzocken der Stromkunden und die Einpreisung gemacht worden sind, endlich in Zukunftsinnovationen, in ein CO<sub>2</sub>-freies Kraftwerk umgesetzt werden. Das muss der Zukunftsexportschlager werden, nicht aber das, was Sie ständig präsentieren.

Deshalb verstehen wir den Strategievorstand des RWE nicht. Wenn Birnbaum behauptet, das RWE investiere 80 Milliarden €, aber nicht in Deutschland, sondern in Osteuropa, in den baltischen Ländern und sonst wo, sagen wir: Das ist ein falsches Zeichen! Wir wollen keine neuen Atomkraftwerke in Bulgarien mit diesem Geld finanziert wissen, sondern moderne Kohlekraftwerke im Rheinland. Das muss die Perspektive sein, und zwar auch unter Beschäftigungsgesichtspunkten.

(Beifall von der SPD)

Sie haben doch mit der Weltmacht Oberösterreich gegen Windmühlen gekämpft, als wir Ihnen schon Problemlösungen auf dem Silbertablett präsentiert haben. Im September haben wir Sie eindringlich gebeten, sich darum zu kümmern, wie das konkret umgesetzt werden kann, was jetzt an Beschlüssen wahr wurde. Wir haben Ihnen die hundertprozentige kostenlose Zuteilung prognostiziert und auch, dass

die EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen kompensieren können, in denen besondere Strompreiserhöhungen anfallen können. Wann kümmert sich die Landesregierung endlich um die sachgerechte Ausgestaltung der Standards, die notwendig sind?

(Ministerin Christa Thoben: Bitte?)

Sie tun nichts. Sie halten die Hände im Schoß. Deshalb glauben wir, dass Sie Recht und Anspruch verloren haben, in der Klimapolitik maßgeblich mitzubestimmen. Das, Frau Thoben, ist einmal mehr der Beweis dafür, dass Sie leider in der Wirtschaftspolitik, in der Strukturpolitik das „Schwarze Loch“ in Nordrhein-Westfalen sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Groschek. – Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Weisbrich das Wort.

**Christian Weisbrich (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Groschek, das war mal wieder ein Musterbeispiel für Agitation.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt kommt die Realitätsverweigerung!)

Das passt zu Ihnen. Das passt vielleicht auf Verdi-Veranstaltungen oder IG-Metall-Veranstaltungen – hier ist es nicht angemessen.

Aber ich will trotzdem Ihre Aufforderung aufnehmen und versuchen, klarzumachen, was bei uns innerhalb der CDU los ist und wie es zu dem Verhandlungsergebnis in Brüssel kam.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das wüssten wir auch gerne, was in der CDU los ist! – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Um es einfach und platt zu sagen: Wir sind in der Großen Koalition in Berlin gefangen mit der SPD.

(Lachen von SPD und GRÜNEN – André Stinka [SPD]: Jetzt wissen wir, wer Kompetenz hat!)

Wir können nicht so agieren, wie wir das wollen. Es hat folgenden Deal gegeben, Herr Kollege Römer. Wir wollten auf jeden Fall die energieintensive Industrie schützen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Da ist so viel Verschleiß!)

Das wollten Sie überhaupt nicht. Herr Gabriel hatte etwas ganz anderes vor. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen die entsprechenden Zitate liefern. Wir mussten einen Preis zahlen bei den Stromerzeugern. Das war Ihr Ziel. Sie wollten das so haben, und in einer Koalition, egal, wie sie strukturiert ist, muss man auf solche Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. In einer Koalition mit der FDP zusammen wäre das

nie passiert. Dann hätten wir die Interessen Deutschlands mit einer Stimme in Brüssel vertreten und es wäre ein ganz anderes Verhandlungsergebnis dabei herausgekommen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Carina Gödecke [SPD] – Svenja Schulze [SPD]: Wer war noch mal die Bundeskanzlerin?)

Um es noch einmal klar zu sagen, damit wir nicht nur in Polemik machen. Wir können als Ergebnis dieser Debatte feststellen: Die Klimaschutzziele sind unstrittig. Sie sind hier bei uns unstrittig, sie sind in Brüssel unstrittig. Strittig sind die Wege. Sie verfolgen andere Wege, als wir das für richtig halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Begrenzung der Emissionen erfolgt über den Allokationsplan, über die Festsetzung der Höchstmengen, die emittiert werden dürfen. Der Sinn der Auktionierung, die Ihnen so sehr am Herzen liegt, ist schlicht und ergreifend Geldbeschaffung, und zwar für Entwicklungsländer im hintersten Sinne. Auktionierung ist so lange unsinnig, wie nicht leistungsgerecht alle eingebunden sind.

Wenn nach dem Ergebnis der Konferenz von Kopenhagen leistungsgerecht alle eingebunden sind – ich hoffe darauf, dass es dazu kommt –, dann kann man auch über Auktionierung sprechen. Dann macht das Sinn. Aber bilden Sie sich nicht ein, dass Sie die Erlöse der Auktionierung bei uns „verbraten“ können. Die werden dann in einen EU-Fonds gehen und für Entwicklungsländer abgeschöpft werden, damit dort Klimaschutz betrieben werden kann. Wenn sich alle Industriestaaten gleichmäßig nach Leistungsfähigkeit beteiligen, dann würde ich das auch für sinnvoll halten.

Im Augenblick ist es jedoch so: Nach der von Ihnen erzwungenen Vorleistung füllt die EU ihre Kassen mit deutschem Geld und schädigt unsere Industrie. Die Franzosen lachen sich einen Ast, weil sie eine ganz andere Struktur haben. Frau Thoben hat darauf hingewiesen, dass sich auch die Schweden freuen, weil sie auch eine ganz andere Struktur haben. Die EU zeigt sich nach außen spendabel und großmütig mit unserem Geld. Das ist nicht in Ordnung.

Denn wir haben in diesen Tagen von der EU-Kommission, vom EU-Ministerrat eine Pressemitteilung bekommen: „EU-Ministerrat befürchtet massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit!“ Die EU malt ein richtiges Horrorszenerario an die Wand, nach dem es eine unendliche Zahl von Arbeitslosen geben wird. Sie leisten Beihilfe, dass das tatsächlich eintritt, weil Sie bei uns die Industrie vertreiben wollen.

Herr Kollege Römer, wenn Sie sagen, dass aus den Erlösen des Emissionshandels beispielsweise hocheffiziente Kohlekraftwerke gefördert werden sollen, dass das ein großer Verhandlungserfolg der SPD war, dann darf ich Ihnen einmal zitieren, was Bundesminister Gabriel am 18. September 2008

gesagt hat, als er die Verhandlungsergebnisse zwischen ihm, dem Wirtschaftsministerium und dem Kanzleramt vorgestellt hat: Es wird für die Stromerzeuger keinerlei Subventionierung geben, auch nicht für Neubauten.

Wenn es jetzt etwas für Neubauten gibt, dann hat das die Kanzlerin noch im Nachhinein gegen den Willen Ihres Parteifreundes erreicht. Ich denke, das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Mit dem Brüsseler Verhandlungsergebnis können wir aus nordrhein-westfälischer Sicht in keinem Fall zufrieden sein. Wir haben dieses Verhandlungsergebnis hinnehmen müssen, weil unsere deutsche Stimme nicht einheitlich war, erzwungen von der Großen Koalition in Berlin.

Deswegen meine ich, dass diese Koalition so schnell wie möglich beendet werden muss. Nichts anderes meint auch unser Ministerpräsident. Er kann sich mit seinem Brief an die Kanzlerin gar nicht blamieren, wenn er der Kanzlerin sagt, dass das, was dort passiert, für Nordrhein-Westfalen, für die Arbeitnehmer und für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, schädlich ist. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion erhält noch einmal Herr Abgeordneter Römer das Wort.

**Norbert Römer (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich muss freimütig gestehen, ich hatte heute Morgen zwar erwartet, dass Sie auch jetzt noch im Zeichen der politischen Niederlage starrsinnig an Ihrer isolierten Position festhalten würden. Aber dass Sie so deutlich machen würden, wie isoliert die NRW-CDU in der CDU Deutschlands ist und wie isoliert diese Landesregierung mit ihrer Position gegenüber der Bundesregierung ist, habe ich nicht erwartet.

Herr Weisbrich, ich möchte Ihnen einen Hinweis geben. Eine solche Rede, wie Sie sie gerade gehalten haben, ist vor einer Europawahl allenfalls dazu angetan, den Menschen zu sagen: Bleibt weg von der Wahl. Sie macht überhaupt nicht deutlich, welche großen Chancen Deutschland in Europa durch die Europäische Union und im Übrigen auch durch dieses Klimapakett hat, wenn wir diese Chancen nutzen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie sollten vor allen Dingen herausstellen, dass wir riesengroße Chancen haben, wenn wir diese Möglichkeiten nutzen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Die werden alle mitmachen!)

Ich will es Ihnen nicht ersparen – weil Sie sich als isoliert dargestellt haben –, Ihre Isolation noch ein bisschen deutlicher zu machen.

Gestern ist im Europäischen Parlament über das Ergebnis, über das wir reden, abgestimmt worden. Es gab eine riesengroße Mehrheit. Die Vertreterinnen und Vertreter dieser beiden regierungstragenden Fraktionen waren im Europäischen Parlament mit dabei, als diesem Paket zugestimmt wurde. Sie haben das freiwillig gemacht. Sie haben auf Ihre Nörgelei überhaupt nicht gehört, weil sie davon überzeugt sind, dass es vernünftig und im Interesse auch von Nordrhein-Westfalen ist, dem zuzustimmen.

(Beifall von Karl-Heinz Haseloh [SPD])

Weiterhin haben Sie gerade damit angefangen, Strompreiserhöhungen anzukündigen, weil Sie ganz offensichtlich der Propaganda einiger Energiekonzerne anheimgefallen sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Weisbrich, Sie kennen das marktwirtschaftliche Instrument des Emissionshandels ganz offensichtlich nicht.

(Zustimmung von der SPD)

Vom Öko-Institut ist in einer Studie errechnet worden, dass beispielsweise RWE – dieses Unternehmen ist in Nordrhein-Westfalen beheimatet – durch die Einpreisung von Zertifikaten mit Zusatzeinnahmen, Herr Weisbrich, in Höhe von 9 Milliarden € im Zeitraum 2008 bis 2012 rechnen kann,

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

weil es die Zertifikate kostenlos zugeteilt bekommt. Dann werden sie eingepreist, und die Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher bezahlen, was den Unternehmen kostenlos zugeteilt worden ist.

(Christian Weisbrich [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

Mit diesem Mechanismus muss Schluss gemacht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ferner haben es die Kolleginnen und Kollegen in den Kraftwerken, die in der Energiewirtschaft arbeiten, und diejenigen, die in der Braunkohleindustrie arbeiten, nicht zu verantworten, dass die Verantwortungsträger in den Vorständen für ein so schlechtes Image dieser Branchen gesorgt haben.

In den letzten Jahren hat es eine Umfrage gegeben. Dabei sind die Deutschen gebeten worden, ausgewählten Branchen Noten zu geben. Auf den letzten Plätzen standen die Stromversorger und die Mineralölkonzerne. Das haben weder der Kraftwerksmeister in Neurath noch der Baggerführer in Garzweiler zu vertreten. Deshalb ist es fahrlässig, Herr Weisbrich, dass Sie hier schon ankündigen,

durch den Zertifikatehandel würden ab 2013 weitere Strompreiserhöhungen ins Haus stehen. Das ist überhaupt nicht möglich, weil sie jetzt schon einpreisen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie lassen keine Gelegenheit aus, mich immer, wenn es Ihnen passt, als Lobbyisten der Energiewirtschaft, der IG BCE, darzustellen. Ich sage Ihnen Folgendes: Das schlechte Image der Braunkohleindustrie und der Braunkohlenverstromung, das dazu führt, dass wir riesige Akzeptanzverluste nicht nur im rheinischen Revier bis tief in die Reihen der CDU-Lokalpolitiker zu verzeichnen haben, haben auch die Verantwortungsträger in den Vorständen zu verantworten.

Es gibt eine Vereinbarung von 1994, die mit der damaligen SPD-geführten Landesregierung geschlossen wurde.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie lautet: Wenn neue Kraftwerke ans Netz gehen, werden alte Kraftwerke Zug um Zug abgeschaltet. Sie aber lassen es zu, dass Ihnen erzählt wird: Die alten Dinger bleiben am Netz, weil es eine kostenlose Zuteilung von Zertifikaten gegeben hat. – Das ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP)

Sie preisen ein und lassen das Kraftwerk am Netz, das wir eigentlich abschalten wollten.

(Zurufe von Ministerin Christa Thoben, Dietmar Brockes [FDP] und Horst Becker [GRÜNE])

Deshalb war das heute ein Lehrstück. Diese Landesregierung hat nicht nur politisch die Interessen dieses Landes in Brüssel, in Berlin, in Deutschland und in Europa vor die Wand gefahren. Diese Landesregierung ist nicht in der Lage und offensichtlich nicht bereit, aus den Fehlern, die begangen worden sind, zu lernen und die Chancen, die für Nordrhein-Westfalen im Klimapaket liegen, in diesem Hohen Hause zu vertreten.

Ich bin gespannt, wie das in der nächsten Zeit weitergehen soll, Frau Thoben. Sie sitzen nach wie vor auf diesem toten Pferd; es ist nicht sinnvoll, das immer zu wiederholen.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege.

**Norbert Römer (SPD):** Steigen Sie endlich ab!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Das Wort hat noch einmal Frau Ministerin Thoben.

**Christa Thoben,** Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich weiß nicht, ob Sie zu den anmaßenden und unerträglich für RWE Streitenden auch Herrn Schmoldt zählen. Deshalb betone ich noch einmal: Er vertritt nicht nur den Bergbau; er vertritt auch die Chemie.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ich will das nur noch einmal vortragen, weil Herr Römer behauptet hat, durch die volle Versteigerung ab 2013 könne keine Strompreissteigerung begründet werden und man mache einen Fehler, sie jetzt herbeizureden. – So habe ich Herrn Römer verstanden.

(Frank Sichau [SPD]: So ist es! – Weitere Zurufe)

Dazu zitiere ich nochmals Herrn Schmoldt:

Sie müssten selbst Emissionszertifikate ersteigern und zugleich unter den vom Emissionshandel verursachten höheren Strompreisen leiden. ... Die vollständige Versteigerung der Zertifikate in der Energiewirtschaft

halte er für

völlig falsch.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie meinen, Nordrhein-Westfalen sei isoliert, halte ich dem entgegen: Am Montag fand die Wirtschaftsministerkonferenz in Weimar statt. Ich darf Ihnen die einstimmigen Beschlüsse dieses Gremiums vortragen: Wir bedauern jedoch, dass es nicht gelungen ist, die weitergehenden deutschen Vorstellungen hinsichtlich der vollständigen Freistellung von Industrieanlagen von der künftig vorgesehenen Versteigerung der Emissionszertifikate durchzusetzen – nach Definition der Richtlinien von Carbon-Leckage betroffene Anlagen.

Weiter heißt es: Die Wirtschaftsministerkonferenz hält die Beschlüsse des Europäischen Rates hinsichtlich einer weiterhin kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten an Industrieanlagen für nicht ausreichend. Sie bittet die Bundesregierung, intensiv zu prüfen, durch welche gegebenenfalls nationalen Maßnahmen zu erwartende Belastungen zumindest teilweise kompensiert werden können. Hierbei gilt es auch, zusätzliche Belastungen in der Energieerzeugung zu vermeiden. Entsprechende Vorschläge sind kurzfristig zu erarbeiten, und eventuell ist rasch eine notwendige Zustimmung Brüssels zu den Maßnahmen einzuholen, um für die betroffenen Unternehmen Investitionssicherheit zu schaffen.

Alle Wirtschaftsminister sehen das so!

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich schaue in die Runde und sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann **schließe** ich, meine Damen und Herren, die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen, wie vereinbart, zur Abstimmung über den **Eilantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8128**. Wer diesem Eilantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Damit ist der Eilantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

## 2 Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7961

erste Lesung

Zur Einbringung erteile ich für die Landesregierung Frau Schulministerin Sommer das Wort. Bitte schön.

(Unruhe)

– Wenn Sie den Plenarsaal verlassen, dann bitte schweigend.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur derjenige kann Respekt und Vertrauen erwarten, der auch hält, was er versprochen hat.

(Bodo Wißen [SPD]: Das sagt ein Mitglied der Landesregierung! Das ist ja witzig!)

Für den Bildungsbereich haben wir für diese Legislaturperiode zwei große Reformwerke angekündigt: Das ist einmal das neue Schulgesetz, das die einzelnen Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellt, und heute legen wir Ihnen den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Reform der Lehrerausbildung vor. Grundlage sind dabei die Empfehlungen der Baumert-Kommission vom Frühjahr 2007, aber auch die bereits vorgestellten Eckpunkte zur Reform aus dem Herbst 2007.

Mit der Reform der Lehrerausbildung verfolgen wir drei wesentliche Ziele: Die Lehrerausbildung wird erstens professioneller, zweitens profilierter und drittens auch praxisnäher.

Professioneller wird die Lehrerausbildung dadurch, dass sie zusammenfasst: Was ist das wirkliche Rüstzeug, das wir den Lehrerinnen und Lehrern

mitgeben müssen? Welche Kompetenzen brauchen sie für ihren Lehrerberuf? Dazu gehören ganz sicherlich Kompetenzen wie Diagnosefähigkeit, Förderung gerade derjenigen Kinder, deren Muttersprache nicht deutsch ist. Professioneller wird sie auch dadurch, indem wir die Fachdidaktiken stärken.

Die neue Lehrerausbildung wird profiliert dadurch, dass wir einen genauen Schulformbezug festlegen. Ganz wichtig ist, dass alle Ausbildungszeiten aller Schulformen gleich lang sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Die neue Lehrerausbildung wird dadurch praxisnäher, dass wir von Anfang an – schon in der universitären Phase – eine Verbindung von Theorie und Praxis anlegen wollen.

Die Zweiphasigkeit der Ausbildung – Studium und Vorbereitungsdienst – bleibt erhalten. Das Studium wird gestaltet durch Zentren der Lehrerbildung. Der Vorbereitungsdienst wird über Zentren für schulpraktische Lehrerbildung gesteuert. Die Studienphase wird der Bologna-Vereinbarung folgen und aus einem dreijährigen Bachelor- und einem zweijährigen Masterstudium bestehen.

Wir bilden künftig Lehrerinnen und Lehrer aus, die alle eine gleichwertige Ausbildung erhalten. Zukünftig werden Universitäts- und Seminausbildung keine getrennten Bereiche mehr sein, sondern aufeinander bezogen sein. Wir wollen eine Lehrerausbildung aus einem Guss.

(Beifall von der CDU)

Unsere Lehrerausbildung wird den Bedingungen der einzelnen Schulformen entsprechend ausgeschärft. Wir führen endlich wieder ein eigenständiges Grundschullehramt ein. Alle Lehrerinnen und Lehrer erhalten darin eine grundsätzliche Lehrbefähigung für sprachliche und mathematische Grundbildung.

Das Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen wird fachlich, fachdidaktisch und pädagogisch gestärkt. Hier steht natürlich die Berufsorientierung im Mittelpunkt, aber auch der Umgang mit besonders schwierigen Lerngruppen.

Das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen behält das hohe fachliche Niveau für das Ziel Studierfähigkeit. Aber auch hier stärken wir die Fachdidaktik, und hier – das ist sehr wichtig – führen wir ein neues Studienelement ein: Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderergeschichte.

Das Lehramt an Berufskollegs sichert die berufspädagogische Kompetenz in beiden Fächern, und es sichert ebenfalls die Lehrbefähigung für Bildungsgänge, die zur Hochschulreife führen. Gerade das wird immer wichtiger. Was die Berufskollegs angeht, bedenken Sie bitte, dass heute bereits 10 %

unserer Abiturientinnen und Abiturienten ihre Hochschulreife am Berufskolleg erlangen.

Das Lehramt für sonderpädagogische Förderung trägt einem integrativen Verständnis von Förderung Rechnung. Es umfasst neben zwei Förderschwerpunkten auch die Befähigung zu zielgleichem Unterricht in zwei Unterrichtsfächern.

Wir gewährleisten, dass das Studium den Anforderungen an den Lehrerberuf entspricht. Deshalb wird das Schulministerium an dieser Qualitätssicherung entscheidend mitwirken. Die Freiheit der Hochschule bleibt erhalten. Freiheit heißt jedoch nicht Beliebigkeit. Das Studium ist an die inhaltlichen Standards für die Bildungswissenschaften gebunden. Diese Standards hat die KMK einvernehmlich verabschiedet.

Das Studium ist auch an die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken gebunden. Diese werden die unmittelbare Grundlage für Akkreditierungsverfahren sein. Wir sichern diesen Anspruch bereits über die Qualifikation, die während des Studiums erworben wird und beim Zugang zum Vorbereitungsdienst mitgebracht werden muss.

Diese Vorgaben bewirken, dass der Vorbereitungsdienst auf einer verlässlichen Basis stehen kann. Nur so können wir auch den Vorbereitungsdienst deutlich straffen. Unser Ziel ist dabei eine überschaubare, kompakte Ausbildungszeit für den Lehrerberuf.

Der Vorbereitungsdienst wird 2011 unter dem Aspekt der Straffung und Systematisierung auf 18 Monate umgestellt. Unser langfristiges Ziel ist es, nach einer gründlichen Überprüfung einen mindestens einjährigen Vorbereitungsdienst zu schaffen.

Ich sage Ihnen: Nordrhein-Westfalen setzt mit diesen Veränderungen am konsequentesten genau die Reform durch, die seit dem Gutachten der Terhart-Kommission der KMK 1999 bundesweit diskutiert wird. Nun haben wir nicht mehr 1999. Wir sind zehn Jahre weiter. Wir freuen uns, dass wir für diese Lehrerausbildung schon deutliches Lob erfahren haben, gerade was die Konsequenz der Ausrichtung angeht.

Ich darf mit einem Zitat aus der „Zeit“ vom 4. Dezember schließen. Dort heißt es:

Dann könnte er doch noch um sich greifen, der überfällige Neuanfang in der Lehrerausbildung.

Schaut auf Nordrhein-Westfalen! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Professor Bovermann das Wort.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Sommer, es ist immer schön, Ihnen bei Ihren vorweihnachtlichen Geschichten zuzuhören.

(Beifall von der SPD)

Auch ich möchte gern mit einer kleinen Geschichte beginnen:

Also lautet ein Beschluss:  
Dass der Mensch was lernen muss. ...  
Nicht allein im Schreiben, Lesen  
Übt sich ein vernünftige Wesen; ...  
Sondern auch der Weisheit Lehren  
Muss man mit Vergnügen hören.  
Dass dies mit Verstand geschah,  
war Herr Lehrer Lämpel da.

Mit diesen Worten charakterisierte der vor 100 Jahren verstorbene Wilhelm Busch den Lehrerberuf. Den Kindern Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen sowie der Weisheit Lehren ist auch heute noch eine wichtige Aufgabe, reicht aber längst nicht mehr aus. Die Anforderungen sind sehr viel vielfältiger geworden.

Sowohl das Lehrerausbildungsgesetz von 2002, unter Rot-Grün verabschiedet, als auch der heute eingebrachte Entwurf zur Reform der Lehrerausbildung sehen daher Lehrerkompetenzen für Unterricht und Erziehung, Beurteilung und Diagnostik, Evaluation, Qualitätssicherung, Beratung, Kooperation und Schulentwicklung vor. Darüber hinaus betonen sie die Befähigung zur individuellen Förderung und – das ist ganz wichtig – zum Umgang mit der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler.

Wir wissen nicht, wie Wilhelm Busch wohl den Nachfolger von Lehrer Lämpel heute skizzieren würde. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die Lehrer heute täglich eine schwierige Aufgabe bewältigen müssen. Sie üben einen komplexen Beruf aus, der starke Belastungen mit sich bringt, und – das sollte hier unterstrichen werden – sie verdienen die Anerkennung auch und gerade der Politik.

(Beifall von SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, zunächst ist positiv hervorzuheben, dass mit dem vorgelegten Gesetzentwurf eine gleich lange Ausbildung für alle Lehrämter eingeführt wird. Es ist ein wichtiger Schritt, allen Lehrern eine gute Ausbildung zukommen zu lassen, ohne Unterschiede zwischen der Grundschule sowie der Sekundarstufe I und II zu machen. Es ist heute nicht mehr begründbar, dass gerade für die so wichtige Arbeit in den Grundschulen eine kürzere Ausbildungszeit erforderlich sein soll.

Allerdings: Wo Licht ist, ist auch Schatten. Die schwarz-gelbe Koalition hält an der Unterscheidung nach schulformbezogenen Lehrämtern fest. Neben dem neuen Lehramt an Grundschulen besteht eines an Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen – allerdings nur für die Jahrgänge 5 bis 10 –, ein ande-

res an Gymnasien und Gesamtschulen, ein weiteres an Berufskollegs, und schließlich gibt es ein Lehramt für sonderpädagogische Förderung. Der Schulformbezug wurde nicht zugunsten eines Schulstufenbezugs überwunden, sondern im Gegenteil noch verschärft.

Im Masterstudiengang für das Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen müssen die Studierenden demnächst ein Profil Hauptschule oder ein Profil Realschule wählen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist ein Anachronismus!)

Das gilt auch für die späteren Gesamtschullehrer. – Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Schwarz-Gelb hält auch in der Lehrerausbildung aus ideologischen Gründen am dreigliedrigen Schulsystem fest. Sie gehen sogar noch hinter Lehrer Lämpel zurück, nämlich bis auf den preußischen Minister Karl Abraham von Zedlitz, der 1787 die drei Schulformen Bauern-, Bürger- und Gelehrtenschule propagierte.

Wie Sie wissen, setzt sich die SPD demgegenüber für ein längeres gemeinsames Lernen ein. Gemeinschaftsschulen brauchen gemeinsam ausgebildete Lehrer. Das ist unser Konzept.

(Beifall von SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Kritik muss auch an den Praxiselementen angemeldet werden. Der Gesamtumfang für das Assistenz-, Orientierungs- und Berufsfeldpraktikum liegt bei zwölf Wochen. Gegenüber bisher 14 Wochen Orientierungs- und Kernpraktikum bedeutet das nicht mehr, sondern weniger Praxis. Zudem ist die Ausgestaltung der Praxiselemente vage und widersprüchlich.

Das Assistenzpraktikum beispielsweise kann vor Aufnahme des Studiums abgeleistet werden. Doch die vollständige Ableistung wird erst nach zehn Semestern beim Zugang zum Vorbereitungsdienst verlangt. Für eine reflektierte Studien- und Berufswahl kommt es so entweder zu früh oder zu spät.

Das Berufsfeldpraktikum soll der Polyvalenz des BA-Studiums dienen. Es kann außerhalb oder innerhalb der Schule abgeleistet werden. Welche beruflichen Alternativen sollen denn für zukünftige Lehrer innerhalb der Schule eröffnet werden? Das müssen Sie mir einmal verraten.

Allein das Orientierungspraktikum bleibt als sinnvolles berufsfeldbezogenes Praxiselement übrig. Vier Wochen sind aber zu wenig dafür.

Zu dem Praxissemester, das im Masterstudiengang zulasten der fachlichen und bildungswissenschaftlichen Ausbildung geht, wird meine Kollegin Frau Dr. Boos gleich noch Stellung nehmen.

Insgesamt werden demnächst in den Schulen fünf verschiedene Gruppen von Praktikanten und Referendaren jeweils für relativ kurze Zeitspannen arbeiten. Das organisatorische Chaos und die Überlastung in den Schulen sind schon jetzt vorprogrammiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schließlich lässt der Gesetzentwurf noch viele Fragen offen, die vielleicht erst in den Rechtsverordnungen beantwortet werden und die zwar ursprünglich einmal in dem Artikelgesetz enthalten waren, die Sie aber jetzt vor die Klammer gezogen haben.

Wie soll die zweite Phase der Lehrerausbildung denn inhaltlich neu gestaltet werden? Von wem und wie wird der Widerspruch hinsichtlich der Dauer des Vorbereitungsdienstes einmal von mindestens zwölf Monaten und einmal von höchstens 18 Monaten aufgelöst? Und besonders spannend: Wie werden die gleich lang ausgebildeten Lehrer in Zukunft besoldet?

Meine Damen und Herren, die SPD wird die Diskussion des Gesetzentwurfs kritisch-konstruktiv begleiten. Wir werden dabei sorgfältig darauf achten, dass keine bösen Streiche geschehen. Wie reimte doch Wilhelm Busch 1865:

Denn wer böse Streiche macht,  
Gibt nicht auf den Lehrer acht.

– Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Bovermann. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Dr. Hachen das Wort.

**Dr. Gerd Hachen (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem zweiten Schulrechtsänderungsgesetz und dem Hochschulfreiheitsgesetz führen wir mit der heutigen Einbringung des Gesetzes zur Reform der Lehrerausbildung unseren eingeschlagenen Weg zur Qualitätsverbesserung von Erziehung, Unterricht, Lehre und Forschung konsequent fort.

(Beifall von der CDU)

Es ging uns von Beginn an darum, Erziehung, Bildung und Lehre wieder zukunftsfähig zu machen und jungen Menschen in unserem Lande wieder eine Chance zu geben. Wer Zukunftschancen für den Einzelnen und für unser Land als Ganzes nachhaltig verbessern will, darf die Überlegungen dazu nicht immer wieder rückwärts gewandt und einfalllos nur auf die Frage unseres Bildungssystems beschränken. Bei Herrn Bovermann klang das eben wieder ein wenig an. Deswegen, denke ich, ist der Hinweis hier ganz wichtig.

Er muss stattdessen den Blick lenken auf das, was in den Kindertagesstätten, in den Schulen und in den Hochschulen passiert.

(Beifall von der CDU)

Er muss die Menschen, die hier tätig sind, mitnehmen. Er muss ihnen gute Rahmenbedingungen bieten. Er muss ihnen den Rücken stärken, ihnen etwas zutrauen und ihnen vor allen Dingen Gestaltungsspielräume bieten. Der ständige Ruf der Opposition nach Detailsteuerung hilft nicht weiter und ist kontraproduktiv für die Motivation derer, die unsere Beschlüsse vor Ort umsetzen sollen und auf deren Hilfe wir zwingend angewiesen sind.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wir haben den Hochschulen deshalb mehr Freiheit und Gestaltungsspielräume gegeben.

(Ute Schäfer [SPD]: Fragen Sie mal in den Schulen nach!)

Wir haben das Projekt „Selbstständige Schule“ von einigen wenigen auf alle Schulen im Land ausgeweitet, um den Gestaltungskräften im System den notwendigen Freiraum zu geben. Individuelle Förderung, Maßnahmen zur Verbesserung der Durchlässigkeit und konsequente Verbesserung der Unterrichtsversorgung sind Maßnahmen, die konkret den Schülerinnen und Schülern zugute kommen. – Frau Schäfer, ich komme noch zum Thema, nämlich jetzt sofort.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Was jetzt noch zu tun bleibt und was ebenso dringend erforderlich ist wie alle anderen von mir eben aufgezeigten Maßnahmen, ist die Reform der Lehrerausbildung. Denn letztendlich garantiert das gute Unterricht.

Meine Damen und Herren, der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist kein Schnellschuss, sondern Ergebnis eines langen Diskussions- und Abwägungsprozesses, in den nicht nur die beiden Häuser involviert waren, sondern alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Er ist nicht isoliert zu sehen, sondern Bestandteil eines ganzen Maßnahmenbündels dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, was ich gerade angedeutet habe.

Deshalb kann man heute schon sagen, dass es in diesem Gesetzentwurf gelungen ist, die notwendige Strukturreform der Ausbildung in der ersten Phase mit einer mindestens ebenso notwendigen inhaltlichen Reform zu verbinden.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Im Vordergrund steht dabei erkennbar das Ziel, die Qualität der Lehrerausbildung nachhaltig zu verbessern und die Fähigkeiten und Kompetenzen zukünftiger Lehrer an die stark veränderten gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen. Dabei findet der Gesetzentwurf eine sehr ausgewogene Balance

zwischen den verschiedenen berechtigten und teilweise auch gegenläufigen Ansprüchen wie zum Beispiel der Sicherstellung einer guten fachlichen Ausbildung auf der einen Seite, in der Balance mit einer deutlichen Profilierung der pädagogischen und fachdidaktischen Anteilen auf der anderen Seite oder einer verstärkten Berufsfeld- und Praxisorientierung, also der Professionalisierung auf das gewünschte Berufsfeld hin, auf der einen Seite wieder mit dem sehr schwierig damit zu vereinbarenden Ziel einer Polyvalenz andererseits, die der Hochschulraum fordert und die dieser Entwurf ebenfalls im realistischen Rahmen ermöglicht.

Die ausgewogene Balance zeigt sich auch in der Profilierung der Lehrämter, um dem Ziel der individuellen Förderung von Schülern in verschiedenen Schulformen differenzierter nachkommen zu können – dies in Verbindung mit einer betonten Gleichwertigkeit der verschiedenen Lehrämter, die sich in gleich langer Ausbildungsdauer und gleicher Wertschätzung äußert.

Ganz besonders bemerkenswert ist auch die gelungene Balance zwischen den Ansprüchen, die die Hochschulen im Zuge ihres Reformprozesses und im Rahmen der sinnvollen Hochschulfreiheit zu Recht stellen, und dem Anspruch auf garantierte Mindeststandards für die Ausbildung und der Orientierung am Bedarf, die das Schulministerium sicherzustellen hat. Die Vorgaben für die Akkreditierung, die Festlegung der Zugangsbedingungen für den Vorbereitungsdienst in Verbindung mit zwischen den Häusern abgestimmten Zielvereinbarungen stellen hier einen guten Weg dar, der eben nicht Detailsteuerung ist, sondern Gestaltungsspielräume lässt.

Natürlich werden wir im weiteren Verfahren und insbesondere bei der Anhörung noch über Details reden müssen. Grundsätzlich aber liegt heute ein Gesetzentwurf vor, der zukunftsweisend ist, weil er sich am Ziel einer inhaltlichen Verbesserung mit großer Praxisnähe von Anfang an orientiert,

(Beifall von der CDU)

weil er die Lehrerausbildung als wesentlichen Teil der Lehre an Hochschulen in den Bologna-Prozess integriert und damit nicht nur den Hochschulen generell eine Brücke baut, sondern insbesondere auch Unterrichtsforschung in unserem Land ermöglicht und den Rahmen für eine zunehmende Verzahnung von Schulen, Seminaren und Hochschulen bietet, eine Verzahnung, die die Beteiligten dann mit Leben füllen müssen und – davon bin ich überzeugt – auch mit Leben füllen werden.

Deshalb möchte ich mich heute für meine Fraktion bei allen bedanken, die sich in diesen Prozess engagiert eingebracht haben. Ich denke hier nicht nur an die beiden Minister, Frau Ministerin Sommer und Herrn Minister Pinkwart, sondern besonders auch

an die Mitarbeiter in den beiden Häusern, die ein bemerkenswertes Ausmaß an Sachkenntnis,

(Beifall von der CDU)

an konstruktivem Willen zum Kompromiss und viel Durchhaltevermögen bewiesen haben.

Meine Damen und Herren! Der Rahmen steht. Lassen Sie uns ihn mit Leben füllen zum Wohl derer, die ein Lehramt studieren wollen, zum Wohl der zukünftigen Lehrer und damit auch der Schüler in unserem Land. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Hachen. – Für die FDP-Fraktion erhält das Wort Frau Pieper-von Heiden.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Liebe Minister! Vor der Verantwortung, eine beherzte Reform der Lehrerausbildung anzugehen, haben sich SPD und Grüne über viele Jahre gedrückt. Ein paar Monate länger als ursprünglich geplant hat es bei uns zwar auch gedauert, aber herausgekommen ist ein richtig gutes Reformwerk, das den Namen auch verdient.

(Beifall von der CDU)

Deswegen ein ganz großes Dankeschön an unsere beiden Minister.

Die künftige Lehramtsausbildung gliedert sich in ein dreijähriges Bachelor-Studium und ein zweijähriges Master-Studium. Anschließend soll ein zwölfmonatiger Vorbereitungsdienst folgen. Künftig wird die Lehrerausbildung nach sechs Jahren mit der Staatsprüfung abgeschlossen.

Alle Studiengänge für das Lehramt werden eine gleich lange Dauer haben. Die Ausbildung erfolgt schulformbezogen. Das Studium für alle Lehrämter wird gleichwertig, aber nicht gleichartig. Besonders freut mich diese Aufwertung für den Grundschulbereich, da dort die wichtigsten Grundlagen für die Zukunft unserer Kinder gelegt werden. Die neue Lehrerausbildung trägt dem Anspruch auf individuelle Förderung an allen Schulformen und in allen Schulstufen Rechnung.

Meine Damen und Herren, hervorzuheben ist die erweiterte und bessere Praxisausbildung als zentraler Baustein für unser modernes und qualitativ hochwertiges Lehrerausbildungsgesetz. Ein mindestens fünfmonatiges Praxissemester findet im Rahmen des Masterstudiums statt und muss zur Hälfte an den Schulen geleistet werden. Mit einem 20-tägigen Assistenzpraktikum führen wir ein weiteres Praxiselement in die Ausbildung ein, das idealerweise frühzeitig vor Antritt des Studiums geleistet werden soll. Dieses Assistenzpraktikum ermöglicht vielen angehenden Studenten einen frühzeitigen Einblick in die Lebenswelt Schule, und dies aus

Sicht der Lehrkräfte. Weitere Praxisphasen im Studium bilden ein mindestens einmonatiges Orientierungspraktikum und ein ebenfalls mindestens einmonatiges außerschulisches oder schulisches Berufsfeldpraktikum im Bachelor-Studium.

Diese umfassende Praxisnähe sichert unseren zukünftigen Pädagogen einen frühzeitigen Einblick in die Schulpraxis und kann als Nebenwirkung tatsächlich den einen oder anderen rechtzeitig genug vor einer eventuell ungeeigneten Berufswahl und Fehlentscheidung abhalten. Auch das finde ich ganz wichtig. Die Studenten merken nämlich rechtzeitig, ob sie für den Lehrerberuf geeignet sind oder nicht. Wir wollen die besten Lehrer für unsere Kinder – nur die besten sind gut genug.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wir bewusst die Praxisphasen sehr früh in den Studienverlauf integrieren, planen wir mittelfristig einen Vorbereitungsdienst, der sich auf zwölf Monate reduziert. Die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes wird schrittweise erfolgen und evaluiert werden, sodass die qualitativen Ergebnisse auch gesichert sind. Wir brauchen fachlich und didaktisch versierte Lehrkräfte. Daher stärken wir die fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Grundlagen der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie die Bildungswissenschaften. Nur Lehrkräfte, die in diesen Bereichen über hohe Kompetenzen verfügen, können auch einen anspruchsvollen, individualisierten und differenzierten Unterricht erteilen.

Dies ist uns mit Blick auf die Förderung aller Begabungen sehr wichtig. Zum Beispiel zeigt uns gerade der Bereich der Mathematik gegenwärtig, dass es dort einer ordentlichen Aufwertung der Didaktik bedarf.

Auch wenn die Stärkung der Praxiselemente in der zukünftigen Lehrerbildung eine herausragende Rolle spielen wird, werten wir die Ausbildung auch an den Universitäten auf. Diese erhalten eigene Zentren für Lehrerbildung, die im Rahmen der Hochschulfreiheit die unterschiedlichen Kompetenzen bündeln und koordinieren. Zudem übernehmen sie Steuerungsaufgaben und werden über ein eigenes Budget verfügen. So geben wir der Lehrerbildung auch im Rahmen der universitären Ausbildung den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Stellenwert, den sie verdient.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Mit der heutigen ersten Lesung des Gesetzes zur Reform der Lehrerbildung schlagen wir ein neues Kapitel in der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen auf. Es ist ein großer Tag für künftige Lehrkräfte, für die Lehramtsstudenten, für die Schulen und Universitäten. Vor allem aber ist es ein großer Tag für unsere Kinder und Jugendlichen. Sie erhalten künftig die Lehrkräfte mit der qualitativ besten Lehrerbildung, die möglich ist. Gute Schule kann nur mit guten Lehrern gewinnen.

Die Ahnung, dass dies eine richtig gute Reform wird, erleben wir auch in den Medien, in der Presse, indem uns bereits zu diesem Zeitpunkt aus allen Bundesländern und auch darüber hinaus für diese Reform, die jetzt auf den Weg gebracht wird, gratuliert wird. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Kollegin Beer.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Ich weiß nicht, welche Vorlage Herr Dr. Hachen und Frau Pieper-von Heiden gehabt haben. Es muss irgendein anderes Papier gewesen sein. Denn angesichts der differenzierten Stellungnahmen, die uns jetzt bereits aus dem Bereich der Hochschulen, aus dem Bereich der Schulen vorliegen, zeigt sich doch, dass wir eine große Problemlage haben. Das will ich noch einmal sehr deutlich beschreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Sie das Lehrerbildungsgesetz jetzt mit Ihrem Reformvorhaben Schulgesetz und Hochschulfreiheitsgesetz vergleichen, ist eher eine Drohung an alle Beteiligten, als dass es ein neues Heilsversprechen sein sollte.

Allein ein Blick auf den quälenden Prozess bis heute macht deutlich, dass hier Dinge zusammengebracht worden sind, die so nicht zusammenpassen. Die Anforderungen aus dem Schulministerium, die Anforderung, die Schulen auch bedarfsdeckend mit den entsprechenden Fachlehrkräften auszustatten, und auf der anderen Seite das Hochschulfreiheitsgesetz und die Philosophie im Hause Pinkwart: Das geht nicht zusammen. Das hat auf der Strecke ordentlich gekracht. Jetzt ist der Gesetzentwurf auch noch entsprechend unausgegoren und zeigt die großen Probleme, die darin stecken. Die werden sich auf allen Ebenen auch sehr deutlich zeigen.

Deshalb ist dieser Gesetzentwurf ja auch erst auf dem letzten Drücker fertig geworden. Er steckt in der Tat voller Tücken und beschert Schulen und Hochschulen eine Menge Probleme, für die noch keine Lösungen in Sicht sind. Der Vorlauf dieses Gesetzentwurfs und die Erfahrungen, die wir mit den bisherigen Reformprojekten der Landesregierung haben machen dürfen, gerade mit dem Schulgesetz – ich erinnere an die Schulzeitverkürzung und unsere gestrige Debatte –, lässt nichts Gutes für die Umsetzung, vor allem keine positive und frictionsfreie Umsetzung, erwarten.

Lassen Sie mich zunächst sagen, wo Sie auf unsere Unterstützung setzen können. Wir begrüßen, dass Sie der Anregung aus dem Gutachten der Expertenkommission gefolgt sind und eine Gleich-

wertigkeit der Studiengänge aufgenommen haben und dies durch ein gleich langes Studium untermauern.

Wir begrüßen auch ausdrücklich und unterstützen das Vorhaben, die universitäre Ausbildung durch die Zentren für Lehrerbildung zu stärken, ihnen eine zentrale Funktion zu geben. Die Umsetzung zur Erhöhung der Durchsetzungskraft in den Universitäten ist jedoch einer der uneingelösten Schecks, die in dem Gesetzesvorhaben stecken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Kommen wir zur Praxis. Auch hier verbergen sich unter den wohlfeilen Überschriften, die wir heute wieder gehört haben, eine Menge mehr Probleme als Lösungen. Hierzu möchte ich einmal das Statement der Universität Bielefeld zitieren:

Die Bewertung der proklamierten größeren Praxisnähe der Lehrerbildung führt bei genauerem Hinsehen zu einer deutlichen Ernüchterung. Die Lehrerbildung wird durch die Kürzung der Praxisanteile auf ca. 18 Monate ... und durch geänderte Zuständigkeiten nicht praxisorientierter, im Gegenteil: Das Assistenzpraktikum findet ohne Bezug zum Studium statt, das Orientierungspraktikum ist im ersten Studienjahr zu absolvieren und das achte oder neunte Hochschulsemester wird zum Praxissemester. In der Zeit vom zweiten Bachelor-Semester bis zum Bachelor-Abschluss und zu Beginn des Masterstudiums sind schulbezogene Praxisstudien nicht vorgesehen; falls sie angeboten werden, kann das nur zusätzlich geschehen. Sie werden dann jedoch in vielen Fällen dem Assistenzpraktikum zum Opfer fallen, weil die Schulen dadurch übermäßig belastet sind. Fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Lehre wird so ... über sechs Semester hinweg von der schulischen Praxis abgekoppelt.

Gefährdet sind damit ausgerechnet die ambitionierten, auf forschendes Lernen ausgerichteten Praxiselemente derzeitiger Lehrerbildung, ...

Das wird aus den Hochschulen dazu gesagt. Ich kann das nur nachdrücklich unterschreiben. Das ist die entsprechende Problemlage.

Schon sind wir bei einem weiteren großen Problem, nämlich der Zukunft der zweiten Phase. Das Baumert-Gutachten formuliert eindeutig, „dass nicht in der wechselseitigen Übernahme von Ausbildungsverantwortung, sondern nur im geordneten Nacheinander der beiden Phasen bei gleichzeitiger Optimierung ihrer jeweiligen Stärken und systematischer Abstimmung an den Schnittstellen die bestmögliche Ausbildung zu erreichen ist“. Es ist ein Fehler, dass Sie sich von dieser Empfehlung verabschiedet haben.

Wer genau nachrechnet, weiß sofort, was dahintersteckt: Sie sparen beim Vorbereitungsdienst und

in den Seminaren gut 200 Millionen € ein. Dies geht eben nicht in die neuen Töpfe, sondern unter dem Strich sind es für die Praxisanteile und die zweite Phase knapp 100 Millionen € weniger. So bringt man keine Qualität in die Lehrerbildung. Der versprochene Praxisbezug wird dadurch auch nicht besser.

Dass Sie den ideologischen Ballast aus dem Schulgesetz auch noch mit in die Lehrerbildung schleppen, war von allen, denen an einer zukunftsfähigen Ausbildung liegt, befürchtet worden. In Bezug auf den Master ist bereits gesagt worden, wie anachronistisch es ist, den Schwerpunkt Hauptschule/Realschule in einem Master unterzubringen. Da fassen sich alle Experten nur noch an den Kopf.

Das Grundschullehramt abzukoppeln, ist ebenfalls nicht der Weisheit letzter Schluss, weil das auch von der Übergangsproblematik in die Sekundarstufe I abkoppelt und die Gefahr in sich trägt, dass das Grundschullehramt ganz aus den Universitäten gedrängt wird. Das sollten wir nicht auch noch anschieben.

In der kurzen Zeit heute kann nur ein Bruchteil der Probleme angesprochen werden. Wir werden das in den anstehenden Anhörungen noch sehr intensiv erörtern. An diesem Gesetzentwurf muss jedenfalls noch fundamental gearbeitet werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Pinkwart.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Sommer hat Ihnen bereits die wichtigsten Eckpunkte des Gesetzentwurfs vorgestellt. Lassen Sie mich noch auf einige zentrale Punkte eingehen.

Erstens. Mit dieser Reform erreichen wir eine umfassende Modernisierung der Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen, denn Nordrhein-Westfalen nutzt die bislang vielleicht einmalige Chance auf einen frischen Start in der Lehrerbildung, die sich mit der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master ergibt. Wir wollen mit dieser Reform eine deutlich praxisnähere, professionellere und profiliertere Lehrerbildung erreichen.

Zweitens. Die Ausbildung wird in Nordrhein-Westfalen flexibler. Wenn dieses Gesetz Wirklichkeit wird, können die Studierenden noch nach dem Bachelor-Studium zwischen verschiedenen Berufsoptionen wählen und auch noch einen anderen Berufsweg als den des Lehrers einschlagen. Umgekehrt können Studierende auch noch während des Studiums ihr Talent für den Lehrerberuf entdecken,

und das vielleicht in den Bereichen, in denen wir immer noch über erheblichen Fachlehrermangel klagen.

Drittens. Wir schaffen durch die Reform klare Verantwortlichkeiten. Die Hochschulen sind zuständig für die Ausbildung der angehenden Lehrer bis zum Master-Abschluss, die Zentren für die schulpraktische Lehrerausbildung dann für das Referendariat. Innerhalb der Universitäten wird die Lehrerausbildung gestärkt. Die organisatorisch eigenständigen Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten werden durch Entscheidungs- und Ressourcenkompetenz in ihrer Arbeit gestärkt. Sie sorgen außerdem für den notwendigen Austausch zwischen den Beteiligten der ersten und zweiten Ausbildungsphase. Das heißt in der Konsequenz: Fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Inhalte werden vermehrt Teil des Studiums.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Die Zentren für Lehrerbildung sichern die wissenschaftlichen Grundlagen der Lehrerausbildung. Auch die neuen Praxisphasen können ihre gewünschte Funktion in der Lehrerausbildung nur dann erfüllen, wenn sie gut organisiert sind. Hierfür gibt es keine bessere Alternative als die Koordination durch eine zentrale Einrichtung, die nur für die Lehrerausbildung innerhalb der Hochschulen zuständig ist.

Viertens. Durch die geplante Reform schaffen wir gleichwertige Studiengänge für die einzelnen Schulformen. Der Gesetzentwurf trägt der gestiegenen Bedeutung des frühen Lernens Rechnung. Ein eigenständiges Grundschullehramt wird eingeführt. Die Gleichwertigkeit der Lehrämter wird durch eine gleich lange Ausbildungsdauer von sechs Jahren betont. Studienelemente für Diagnostik und individuelle Förderung werden für alle Lehrämter ebenso verpflichtend wie ein Modul „Deutsch für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte“.

Fünftens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land Nordrhein-Westfalen wird für die Realisierung der Gleichwertigkeit neue – Frau Beer, neue –, zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen, und zwar in der Nettobetrachtung. Entgegen Ihrer Mondzahlen, die Sie eben vorgetragen haben und von denen ich möchte, dass Sie uns diese in einer schriftlichen Darlegung erläutern, damit Sie es leichter haben, zu überprüfen, dass sie auf falschen Annahmen aufgebaut worden sind,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

ist wahr, dass das Land Nordrhein-Westfalen netto zusätzliche Mittel für die Lehrerausbildung bereitstellen wird. Diese werden in den ersten vier Jahren sukzessive auf insgesamt 23,4 Millionen € anwachsen. Ab 2014 werden es konstant 45,9 Millionen € pro Jahr mehr für eine qualitativ hochwertige Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen sein. Das sind

die Fakten, die diesem Gesetzentwurf zugrunde liegen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das alles zusammen führt dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren: Nach hervorragender fachlicher Vorarbeit auch durch die Baumert-Kommission, der ich seitens der Landesregierung sehr herzlich danken möchte, und dank der hervorragenden Zusammenarbeit, für die ich vor allen Dingen meiner Kollegin Frau Sommer danken möchte, kommt die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ mit Herrn Wiarda zu folgendem Ergebnis. Ich zitiere aus der „Zeit“ vom 4. Dezember:

Der Plan: mehr Praxisanteile, gleichwertige Studiengänge, ein neu gestaltetes und gekürztes Referendariat. Und ein besonderer Akzent auf der Pädagogik. So hat es das Kabinett im größten deutschen Bundesland beschlossen. Schaut auf NRW!, will man den Kultusministern der anderen Länder zurufen. Hoffentlich tun sie es. Dann könnte er doch noch um sich greifen, der überfällige Neuanfang in der Lehrerausbildung.

(Beifall von der CDU)

Besser kann man es gar nicht formulieren. Das wollen wir hier machen. Ich lade alle Damen und Herren im Hohen Hause ein, sich konstruktiv an diesem Gesetzentwurf zu beteiligen, damit wir auf diesem guten Weg für die Lehrerinnen und Lehrer, aber vor allen Dingen für die Schülerinnen und Schüler in unserem Land weiter vorankommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Dr. Boos das Wort.

**Dr. Anna Boos (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lehrerausbildung hat Erneuerungsbedarf. Dies bezweifelt niemand. Darüber nachgedacht und erprobt wird nicht erst seit dem Regierungswechsel 2005. Das, was wir aber seitdem in den letzten Monaten und Jahren zum Thema erlebt haben, ähnelt mehr und mehr einer unendlichen Geschichte.

(Ute Schäfer [SPD]: Das stimmt!)

Denn die Lehrerausbildung soll im Sinne des Bologna-Prozesses reformiert werden. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstrukturen soll erfolgen – dies auch, um einen europaweiten Austausch für die Studierenden zu ermöglichen. Eine europaweite Ausrichtung und internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse halte ich für sehr erstrebenswert.

Zur Umstellung wurde der Modellversuch „Gestufte Studiengänge in der Lehrerausbildung“ bereits im

Jahr 2003 eingerichtet. Seit dem Regierungswechsel 2005 gibt es zur Lehrerausbildung in NRW leider kein einheitliches Reformieren mehr. Einerseits will das Ministerium für Schule und Weiterbildung vieles bis in das kleinste Detail festschreiben, andererseits will das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie möglichst viel Verantwortung auf die Hochschulen schieben. Wenn zwei in zwei verschiedene Richtungen ziehen, dann ist ein sinnvolles Gestalten im Sinne einer Gesamtsteuerung nur schwer möglich.

Die unterschiedlichen Herangehensweisen der Ministerien führten im Verlauf der Ausbildungsreform dazu, dass sie nicht in dem Maße vorwärtsschritten, wie es angekündigt wurde. Denn meine Kollegin, Frau Apel-Haefs, bekam im Juni 2006 auf eine Kleine Anfrage die folgende Auskunft: Das Konzept des LABG soll Ende 06 vorliegen. Die rechtlichen Grundlagen werden in 07 geschaffen, und das neue Modell wird in 08 eingeführt.

Heute in der letzten Plenumssitzung in 2008 haben Sie es immerhin noch geschafft, den Gesetzentwurf zur Einbringung vorliegen zu haben.

Was ist geschehen? – Es war nicht so einfach wie gedacht, die unterschiedlichen Philosophien der beiden Ministerien in einem Gesetzentwurf zu bündeln. Insofern bleibt in diesem Entwurf eine Reihe von Fragen offen.

Da wäre zum einen das ungeklärte Problem der Zentren für Lehrerausbildung. Frau Beer ist darauf schon eingegangen. Es ist gut, dass der Fakultätsrang für die Zentren nach vielen Protesten mittlerweile vom Tisch ist. Aber ist es noch überhaupt nicht klar, wie die Organisation erfolgen soll. Hierzu wird im Artikel 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs extra der § 30 des Hochschulgesetzes geändert. Wie werden also die Zentren für Lehrerausbildung an autonomen Hochschulen gestaltet, wenn sie Entscheidungs-, Steuerungs- und Ressourcenkompetenz zuerkannt bekommen? – Der Gesetzentwurf bleibt diese Antwort noch schuldig.

Gleiches gilt für die Probleme bei der Organisation des Praxissemesters. Große Universitäten stellt dies vor große Probleme. Denn die Schulen sind nicht nur in den Universitätsstädten selbst, sondern auch im jeweiligen Umland. Da mag sich das Umland dann über die Praktikanten freuen, aber wie genau gelangen die Studierenden konkret in die Fläche? Sie sind als Studierende in ihrem Wohnsitz schließlich an die Universitätsstadt gebunden. Soll ein Studierender für fünf Monate seinen Wohnsitz wechseln?

Nicht geklärt ist zudem der Umgang mit dem Bachelor-Studium. Ist der Bachelor bereits berufsqualifizierend, oder braucht es dafür doch noch den Master? Wird es zwischen Bachelor und Master einen Numerus clausus geben? Was ist mit Studierenden, die einen Bachelor außerhalb der Lehrerausbildung

gemacht haben? – Das haben Sie gerade schon angedeutet. Es wird wohl funktionieren, dass dann ein Masterstudiengang möglich ist. Aber wie sieht das mit einem Bachelor von einer Fachhochschule aus? – Bisher gibt es darauf keine Antworten.

Auch die Akkreditierung der Studiengänge wird uns in unseren Beratungen beschäftigen müssen. Sie soll zu bundes- und europaweit anerkannten Studiengängen führen. Frau Ministerin Sommer hat sich mit ihrem Ministerium ein Vetorecht erstritten. Dies ist nicht im Sinne autonomer Hochschulen, weckt jedoch vielleicht die Erkenntnis, dass nicht alles nach dem Mantra „Privat vor Staat“ machbar ist.

Hinzu kommen Probleme auch bei der finanziellen Ausgestaltung. Spätestens hier zeigt sich eine besondere Krux des LABG. Durch das Assistenzpraktikum, die Zentren für Lehrerausbildung, das verlängerte Studium, die Praxissemester und die Qualifizierung der Fachleiter entstehen Mehrkosten von ca. 327 Millionen €, denen Minderbedarfe von nur 221 Millionen € gegenüberstehen. Nun fragt man sich: An welchen Stellen entstehen diese Minderbedarfe oder Einsparungen? Das ist einfach zu ermitteln, denn die Referendarszeit wird ja verkürzt, zuerst auf 18 Monate und dann höchstwahrscheinlich auf zwölf Monate. Die praktische Ausbildung wird also über das Praxissemester in die Studienzeit verlegt und dort natürlich nicht bezahlt.

Und warum ist das Praxissemester nur mit einer Dauer von fünf Monaten angesetzt? Fünf Monate sind doch kein ganzes Semester. Ist es dann also nur eine Praxisphase? Für diese werden – wie wir in der letzten Ausschusssitzung gerade erst wieder diskutiert haben – Studiengebühren erhoben. Eine Öffnungsklausel des MiWFT ist in diesem Zusammenhang ja nicht zu erwarten. Wer zahlt also die Zeche? Das sind insbesondere die Studierenden selbst.

Das LABG ist im vorliegenden Gesetzentwurf also eine Mischung, die im Zusammenspiel zweier gegeneinander arbeitender Ministerien entstanden ist. Der Satz von Herrn Minister Pinkwart während der Pressekonferenz zur Vorstellung des Gesetzes lautete – er sagte es auch gerade noch einmal –: Wir schaffen klare Verantwortlichkeiten. – Mir scheint das in diesem Zusammenhang noch ein frommer Wunsch zu sein, aber Weihnachten steht ja vor der Tür. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Boos. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Brinkmeier das Wort.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU):** Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich glaube, beim Thema Leh-

rer Ausbildung kann jeder von uns mitreden, nicht nur wir, die wir als Abgeordnete im Landtag darüber diskutieren, sondern natürlich alle diejenigen, die schon einmal einen Lehrer oder eine Lehrerin vor der Nase gehabt haben. Das sind wir nun einmal alle im Lande, auch die Zuschauerinnen und Zuschauer hier auf der Tribüne.

Ich sehe auch gerade, es sind junge Leute anwesend, die wahrscheinlich gerade noch in der Ausbildung stecken. Wenn ich die nach ihren Erfahrungen mit Lehrerinnen und Lehrern fragen würde, würden sie sicherlich auch sagen, dass sie sehr viele Lehrer haben, die sich wirklich engagiert und toll einsetzen. Wir müssen aber auch offen sagen – jeder von uns hat die Erfahrung gemacht –: Es gibt gute und weniger gute Lehrer und Lehrerinnen. Das, was der Staat tun kann, damit es möglichst viele gute Lehrer und Lehrerinnen gibt, das ist unsere Aufgabe. Der müssen wir nachkommen.

Bei unserem Gesetzentwurf zur Reform der Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen haben wir ein klares Ziel vor Augen gehabt, nämlich: Mit diesem neuen Gesetz soll für die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich auch die Ausbildung professioneller, profilierter und praxisnäher werden. Bis zum Wintersemester 2011/2012 soll das an den Universitäten entsprechend umgesetzt werden.

Ich glaube, wir sind nicht vermessen, wenn wir sagen: Das, was wir jetzt anstreben, ist eine echte Qualitätsrevolution

(Beifall von der CDU)

für die Lehrerinnen und Lehrer und vor allem natürlich – Herr Pinkwart hat es gesagt – für die Schülerinnen und Schüler in unserem Land.

Einen Punkt möchte ich aus hochschulischer Sicht hervorheben, nämlich die neuen Zentren für Lehrerbildung, die wir auch in dieses Gesetz hineinschreiben. Diese neuen Zentren für Lehrerbildung, die die Hochschulen in Eigenregie bilden, stellen sicher, dass die Interessen der künftigen Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr zu kurz kommen.

Wir verabschieden uns damit auch von der Tatsache, dass sich diese jungen Menschen doch manchmal – das haben wir bei vielen Gesprächen gehört – wie das fünfte Rad am Wagen fühlen. Ein Referendar hat uns gesagt, zu Beginn seiner Referendarsausbildung sei der Spruch zu hören gewesen: Vergesst einmal alles, was ihr an der Uni gelernt habt! – Das wurde denen gesagt. Ich glaube, es ist auch nicht gewagt zu behaupten, dass manchmal an der Schule gesagt wird: Vergesst erst einmal alles, was ihr überhaupt in der Ausbildung gelernt habt, denn jetzt kommt ihr erst richtig ins kalte Wasser! – Das ist dann die Praxis.

Es kann aber nicht gut sein, wenn in einzelnen Phasen der Lehrerbildung gesagt wird: Das, was ihr vorher gelernt habt, ist nicht unbedingt der Weisheit

letzter Schluss. – Wir müssen also für eine stärkere Verzahnung sorgen. Ich glaube, darüber haben wir auch Konsens. So habe ich jedenfalls die Vorreden verstanden, dass wir darauf achten müssen, das zu erreichen.

Die eigenständigen Zentren für die Lehrerbildung an den Hochschulen werden einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Sie werden durch Entscheidungs- und Ressourcenkompetenz gestärkt. Fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Inhalte werden dann vermehrt Teil des Studiums werden.

Wir stellen damit übrigens auch die Berufung der notwendigen Professoren auf neue Beine. Denn methodische und didaktische Fähigkeiten werden auch bei den Ausbildern eine größere Rolle spielen müssen und eine realitätsnahe Ausbildung garantieren. Schließlich wollen wir nicht am Markt vorbei ausbilden lassen.

Hier will ich auch die ganz klare Erwartungshaltung an die Hochschulen formulieren, dass die bisherige Berufungspraxis klar verbessert werden muss. Uns allen ist bekannt, dass für Professorenstellen, bei denen die Didaktik im Vordergrund stehen sollte, nicht unbedingt die besten Didaktiker genommen werden müssen. Da muss sich klar etwas verbessern. Dazu wollen wir durch dieses Gesetz unseren Beitrag leisten.

Dieses Ausbilden-Lassen ist wirklich auch eine wichtige Neuerung in der Lehrerbildung. Im Sinne des Hochschulfreiheitsgesetzes erfolgt aber keine ministerielle inhaltliche Detailsteuerung des Studiums. Wir schreiben nicht nur „Hochschulfreiheitsgesetz“. Wir meinen es auch so mit der Freiheit für die Hochschulen. Auch hier sieht man, dass wir diese Reform als Reform verstehen und eben nicht nur ein Stückwerk abliefern.

An die Stelle der operativen staatlichen Kontrolle tritt dann die Akkreditierung als Qualitätssicherungs- und Entwicklungsmaßnahme, die auch die ländergemeinsamen Standards für die Bildungs- und Fachwissenschaften und die Didaktiken beachtet. Wir sichern mit diesen Standards die fachliche Qualität und die bundesweite Anerkennung. Das Land greift bei der neuen Lehrerbildung erst nach dem Referendariat beim Abschließen des Staatsexamens direkt ein.

Meine Damen und Herren, die große Anzahl der positiven Stellungnahmen im Vorfeld dieses Gesetzentwurfs zeigt uns, dass wir wirklich auf dem richtigen Weg sind und eine überfällige Reform auf den Weg bringen. Frau Beer hat sich ja gerade bemüht, die eine Stellungnahme, die etwas harscher war und über die ich mich in der Öffentlichkeit auch schon entsprechend geäußert habe, hervorzuheben.

Sie verschweigen dabei die große Anzahl der positiven Stellungnahmen. Ich freue mich darauf, Ihnen einmal die Liste zu zeigen, in der aufgeführt ist, wer

sich positiv und konkret über diesen Gesetzentwurf geäußert hat. Ich habe sie hier liegen.

Übrigens ist es kein Spargesetz. Sie haben eine falsche Aussage getroffen, Frau Beer. Wir stellen zusätzliches Geld ein, weil uns das so wichtig ist. Darauf sind wir stolz.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, damit setzt dieser Gesetzentwurf auf eine Stärkung der Verantwortung der wissenschaftlichen Hochschulen und entspricht der Zielsetzung des Hochschulfreiheitsgesetzes.

Es ist ein langer Weg; denn wenn es spätestens im Jahr 2011 verpflichtend beginnt, wird es bis zur Mitte des kommenden Jahrzehnts dauern, bis die ersten Lehrerinnen und Lehrer nach den neuen Rahmenbedingungen in die Schulen kommen. Dann wird es noch einige Jahre dauern, bis dort eine kritische Masse erreicht ist, sodass die Kultur noch stärker in die Schulen getragen wird. Ich hoffe, im Vorfeld des Gesetzes können wir sehr konstruktiv miteinander darüber streiten, wo noch Verbesserungen möglich sind. Der Rahmen ist gesetzt; über einzelne Details können wir sicherlich noch reden. Wir freuen uns auf die Diskussion und werden es im Mai verabschieden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage? – Nein, gut.

Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. – Als nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Lindner gemeldet.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich habe noch gut zwei Minuten Redezeit. Das reicht nicht für eine umfassende fachliche Würdigung aus wissenschaftspolitischer Sicht, aber doch zumindest dafür, um einige wenige Aspekte noch einmal hervorzuheben.

Wir als FDP-Fraktion begrüßen, dass es gelungen ist, die Praxisanteile zu verstärken und sie auch früher in die Lehrerbildung zu integrieren. Junge Menschen sind damit in der Lage, bereits zu Beginn der Ausbildung zu prüfen, ob dieses Berufsfeld für sie wirklich das Richtige ist, ob sie neben der fachlichen Frage geeignet sind, in der Klasse vor Schülern die notwendige Autorität zu entfalten.

(Zuruf von der SPD)

Durch die Bachelor-/Master-Struktur ist Flexibilität in der Ausbildung erreicht worden. Das begrüßen wir. Zu einem späteren Zeitpunkt können noch Entscheidungen revidiert, kann noch ein anderer Berufsweg eingeschlagen werden. Das ist die Polyvalenz, die uns wichtig war und ist. Diese ist durch das Bachelor-/Master-System erreicht worden.

Außerdem will ich hervorheben, dass wir in diesen Tagen mit dem Lehrerbildungsgesetz einen ersten und wichtigen Teil der Neuregelung des Berufsfeldes Lehrer abschließen können. Aber das ist immer noch nicht das Ende der Neugestaltung dieses Berufsfeldes insgesamt; denn die Lehrerbildung muss wie jede andere Ausbildung ein lebenslanges und berufsbegleitendes Lernen sein. Das gilt für diese Qualifikation besonders. Deshalb müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, um die Weiterqualifikation unserer Lehrerinnen und Lehrer in didaktischer und fachlicher Hinsicht zu forcieren. Da gilt es, eine intensive Diskussion auch über innovative Instrumente zu führen.

Wir als Freie Demokraten favorisieren eine Anlehnung an die Punktesysteme bei Ärzten, respektive eine Anlehnung an die Möglichkeiten für Hochschullehrer, für ein Semester vom Dienstbetrieb freigestellt zu werden. Solche Anwendbarkeit auf den Lehrerberuf zu diskutieren, schien uns spannend zu sein. Wir glauben, das muss ein nächster Schritt in dieser Diskussion sein.

(Beifall von der FDP)

Insgesamt haben wir mit dem Lehrerbildungsgesetz einen großen Wurf erreicht. Wir werden dieses Lehrerbildungsgesetz intensiv diskutieren. Es basiert auf den Empfehlungen einer hochrangigen Expertenkommission. Deshalb ist es alles in allem ein gutes Gesetz, das jetzt zu recht jetzt erwartet und von der Koalition verabschiedet werden wird. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Dr. Seidl.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade wenn wir uns die beiden letzten Redebeiträge von Herrn Lindner und Herrn Dr. Brinkmeier vor Augen halten, muss man feststellen, bezüglich der Zukunft der Lehrerbildung gibt es heute leider keine Entwarnung, obwohl bald Weihnachten ist. Ihr Entwurf ist weder konzeptionell ausgereift noch gibt es Anzeichen einer Einigung zwischen den Verbänden im Schulbereich auf der einen Seite und den an der Lehrerbildung an den Hochschulen Beteiligten auf der anderen Seite. Das sagen uns die Zuschriften, die wir bekommen haben, ganz deutlich. Das ist genau der Punkt. Der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt zwischen den Institutionen ist mit diesem Lehrerbildungsgesetz noch lange nicht aus dem Weg geräumt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei sollte es vor allem auch darum gehen, die Verantwortung für Studium und Vorbereitungsdienst klar zu regeln: für mehr Praxisnähe, mehr pädago-

gische und fachliche Profilierung und für eine bessere Kooperation der an der Lehrerausbildung beteiligten Akteure. – Nur unter dieser Voraussetzung kann es gelingen, die Qualität der Lehrerausbildung nachhaltig zu verbessern, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb.

Umso mehr irritiert es, wenn Sie den Schwerpunkt und die Verantwortung nun doch sehr deutlich auf die Hochschule schieben. Oder wie sollen wir es sonst verstehen, wenn es im Entwurf heißt – ich zitiere –:

Die neue Lehrerausbildung setzt auf eine Stärkung der Verantwortung der wissenschaftlichen Hochschulen und entspricht damit der Zielsetzung des Hochschulfreiheitsgesetzes.

Die Absicht, die Lehrerbildung an den Hochschulen durch eigenständige Zentren und mehr Fachdidaktik zu stärken, ist grundsätzlich zu begrüßen. Wir fragen uns jedoch, mit welchen Instrumenten und Mitteln die Landesregierung diese Pläne realisieren will. Mit dem sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz haben Sie doch selbst alle Einflussmöglichkeiten aus der Hand gegeben, Herr Lindner.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die hohen Erwartungen an die größere Praxisnähe der Lehrerausbildung können nur dann erfüllt werden, wenn klare Anforderungen an die künftigen Praxiselemente gestellt werden. Der Gesetzentwurf hüllt sich hierzu in Schweigen. An keiner Stelle wird plausibel dargelegt, wie pädagogische oder fachdidaktische Kompetenzen während der Praxisphase im Studium erworben werden sollen. Deshalb sagen wir, die vielbeschworene neue Praxisnähe ist mit diesem Entwurf konzeptionell nicht vorhanden bzw. nicht ausgegipft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man Regierungsverantwortung hat, reicht es eben nicht aus, Überschriften zu produzieren. Es braucht eine klare und einvernehmliche Struktur darüber, wie Qualitätsverbesserungen stattfinden sollen. Hiervon sind Sie noch meilenweit entfernt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Wir sind am Ende der Beratung zu diesem Punkt und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/7961** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag einstimmig überwiesen worden.

Ich rufe auf:

### 3 Schutzschirm für Leih-, Zeit- und Kurzarbeiter

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/8079

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Schmeltzer für die antragstellende Fraktion das Wort.

**Rainer Schmeltzer (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Umgang mit der Leih- und Zeitarbeit zeigt, wie unterschiedlich sich doch die Parteien zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verhalten. Es wird deutlich: Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister spitzt die Lippen für Melodien der Arbeiterbewegung; aber am Ende singt er doch wieder das Lied des Kapitalismus und der FDP.

Ich erinnere an den 21. Februar 2008, als wir im Plenum über eine Forderung des Arbeitsministers Laumann diskutiert haben. Dort wurde er in einem Artikel der „WAZ“ vom 14. Februar 2008 mit den Worten zitiert:

Wenn die Branche

– gemeint ist die Zeitarbeitsbranche –

nicht ins Entsendegesetz aufgenommen wird, können Anbieter aus Osteuropa ab 2009 zu den Löhnen ihres Landes hier arbeiten. Das halten wir nicht aus.

In der anschließenden namentlichen Abstimmung stimmte der Arbeitsminister – wir erinnern uns – gegen seine Überzeugung ab und lehnte den Antrag der SPD-Fraktion, die Zeitarbeitsbranche ins Entsendegesetz aufzunehmen, ab.

Am 13. März 2008 diskutierten wir ebenfalls wieder im Plenum aus Anlass der Verlagerung des NOKIA-Werks von Bochum nach Rumänien über die gleichzeitige Kündigung von 1.200 Leiharbeitnehmern. Minister Laumann sprach in der Debatte am Beispiel von NOKIA von einer Verengung auf diesen Einzelfall.

Insbesondere in Zeiten der Automobilkrise ist dieser verengte Einzelfall zur Regel geworden: Hella, DEUTZ, Ford, Porsche und TRUMPF, um nur einige zu nennen, zeigen, dass es immer zuerst die Leiharbeiter trifft. NOKIA war deutlich kein Einzelfall. Eine Erhebung der IG Metall zeigt, dass Leiharbeiter bereits in sieben von zehn Betrieben entlassen werden.

Diese Situation hat Bundesarbeitsminister Olaf Scholz erkannt und anders als sein Kollege in Nordrhein-Westfalen gehandelt: Kurzarbeit wurde auch für die Zeit- und Leiharbeitsbranche ermöglicht und auf maximal 18 Monate verlängert. Das ist ein guter Weg; ist doch ein Leiharbeiter durch den Schutz-

schirm der Kurzarbeit allemal besser gestellt und abgesichert als in der Arbeitslosigkeit.

Dazu passt der ergänzende Vorschlag des DGB gut, einen Beschäftigungspool einzurichten, der die Leiharbeiter zum einen vor Arbeitslosigkeit schützt und zum anderen die Möglichkeit der Qualifizierung eröffnet. Das ist ein guter Vorschlag, den es allerdings auch umzusetzen gilt. Auch hier entnehmen wir der Presse, nämlich der „Neuen Westfälischen“, dass Arbeitsminister Laumann für diesen Vorschlag durchaus Sympathien hat und sogar Zuschüsse für diese Fort- und Weiterbildung in Aussicht stellt. Wieder einmal spitzt er in der Öffentlichkeit das Mündchen, um dem DGB Sympathien zu zollen.

Wir lauschen und erwarten, dass Sie jetzt auch pfeifen werden, Herr Minister Laumann. Lassen Sie Ihren Worten endlich einmal Taten folgen. Stellen Sie entsprechende Mittel in den Haushalt 2009 ein. Gelegenheit dazu haben Sie noch – aber nicht wieder unter dem Schutzschirm oder unter dem Deckmäntelchen der ESF-Mittel ohne entsprechende Kofinanzierung, die sich bei Ihnen nicht wiederfindet.

Folgen Sie dem guten Beispiel des Bundesarbeitsministers Scholz vom gestrigen Tag. In Nordrhein-Westfalen brauchen wir neben dieser guten Bundesinitiative zusätzliche Landesaktivitäten. Das sind wir den Menschen in unserem Land schuldig.

(Beifall von der SPD)

Nehmen Sie einmal eigenes Landesgeld in die Hand, Geld für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Leiharbeiter.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das kann er doch gar nicht!)

Dann wird Ihnen geholfen. Hilfe bei Arbeitslosenzentren können Sie ja weitestgehend nicht mehr erhalten, weil Sie diese schon rasiert haben.

(Bodo Wißen [SPD]: So war das!)

Die Not der Beschäftigten wird noch größer, als dies in Ihrer Studie beschrieben wird. An dieser Stelle sei erwähnt, dass es sehr erfreulich ist, dass Sie einer Forderung unseres Antrags unmittelbar nach Vergabe der Drucksachenummer nachgekommen sind und diese Studie nach nunmehr neun Monaten vorgelegt haben.

Die Not der Leih- und Zeitarbeiter wird 2009 größer werden. Zwei Drittel aller Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche haben befristete Verträge, die nicht selten direkt an die Aufträge gekoppelt sind. Was aus den Beschäftigten der Branche wird, wenn die Verträge auslaufen, ist für alle leicht vorstellbar.

Hier hat die Politik Fehler gemacht, auch wir Sozialdemokraten. Die Politik hat das Synchronisationsverbot aufgehoben; das war falsch. Es ermöglicht Tagelöhnertum.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Menschen steht hierbei nicht mehr im Vordergrund, sondern wird zur unternehmerischen Ware. Anders ausgedrückt, ich zitiere:

Ich persönlich halte die Frage für berechtigt, ob mit der Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes ein größerer Schutz für Zeitarbeitnehmer realisiert werden kann; denn Menschen sind mehr als nur der Produktionsfaktor Arbeit.

(Beifall von SPD und Walter Kern [CDU])

So Walter Kern, der bereits applaudiert, in der Debatte am 13. März 2008.

Damit wir uns auch heute nicht falsch verstehen: Wir sind nicht gegen die Leiharbeit. Sie wird sowohl in saisonalen Spitzenzeiten als auch bei Auftragspitzen benötigt. Aber die Rahmenbedingungen insbesondere für die Menschen Leiharbeitnehmer müssen in dem Sinne, den auch Kollege Kern angesprochen hat, stimmen. Wir müssen den rechtlichen Rahmen schaffen, der die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der betroffenen Arbeitnehmer absichert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Situationen, wie sie schon heute bekannt sind, in denen der Leiharbeitnehmer auf die Stufe eines modernen Sklaven gestellt wird, müssen verhindert werden. Ein Beispiel aus der „Welt“ vom 15. Dezember 2008:

In einigen Arbeitspapieren auf Basis eines Tarifes des Arbeitgeberverbandes Mittelständischer Personaldienstleister mit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA etwa ist vereinbart, dass der Arbeiter von nahezu jedem Vorgesetzten gefeuert werden kann: vom Leiter am Einsatzort ebenso wie vom Disponenten der Zeitarbeitsfirma.

Weiter heißt es:

Wenn der Arbeiter entlassen wird, hat die Firma das Recht, einen Wochenlohn als Schadenersatz einzubehalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist heuern und feuern auf niedrigstem Niveau,

(Beifall von der SPD)

abgesichert durch Tarifverträge, abgeschlossen von christlichen Gewerkschaften.

Wie Sie mit denen umgehen, Herr Laumann, ist mir nach wie vor nicht klar. Geht es um die Ablehnung des Mindestlohns für die Zeitarbeitsbranche, beziehen Sie sich auf deren Tarifverträge, insbesondere aber Ihre Kollegen in Berlin.

Wird allerdings die Studie des Ministers vorgelegt, werden eben diese Tarifverträge der christlichen Gewerkschaften sogar von Ihnen, Herr Minister, kritisiert, weil deren Abschlüsse nach Ihrer Ansicht deutlich zu wenig Lohn sichern.

Das ist richtig, Herr Minister. Das ist schon seit Langem unser Reden. Weil eben solche sogenannten Tarifvertragspartner keine anständigen Löhne aushandeln, von denen die Menschen leben können, muss der Mindestlohn her. Bei dieser Forderung bleiben wir.

Denn wie sieht denn Ihre Rechnung zur Grundsicherung, die Sie uns immer vorhalten, aus, wenn tatsächlich die von Ihnen in den Medien bei der Vorstellung der Studie zitierten 5 € gezahlt werden? Da müssen Sie einmal nachrechnen und das Ergebnis den Menschen mitteilen, denen Sie den Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche vorenthalten.

Wenn Sie in der Diskussion über die Aufnahme ins Entsendegesetz immer auf den hohen Tarifgrad verweisen, dann empfehle ich Ihnen, die Stellungnahme des IAB zur Anhörung in der vorletzten Woche genau zu lesen, die sehr deutlich darstellt, warum die Tarifgebundenheit in der Zeitarbeitsbranche mit unterschiedlichen Tarifverträgen so hoch ist. Ich zitiere:

Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Verleihbetriebe nur so die „Equal-Treatment“-Bestimmung umgehen können, die vorsieht, dass Leiharbeiter vom ersten Tag des Verleihs an Anspruch auf den gleichen Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen haben wie ein vergleichbarer Mitarbeiter im Entleihbetrieb. Im Falle der Zeitarbeit ist es also die Tarifbindung des Verleihbetriebes, die es ermöglicht, dass diese ein geringeres Entgelt, geringere Sozialleistungen etc. garantieren können, als dies bei den Entleihbetrieben der Fall ist.

Also kein soziales Gewissen gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dass man mit Tarifverträgen arbeitet, vielmehr das Umgehen einer sozialen, gerechten Entlohnung nach dem Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Es liegt an der Politik, Missstände in der Zeitarbeitsbranche zu verhindern bzw. für die Zukunft nicht zuzulassen. Leiharbeit ist nicht unanständig, aber es gibt unanständige Leiharbeit. Wir brauchen einen rechtlichen Rahmen, damit die tariflichen und arbeitsrechtlichen Standards der Entleihunternehmen übernommen werden. Daher muss die Zeitarbeitsbranche, wie Sie es gefordert haben, Herr Laumann, Aufnahme ins Entsendegesetz finden.

An dieser Stelle ein deutlicher Hinweis: Lassen Sie Ihren hörbaren Gefühlen freien Lauf. Das ist auch Ausübung von Macht für die Menschen in unserem Land. Dann können Sie einmal Macht mit Gefühlen in Einklang bringen.

Es muss der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten, davon haben Sie sich aber bereits verabschiedet. Sie kritisieren bei den Argen im Land, dass dort unterschiedliche Löhne für Beschäftigte der Stadt, der Agentur und Dritter gezahlt werden, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Zu

Recht, Herr Minister. Bei der Leiharbeit aber ducken Sie sich weg und finden unterschiedliche Löhne okay. Wo ist Ihr Kompass, wenn es um Gerechtigkeit geht?

Wir Sozialdemokraten haben eine klare Richtung für die Menschen und gegen Ausbeutung. Wir fordern, dass eine maximale Verleihzeit für Leiharbeit festgelegt werden muss, um Stammbelegschaften vor Entlassungen zu schützen und zu verhindern, dass die Tarife der Entleihfirmen unterlaufen werden.

Wir fordern, was Sie ablehnen. Um die Leiharbeiter nicht zu Tagelöhnern abzustempeln, brauchen wir dringend wieder das Synchronisationsverbot, um die Abhängigkeit von der Auftragslage zu verhindern. Heuern und feuern ist keine soziale Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Minister Laumann, in der Presse und in Reden außerhalb dieses Hohen Hauses hören und lesen wir oft von Ihren Vorstellungen, die eigentlich aus unserer Feder stammen könnten. Im Unterschied zu Ihnen stellen wir dazu aber Anträge und transportieren unsere Ideen auch nach Berlin, und zwar – Herr Kollege Kern, Sie haben es damals angesprochen: Lassen Sie uns mit unseren Kollegen reden – durchaus mit Erfolg, wie man an der Kurzarbeit deutlich erkennen kann.

Zeigen Sie nicht mit dem Finger auf uns, weil der gute Bundesarbeitsminister ein Sozialdemokrat ist, ein Kabinettsmitglied in der großen Koalition. Sie sind Landesarbeitsminister, CDA-Bundesvorsitzender und CDU-Bundesvorstandsmitglied. Sie haben das Heft des Handelns in Nordrhein-Westfalen in der Hand – in Ihrer Partei, aber auch als Minister im Kreis der Länder.

Nun müssen Sie Ihren vollmundigen Worten draußen auch in Ihrem Haus endlich Taten folgen lassen oder wie Dante Alighieri sagte: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt.“ – Handeln Sie, Herr Minister!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Kleff.

**Hubert Kleff (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man arbeitsmarktpolitische Instrumente beurteilen will, dann muss man einen Blick zurückwerfen: Seit 2006 ist die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen von fast 1,1 Millionen auf 712.000 gesunken. Das ist der niedrigste Stand seit 15 Jahren. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten

um 390.000 auf 5,9 Millionen. – So weit die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Ein nicht unbedeutendes Instrument für diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist die Zeitarbeit. In Nordrhein-Westfalen sind ca. 147.000 erwerbstätige Männer und Frauen – dies entspricht einem Anteil von 1,8 % – bei Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt. Genauso schnell wie sich die Zeitarbeit bei Wirtschaftswachstum in Arbeitsverhältnissen niederschlägt, ist es ein Frühindikator, wenn es jetzt aufgrund der weltweiten Finanzkrise zu einem Abschwung kommt.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion: In Ihrem Antrag erwähnen Sie mit keinem einzigen Wort die positiven Seiten der Zeitarbeit.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Das haben Sie, Herr Schmelzter, gerade fortgesetzt. Sie tun so, als würden die Menschen durch diese Branche in die Arbeitslosigkeit und in die Armut getrieben. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Nehmen Sie Ihren Antrag zunächst zurück und beschäftigen sich erst einmal mit der Studie, die von Minister Laumann vorgestellt worden ist.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das haben wir getan! – Walter Kern [CDU]: Das stimmt nicht!)

Danach sind wir gerne bereit – das halten wir auch für notwendig –, uns im Ausschuss über die Beseitigung von Missbrauch und Auswüchsen, die es zweifellos im Bereich der Zeitarbeitsbranche gibt, zu sprechen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Wir müssen zunächst Positives herausarbeiten und dann gemeinsam die sich für die Menschen negativ auswirkenden Regelungen aufzeigen und auch verhindern.

Dass die Zeitarbeit für die Menschen in unserem Land eine echte Chance bietet und den Betrieben die Möglichkeit gibt, flexibel zu reagieren, beweisen folgende Fakten:

In der Zeit von März 2006 bis März 2008 haben 52.500 Menschen durch Zeitarbeit eine Beschäftigung gefunden. 58 von 100 Zeitarbeitnehmern kommen direkt aus der Arbeitslosigkeit. Ein Drittel der Zeitarbeitnehmer, die unmittelbar vorher arbeitslos waren oder sogar aus der Langzeitarbeitslosigkeit kamen, findet eine Beschäftigung außerhalb der Zeitarbeit. Junge Menschen bekommen über diesen Weg die Möglichkeit, Berufserfahrung zu sammeln.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmelzter?

**Hubert Kleff (CDU):** Ja.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön. – Bitte schön, Herr Schmelzter.

**Rainer Schmelzter (SPD):** Herr Kollege Kleff, vielen Dank für Ihren Hinweis bezüglich der Studie. Selbstverständlich habe ich mich mit den annähernd 100 Seiten beschäftigt.

Würden Sie bestätigen wollen, dass aus der Studie hervorgeht, dass die Vertreter der Zeitarbeitsbranche die Zukunft in Equal-Pay-Vereinbarungen sehen? Würden Sie auch bestätigen wollen, dass aus der Studie deutlich hervorgeht, dass Missbrauch dahin gehend betrieben wird, dass Stundenentgelte von 5 € und Margen von maximal 4 bis 6 € bei den Zeitarbeitnehmern die Regel sind? – Das ist Ergebnis dieser Studie.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ja!)

**Hubert Kleff (CDU):** Herr Schmelzter, ich werde gerade auf die Entgelte im weiteren Verlauf meiner Rede noch eingehen. Das ist, glaube ich, das größte Problem, das wir haben. An der Stelle gebe ich Ihnen vollkommen Recht und bin auf Ihrer Seite.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir ein Zitat aus einer Rede anlässlich des IGZ-Bundeskongresses im Juni dieses Jahres:

Die 2002 verabschiedete und 2004 in Kraft getretene Reform des Gesetzes zur Arbeitnehmerüberlassung brachte die Wende, und zwar wegen der Art der Regelungen ebenso wie durch die Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Denn es bietet ein gutes Beispiel, wie das Zusammenspiel von Sozialpartnern und Politik funktionieren kann.

Die Zeitarbeit schreibt seit der Reform eine Erfolgsgeschichte. Ihr Image hat sich zweifellos verbessert.

Ende des Zitats. Recht hat Olaf Scholz, SPD, Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Die SPD-Fraktion will ein in weiten Teilen bewährtes Arbeitsmarktinstrument bei zweifellos schwieriger werdenden Zeiten auf dem Arbeitsmarkt durch staatliche Eingriffe in den von ihr selbst beseitigten Urzustand zurückversetzen. Das ist aber keine Antwort auf den zu erwartenden Beschäftigungsrückgang.

Die jüngsten Absprachen zwischen der Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaften und Betrieben in punkto Kurzarbeit, Qualifizierung und Befristung zeigen, dass auch ohne staatliche Eingriffe für die betroffenen Menschen vernünftige Regelungen gefunden werden.

Natürlich gibt es in dieser Branche wie überall schwarze Schafe. Denen muss das Handwerk gelegt werden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das sind nicht ein paar schwarze Schafe!)

Ein besonderes Thema sind die Entgelte in der Zeitarbeit. Wenn das durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen ca. 40 % unter dem von Beschäftigten in gleichen Berufsgruppen liegt, ist das ein Skandal.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD] und Walter Kern [CDU])

Bereits am 21.02.2008 haben wir hierzu in diesem Haus eine Debatte geführt. Ihre Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ können wir nur unterstützen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann folgen Sie unserem Vorschlag!)

Wir verurteilen Billiglöhne, die bei voller Erwerbstätigkeit nicht auskömmlich und auch noch sittenwidrig sind.

Ich warne aber davor – das sage ich ganz deutlich –, sich seitens der Politik einzumischen. Ich halte es für richtig, die Tarifpartner zu stärken und sie nicht durch staatliche Eingriffe zu ersetzen. Spannen Sie mit uns einen Schutzschirm über die Tarifautonomie. Das ist der richtige Weg. – Ich bedanke mich.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Kleff. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Romberg das Wort.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Seit Beginn der Finanzkrise und der damit verbundenen Konjunkturflaute reißen Meldungen nicht ab, nach denen in der Zeitarbeitsbranche – noch vor kurzem eine der Gewinnerinnen des Konjunkturhochs – die Kündigungswelle grassiert. Zutreffend ist, dass es in diesem Bereich zu ersten Entlassungen gekommen ist. Einem signifikanten Anstieg hat der Bundesvorstand der Bundesagentur für Arbeit, Raimund Becker, allerdings vehement widersprochen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vehement nicht!)

Außerdem seien die Verleiher bemüht, gerade die Zeitarbeiter aus der Automobilindustrie in anderen Bereichen – zum Beispiel in der Metallindustrie – unterzubringen.

Auch in NRW merkt man gerade in der Zeitarbeitsbranche noch nicht allzu viel vom drohenden Wirtschaftsabschwung. Das geht auch aus der aktuellen Pressemitteilung der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit zum Arbeitsmarkt in NRW eindeu-

tig hervor. Zwar haben sich inzwischen einige Firmen von ihren Zeitarbeitern getrennt, aber das Arbeitsverhältnis beim Verleiher existiert offenbar weiter.

Daher ist die Behauptung der SPD in ihrem Antrag – ich zitiere –, „auf den Konjunkturreinbruch reagieren die Zeit- und Leiharbeitsfirmen prompt und kündigen im Rahmen der arbeitsrechtlichen Möglichkeiten ihren Beschäftigten“, derzeit nichts weiter als Katastrophenalarm ohne echte Substanz.

Hinzu kommt, dass offenbar zahlreiche Betriebe Zeitarbeiter sogar bevorzugen, weil sie sich aus nachvollziehbaren Gründen mit Festeinstellungen im Moment schwer tun. Obwohl die Datenlage also nichts Alarmierendes aussagt, ist es durchaus gut und richtig, über den Augenblick hinaus zu denken, statt abzuwarten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist. Dennoch kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass der Schirm, den die SPD über den Zeitarbeitern aufspannen will, einige Löcher aufweist und die Betroffenen am Ende doch im Regen stehen. Ginge es bei den Forderungen im vorliegenden Antrag um vernünftige Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit bzw. zum Ausbau regulärer sozialversicherungspflichtiger Jobs, könnten wir heute vielleicht eine fruchtbarere Debatte führen.

Aber die SPD-Fraktion bedient sich beim Thema Zeitarbeit, zu dem sie dieses Jahr schon zwei Anträge vorgelegt hat, erneut einer unschönen Mischung aus Populismus und Vorurteilen. Damals hatten Sie Probleme mit dem Boom in der Branche, jetzt bereitet Ihnen das Szenario des Niedergangs Kopfzerbrechen. Grundtenor ist derselbe: Zeitarbeit ist zwar positiv, aber nur für die Arbeitgeberseite. Die positiven Aspekte für die Arbeitnehmerseite lässt man der Einfachheit halber unter den Tisch fallen.

Um Missverständnisse gleich auszuschließen: Auch die Freien Demokraten bevorzugen selbstverständlich reguläre, das heißt unbefristete sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, nach Möglichkeit in Form von Vollzeitbeschäftigung, wenn es die Arbeitnehmer wünschen. Aber es gibt nun einmal vernünftige Gründe dafür, Zeitarbeit als Instrument einer flexibleren Gestaltung des Arbeitsmarktes anzuerkennen, entsprechend zu nutzen und bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Außerdem gibt es zahlreiche Arbeitnehmer, die ohne das Instrument der Zeitarbeit vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wären. Da passt es gut, dass Minister Laumann Ende letzter Woche besagte Studie vorgestellt hat, die die Zeitarbeitsbranche in NRW genau unter die Lupe genommen hat.

Ich will die wichtigen Befunde noch einmal herausarbeiten. Kollege Kleff hat das zwar auch schon getan, aber für die SPD ist es vielleicht hilfreich, wenn ich das verstärke:

Erstens. Zeitarbeit ist ein Randphänomen, denn nur 1,8 % der Erwerbstätigen in NRW sind in der Zeitarbeit tätig. Lediglich 4 % der Betriebe greifen auf Zeitarbeit zurück.

Zweitens. Der Erosionsprozess bei den Stammbeschäftigten wird sich fortsetzen – sagt die SPD. Fakt ist aber, dass bislang kein Anhaltspunkt für einen solchen Trend wirklich vorliegt.

Drittens. Ein gutes Drittel findet aus der Zeitarbeit heraus eine Festanstellung.

Viertens. Das aus meiner Sicht wichtigste Argument für die Zeitarbeit aus Arbeitnehmersicht lautet, dass Zeitarbeit einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit bietet.

(Beifall von der FDP)

58 % der Zeitarbeiter waren zuvor arbeitslos gemeldet, 20 % kommen aus der Langzeitarbeitslosigkeit.

Was Löhne angeht, so ist zu sagen, dass bei erheblichen Lohnsteigerungen sicher mit Massenentlassungen zu rechnen wäre. Zu bedenken ist auch, dass durch die Zeitarbeitstarifverträge außerdem sichergestellt wird, dass die Arbeitnehmer auch in verleihfreien Zeiten das gleiche Entgelt erhalten.

Auch die Forderung nach der Aufnahme ins Entsendegesetz erübrigt sich aufgrund der hohen tariflichen Bindung. Die Tarifvertragsparteien kümmern sich übrigens auch um Fragen der Qualifizierung.

Zur Arbeitszeitgestaltung Folgendes: Viele Zeitarbeitsunternehmen arbeiten schon mit Arbeitszeitkonten. Diese werden in Flächentarifverträgen für die Zeitarbeit festgelegt und auch entsprechend genutzt.

Auch die Forderung der SPD, dass Arbeitnehmer in der Kurzarbeit verstärkt Qualifizierungsmaßnahmen in Anspruch nehmen können, ist inzwischen geklärt. Ab dem 1. Januar 2009 ist die Qualifizierung während der Kurzarbeit möglich. Deren hauptsächliches Ziel besteht darin, Chancen auf eine Beschäftigung für Ungelernte wirklich zu erhöhen. Zu diesem Zweck werden bundesweit der Agentur für Arbeit 50 Millionen € aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt.

Nun noch einmal zu der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Ich möchte die Sozialdemokraten fragen: In wie vielen Tarifverträgen außerhalb der Zeitarbeit ist das wirklich verwirklicht? Ich kenne genügend Menschen, die nicht für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn kassieren.

Wenn wir bei der Zeitarbeit und bei den Hochqualifizierten sind: Es gibt mittlerweile auch Ärzte in Zeitarbeit, aber die verdienen ein Drittel mehr, weil sie so flexibel sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sehr gut! So läuft das in der Schweiz und in Frankreich generell!)

Bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit würde das bedeuten: Sie wollen Beschränkungen,

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

damit es den Krankenhäuser nicht mehr gelingt, Stellen, wenn Not am Mann ist, zu besetzen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gut!)

In die andere Richtung muss man auch denken, wenn man es von beiden Seiten betrachtet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann lassen Sie es uns wie in der Schweiz und in Frankreich machen. Da ist es generell so!)

Zum Schluss komme ich zu der Einschätzung, dass die SPD bezogen auf die Zeitarbeit Forderungen aufstellt, die zum Teil reichlich unrealistisch sind und – das ist das Wichtigste – die Entlassung von Arbeitnehmern nicht verhindern, sondern eher befördern. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Begeisterung!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Steffens.

**Barbara Steffens<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Romberg, ich glaube, Sie waren bei der Anhörung im Ausschuss nicht da oder zumindest nicht anwesend.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Denn dann hätten Sie vieles von dem, was Sie jetzt gesagt haben, so nicht gesagt.

Vorab: Wir begrüßen natürlich diesen Antrag, auch wenn man ihn vielleicht während des Beratungsprozesses in unseren Antrag hätte einfließen lassen können. So kann man nur versuchen, jetzt eventuell an der einen oder anderen Stelle noch etwas zuzusammensetzen.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Die kurzfristigen Hilfen – Stichwort: Beschäftigungspool –, die in unseren Antrag keinen Eingang gefunden haben, begrüßen wir selbstverständlich. In unserem Antrag wiederum gibt es ein paar Passagen, die sich mit der grundsätzlichen Problematik befassen und die weitergehend sind, etwa betreffend die Re-Regulierung. Vielleicht kann man das im Laufe des Prozesses zusammenführen.

In der heutigen Debatte findet sich vieles von dem, was uns, dem gesamten Parlament, die Expertinnen und Experten in der Anhörung vor wenigen Tagen ins Stammbuch geschrieben haben. Wir Grüne haben noch am letzten Freitag eine Veranstaltung zu demselben Thema durchgeführt, in der dankenswerterweise Minister Laumann morgens

seine Studie vorgestellt hat, sodass wir nachmittags in der Veranstaltung direkt darüber diskutieren und zusammen mit dem IAB überprüfen konnten, inwieweit es Dissens gibt.

Manche Zahlen wurden gerade wieder in den Raum gestellt, als da wären: Randproblem von 1,5 % oder 3 %, aber bei Neueinstellungen überhaupt kein Randproblem mehr, sondern bei neu abgeschlossenen Beschäftigungsverhältnissen in Zeitarbeit befristete Beschäftigungsverhältnisse massiv im Anstieg. Von daher: Das mit dem Randproblem war gestern, wirkliches Problem für Beschäftigte ist es heute und morgen. Viele der Punkte haben wir in der Diskussion schon aufgreifen können. Auch hier ging es gerade wieder drunter und drüber.

Das Problem ist nicht die Zeitarbeit an sich, sondern das Problem ist, Herr Kleff, dass diese Möglichkeit der Gleichstellung von Zeitarbeitern und Stammbesetzern nun durch diese Extra-Tarifverträge Zeitarbeit unterlaufen werden kann.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Man kann nicht sagen, Tarifverträge sind heilig, wenn man weiß, dass die Tarifverträge mit Extra-Tarifverträgen und dann noch einmal mit christlichen Extra-Extra-Tarifverträgen unterlaufen werden können,

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

sodass es am Ende der Tarifvertrag mit 5 € Stundenlohn ist, der sozusagen jegliche Existenzsicherung unterschreitet und auch nichts mehr mit ethischen Ansprüchen an die eigentliche Entlohnung von Arbeit zu tun hat. Das nur auch in Richtung der christlichen Gewerkschaften.

Wir sind mit Ihnen einer Meinung, dass Tarifverträge wichtig sind. Aber der Tarifvertrag kann nicht die Tarifverträge sozusagen als Dumping-Tarifvertrag unterlaufen. Das aber ist mit dem Extra-Tarifvertrag der Zeitarbeit möglich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Lücke muss geschlossen werden. Es muss ein Tarifvertrag gelten, weil es hier um eine Beschäftigung geht. Man kann ihn nicht immer wieder weiter unterlaufen.

(Vereinzelt Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wozu führt dieses Unterlaufen? – Sie haben doch selbst kritisch angefügt, dass Ihnen das mit den schwarzen Schafen, mit diesen Dumpinglöhnen, auch zu viel ist. Aber es sind ja nicht ein paar schwarze Schafe unter weißen, sondern mittlerweile ist es so, dass wir ab und zu ein weißes Schaf unter den schwarzen Schafen finden.

(Beifall von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Richtig!)

Aus der Studie, die Ihnen Minister Laumann vorgelegt hat, geht doch hervor: Das durchschnittliche

sozialversicherungspflichtige Monatsbrutto liegt 36 bis 45 % unter dem Monatsbrutto der gleichen Berufsgruppe.

(Zuruf von Walter Kern [CDU])

Man kann doch nicht sagen, dass es korrekt ist, dass ich Leute 45 % unter dem eigentlichen Lohn derjenigen, die in dem Bereich beschäftigt sind, beschäftige. Damit kommen wir doch zu den Stundenlöhnen von 5 €. Wir haben doch nicht Stundenlöhne von 5 € bei einzelnen schwarzen Schafen, sondern wir kommen dazu, weil es durchgängig so ist, dass es massiv runterreguliert wird.

Sie müssen sich doch darüber im Klaren sein, dass diese Unterschreitungen – 36 bis 45 % unter Lohn – schon jetzt in vielen Fällen mit Lohnkostenzuschüssen begleitet werden, weil die SGB-II- und SGB-III-Bezieher von der BA in die Zeitarbeitsfirmen gezwungen werden.

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

Zunächst erhalten die Firmen einen Lohnkostenzuschuss, bevor dann die betroffenen Zeitarbeiter den Hartz-IV-Regelsatz obendrauf bekommen, weil die Löhne nicht ausreichen, um die Existenz zu sichern. Dabei wird doppelt und dreifach subventioniert.

Da sagen Sie, es gäbe einzelne schwarze Schafe? – Nein, dieser ganze Bereich ist so dereguliert, dass es sich dabei um einen Schwarzen-Schafs-Bereich handelt.

(Beifall von den GRÜNEN und Rainer Schmeltzer [SPD])

Deshalb müssen wir eingreifen.

Auch der hochgepriesene Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ist nicht so, wie hier dargelegt; wir haben das in der Anhörung des Ausschusses gehört. Die Studien der Zeitarbeitsbranche mögen dazu etwas anderes sagen. Aber viele andere Studien, die vorliegen und die angesprochen worden sind, kommen zu dem Ergebnis: Nein, es gibt den Effekt, dass die Menschen nicht so schnell wieder arbeitslos werden; aber eine Überführung in ein normales Arbeitsverhältnis gibt es nicht.

(Zuruf von Hubert Kleff [CDU] – Gegenruf von Günter Garbrecht [SPD])

Wenn jemand auf dauerhaft atypischer Beschäftigung mit 45 % unter dem Lohnniveau kleben bleiben soll, dann ist das keine Lösung, sondern man muss den Menschen Qualifizierung bieten und ihnen einen Übergang in den ersten Arbeitsmarkt schaffen. Wenn man dies nicht macht, ist es fahrlässig; und das ist es derzeit. Deswegen müssen wir diesen Bereich anders regulieren und dabei anders vorgehen.

Wir brauchen eine andere Bezahlung, Re-Regulierung, den Mindestlohn, das Verbandsklagenrecht für Gewerkschaften und rechtsfähige Verbän-

de, die Anhebung der Klagefristen, den Ausbau der Schadensersatzregelung, die Gleichbehandlung von Entleihkräften und Stammbeschaften usw. Die ganze Palette steht in unserem Antrag. Wir brauchen die Veränderung und Qualifizierung sowie Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, den ich gerade schon angesprochen habe. Man kann nicht auf der einen Seite von schwarzen Schafen sprechen – dabei handelt es sich bei genauerer Betrachtung um Weiden voller schwarzer Schafe – und gleichzeitig die Augen vor dem verschließen, was mit den Beziehern von Leistungen nach SGB II oder SGB III passiert. Wir müssen auch darüber reden, dass von der BA stark forciert wird, Menschen durch Lohnkostenzuschüsse und mit Sanktionsregelungen in die Zeitarbeit – auch mit 5 € Stundenlohn – hineinzudrängen. Sie erhalten keine Qualifizierung, um dort wieder herauszukommen.

Wenn man sich anschaut, wie die Übergänge mittlerweile sind, stellt man fest: Es gibt einzelne Argen, die bei den Eingliederungen 80 % in Zeitarbeit überführen. Das, meine Damen und Herren, kann so nicht sein. Wir sind verpflichtet, den Menschen etwas anderes zu bieten. Dass wir dazu verpflichtet sind, ist vor allen Dingen nach den Ergebnissen der Studie von Minister Laumann deutlich, denn danach ist klar: 58 % bleiben maximal sechs Wochen in Beschäftigung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Im weiteren Bereich haben wir massive Probleme mit Arbeitsverhältnissen, die mittlerweile kürzer als eine Woche sind.

Meine Damen und Herren, wir brauchen also andere Qualifizierungen, andere Übergänge und Regulierung.

Wenn wir über die Auswertung unserer Anhörung zu unserem Antrag reden, hoffe ich, dass wir das einfließen lassen können, um für die Menschen andere Arbeitsverhältnisse in diesem Land zu schaffen.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zum SPD-Antrag ist zunächst einmal Folgendes zu sagen: Lieber Kollege Schmeltzer, schön ist, dass Sie diesen Antrag in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht haben – herzlichen Dank! Denn das gibt mir die Gelegenheit, genau in der Parlamentswoche nach Veröffentlichung meiner Studie zu die-

sem Thema die Meinung der Landesregierung vorzustellen.

Zweitens. Ich bin ziemlich sicher: Wenn Ihr Antrag ein Antrag der SPD-Bundestagsfraktion wäre, bekäme er die Unterschrift des amtierenden Bundesarbeitsministers nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sind hier im nordrhein-westfälischen Landtag, Herr Minister!)

Bei den Vorschlägen in Ihrem Antrag handelt es sich zum größten Teil um Forderungen, die Sie zwar im Land Nordrhein-Westfalen aufstellen, die aber eindeutig in der Gesetzgebungskompetenz des Deutschen Bundestages liegen.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann haben Sie im Antrag sicher gelesen, dass wir Sie auffordern, tätig zu werden!)

Deswegen nehmen Sie es so, wie es ist: Dieser Antrag stößt zwar eine Debatte an, löst aber die Probleme mit Sicherheit nicht.

Drittens. Die Studie, die das MAGS in Auftrag gegeben hat – Nordrhein-Westfalen hat so etwas im Übrigen als einziges Bundesland in Deutschland gemacht; auch der Bund hat noch keine Studie über Zeitarbeit finanziert –,

(Beifall von Walter Kern [CDU])

war der Versuch – das kann ich mit Ehre und Gewissen sagen –, eine Studie zu diesem Bereich von einer kompetenten Fachinstitution machen zu lassen. Ich habe dabei sehr darauf geachtet, dass es auf diese Studie keinen politischen Einfluss gab – das war mir ganz wichtig –: weder vonseiten der Gewerkschaften noch vonseiten der Arbeitgeber, der Zeitarbeitsbranche oder unseres Ministeriums.

Die Zeitarbeit muss logischerweise aufgrund ihrer besonderen Stellung im Arbeitsmarkt ein Thema sein, auf das man schaut, weil es sich um eine andere Form der Beschäftigung handelt, die der Natur vieler Menschen nicht unbedingt entspricht; das muss man doch zugeben. Deshalb hat die Zeitarbeit ein zusätzliches Arbeitsrecht im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erhalten. Mir geht es wirklich darum, zu erfahren, was in dieser Branche los ist.

Über das Ergebnis können wir auch noch im Ausschuss reden. Man kann Ergebnisse von Studien immer anzweifeln; das wird man am Ende nie ganz verhindern können. Das Ergebnis der Studie lautet: Die Zeitarbeit ist in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen eine Branche, die Licht und Schatten hat.

Aber klar ist: Sie bietet manchen Menschen eine Möglichkeit des Wiedereinstiegs in Erwerbsarbeit, die lange vorher keine solche Chance hatten. Sie bietet vor allen Dingen Menschen Einstieg in Erwerbsarbeit, die leider Gottes – egal aus welchen Gründen – keine qualifizierte Berufsausbildung ha-

ben. Sie ist eine Branche geworden, die gerade im Helferbereich Menschen die Teilnahme an Arbeit ermöglicht, die sonst kaum mehr in der Wirtschaft eingestellt werden.

Weiterhin ist sie für manche Menschen – deshalb gehen viele zu Zeitarbeitsfirmen – ein letzter Notnagel. Denn dass bei Zeitarbeitsfirmen ein so hoher Anteil von Arbeitslosen unterkommt, liegt nicht daran, dass die Menschen ihre normalen Arbeitsverhältnisse kündigen, um zur Zeitarbeit zu wechseln. Die Wahrheit ist vielmehr, dass die Menschen, wenn sie schon viele Bewerbungen geschrieben haben, diese Branche in der Regel als letzte Möglichkeit in Betracht ziehen. So läuft es praktisch.

Die Wahrheit ist aber auch: Nach unserer Studie gelingt es 31 % der Menschen, die bei Zeitarbeitsfirmen anfangen, durch die Zeitarbeit ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis in einem Unternehmen außerhalb der Zeitarbeitsbranche zu finden.

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das ordne ich dem Thema Licht und nicht dem Thema Schatten zu. Wenn ich weiß, dass eine ABM, die den Staat sehr viel Geld kostet, nur eine Eingliederungsquote von 24,8 % hat, der Ein-Euro-Job eine von 16 %, kann sich die Quote bei der Zeitarbeit – lasst uns streiten, ob es 30 oder 32 oder 28 % sind – sehen lassen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Wahr ist auch, dass die Zeitarbeit in einem erheblichen Umfang so funktioniert, dass sie eine Aufgabe, die sie übernehmen sollte, als wir vor einigen Jahren das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz gelockert haben, nämlich Menschen nach der Entleiherung wieder weiterzuverleihen, zu wenig erfüllt und dass der Anteil derjenigen, die nur für eine Verleihdauer angestellt werden und danach wieder gehen können, sehr groß ist. Das ist eigentlich keine große Kunst, Leiharbeit zu veranstalten, wenn ich mich so verhalte.

Die Bewertung, ob ein Unternehmen Leiharbeit gut organisiert, hängt vielmehr daran, wie oft es ihm gelingt, Menschen, wenn die Verleihdauer in einem Betrieb ausgelaufen ist, eine neue Perspektive in einem anderen Betrieb zu eröffnen, ohne ihnen zu kündigen.

Das ist der Grundgedanke; daran muss man arbeiten. Aber das lässt sich durch eine gesetzliche Regelung, dass sie den Zeitarbeiter niemals entlassen dürfen, auch wenn sie keine neue Arbeit für ihn finden, also mit dem Synchronisationsverbot, nach meiner Meinung auch nur unzureichend erledigen. Denn unsere Studie sagt auch, dass auch unbefristet eingestellte Zeitarbeiter, wenn man über den Daumen gepeilt zwei Wochen lang keine Arbeit für sie gefunden hat, entlassen werden.

An diesem Punkt möchte ich gerne ansetzen. Denn wir haben Programme, die es den Zeitarbeitsunternehmen ermöglichen, die Menschen eine gewisse Zeit zu halten, wenn man keine neue Firma gefunden hat, und die Zeit für Qualifizierung zu nutzen. Es gibt auch eine erhebliche Anzahl von Programmen, auch die Lohnkostenseite für die Zeitarbeitsfirmen in den Griff zu bekommen.

Das ist zum Beispiel das sogenannte WeGebAU-Programm der Arbeitsverwaltung, das auch Zeitarbeitsunternehmen nutzen dürfen. START NRW zum Beispiel nutzt dieses sehr stark. Ich finde, wir müssen mit der Zeitarbeitsbranche darüber reden, warum so viele andere Zeitarbeitsunternehmen dieses WeGebAU-Programm nicht in Anspruch nehmen. Denn es bedeutet im Grunde: Wir zahlen Lohnkostenzuschüsse, aber sie sind an eine Zeit der Qualifizierung gebunden. Da viele der in Zeitarbeit tätigen Menschen nicht über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügen, ist Qualifizierung erstens bitter notwendig und passt zweitens voll in das Programm. Aus diesem Programm fließen die Mittel aber nicht ab.

Das ist auch meine Antwort: Ich nehme dann Landesgeld in die Hand, wenn ich eine Sache für wichtig halte, bei der es in Deutschland keine Finanzierung gibt. Aber da, wo der Bund und die, die zuständig sind, finanzieren, muss man sich darum kümmern, dass diese Programme in Nordrhein-Westfalen besser laufen. Das werden wir zu Beginn des Jahres auch tun.

Das setzt aber voraus, dass die Arbeitgeberseite der Zeitarbeit auch bereit ist, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Hier kann die Branche beweisen, ob sie in dem Umfang wie ein ganz normaler Arbeitgeber bereit ist, soziale Verantwortung zu tragen.

(Beifall von der CDU)

Ein weiterer Punkt ist die Entlohnung. Wir haben uns damals im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz entschieden, der Branche mehr Freiheiten einzuräumen und das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zurückzunehmen, wenn die Branche Tarifverträge bekommt. Die Branche hat vorher keine Tarifverträge gehabt, weil galt, dass das bezahlt werden musste, was in den Verleihunternehmen üblich war: Equal pay.

Aber es ist doch unstrittig, dass die Entwicklung der Branche dahin, sich alles in allem wie ein normaler Arbeitgeber zu verhalten, erheblich in Gang gekommen ist, seitdem es dort Tarifverträge gibt. Damals, als es diese noch nicht gab und als wir Equal pay hatten, war diese Branche weithin noch als Seelenverkäufer verschrien. Dass die Zeitarbeit Tarifverträge bekommen hat, hat nach meiner Meinung ihr Image erheblich verbessert.

Ob man das wahrhaben will oder nicht, aber von der Rechtslage her ist Deutschland ein Land, das

auch ein pluralistisches Gewerkschaftssystem zulässt. Deswegen gibt es nicht nur eine Gewerkschaft. Ein Problem ist jetzt dadurch entstanden, dass eine dieser Gewerkschaften zwar einen Tarifvertrag gemacht hat, nach dem die Zeitarbeiter fast genauso viel verdienen wie nach DGB-Tarifvertrag, aber im Kleingedruckten steht, dass im ersten halben Jahr bestimmte Abschläge gemacht werden dürfen.

Den folgenden Satz habe ich mir gut überlegt: Ich finde, ein Tarifvertrag, der dafür da ist, einen anderen Tarifvertrag zu unterbieten, kann kein christlicher Tarifvertrag sein.

(Beifall von CDU, SPD und GRÜNEN)

Denn Auftrag von Gewerkschaften ist es, egal wie die Gewerkschaft heißt und wie sie sich gesellschaftspolitisch verpflichtet fühlt, die Arbeitsbedingungen von Menschen zu verbessern, und sie ist nicht dafür da, einen Tarifvertrag, der Arbeitsbedingungen beschreibt, grundsätzlich zu unterbieten.

(Beifall von CDU, SPD und GRÜNEN)

Was mir dieser Satz in den nächsten Wochen an Post bescheren wird, können Sie sich vorstellen. Aber deswegen habe ich ihn mir auch gut überlegt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ich hoffe, er wird ausreichend veröffentlicht!)

Nächster Punkt: Die Zeitarbeitsbranche ist auch davon gekennzeichnet, dass die Menschen oft sehr allein gelassen sind, was die Vertretung von Arbeitnehmerrechten angeht. Der gewerkschaftliche Bindungsgrad ist niedrig, Betriebsräte sind selten, Vertrauenskörper werden nicht gekannt, viele Zeitarbeiter haben eine unterdurchschnittliche Bildung. Unterdurchschnittliche Bildung bedeutet auch, dass es diese Menschen besonders schwer haben, sich zu wehren, wenn sie den Eindruck haben, nicht gut behandelt worden zu sein.

Deswegen habe ich mich zu Folgendem entschieden – das haben wir über Monate vorbereitet, weil all das nicht so schnell geht –: Mein Haus hat zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Nordrhein-Westfalen eine Hotline eingerichtet, wo Zeitarbeiter Hilfe, Rat und Rechtsschutz bekommen. Die Abmachung besteht darin, dass einerseits mein Haus die Hotline zu erheblichen Teilen finanziert, und andererseits der Deutsche Gewerkschaftsbund den Zeitarbeitern Rechtsschutz anbietet, indem er eine Sache ändert, die bei uns bei den Gewerkschaften üblich ist: Man muss ja Mitglied sein, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, sonst kriegt man keinen Rechtsschutz. Der DGB macht hier eine Ausnahme. Auch wenn sie vorher nicht in der Gewerkschaft waren und eintreten, bekommen sie von ihm den vollen Rechtsschutz.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Ich habe als Minister den Rechtsschutz nicht organisieren können, weil das rechtlich nicht geht. Aber ich bin froh, dass wir hier eine Lösung gefunden haben.

Der DGB hat gesagt: Gut, dann werden wir einmal ein bisschen in Zeitarbeit investieren, obwohl wir von dort keine Mitgliedsbeiträge bekommen haben, denn wir können uns vorstellen, dass das ein Beitrag ist, um den Bereich für die Gewerkschaften mehr zu erschließen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gut, dass wir Gewerkschaften haben!)

– Ja, das ist in Ordnung. Aber es ist auch gut, dass es diesen Arbeitsminister gibt, der als Einziger in Deutschland eine solche Hotline einrichtet.

(Beifall von der CDU)

Das hätte auch Herrn Scholz in Berlin einfallen können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das können Sie ihm einmal sagen!)

– Ja, die machen uns immer drei Wochen später alle Sachen nach. Es ist auch ganz in Ordnung, wenn sie sich hier abgucken, wie man regiert.

(Beifall von der CDU)

Diese Hotline läuft seit ein paar Wochen. Wir bekommen Anrufe nicht nur aus Nordrhein-Westfalen, sondern aus der ganzen Bundesrepublik. Ich habe auch gesagt: Ob die Leute in Nordrhein-Westfalen wohnen oder nicht, sie finden beim Arbeitsminister Karl-Josef Laumann Schutz. Sie werden von uns vertreten, und wir werden dann natürlich auch versuchen, die Dinge zu bearbeiten.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Sie sehen, wir sind dabei, eine Menge zu machen. Aber ich gehöre eben nicht zu den Menschen, die von vornherein sagen, wir müssen das alles über Gesetze regeln, sondern das, was hier geregelt werden muss, muss mit den vorhandenen Gesetzen, den vorhandenen Tarifverträgen und den vorhandenen Strukturen umgesetzt werden.

(Beifall von der CDU)

Diesen Weg gehe ich weiter; denn durch Gesetze ist das Land noch nie besser geworden. Man kann nicht alles staatlich regeln, sondern man muss dieser Branche – weil wir sie auch als flexibles Instrument brauchen – helfen, eine ganz normale Branche auf dem Arbeitsmarkt zu werden.

Am Ende gehört dazu auch, dass sich die Tarifverträge so nach oben schaukeln, dass die Leute auch mehr verdienen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Als nächster Redner hat der Kollege Eiskirch für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Eiskirch**<sup>\*)</sup> (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, dass es eine solche Hotline gibt. Ich freue mich, dass der DGB, entgegen den üblichen Regelungen, eine Rechtsschutzzusage auch für diejenigen gibt, die nicht Mitglied der Gewerkschaft sind, um den Menschen in dieser Branche, die nicht wissen, was sie in welcher Situation genau tun müssen, die Möglichkeit zu eröffnen, sich entsprechend zu verhalten.

Kolleginnen und Kollegen, ich nehme aber auch in der heutigen Diskussion wieder wahr, dass wir uns zwar in vielen der allgemeinen Punkte – ich lasse die FDP einmal außen vor – einig sind, dass aber der richtige Drive, dann auch zu handeln, seitens der regierungstragenden Fraktionen, hier der CDU, nicht spürbar ist.

(Beifall von der SPD)

Wir sind uns eigentlich einig, sagt Herr Kleff, dass es gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben soll. Gleichzeitig sagt er aber, gesetzlich ändern wollten sie an der Stelle nichts. Minister Laumann sagt, die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes wäre eigentlich richtig.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber ändern wollen Sie nichts!)

Der Staat müsse nicht alles regeln, aber er müsse Rahmenbedingungen setzen, und das wäre eine Rahmenbedingung; ändern wollten sie hier aber eigentlich nichts.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

Zu dem Thema „Befristung der Entleiherzeit“: Eigentlich sei es nicht in Ordnung, dass die Leute irgendwohin entliehen würden und dass sie, wenn sie drei Wochen danach noch keine neue Arbeit hätten, von der Entleihfirma gleich wieder entlassen würden. Das sei nicht richtig, und das wollten Sie so nicht. Aber ändern wollten Sie nichts.

Das ist doch keine Politik. Das ist ein Darüberreden, aber Sie helfen den Menschen nicht wirklich, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Mich stört heute ein bisschen, dass zwar erneut eine allgemeine Debatte über die Zeit- und Leiharbeit geführt wird, dieser Antrag aber ganz speziell zu den besonderen Herausforderungen dieser Branche unter den sich verändernden Rahmenbedingungen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – vor allem aufgrund der Wirtschaftskrise, die im Moment beginnt – geschrieben worden ist

und wir nun gucken müssen, wie wir reagieren wollen.

Zwei Punkte, über die ich heute hier nichts gehört habe, möchte ich noch einmal in den Fokus rücken. Vielleicht sind Sie, Kollege Kern, so liebenswürdig und gehen gleich darauf ein.

Wir haben über die Große Koalition in Berlin das Thema Kurzarbeit richtigerweise auch in die Entleih- und Zeitarbeitsbranche gebracht. Das ist richtig und gut so.

Wir haben aber das Problem, dass die Unternehmen in den anderen Branchen, die in die Kurzarbeit gehen, diejenigen, die bei ihnen ausgebildet wurden und befristet weiterbeschäftigt worden sind, nicht übernehmen können, wenn sie Kurzarbeit angemeldet haben. Das ist für die Wirtschaft, für einen vernünftigen Alterskegel in den Unternehmen und für die Zukunft der Branchen ein absolut verkehrter Weg.

Wir müssen etwas tun, statt nur wieder darüber zu reden, dass man etwas hätte tun können und sollen. Man muss es machen!

(Beifall von der SPD)

Ich finde, deswegen muss dieser Landesarbeitsminister auch Einfluss darauf nehmen, dass etwas in diesem Sinne getan wird; er muss entsprechende Möglichkeiten fordern. Ich hoffe, Sie bekennen sich nicht nur dazu, sondern tun auch etwas dafür.

Bei dem anderen Punkt, den ich ganz kurz ansprechen möchte, geht es um das Thema Beschäftigungspool. Wenn der DGB bei der Hotline Gutes macht, dann macht er auch etwas Gutes bei der Forderung nach einem Beschäftigungspool.

Das hat einen einfachen Grund: Es kann doch nicht sein, dass die Leiharbeitsfirmen im Moment das Ganze ohne Befristung und ohne Synchronisationsverbot machen – wenn Geld zu verdienen ist, ist das nämlich ein ganz einfaches Geschäft, wie Sie, Herr Minister Laumann, vorhin so schön gesagt haben – und dass sie sich, wenn es ein bisschen schwieriger wird, aus der Verantwortung ziehen und uns sagen, für die Fort- und Weiterbildung über Arbeitsmarktmaßnahmen könne wiederum die Allgemeinheit bezahlen.

Nein, sie müssen mit in die Pflicht genommen werden, Geld auf den Tisch zu legen und in diesen Zeiten Angebote für Fortbildungschancen mitzutragen, die für diejenigen möglich und notwendig sind, die in der Leih- und Zeitarbeitsbranche beschäftigt sind.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir aufhören, im Allgemeinen zu streiten, und wenigstens diese zwei konkreten Punkte heute einmal so besprechen, dass wir danach etwas daraus machen, statt nur darüber geredet zu haben.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ohne die FDP klappt das auch ganz gut. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Als nächster Redner hat der Kollege Kern für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Walter Kern<sup>1)</sup>** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Antragsteller von der SPD, ich spreche Ihnen nicht den guten Willen ab, den Sie in Ihrem Antrag gezeigt haben. Herr Schmeltzer, die klassenkämpferischen Ansätze zum Einstieg haben mir nicht so ganz gut gefallen. Olaf Scholz würde vielleicht sagen: Herr Schmeltzer, Sie haben ein Gespräch bei mir gewonnen.

Bereits am 14. März dieses Jahres haben wir uns im Plenum am Beispiel des Falls Nokia über Leih- und Zeitarbeitsbeschäftigte und deren besseren sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz unterhalten. Sie wissen, dass wir dort gerade über diese Fristen sehr deutlich gesprochen haben.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Hat den Leuten übrigens nicht geholfen!)

Seitdem sind neun Monate vergangen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich durch die Bankenkrise und die sich dramatisch entwickelnde Wirtschaftskrise deutlich verändert. Insbesondere in produzierenden Wirtschaftsunternehmen herrscht jetzt eine veränderte Situation.

Hiervon ist die Leiharbeit betroffen. Vielen Leiharbeitern wird in diesen Tagen gekündigt. Viele Beschäftigte müssen, auch wenn das eine Qualitätsverbesserung ist, Kurzarbeit aufnehmen. Das ist von der SPD auf der Bundesebene eingebracht worden. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger und unzählige Familien sind davon betroffen, und sie machen sich große Sorgen.

Mein Kollege Hubert Kleff hat Ihnen schon einige grundsätzliche Eckwerte zur Leih-, Zeit- und Kurzarbeit in seinem Beitrag erläutert und ist auf Ihren Antrag eingegangen. Die CDU-Landtagsfraktion ist Minister Karl-Josef Laumann dankbar, dass er mit der Studie zur Zeitarbeit in Nordrhein-Westfalen fundierte Basisdaten erarbeitet ließ, die er in der vergangenen Woche der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Gut, dass wir diese Studie haben. Wir müssen jetzt nicht mehr im Nebel stochern, sondern wir wissen viel konkreter Bescheid.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

– Sie haben alle aus dieser Studie schon zitiert.

Der Minister hat andererseits zusammen mit dem Vorsitzenden des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfa-

len, Guntram Schneider, eine Hotline „Zeitarbeit“ in diesen Tagen ins Leben gerufen und sie am Dienstag bekannt gegeben. Arbeitssuchende und Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen haben jetzt die Möglichkeit, sich zu arbeits- und tarifrechtlichen Fragen unterstützen und beraten zu lassen – ohne Zweifel ein Qualitätsgewinn.

Das Land Nordrhein-Westfalen und der Europäische Sozialfonds ESF beteiligen sich mit 130.000 € an diesem Angebot, während die Gewerkschaft mit 55.000 € im Boot ist, und das ist toll. Eine konsequente und gute Idee. Viel Erfolg dabei! Das hilft den betroffenen Menschen sicher.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Kern, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie ....

**Walter Kern<sup>1)</sup>** (CDU): Nein, ich möchte im Ausschuss darüber diskutieren. – Bereits in meinem Betrag zu Nokia im März habe ich persönlich keinen Zweifel daran gelassen, dass ich die Aufhebung des Synchronisationsverbotes bei der Leiharbeit im Jahre 2004 durch die alte rot-grüne Bundesregierung für überprüfungswürdig halte. Es ist gut, dass Sie heute eine Veränderung signalisiert haben. Sie sollten mit Herrn Scholz unbedingt einmal sprechen.

Diese Entscheidung muss in den nächsten Monaten konstruktiv-kritisch geprüft werden. Denn wenn wir das Ziel verfolgen, dass Leiharbeit ein Instrument bleibt, um betriebliche Auftragsspitzen abzufangen, weniger der Substitution einer Stammbeslegschaft dient und Zeitarbeit nicht zum Regelfall wird, dann bedarf es hier einer ständigen Aufmerksamkeit.

Meine Damen und Herren, Zeit- und Leiharbeit ist zumeist Arbeit von jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, auch wenn der Anteil der Älteren nach der Studie zugenommen hat. Sie wird oft durch Berufsanfänger oder weniger gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgeführt. Diese jungen Menschen und insbesondere jungen Familien brauchen Planungs- und Lebenssicherheit. Deshalb ist es wichtig, dass der unbefristete Arbeitsplatz die Regel bleibt.

Ein kleiner Hinweis: Es ist übrigens eine Erkenntnis aus der letzten Woche, dass gerade der öffentliche Dienst die meisten befristeten Arbeitsverhältnisse definiert. Ich frage mich: Ist das wirklich in jedem Fall begründet?

Nochmals: Der Normalfall muss der unbefristete Arbeitsplatz bleiben. Ich möchte ich Erinnerung rufen, was ich im März zur Leih- und Zeitarbeit gesagt haben. Halten wir zunächst einmal fest, dass Leih- und Zeitarbeit nichts Unseriöses ist,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Meine Worte!)

dass wir vielmehr viele neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und im Bund der Leih- und Zeitarbeitsbranche verdanken.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Kern.

**Walter Kern**<sup>1)</sup> (CDU): Sie hilft einerseits den Arbeitgebern und Unternehmen, auf atypische Kapazitätsnachfragen im Markt zu reagieren, und sie sorgt gleichzeitig dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neue Beschäftigung finden.

Viele Arbeitslose – das zeigt auch die neue Studie – sind froh und glücklich, wenn sie über ein Arbeitsangebot einer Leiharbeitsfirma Beschäftigung finden. Viele Betriebsräte unterstützen diese Zeitarbeitsverhältnisse, weil durch diese Flexibilisierung große Aufträge kurzfristig übernommen werden können. In der Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit durch Frau Schönefeld in dieser Woche heißt es wörtlich:

Der Arbeitsmarkt profitierte von der Konjunktur und der zunehmenden Flexibilisierung. Mit dem Einsatz von Zeitarbeit, befristeter Beschäftigung und Zeitmodulen schufen sich die Unternehmen die notwendige Beweglichkeit. – Zitat Ende.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Kern, entschuldigen Sie, wenn ich Sie noch einmal unterbreche: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Garbrecht?

**Walter Kern**<sup>1)</sup> (CDU): Ich möchte im Ausschuss darüber sprechen. – Diese gewünschte Flexibilisierung wird uns allerdings in den nächsten Monaten und meines Erachtens auch in den nächsten Jahren vor große Aufgaben und Herausforderungen stellen, da das Pendel der Flexibilisierung jetzt zur anderen Seite schlägt. Das bedeutet sicherlich auch drohende Arbeitslosigkeit.

Kommen wir zu Ihrem Antrag: Ich halte den von Ihnen geforderten Beschäftigungspool für keine Aufgabe des Landes, sondern einen Auftrag an die Tarif- und Betriebspartner. Der ehemalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, hat einmal gesagt: Die Tarifhoheit ist heilig. Die Politik soll ihr fern bleiben. – Er hat hier wie auch in jüngster Zeit auf anderen Entscheidungsfeldern recht.

Unter dem ehemaligen Superminister Karl Schiller gab es vor vielen Jahren einmal eine konzentrierte Aktion. Die bereits spürbaren, aus meiner Sicht deutlich sichtbaren bevorstehenden großen Herausforderungen der nächsten Zeit werden zeigen, dass wir ein gleiches Modell oder ein Drei-Säulen-Modell nach skandinavischem Muster benötigen. Auf jeden Fall sollten wir nicht so tun, als wäre die Situation

einfach. Wir sollten den Bürgern auch ehrlich sagen, dass es keine leichte Zeit wird.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Danke für den Hinweis. Ich komme zum Schluss.

Jetzt ist nicht die Zeit für Wunderheiler oder eine kleinteilige Vorgehensweise, sondern Zeit für Klugheit und klares Handeln. Die Bundespolitik hat uns in diesen Tagen mit Sicherheit vorgemacht, dass man gemeinsam handeln kann.

Ja, Leih- und Zeitarbeit braucht feste Regeln. Lassen Sie uns im Ausschuss schauen, welche der Forderungen Ihres Antrags einer Überprüfung standhalten und welche durch die Zeit bereits eingeholt wurden. Leih- und Zeitarbeit ist nicht generell schlecht, so wie Sie es in Ihrem Antrag suggerieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/8079** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hiergegen Widerspruch? – Enthaltungen? – Dann stelle ich einstimmige Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

#### **4 Konsumgutscheine begründen keine nachhaltige Konjunkturbelebung, sondern führen lediglich nachhaltig in die Verschuldung**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8083

Ich erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Priggen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Priggen.

**Reiner Priggen** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Wir reden seit Wochen über die Bankenkrise und in den letzten Wochen auch sehr viel stärker über den Durchgriff der Bankenkrise auf die Realwirtschaft. Wir alle, die sich damit befassen, haben sehr wohl die Sorge, dass sich das nächste Jahr noch zuspitzt, dass wir einen stärker-

ren wirtschaftlichen Abschwung bekommen und dass dann vielen Menschen mehr Arbeitslosigkeit droht.

In dem Zusammenhang wird seit Wochen darüber diskutiert und überlegt, ob es die Möglichkeit gibt, mit Hilfe konjunktureller Programme in einer Phase des Abschwungs Beschäftigungsverhältnisse zu stabilisieren und auch neue Beschäftigung zu gewinnen.

Wir wissen, dass die Bundesregierung ein erstes Konjunkturprogramm vorgelegt hat und dass sie zurzeit – das hat die Bundeskanzlerin gesagt – auch überlegt, Anfang des Jahres, im Januar, ein zweites Konjunkturprogramm in der Größenordnung von 25 Milliarden € aufzulegen.

Wir haben als Grüne im Oktober ein Konjunkturprogramm im Bereich Infrastruktur/Gebäudesanierung beantragt. Da ging es vor allen Dingen um die energetische Gebäudesanierung, aber auch darum, bei Krankenhäusern, bei Schulen, bei Hochschulen, bei öffentlichen Gebäuden das, was an Modernisierungstau vorhanden ist, was wir sowieso reparieren müssen, vorzuziehen, weil dies unabänderlich ist.

Wir hielten das für ein gutes Konjunkturprogramm im Gegensatz zu dem, was die Bundesregierung mit ihrer Steuerbefreiung für diejenigen gemacht hat, die sich ein neues Auto kaufen, mit der Ungleichbehandlung, dass bei Kleinwagen 100 € erstattet werden, bei einem Porsche Cayenne jedoch 1.800 €. Wir glauben, dass niemand durch die 100 €, wenn er ein Auto für 12.000 € kauft, in seiner Kaufentscheidung wirklich motiviert wird. Und für den, der sich ein Auto für 70.000 € kauft, sind 1.800 € nicht entscheidend.

(Beifall von den GRÜNEN – Sylvia Löhrmann  
[GRÜNE]: Ein Schuss in den Ofen war das!)

Insofern war das ein Beispiel für ein schlechtes Konjunkturprogramm.

Die Landesregierung hat nach meiner Wahrnehmung in den vergangenen Wochen zu dieser Frage im Prinzip überhaupt nichts gesagt. Wir haben Sie mit einer Sondersitzung des Landtags zwingen müssen, zur Bankenkrise Stellung zu nehmen. Wir haben Sie über Aktuelle Stunden dazu zwingen müssen, überhaupt zu der Frage Stellung zu nehmen, was man tatsächlich machen kann, was das Land in einer Konjunkturkrise machen müsste.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt erfahren wir aus den Zeitungen, dass sich unser Ministerpräsident geäußert hat. Heute im „Handelsblatt“ und schon vorher in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ haben wir gelesen, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Stahl, an einer Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in Brüssel teilgenommen hat und dass dort die Landesregierungen, an denen die CDU beteiligt ist – und

das sind ja nicht wenige in Deutschland –, beschlossen haben, insgesamt 10 Milliarden € zusätzlich auszugeben. Es handelt sich dabei um vorgezogene Investitionen aus 2011 und 2012 – zusätzlich 10 Milliarden €

Dann lesen wir heute im „Handelsblatt“ – das hat der Ministerpräsident schon gestern woanders verkündet –, dass das Land Nordrhein-Westfalen ein Investitionsprogramm von rund 3 Milliarden € auflegen will. Wenn man sich das im Detail anschaut, dann ist das nichts Neues und nichts, was aus 2010/2011 vorgezogen wird, sondern es sind alles einzeln etatisierte Posten, die schon im laufenden Haushaltplan enthalten sind.

Man kann höchstens positiv sagen, dass man noch bereit ist, dieses Geld für denselben Zweck auszugeben. Mit dem, was unter Konjunkturprogramm diskutiert und verkauft wird – was da heißt, zusätzliche Anreize in einer Phase des Abschwungs zu setzen –, hat das alles überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Kollege Horst Becker hat ja gestern nachgewiesen, dass es bei dem, was so hochtönend im Bereich Schiene, Bahnhöfe angekündigt wurde, im nächsten Jahr nicht um 100 kleine Bahnhöfe geht, sondern um vier und um eine Gesamtsumme von 6 Millionen €. So sieht es aus, wenn man ganz genau hinguckt.

Jetzt konzentrieren wir uns im Kern dieses Antrags auf einen Bereich, von dem ich noch nicht gehört habe, dass die Landesregierung ihn auch vertritt – das will ich gleich sagen –, bei dem es uns darum geht, einen Konsens im Landtag herzustellen, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen sagt: keine Konsumentengutscheine.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben die Vorschläge in der Diskussion. Es gibt verschiedene Wirtschaftswissenschaftler, Peter Bofinger und Gustav Horn, die sagen: Alle, die weniger haben als 63.000 € im Jahr, sollen 125 € als Gutschein bekommen. Wir wissen, dass das auch auf Bundesebene diskutiert wird. Dort sind es Andrea Nahles und Herr Lauterbach, die dafür sind, dass alle Erwachsenen 500 € bekommen, wenn sie selber 200 € dazutun. Für diejenigen, die Hartz-IV-Empfänger sind, oder auch für Kinder soll es 250 € geben.

Unsere grundsätzliche Auffassung ist, dass man die Hartz-IV-Regelsätze anpassen muss, dass man gerade bei denjenigen, die am allerwenigsten haben, die arbeitslos sind, bei denen man überlegen muss, ob die überhaupt noch mit dem Geld auskommen können, am ehesten etwas tun muss. Das breite Streuen von Konsumentengutscheinen halten wir aber als Instrument in der Konjunkturkrise für völlig falsch.

(Beifall von GRÜNEN und Marc Jan Eumann [SPD])

Es geht uns heute in dieser Debatte darum, dass wir uns – wenn es denn möglich ist – alle gemeinsam darauf verständigen, in bestimmten Bereichen die Maßnahmen, die ohnehin notwendig sind, anzuschieben, und in der Infrastruktur die Vorhaben, die für 2010/2011 geplant sind, vorzuziehen. Da ist genug zu tun.

Aber wenn ich Konsumentengutscheine ausstreue – 500 € pro Person heißt 40 Milliarden € Neuverschuldung –, bedeutet das: Ich nehme eine Hypothek auf, die meine Kinder und meine Enkelkinder – wenn ich sie denn einmal habe – später abzahlen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Konsumentengutscheine heißt auch: Es ist, als ob ich an der Staumauer am Edersee eine Welle ablasse, die dann durch die Weser schwemmt, worauf ich im Herbst die Getreideschiffe wesenabwärts fahren lassen kann. Es ist eine überschaubare Zeit, bis das durch ist. Das Geld wird umgesetzt, und dann ist das wieder vorbei.

Das ist nicht der Sinn eines Konjunkturprogramms, weil ein Konjunkturprogramm in gewisser Weise Beschäftigungsverhältnisse nachhaltig stimulieren soll. Das ist im Gebäudebereich sehr viel mehr der Fall. Ich will noch einmal dafür plädieren. Nach dem, was ich höre, geht auch Berlin in die Richtung Gebäudebereich, weil das Bauhandwerk das Handwerk ist, in dem es jetzt auch zu Kriseln beginnt, in dem aber zusätzliche Arbeitskräfte aufgenommen werden können.

Man braucht sich keine Illusionen zu machen. Aber das, was uns in der Autoindustrie noch über einen etwas längeren Zeitraum verloren gehen wird, könnte im Baubereich an Beschäftigungsverhältnissen entstehen. Wenn wir uns die öffentliche Bausubstanz anschauen – ich weiß es aus der Stadt Aachen, in der ich lebe –, sehen wir, was wir tun müssen, um die Schulen zu erhalten, und wissen wir, wie es in den Hochschulen aussieht. Da ist noch so viel zu tun. Da kann man durch alle nordrhein-westfälischen Universitätsstädte gehen. Das sollten wir gemeinsamen anpacken, und wir sollten gemeinsam fordern: Lasst die Finger von Konsumentengutscheinen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Petersen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Petersen.

**Dr. Jens Petersen (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über ge-

eignete Maßnahmen zur Eindämmung einer möglichen Wirtschaftskrise im kommenden Jahr.

Es gibt einige exportlastige Branchen, die derzeit über einen massiven Auftragsrückgang klagen, und es gibt einige andere Branchen, zum Beispiel die Automobilindustrie und die Automobilzulieferindustrie, die eigentlich strukturelle Probleme haben und in denen jetzt in der Finanzkrise das Ganze zum Ausbruch kommt.

Nun müssen wir uns mit vielen Vorschlägen beschäftigen, wie die Politik darauf reagieren soll. Einer der – ich sage es vorweg – absurdesten Vorschläge, vor allem vonseiten der SPD, ist der sogenannte Konsumgutschein.

(Beifall von der CDU)

Es gibt auch viele andere ungeeignete Vorschläge. Es gibt auch zahlreiche Vorschläge, die zusätzlich immense Schulden verursachen. Aber der Konsumgutschein ist wirklich ein klassischer Unsinn. Er ist ein typisches Konstrukt von Sozialisten. Er ist unsinnig,

(Widerspruch von der SPD)

er ist ungeeignet, und er ist im Übrigen auch ungewollt. Rund 80 % der Deutschen lehnen nach einer aktuellen Umfrage diesen Konsumgutschein ab, und zwar zu Recht.

Der private Konsum ist derzeit eher ein Stabilitätsanker in Deutschland. Wir erfahren eigentlich zurzeit jeden Montag von einem wachsenden Konsum im Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels. Da gibt es momentan überhaupt keinen Handlungsbedarf, was Konsumgutscheine angeht. Selbst wenn eines Tages der Konsum rückläufig wäre: Was nützt es denn einem exportlastigen Maschinenbauunternehmen oder einem Automobilzulieferer, wenn unsere Bürger mehr Spielekonsolen oder Kleidung aus Asien kaufen? Das nützt doch überhaupt nichts und wird bezahlt mit einer massiven zusätzlichen Neuverschuldung.

(Beifall von CDU und FDP)

Insofern gibt es zu dem, was hier von SPD-Politikern vorgetragen wird, eine wunderbare Reaktion aus dem „Stern“ vom 11. Dezember dieses Jahres – ich zitiere –: „Das Bullshit-Protokoll“. In diesem erfundenen Gespräch der drei Herren Steinbrück, Steinmeier und Müntefering wird eigentlich alles dazu gesagt. Dort wird in einem zugegebenermaßen erfundenen Zitat Herrn Steinbrück in den Mund gelegt, die Konsumgutscheine seien – Zitat – „absurd, Hirnriss“. Er sagt: „Das klingt wie Bezugsgutscheine im Krieg.“ Damit ist aus unserer Sicht alles gesagt. Dieses Thema sollte sofort in der Schublade verschwinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Nun einige Sätze zu den Forderungen der Grünen: Sicherlich ist es richtig, mithilfe staatlicher Maß-

nahmen dem drohenden Konjunkturinbruch zu begegnen. Sie haben bereits das Programm der Bundesregierung erwähnt. Es werden dort in den kommenden zwei Jahren rund 50 Milliarden € an Fördergeldern vergeben. Von daher dient dieses Maßnahmenpaket auch der Sicherung von Investitionen in die Zukunft und von Arbeitsplätzen.

Auch für die CDU in NRW bedarf es in dieser Hinsicht eigentlich keiner Nachhilfe in Wirtschaftspolitik. Ein erstes frühes Konjunkturstabilisierungsprogramm hat Ministerpräsident Rüttgers bereits im Spätsommer vorgelegt, als hier vonseiten der SPD und der Grünen zum Thema Konjunktur überhaupt nichts gesagt worden war.

(Zurufe von der SPD)

Derzeit gibt es weitere Überlegungen. Natürlich sind geeignete Maßnahmen auszuwählen. „Geeignete Maßnahmen“ bedeutet: Sie müssen erstens in der deutschen Wirtschaft ankommen und zweitens kurzfristig realisierbar sein. Das ist eine der großen Schwächen dessen, was die Grünen hier fordern. Vieles von dem, was sie fordern, sind mittel- bis langfristig wirkende Dinge. Beispielsweise muss im Bereich Hochschulausbauprogramme zum Teil erst noch Planungsrecht geschaffen werden und Ähnliches.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Minister Pinkwart hat gesagt, es ist alles schon fertig!)

Das kommt alles nicht im nächsten und übernächsten Jahr, sondern diese Maßnahmen kommen erst in den Jahren 2012 bis 2018 an.

Insofern geht Ihr Antrag an der Stelle fehl. Ihre Forderungen sind eigentlich von gestern – Sie haben es bereits erwähnt –, von Oktober, November. Wir haben damals darauf reagiert. Darüber hinaus sind sie weitestgehend überflüssig. Beispielsweise fordern Sie ein Hochschulausbauprogramm. Das haben wir alles längst erledigt. Es liegt konkret vor. In den kommenden Jahren werden 8 Milliarden € investiert. Damit werden rund 33 Hochschulen in Nordrhein-Westfalen saniert.

Aber Sie wissen doch, dass auch mit diesen 8 Milliarden € im kommenden Jahr nichts erreicht werden kann, weil dieses Geld über einige Jahre gestreckt werden muss und im Übrigen der BLB sagt: Mehr können wir in den nächsten Jahren gar nicht verbauen. – Insofern ist die konjunkturelle Wirkung davon äußerst begrenzt. Von daher geht es fehl, dies in den Antrag hineinzuschreiben.

Des Weiteren sprechen Sie das Thema Klima und Energie an. Sie sagen, es müsste mehr gemacht werden, wohl wissend, dass es bereits seit 2006 eine ganze Reihe von Kampagnen und Förderprogrammen gibt und seit 2006 105.000 Wohneinheiten mit mehr als 1,5 Milliarden € saniert worden sind. Gibt es also, muss nicht zusätzlich gemacht werden!

Das Thema Schulen und Kindergärten kennen Sie. Das Land stellt den Kommunen mehr als 600 Millionen € im Rahmen der Schul- und Bildungspauschale zur Verfügung. Es ist also bereits alles durch die Landesregierung und durch sie tragenden Fraktionen erledigt.

Übrigens: Wir können in einer vernetzten Volkswirtschaft keine isolierten Konjunkturprogramme auflegen. Das ist doch unrealistisch. Das muss auf Bundesebene koordiniert und im Übrigen auch abgesprochen werden. Wir können nicht einfach mal 5 oder 10 Milliarden € ausgeben,

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

im Übrigen schuldenfinanziert, in der Hoffnung, dass damit Geld in Nordrhein-Westfalen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft ankommt. Das ist wirklich großer Unsinn.

Ein positives Beispiel: Herr Priggen, Sie sprachen Aachen an. Ich spreche Düsseldorf, meine Heimatstadt, an. Sie ist schuldenfrei, rechnet für das kommende Jahr mit steigenden Steuereinnahmen und investiert massiv in Schulgebäude, Kindergärten, Straßen und öffentliche Gebäude. Insofern ist die Voraussetzung für eine Konjunkturstützung auch eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sonst kann man sich diese nämlich nicht leisten.

(Beifall von der FDP)

Wer jetzt wie die Grünen stumpf sagt: „Ich will einfach mal die Nettoneuverschuldung drastisch erhöhen“, der ist eigentlich dort, wo wir 2005 ans Ende zu kommen hofften.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Haben Sie heute Herrn Müller, Ihren Parteifreund, gehört?)

Insofern scheinen Sie in dem Punkt noch nicht verstanden zu haben, was dieses Land wirklich zugrunde richtet, nämlich ein überbordendes Maß an Schulden, was uns im Prinzip die Handlungsfähigkeit völlig kaputtmacht.

Wir als CDU-Landtagsfraktion werden im Gegensatz zu dieser Politik das Ganze nachhaltig angehen. Wir brauchen diese stabilen öffentlichen Finanzen und können eben nicht als Land einfach mal so 2, 3, 5 oder 10 Milliarden € in den nächsten zwei Jahren wofür auch immer ausgeben oder vermutlich verplempern.

Von daher muss man sehen: Bei uns kommen die konjunkturbedingten Steuerausfälle an. Der Haushalt für das kommende Jahr wird massiv belastet. Sie wissen das. Insofern ist unsere Handlungsfähigkeit limitiert. Daher – das wird Sie nicht überraschen – werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Petersen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Eumann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Eumann.

**Marc Jan Eumann (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Petersen, Sie verwechseln Selbstgerechtigkeit mit Gerechtigkeit

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und werden damit dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen in keiner Weise gerecht.

(Ralf Witzel [FDP]: Halleluja!)

Selbstbezug reicht eben nicht, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, am Anfang stand die Gier, die Gier nach fantastischen Gewinnen in atemberaubend kurzen Zeiträumen. Aus der Karriere vom Tellerwäscher zum Millionär, die früher 20 oder 30 Jahre dauerte, wurde die Karriere zum Multimillionär über Nacht. Jetzt stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Ideologie, und es kommen Tag für Tag neue Hiobsbotschaften. Nach der Bankenkrise die Automobilkrise ...

(Ralf Witzel [FDP]: Welch eine Weihnachtsgeschichte ...!)

– Ja, Herr Witzel, das ist Ihr Problem; denn es war Ihre Ideologie des freien Marktes der Kräfte, die jetzt vor die Wand gefahren ist und Zehntausende von Menschen in die Arbeitslosigkeit bringt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist Ihre Ideologie, Herr Witzel.

(Ralf Witzel [FDP]: Soziale Marktwirtschaft!)

Die Einzigen, die zurzeit ein wirkliches Ideologieproblem in diesem Landtag von Nordrhein-Westfalen haben, sind Sie, die von der vermeintlichen Freiheit gesprochen haben, aber jetzt viele Menschen in die Abhängigkeit schicken, Herr Kollege Witzel.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Soziale Marktwirtschaft!)

An der Stelle sollten Sie also ein bisschen mehr Demut vor dem zeigen, was Sie hier in den letzten 15 Jahren ideologisch verbrämt auf den Markt gebracht haben. Das wäre angebracht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Thema verfehlt! Sechs, setzen!)

– Ja, wissen Sie, Herr Brockes. Sie haben heute Geburtstag. Sie sind 38 Jahre alt geworden, und ich wünsche Ihnen persönlich wirklich alles Gute.

(Demonstrativer Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Aber diese plumpe Diffamierung, die Sie permanent so wie Ihren Bauch vor sich hertragen, hilft auch nicht, Herr Kollege Brockes.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Operativ kerngesunde Unternehmen, die gar nicht so schnell auf Veränderungen reagieren können, haben Umsatzeinbußen.

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

– Ja, damit haben Sie ja kein Problem, Herr Kollege Petersen.

Der erwirtschaftete Jahresgewinn wird in den letzten Wochen förmlich aufgefressen, weil die Umsatzeinbußen einfach zu groß sind. Wie schnell Veränderungen passieren, zeigt sich am Beispiel Lanxess. Noch vor einer Woche hieß es bei dem Unternehmen, man könne die Absatzkrise abfangen, wenn ein Drittel der Betriebe kurzfristig stillgelegt werden würde. Heute wissen wir: Ein Drittel reicht nicht, es muss die Hälfte sein. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ kommentiert dazu: Wenn Prognosen derart kurz halten, dann ist das kein gutes Zeichen. – Wir alle wissen: Es hängt eine Menge vor- und nachgelagerter Branchen daran.

Also: Was ist zu tun? – Jetzt gilt es, die Wirtschaft zu stabilisieren, Vertrauen herzustellen und zurückzugewinnen. Deswegen haben wir als SPD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen den NRW-Pakt 2009 vorgelegt, um in Kinder und Bildung zu investieren. Das klare Ziel dieses Paktes ist die Vorfahrt für die Sicherung von möglichst vielen Arbeitsplätzen.

Ich kann nur zitieren, was Frau Jacobson in der „Neuen Westfälischen“ dazu geschrieben hat:

Um die Lage zu verbessern, ist Phantasie wichtiger als die üblichen Politrituale. Wenn die NRW-SPD sinnvolle Vorschläge zur Konjunkturbelebung entwickelt hat, ist es für den CDU-Ministerpräsidenten nicht ehrenrührig, auf die Opposition zuzugehen und ihre Ideen aufzunehmen.

Herr Brockes, das ist eine neue Kultur von Politik, die wir brauchen. Aber vielleicht kommen ja zum Alter noch irgendwann die Weisheit und auch die Erkenntnis hinzu.

(Dietmar Brockes [FDP]: Machen Sie mal Ihr Sakko auf, das platzt sonst!)

– Herr Brockes, wir können uns gleich nebeneinander stellen, und ich fürchte, dass die Geschichte für Sie heute nicht gut ausgeht.

Deswegen sind also gezielt konjunkturfördernde Investitionen notwendig, und zwar von Bund und Ländern. Wir brauchen auch keine Strohfeuer oder Streuschüsse. Ich bin meinem Kollegen Reiner Priggen sehr dankbar, dass er der SPD-Landtagsfraktion die Gelegenheit gibt, diesen Satz zu sagen, den ich jetzt im Namen der SPD-Fraktion gerne

kundtue: Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen sind Konsumgutscheine kein geeignetes Mittel.

(Beifall von SPD, FDP und GRÜNEN)

Wir stimmen insofern der politischen Bewertung in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich zu, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir fordern stattdessen beispielsweise, kurzfristig in Schulen und Kindertagesstätten zu investieren; denn das sind Investitionen in die Zukunft des Landes. Das sichert Arbeitsplätze, und das schafft vor allem Vertrauen.

Herr Petersen, Sie irren: Die Pläne, die Genehmigungen, sind doch alle schon vorhanden. Was fehlt, ist das Geld. Wenn wir jetzt kurzfristig Geld zur Verfügung stellen, dann hilft das dem Markt und den Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Wenn die Investitionen in Bildung und Innovationen mit der ökologischen Erneuerung einhergehen, dann sind es die richtigen Investitionen, und diese Investitionen, meine Damen und Herren, können dann auch schuldenfinanziert sinnvoll sein.

Wir haben weiter den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ vorgeschlagen. Damit wollen wir insbesondere den verschuldeten Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder Luft zum Atmen geben. Denn auch sie brauchen Investitionen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer zahlt das denn alles?)

Die Kanzlerin hat heute gesagt: Nach 20 Jahren Ostprogramm jetzt auch eine Erneuerung hier im Westen. – Es gibt Bedarf – auch hier in Nordrhein-Westfalen – für die Erneuerung von Gebäuden, von Straßen, von öffentlichen Gebäuden. Herr Priggen hat das alles gesagt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Priggen hat auch völlig recht – ich wollte es tatsächlich ein bisschen versöhnlicher machen, aber es fällt so schwer bei Ihnen, meine Damen und Herren von FDP und CDU –: Das, was Jürgen Rüttgers präsentiert hat, ist noch nicht einmal alter Wein in neuen Schläuchen, es ist alter Wein in alten Schläuchen. Den Haushalt zusammenzurechnen und als Konjunkturpaket zu verkaufen, ist wahrlich zu billig für das, was an Problemen ansteht.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos] – Ralf Witzel [FDP]: Was Sie wollen, ist ein teurer Spaß!)

Aber noch einmal: Ich möchte auf Schuldzuweisungen verzichten, denn es muss uns gemeinsam gelingen, Herr Kollege Witzel, die Maßnahmen schnell voranzubringen, die Beschäftigung und Investitionen sichern.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer zahlt denn alles?)

Deswegen lohnt es nicht, einen Schwarzen Peter zu treiben: „39 Jahre SPD, die im Bund sind alle schuld“, sondern wir müssen schauen, welche Maßnahmen jetzt geeignet sind, hier das Richtige zu tun.

Ich sage ganz deutlich: Viele Punkte, die Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag vorschlagen, gehören ausdrücklich zu diesem Katalog. Darüber lohnt es sich nachzudenken, und das darf nicht mit einem Federstrich, Herr Kollege Petersen, beiseite geschoben werden.

Eine andere Maßnahme, die auch sehr wichtig ist, deutet sich an. Die EU hat jetzt Gott sei Dank grünes Licht gegeben, dass Kredite unter Marktpreis auf den Markt kommen können. Auch Bürgschaften sollen erleichtert werden. Aber, meine Damen und Herren, sprechen Sie mit Unternehmen. Trotz der Beteuerung der Banken haben wir faktisch eine Kreditklemme für mittelständische Unternehmen.

Basel II und die Ratings schnüren vielen Unternehmen in der jetzigen Situation tatsächlich den Hals zu. Deswegen appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns darüber nachdenken – jenseits der Rituale –, ob es uns beispielsweise gelingt, Basel II befristet auszusetzen. Gelingt es uns, Verabredungen zu treffen, die auf andere, frühere Ratings zurückgreifen, um die Kredite für die Unternehmen, die sie jetzt brauchen, so günstig wie möglich zu machen? – Das könnten Maßnahmen sein, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die kurzfristig wirklich helfen und uns erfolgreich durch die Rezession steuern.

Wir alle wünschen, wir alle hoffen, wir setzen alles daran, die wirtschaftliche Talfahrt kurz zu halten und die Krise auf dem Finanzmarkt – das Beispiel des fantastischen Betrugs von Madoff ist ja nur ein weiteres Glied einer langen Kette – erfolgreich zu meistern.

Ich hoffe, dass wir dann nicht gleich vergessen, dass es die Gier war, die uns in diese Situation gebracht hat, dass wir nicht gleich vergessen, dass der Markt für die Menschen da ist und nicht umgekehrt, dass wir Spielregeln brauchen, die solche Auswüchse, die viele Volkswirtschaften an den Rand drängen, die viele, viele gesunde Unternehmen an den Rand der Existenz bringen und viele Menschen in die Verzweiflung treiben, verhindern helfen, und dass wir solche Exzesse in Zukunft vermeiden, und dass wir uns auch daran erinnern, dass mancher Rat mancher Ökonomen in eine wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Sackgasse geführt hat. Die Lehre sollten wir aus diesen schwierigen Zeiten ziehen, meine Damen und Herren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Eumann. – Als nächster Redner hat für

die FDP-Fraktion der Kollege Brockes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dietmar Brockes**<sup>1)</sup> (FDP): Herr Kollege Eumann, wenn Ihnen mit der neu gewonnenen Weisheit einen Ratschlag geben darf, dann diesen: Machen Sie demnächst bei Ihren Reden das Sakko auf, dann redet es sich unverkrampfter, und dann können Sie zwischendurch auch einmal Luft holen.

(Beifall von FDP und CDU – Heiterkeit –  
Marc Jan Eumann [SPD]: Herr Brockes, wenn Sie mein Modeberater werden, dann nehme ich mir den Strick!)

Das macht sich dann besser und macht sich hoffentlich auch in Ihren Reden bemerkbar.

Einen anderen Punkt möchte ich Ihnen auch noch mitgeben. Da werde ich Ihnen wohl in naher Zukunft einmal etwas Literatur schenken müssen, damit Sie den Unterschied zwischen dem Laissez-faire-Liberalismus und dem Neoliberalismus, den Sie ja immer so als Teufelswerk an die Wand strahlen, auch einmal lernen

(Beifall von der FDP)

und hier keine Geschichtsklitterung mehr betreiben. Denn es sind die Neoliberalen, Herr Kollege Eumann, gewesen, die diese unsere soziale Marktwirtschaft mit begründet haben.

(Beifall von der FDP)

Ich sage ganz klar: Dies ist der richtige Weg. Der hat dazu geführt, dass es der Bundesrepublik so gut geht, wie es ihr trotz Wirtschaftskrise nach wie vor doch noch geht.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Antrag zum Thema Konsumgutscheine vorliegen. Da möchte ich doch den Kollegen Eumann loben, der hier für die SPD-Landtagsfraktion klar gesagt hat, dass diese den Amokläufen von Frau Nahles im Bund nicht folgen wird.

(Beifall von der FDP)

Was diesen Punkt angeht, haben wir somit ja doch eine große Gemeinsamkeit hier im Plenum. Alle vier Fraktionen lehnen diese Amokläufe ab. – Ich hätte mir gewünscht, dass Sie heute Morgen bei der für Nordrhein-Westfalen mindestens genauso wichtigen Diskussion zum Emissionshandel auch nicht den Amokläufen des Umweltministers im Bund gefolgt wären,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Da haben Sie keine Ahnung! Das ist der Unterschied!)

sondern die NRW-Interessen nach vorne gestellt hätten. – Da alle Fraktionen in diesem Punkt Einigkeit bewiesen haben, kann ich also das Thema Konsumgutscheine zur Seite legen und brauche die Argumente, die zum Teil schon vom Kollegen Petersen genannt wurden, nicht zu wiederholen.

Ich möchte deshalb auf die Mittel zu sprechen kommen, die im Antrag der Grünen zur Bekämpfung der Rezession angeführt sind. Denn so einig, wie wir die Konsumgutscheine ablehnen, so gilt es, dass wir Ihren Handlungsempfehlungen, Herr Kollege Priggen, nicht zustimmen können. Denn den Ansatz eines schön finanzierten Ausgabenprogramms mit dem Ziel der Vorbereitung eines sozial-ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren, können wir natürlich nur ablehnen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, seit dem Regierungswechsel 2005 investieren diese Regierung und die sie tragende Koalition in die Zukunft unseres Landes. Seit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 haben wir die Ausgaben für Bildung allein im Schulbereich um 1,4 Milliarden € gesteigert.

(Beifall von der FDP)

Zum kommenden Schuljahr werden fast 7.000 Lehrer zusätzlich Dienst an unseren Schulen versehen. Bildung ist für uns die wichtigste und sicherste Zukunftsvorsorge überhaupt. Eine gute und zukunftsorientierte Ausbildung ist auch und gerade in der Krise das beste Mittel gegen spätere Arbeitslosigkeit. In der heutigen Wissensgesellschaft ist das Gut Bildung dabei nicht nur der zentrale Wachstumsmotor für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch zentraler Faktor im Wettbewerb um den Produktionsfaktor Kapital, meine Damen und Herren.

Mit dem gleichen Ziel werden wir auch in den kommenden Jahren bis 2020 insgesamt 8 Milliarden € ausgeben zur dringend nötigen Sanierung der Hochschulen, die unter Rot-Grün teilweise in einen erschreckend maroden Zustand gekommen sind. Diese Ausgaben kommen als Nachfrage auch unmittelbar der Wirtschaft zugute. Die Kommunen erhalten zum Ausbau der Infrastruktur und der staatlichen Dienstleistungen vor Ort in diesem Jahr mehr Geld als jemals zuvor in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

Zusätzlich müssen wir die vom Bund beschlossenen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur mittragen. Das Tätigen weiterer zusätzlicher Ausgaben verbietet sich aber, weil wir auf der anderen Seite auch die dringend notwendige Sanierung des Haushalts nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Leider versprechen wir uns von den vom Bund bislang beschlossenen Maßnahmen außer unnötigen Belastungen der öffentlichen Haushalte auch nicht besonders viel. Es handelt sich – um es mit den Worten des Sachverständigenrates als neutraler Stelle zu sagen – um ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, die ungeachtet ihrer Beurteilung im Einzelnen als Paket nicht dazu geeignet sind, einen nachhaltigen Konjunkturreffekt auszulösen.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)**

Diese Erkenntnis scheint nach dem Gipfeltreffen am Sonntag insbesondere auch in der Bundesregierung mittlerweile herangereift zu sein. Aber leider verspricht das in Aussicht gestellte zweite Konjunkturpaket auch keine wesentliche Verbesserung.

Meine Damen und Herren, die FDP hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass das einzige adäquate Mittel gegen die heranziehende Rezession Steuer-senkungen in größerem Umfang sind.

(Beifall von der FDP)

In den vergangenen vier Jahren haben wir in Deutschland aber genau den gegenteiligen Weg beschritten. Die sogenannte Große Koalition hat Steuermehreinnahmen in Höhe von 160 Milliarden € ausgelöst. Ein Großteil davon ist auf die Erhöhungen der Mehrwertsteuer, der Versicherungsteuer und anderer sowie auf ein Abschöpfen der Bürger durch die kalte Progression zurückzuführen. Es ist an der Zeit, ihnen etwas zurückzugeben. Dies könnte durch Steuersenkungen sofort und unmittelbar geschehen. Durch eine einfache Anpassung in den Tarifformeln könnte die kalte Progression sofort ausgeglichen werden.

(Zuruf von der SPD)

Auch eine Anhebung des Grundfreibetrags, ein Vorziehen der verfassungsrechtlich ohnehin gebotenen Abziehbarkeit von Krankenkassenbeiträgen oder ein Wegfall des längst überflüssig gewordenen Solidaritätszuschlags könnten unmittelbar umgesetzt werden und die Bürgerinnen und Bürger um Milliardenbeträge entlasten. Steuersenkungen sind das beste Konjunkturprogramm, da sie unmittelbar und ohne volkswirtschaftlich schädliche Verzerrung wirken.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wen entlassen die denn?)

Meine Damen und Herren, deshalb werden wir diesen Antrag der Grünen auch ablehnen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger möglichst bald wieder mehr Geld in der Tasche haben, um zu konsumieren. – Vielen Dank.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Ausverkauf des Staates! Das ist der Ausverkauf des Staates, den Sie betreiben!)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Brockes. – Für die Landesregierung spricht nun der Finanzminister, Herr Dr. Linssen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben noch die Kassen von Möllemann! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP]: Das war jetzt ein intellektueller Höhepunkt! Sehr gut! – Weitere Zurufe)

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich könnte es mir zum Schluss der Debatte sehr einfach machen und sagen: Wir sind alle gegen Konsumgutscheine.

(Beifall von FDP und GRÜNEN)

Das haben wir jedenfalls gehört. Infolgedessen kämpft dieser Teil des Antrags gegen irgendjemanden, der nicht hier im Plenarsaal sitzt.

Herr Priggen, zum zweiten Teil könnte ich es mir auch einfach machen und sagen: Das alles haben wir schon im November diskutiert. Sicherlich war es Ihre Absicht, anhand der Debatte über die Konsumgutscheine noch einmal eine Konjunkturdebatte zu entfachen.

Ich finde es gut, dass sich auch die SPD klar gegen Nahles und die Verbrüdereten und Verschwestereten in der SPD ausgesprochen hat. Ich begrüße das außerordentlich.

(Zuruf von der SPD: Keine Ursache!)

Ich glaube aber, wir müssen uns nicht nur darüber unterhalten, was alles wünschenswert wäre, sondern man muss auch sagen, was vor dem Hintergrund eines Haushalts, den wir alle gemeinsam zu verantworten haben, machbar ist.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Den Haushalt haben Sie zu verantworten!)

– Ach so, ich dachte, Sie fühlten sich auch irgendwie für die Landesfinanzen verantwortlich, Herr Eiskirch. Entschuldigung, da habe ich mich völlig vertan.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

– Nein, nein. Klar: Das Sein verändert das Bewusstsein. Seit Sie in der Opposition sind, sehen Sie das alles ganz anders. Das ist völlig klar.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen zwischen Konsumgutscheinen unterscheiden, die sicherlich die von Herrn Priggen vortragenen Wirkungen hätten, und Maßnahmen, die sicherlich nachhaltig wirken und vor allen Dingen im Bildungsbereich sehr gut angelegt sind.

Wir haben unter Konjunktugesichtspunkten, aber auch unter ganz anderen Aspekten bei der Einbringung des Haushalts nach der Sommerpause natürlich zusätzliche Akzente gesetzt. Wir haben damals gerade in dem von Ihnen genannten Bereich gegenüber den Volumina, die wir im Jahr 2008 bewältigen, 780 Millionen € zusätzlich in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Sie haben uns damals in hohem Maße kritisiert, weil wir mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs nur eine Rückführung der Neuverschuldung um 100 Millionen € vorgesehen hatten. Sie sagten, das sei viel zu wenig. Andererseits wollten Sie auch diese Investitionen. Ich bin auf die Debatten gespannt, in der Sie Vorschläge machen werden, wo Sie sparen

würden. Allein zu erwähnen, der Ansatz für die Steuern sei zu gering angesetzt, und diese Begründung zur Bewältigung der Ihnen zusätzlich vorschwebenden Volumina heranzuziehen, reicht wirklich nicht.

Der Steueransatz wurde von mir seinerzeit schon so gewählt und durch das Kabinett im Hinblick darauf verabschiedet, weil ich ein Wachstum in Höhe von 0,2 % von Anfang an für viel zu hoch gehalten haben. Es war aber die Verlautbarung der Bundesregierung, des Bundeswirtschaftsministers, und auf dieser Basis haben die Steuerschätzer ihre Steuerschätzung abgegeben. Damals wurden für alle Länder nur minus 300 Millionen € geschätzt. Wir sind diesem prognostizierten Wirtschaftswachstum mit großer Skepsis begegnet und haben minus 700 Millionen € angesetzt. Mit der von mir vorgelegten Ergänzung sind wir bei einer Neuverschuldung in Höhe von 2,969 Millionen €.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Milliarden meinen Sie wohl!)

– Entschuldigung, 2,969 Milliarden €

Bis zur Verfassungsgrenze gibt es noch einen Spielraum in der Größenordnung von 700 bis 800 Millionen €. Man muss sich sehr sorgfältig überlegen, was man damit tut. Sie können natürlich sagen: Der Finanzminister hat in weiser Voraussicht vielleicht auch schon die 500 Millionen € für die Pendlerpauschale in seinen Steueransatz eingepreist. Wir haben diese 500 Millionen € jedenfalls zu bezahlen, meine Damen und Herren. Es ist natürlich auch ein Konsumprogramm, wenn Sie den Menschen das zurückgeben, was ihnen eigentlich von Anfang an gehört hätte.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Es war aber nun einmal damals nicht möglich, ein anderes Programm für die Pendlerpauschale durchzubringen. Es wäre per saldo sicherlich besser gewesen, wir hätten eine Pauschale von 25 Cent vom ersten Kilometer an gezahlt, als dass wir es jetzt zur Unzeit zurückzahlen müssen. Wir müssen jetzt genau im schwieriger werdenden Haushaltsjahr 2009 die Pendlerpauschale zurückzahlen.

Für Konjunkturprogramme existiert also ein beschränkter Rahmen, es sei denn, man wird in der Bundesrepublik allgemein zu der Überzeugung kommen, dass man die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklären soll. Damit haben wir aber nun wirklich genügend Erfahrungen in diesem Land.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Von den Grünen haben wir ein Wunschkonzert von 1,6 Milliarden € zusätzlich vorgetragen bekommen.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Die SPD hat einen Kommunalpakt vorgelegt, der in fünf Jahren 5,3 Milliarden € kostet. Ich frage Sie ganz einfach: Wer soll das denn bezahlen?

(Beifall von CDU und FDP)

Sie können sich hier hinstellen und jede Menge Wunschkonzerte vortragen. Sie glauben gar nicht, wie begeistert die Menschen sein werden, wenn Sie sagen: Auch das kommt noch!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie machen sich das immer so einfach, Herr Minister!)

Herr Priggen, was Sie hier gerade im Hinblick auf die nächste Generation zu Konsumgutscheinen vorgetragen haben, gilt für alles andere, was wir machen: Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die nächste Generation die Schulden, die wir genau in diesem Moment machen, zurückzubezahlen hat.

Im Moment läuft offensichtlich eine Konjunktur: jeden Tag ein neuer Vorschlag. Jeden Tag kann einer die Konjunktur noch besser anregen. Wir überbieten uns geradezu in Konjunkturprogrammen mit dem größten Umfang. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich finde die Haltung des Bundesfinanzministers richtig, wenn er davor warnt

(Beifall von der CDU)

und sagt: Kinder, lasst die Tassen mal endlich im Schrank und überlegt euch, was ihr vorschlagt!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist auch ein sehr guter Mann!)

– Wissen Sie, zwischen Reden und Handeln liegt manchmal natürlich auch ein Unterschied. Ich bin gespannt, wie es am Ende aussieht.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das gilt vor allem für Herrn Laumann!)

Am 15. Januar 2009 haben wir eine Anhörung zum Haushalt. Dann werden wir uns sicherlich auch über die notwendigen Schritte unterhalten müssen.

Ich bedanke mich für alle Anregungen, die wir bekommen haben, für die vernünftigen Programme. Ich glaube, dass wir verantwortlich handeln, wenn wir in Nachhaltigkeit investieren, so wie es die Landesregierung mit zusätzlich 780 Millionen € schon vorgeschlagen hat.

Sie wissen, dass die Verfassungsgrenze hinausgeschoben worden ist, weil wir mehr investieren. Ich glaube, dass die Landesregierung mit der gegenwärtig schwierigen Lage sehr verantwortlich umgeht. Ich freue mich über jede Hilfe, die uns dabei begleitet. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Finanzminister. – Nun hat Herr Sagel das Wort.

**Rüdiger Sagel**<sup>1)</sup> (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Es ist schon erstaunlich, wenn man hört, wie weit sich CDU und FDP von der Realität der Menschen in Nordrhein-Westfalen entfernt haben.

(Widerspruch von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: Aber Sie!)

– Die Linke weiß sehr genau, was die Rechte tut in diesem Land; das kann ich Ihnen wohl sagen.

(Ralf Witzel [FDP]: Linkes Paralleluniversum!)

Wir haben die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit langer Zeit. Dafür sind Sie, die Heuschreckenpartei FDP, wesentlich verantwortlich.

(Lachen von der FDP – Horst Becker [GRÜNE]: Auch der Sagel kann mal recht haben!)

Sie haben diese ungezügelter Gier der Manager weiter gefördert. Sie haben durch Ihre neoliberale Politik der letzten Jahre dafür gesorgt, dass der ungezügelter Kapitalismus in diesem Land und insgesamt weltweit vorangekommen ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie war das denn mit dem Zusammenbruch der DDR?)

Sie ziehen den Leuten jeden Tag das Geld aus der Tasche; Sie sind auch dabei. Im Übrigen war es aber natürlich die Große Koalition in Berlin – Merkel plus Münte –, die damals die Mehrwertsteuer direkt um drei Punkte hochgesetzt hat. Immer weniger netto vom Brutto – das ist die Realität, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen, aber auch bundesweit erleben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie von der Koalition aus CDU und FDP sind auch die größten Schuldenmacher hier im Land. Sieht man sich an, dass Sie alleine in vier Jahren die Schulden des Landes von 106 Milliarden € auf über 120 Milliarden € erhöht haben, ist das schon eine ganz erstaunliche Leistung, die Sie hier bewerkstelligt haben.

Ich habe schon vor ungefähr sechs Wochen einen Antrag eingebracht

(Zuruf von der CDU: Der war genauso schlecht!)

und gefordert, dass wir Innovation durch Investition brauchen. Wir müssen eine ganze Menge mehr tun und vor allem dafür sorgen, dass die Wirtschaft in Gang bleibt.

Die Chance haben Sie schon verpasst, denn Sie haben genau das Gegenteil, nämlich überhaupt nichts in dieser Richtung getan. Der schwarze Petersen hat heute nur Kritik vorgetragen; es ist aber nicht ein einziger konkreter Vorschlag von CDU oder FDP gekommen. Das ist die Realität, die wir hier erleben.

Ich bin, ehrlich gesagt, kein großer Freund der Konsumgutscheine. Dabei ist das Thema sowieso durch, weil man es vor Weihnachten hätte machen müssen. Es hat keine Bewegung dafür gegeben, es zu tun.

Aus meiner Sicht ist es viel notwendiger, denjenigen, die tatsächlich für Konsum sorgen würden – das sind vor allem die Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger, die mit 350 € abgespeist werden, oder auch die Sozialhilfebeziehenden im Land, die viel zu wenig haben –, zum Beispiel 200 € im Monat mehr zu geben. Sie würden dieses Geld auch ausgeben.

(Zuruf von der CDU: Was kostet das denn?)

Sie sitzen jetzt in ihren kalten Wohnungen und frieren. Das ist die Realität, die wir im Land erleben. Das ist Ihre Politik, die Sie in Nordrhein-Westfalen zu verantworten haben.

Ich erlebe ganz real, dass konkret vor allem prekäre Arbeitsverhältnisse schon aufgelöst werden. Die Leute werden in lange Ferien geschickt. Es droht Kurzarbeit; das wird die Realität ab Januar sein. Wir erleben Armutslöhne und Armutrenten. Das ist die Politik, für die Sie hier verantwortlich sind.

Wir erleben genau das Gegenteil davon, gesetzliche Mindestlöhne einzuführen. Sie würden dazu führen, dass die Leute tatsächlich mehr netto haben, dadurch mehr Geld ausgeben und so dafür sorgen könnten, dass die Wirtschaft in Gang kommt.

All das haben Sie nicht gemacht. Sie verweigern sich all diesen Perspektiven. Von daher

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– ich komme zum Ende – kann ich Ihnen nur sagen: Mit dieser Politik werden Sie nichts Gutes für dieses Land bewirken und schon gar nicht für die Menschen in diesem Land. Wir werden es nächstes Jahr erleben, dass wir in eine große wirtschaftliche Katastrophe und Krise steuern und dass Sie die Verantwortlichen für diese Krise sind.

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen also zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat um direkte Abstimmung gebeten. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/8083**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

## 5 Neue Perspektiven der Zusammenarbeit im europäischen Raum

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8089

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau von Boeselager von der CDU-Fraktion das Wort.

**Ilka von Boeselager**<sup>\*)</sup> (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die europäische Frage ist zuallererst immer auch eine Frage von Nachbarschaft und Freundschaft. Darin wird Europa erfahrbar. Dafür schaffen wir mit diesem Antrag eine weitere wichtige Basis. Wir machen deutlich, dass wir Europa in den Regionen wirklich leben wollen. Wir gestalten den europäischen Referenzraum Nordrhein-Westfalen–Benelux zukunfts-fest und geben Impulse für die nächsten Jahrzehnte.

Nordrhein-Westfalen orientiert sich immer stärker an den westlichen Nachbarstaaten. Das gilt auch umgekehrt und geschieht ganz bewusst. Wir sind europäische Partner. Wäre unser Bundesland eine Nation, dann würde Nordrhein-Westfalen mit seinen über 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu den zehn größten Industrienationen der Welt gehören.

Das europäische Gewicht wird in den Austauschprogrammen und -prozessen signifikant. Allein das Handelsvolumen zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden ist größer als der Austausch mit allen sechs neuen Bundesländern zusammen. Europa mit seinen jetzt 27 Mitgliedstaaten bleibt für Nordrhein-Westfalen die Herausforderung Nummer eins.

(Unruhe)

Wir müssen uns heute im Parlament die Frage stellen – liebe Kolleginnen und Kollegen, könnt ihr ein bisschen ruhiger sein? –,

(Glocke)

wie wir uns hier in den nächsten Jahren aufstellen. Die Politiker, die am 3. Februar 1958 den Benelux-Vertrag unterzeichnet haben, haben sich mit vergleichbaren Gedanken beschäftigt. Sie haben an Chancen angeknüpft, die unser Handeln nach wie vor leiten. Belgien, die Niederlande und Luxemburg bilden mit Nordrhein-Westfalen einen einzigartigen Kultur- und Wirtschaftsraum. Sie bilden eine europäische Herzkammer. Sie arbeiten zusammen, haben ähnliche Mentalitäten und gemeinsame Kulturlandschaften und sind ein Brückenkopf zwischen Ost- und Westeuropa genauso wie zwischen Nord- und Südeuropa.

Unsere gemeinsame Region war und ist Motor der europäischen Integration. Man denke nur an die

Gründung der sogenannten Montanunion oder an die Römischen Verträge. Man denke auch an die unmittelbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die sich zum Beispiel in den Euregios entwickelt hat. Wir arbeiten seit über 50 Jahren Seite an Seite und über alle Grenzen hinweg. Dazu kommen die jeweiligen bilateralen Beziehungen zu den einzelnen Staaten.

Dazu soll stärker als bislang eine regionale Säule etabliert werden, die die vielfältigen Bindungen weiter vertieft. Diese neue Vertiefung bringt uns dem wichtigen Ziel einen Schritt näher, Europa immer mehr zu beleben. Denn es ist unser Ziel, dass die Menschen begreifen, dass Europa letztendlich ein gemeinsamer Raum für uns ist und welche Vorteile wir durch die Zusammenarbeit haben.

Wir arbeiten im Bildungswesen auf allen Ebenen zusammen. Dazu gehört eine engere Verknüpfung der Universitäten, wie sie zum Beispiel in Maastricht schon über viele Jahre praktiziert wird.

Wir arbeiten beim Ausbau einer modernen Infrastruktur und bei einer modernen Verkehrspolitik zusammen. Die Anbindung der Häfen in Rotterdam und Antwerpen an den Duisburger Hafen gehört zu den Projekten. Gerade gestern ist die neue Linienführung für Güterverkehre von Antwerpen nach Köln fertig geworden. Wenn man sich überlegt, dass täglich 100 Güterverkehrszüge von Antwerpen nach Köln fahren, dann kann man einschätzen, über welches Volumen wir hier sprechen.

Wir arbeiten natürlich auch bei der inneren Sicherheit und im Umweltbereich zusammen.

Besonders der im Juni unterzeichnete neue Benelux-Vertrag bringt uns bei diesen Formen der intensiven Zusammenarbeit voran. Er enthält eine Öffnungsklausel, die maßgeblich auf einen Vorschlag Nordrhein-Westfalens zurückgeht. Durch sie wird es künftig völlig neue Perspektiven für den Austausch in und mit der Benelux-Union geben.

Die letzte Woche auf dem Petersberg

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nur darum geht es!)

unterzeichnete politische Erklärung haucht dieser Öffnungsklausel Leben ein. Sie ist ein enormer Schritt zur Vertiefung der Beziehungen. Dazu gratulieren wir der Landesregierung und auch unserem Ministerpräsidenten.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jawohl!)

– Jawohl, Frau Löhrmann. So ist es. Sie hätten ja nicht zum Petersberg fahren müssen, wenn das so abwegig für Sie ist.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Als CDU-Landtagsfraktion haben wir mit unserer Düsseldorfer Erklärung schon im Sommer 2007

deutlich gemacht, dass wir genau diese Vertiefung wollen. Sie stärkt das Verständnis der Bürger für die europäische Idee, sie gibt in Zeiten des Wandels Orientierung, sie fördert das friedliche Miteinander wirtschaftlich, kulturell, politisch und gesellschaftlich. Sie macht Europa zum positiven Erlebnis.

Sie sehen: Wir gehen den europäischen Weg ganz bewusst konsequent weiter. Die politische Erklärung, die die Ministerpräsidenten der Benelux-Staaten und unser Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers letzte Woche unterzeichnet haben, ist ein Meilenstein für eine neue Form der Zusammenarbeit in Europa. Darauf sind wir stolz.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wo ist der Weihrauch?)

Darüber hinaus ist die Verleihung des nordrhein-westfälischen Staatspreises an die Ministerpräsidenten Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs nicht nur ein Symbol der Dankbarkeit, sondern zugleich auch ein deutliches Zeichen für die neue Qualität der Zusammenarbeit.

Nordrhein-Westfalen arbeitet an Europa ganz aktiv mit. Ich möchte Sie alle – auch Sie, Frau Löhrmann – ganz herzlich dazu einladen, sich dieser Zusammenarbeit mit großer Energie anzuschließen. -Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau von Boeselager. – Für die FDP spricht nun der Kollege Brockes.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich möchte lieber den Herrn Müller hören!)

**Dietmar Brockes<sup>\*)</sup>** (FDP): Frau Präsidentin! Frau Löhrmann, gehen Sie einfach noch einmal vor die Tür. Kein Problem! Ich kann auf Ihr Zuhören auch verzichten.

Meine Damen und Herren! Der im Jahre 1960 in Kraft getretene Vertrag über die Benelux-Wirtschaftsunion läuft im Jahr 2010 aus. Dieser Vertrag steht für Weitblick, Mut und Fortschritt. Im Rahmen der Zusammenarbeit in der Benelux-Wirtschaftsunion ist es den Benelux-Staaten in vielfältiger Weise gelungen, eine Vorreiterrolle für die wirtschaftliche Integration Europas zu spielen. Auch haben sie es erreicht, spätere Entwicklungen auf der Ebene der Europäischen Union vorwegzunehmen.

Im Laufe der Jahre hat sich dabei der Schwerpunkt der Aktivitäten der Benelux-Wirtschaftsunion verschoben – immer stärker weg von der inzwischen europäisierten wirtschaftlichen Integration hin zur grenzüberschreitenden Abstimmung und Zusammenarbeit.

Das Verhältnis Nordrhein-Westfalens zu den Nachbarländern Belgien und Niederlande ist besonders eng. Die Verbindung gründet sich nicht nur auf der geografischen Nähe, auf gemeinsamen Kulturlandschaften und ähnlichen Mentalitäten der in den Grenzregionen lebenden Menschen. Es gibt sehr viele gewachsene Aspekte und grenzüberschreitende Verzahnungen.

Bereits heute nimmt Nordrhein-Westfalen an einigen Gremien der Benelux-Wirtschaftsunion als Beobachter teil. Zudem beteiligt sich NRW an einzelnen Projekten wie etwa der Entwicklung des Dreiländerpakts in der Aachener Grenzregion, die durch die Grenzkommission Ost der Benelux-Wirtschaftsunion koordiniert wird.

Die Niederlande und Belgien gehören zu den wichtigsten Handelspartnern Nordrhein-Westfalens. Im Jahr 2006 exportierte NRW Waren im Wert von 15,4 Milliarden € in die Niederlande. Damit waren die Niederlande Spitzenreiter unter den Verbrauchsländern. Belgien folgte hinter Frankreich auf dem dritten Platz mit einem Warenwert von 11,9 Milliarden €.

In Sachen Import führt die Niederlande die NRW-Rangliste mit mittlerweile 25,2 Milliarden € deutlich an. Belgien liegt mit 12,2 Milliarden € auf dem fünften Platz. Nordrhein-Westfalen exportiert vor allem chemische Erzeugnisse, Maschinen sowie Kraftwagen und Kraftwagenteile, aber auch Metallerzeugnisse sowie Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Nachrichtentechnik sowie Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.

Der Glaube vieler Deutscher, meine Damen und Herren, dass Käse, Blumen und Tomaten die Einfuhr aus den Benelux-Staaten bestimmen, entspricht schon lange nicht mehr der Realität. Mittlerweile sind es vor allem Produkte aus der gewerblichen Wirtschaft, die aus den Niederlanden und Belgien eingeführt werden.

Meine Damen und Herren, diese positive Fortentwicklung in der Folge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Prozess der Entwicklung einer vertieften Partnerschaft mit den Benelux-Staaten gilt es herauszustellen. Bereits im Februar 2006 haben die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP einen Antrag mit dem Titel „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen, und qualitativ stärken“ hier debattiert. Wir haben darin die Landesregierung aufgefordert, die bestehenden, besonders engen und intensiven Kontakte zu unseren beiden Nachbarländern auszubauen und zu stärken. Außerdem haben wir verschiedene Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den folgenden Bereichen angeregt: Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung; gemeinsame Raum- und Infrastrukturplanung; Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz;

Zusammenarbeit in den Bereich Kultur, Jugend und Bildung sowie Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Meine Damen und Herren, die FDP würdigt die seit Mitte 2005 andauernden Anstrengungen der Landesregierung hierzu mit den Staaten und Regionen des Benelux-Raumes sowie dem Generalsekretariat der Benelux-Wirtschaftsunion.

Am 17. Juni dieses Jahres wurde schließlich in Den Haag der neue Benelux-Vertrag durch die Niederlande, Luxemburg, den belgischen Föderalstaat, die flämische Regierung, die Regierung der französischen Gemeinschaft Belgiens, die wallonische Regierung, die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt und die Regierung der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens unterzeichnet.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung konnte im Vorfeld in zahlreichen Gesprächen mit den Regierungen in Den Haag, Brüssel und Luxemburg erreichen, dass der neue Benelux-Vertrag eine Klausel enthält, nach der die drei Länder nicht nur eine vertiefte Zusammenarbeit untereinander, sondern auch mit angrenzenden Staaten, Gliedstaaten und Regionen anstreben.

In Titel 3, Artikel 24 bis 27, eröffnet er nun diese völlig neue Möglichkeit der regionalen und europäischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Benelux und Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, die Initiative, die grenzübergreifende Zusammenarbeit durch eine gemeinsame politische Erklärung am 9. Dezember auf dem Petersberg in diesem Sinne einer vertieften Partnerschaft auf eine qualitativ höhere Stufe zu stellen, ist ein bedeutender Schritt für Nordrhein-Westfalen. 15 Millionen Menschen und viele Unternehmen in räumlicher Nähe, gegenseitiger Abhängigkeit und Verflechtung verbinden sich auf einer völlig neuen Ebene der Zusammenarbeit. Sie verbinden sich zu einem neuen, kraftvollen Motor in der Europäischen Union.

In Zeiten der Globalisierung bietet ein neuer Benelux-NRW-Raum mit Nordrhein-Westfalen als deutschem Exportweltmeister und den Benelux-Ländern als Schrittmacher des europäischen Einigungsprozesses große Möglichkeiten der vertieften politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Grenzen werden dabei zu Brücken. Bisher in vielen Bereichen der Zusammenarbeit Erreichtes wie etwa die Euregios werden zum künftigen stabilen Fundament. Frühere Visionen werden nun machbar, meine Damen und Herren.

Das Ziel, durch eine dritte regionale Säule der Zusammenarbeit mit dem gesamten Benelux-Raum unter dem Dach der Benelux-Union die beiden bisherigen Säulen zu ergänzen, eröffnet neue Freiräume und Chancen in vielen Bereichen. Nun gilt es

für NRW, diese möglichen Chancen optimal zu nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Brockes. – Für die SPD spricht nun Herr Töns.

**Markus Töns (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde sagen: Ein schöner Antrag. Er ist auch ganz nett, eine Fleißarbeit.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Aber dieser Antrag ist wohl eher eine kleine Nachspeise zu der Veranstaltung am 9. Dezember auf dem Petersberg – vielleicht hat es da nichts gegeben – anlässlich der Verleihung des Staatspreises an die drei Regierungschefs des Benelux-Raums. Benelux – war da nicht etwas in den letzten Monaten und Jahren?

Am 17. Juni 2008 wurde der Benelux-Vertrag unterzeichnet; so viel steht fest. Im Übrigen, Herr Brockes, gibt es drei Nachbarländer im Benelux-Raum und nicht nur zwei.

(Dietmar Brockes [FDP]: Habe ich gesagt!)

Aber wahrscheinlich haben Sie sich eben nur leicht vertan.

Der Benelux-Vertrag wurde also am 17. Juni 2008 unterzeichnet und mich interessiert: Wollten Sie dem nicht beitreten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP? Auch ein Minister hat einmal etwas dazu gesagt. Ich kann mich da ganz gut erinnern.

Aber lieber der Reihe nach. Das Thema Benelux ist mir und meiner Fraktion – das will ich noch einmal betonen – eine Herzensangelegenheit. Deshalb will ich hier nicht alles unkommentiert lassen.

Sie erwähnen den Bericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Benelux-Raum. Dieser Bericht umfasst die Förderperiode 2000 bis 2006, also einen Zeitraum, in dem die SPD weitestgehend das Europaministerium führte. Dafür will ich mich an dieser Stelle jetzt gern bei den SPD-Ministern Samland, Kraft und Kuschke bedanken,

(Beifall von der SPD)

aber auch bei dem CDU-Nachfolger Breuer. Das muss man auch mal erwähnen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Breuer ist ein guter Mann!)

Das Lob für Herrn Breuer muss ich allerdings gleich wieder einschränken, denn es gibt einige Punkte, die man benennen muss.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Als Sparkassenpräsident!)

Die schwarz-gelbe Landesregierung unter Minister Breuer war es nämlich, die zu Beginn ihrer Regierungszeit die Benelux-Staaten, die für sie überhaupt nicht mehr von Interesse waren, links liegen gelassen hat. So wurde zum Beispiel der Landesbeauftragte für das Verhältnis Benelux/NRW in Münster abgeschafft. Die Stelle wurde einfach gestrichen. Es ging, wenn wir das unter dem landeshaushalterischen Gesichtspunkt sehen, um Peanuts. Aber das war ja eine Symbolik, die man durchaus durchführen musste.

(Minister Armin Laschet: Ja, wir machen Politik, keine Beauftragung!)

Doch plötzlich entdeckte man in der Staatskanzlei – ungefähr ein Jahr später – die ungeliebten Nachbarländer wieder.

(Minister Armin Laschet: So ein Quatsch!)

Man entdeckte und erkannte diesen bedeutenden europäischen Wirtschaftsraum und seine vielfältigen Verknüpfungen nach NRW. Übrigens, Frau von Boeselager: Das Handelsvolumen, das NRW mit dem Benelux-Raum hat, haben Sie jetzt auch wieder entdeckt. Ganz interessant!

(Dietmar Brockes [FDP]: Wie haben Sie das vorher gemacht?)

– Aber, ich glaube, für Sie gibt es das wohl erst seit 2005, Herr Brockes. Oder wie war das noch?

(Edgar Moron [SPD]: Aber ihr erst seit zwei Jahren!)

Nachdem man es wieder neu entdeckt hat, ging man in die direkte Umarmung der Nachbarn über, anstatt sachliche Politik zu machen. Was passiert in vollem Überschwang der Gefühle? Für den wiederentdeckten verlorenen Freund entwickelten die Staatskanzlei und die Fraktionen von CDU und FDP die Idee des Beitritts zum Benelux-Raum, was dazu führte, dass man in Belgien, in den Niederlanden und in Luxemburg auf Distanz ging und wenig Begeisterung dafür zeigte, unabhängig davon, dass da eine entscheidende Frage im Raum steht. Denn NRW ist, soweit ich weiß, immer noch Teil des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Und Außenpolitik wird in Berlin gemacht.

(Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Nach dem Wechsel im Ministeramt von Breuer zu Krautscheid wurde diese Idee langsam wieder eingedampft – dafür wird es wahrscheinlich Gründe geben –, aber ganz gab man die „Großstaats“-Ideen der Staatskanzlei dann doch nicht auf. Hintergrund ist, das man einen Ministerpräsidenten ja medienwirksam präsentieren muss.

Im Frühjahr dieses Jahres hatte man noch die Idee, zumindest noch eine Regierungskonferenz auf dem Petersberg durchzuführen, wo es um ein Treffen

der drei Regierungschefs mit dem Ministerpräsidenten Rüttgers auf Augenhöhe ging.

(Zuruf von der CDU)

Herumgekommen ist letzten Endes die Verleihung des Staatspreises an die drei Regierungschefs der Niederlande, von Belgien und Luxemburg. Es war durchaus eine richtige Veranstaltung, aber wohl keine Regierungskonferenz auf Augenhöhe. Alles war nur Symbolik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Aber wo ist Ihr konkretes projektorientiertes Regierungshandeln? Was ist mit konkreten Verkehrsprojekten wie zum Beispiel dem Eisernen Rhein?

(Wolfram Kuschke [SPD]: Kriegen sie nicht hin!)

Im Rahmen des neuen Interreg-Programms

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

ist, Herr Brockes, noch kein einziges größeres Projekt realisiert worden, und die Euregios sind immer noch nicht schlagkräftig genug in die neue Förderperiode gestartet. Das heißt, sie sind überhaupt nicht ausfinanziert; hier wird gespart.

Ihre Politik gegenüber unseren Nachbarstaaten war bisher ein einziger Schlingerkurs.

(Beifall von der SPD)

Es ist keine klare Linie bei der Regierung und auch nicht bei den regierungstragenden Fraktionen erkennbar.

Wir Sozialdemokraten in diesem Haus stehen seit Jahrzehnten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

(Demonstrativer Beifall von Ilka von Boeselager [CDU] – Dietmar Brockes [FDP]: Und haben noch nichts getan!)

Erstens. Aus unserer Sicht ist eine euroregionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit wichtig. Dazu zählt aber auch eine klare Ausfinanzierung der Euregios.

Zweitens. Bilaterale Zusammenarbeit ist für uns auch von großer Bedeutung, aber nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch heruntergebrochen auf grenznahe Projekte. Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen, weil ich das auch für wichtig halte: Wir haben ein anderes parlamentarisches Verständnis als Sie. Denn ich glaube schon, dass bilaterale Beziehungen auch zwischen den Parlamenten eine entscheidende Rolle spielen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Drittens will ich nicht unerwähnt lassen, dass die Zusammenarbeit mit dem Benelux-Raum in konkre-

ten Projekten und Anliegen und nicht in reiner Symbolik zu begründen ist.

Wenn wir dann noch über regionale Zusammenarbeit und Partnerschaften reden, so sind aus unserer Sicht das Weimarer Dreieck, die Türkei oder andere Regionen im REGLEG von Bedeutung. Darüber lässt sich durchaus reden. Mal sehen, wie sich Ihre Position dazu darstellt.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Mein Fazit an dieser Stelle: Die Chancen von Benelux sind da. Ein Vertrag ist ein Vertrag, ist ein Vertrag, ist ein Vertrag; das muss man betonen.

Konkrete Politik bemisst sich an Geld und Programmen. Das vermisse ich, und das vermissen die Euregios. Da nützt uns der ganze Vertrag gar nichts, meine Damen und Herren. – Glück auf.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Berger. Möchten Sie sie noch zulassen?

**Markus Töns (SPD):** Ja.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Bitte schön.

**Dr. Stefan Berger<sup>\*)</sup> (CDU):** Vielen Dank, Herr Töns. – Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Zukunft der Zusammenarbeit eher in der Türkei und weniger im Beneluxraum sehen?

(Lachen von Wolfram Kuschke [SPD])

**Markus Töns (SPD):** Nein, Herr Berger, Sie haben mich nicht richtig verstanden. Ich habe gesagt: Über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Beneluxraum hinaus denken wir auch über Zusammenarbeit und Partnerschaften mit anderen Regionen nach. Das Land Nordrhein-Westfalen hat schon Partnerregionen; das wissen Sie.

(Zustimmung von Dr. Stefan Berger [CDU])

Man könnte mit anderen Regionen Partnerschaften anstreben, weil es aus wirtschaftlicher und politischer Sicht sinnvoll ist. Aus unserer Sicht sind die Türkei oder eine Region in der Türkei durchaus strategische, wirtschaftliche und politische Partner.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Töns. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann<sup>\*)</sup> (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, es kurz zu machen.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist gut! Sehr gut!)

In Ihrem Antrag steht nichts Verkehrtes.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Aber die Frage ist, ob dieser Antrag etwas substanzvoll Neues bringt und

(Beifall von Markus Töns [SPD] – Edgar Moron [SPD]: Nein!)

ob dieser Antrag das Land wirklich nach vorne bringt

(Edgar Moron [SPD]: Nein!)

und ob dieser Antrag ein Beleg dafür ist, wie Ihre Fraktionen in Nordrhein-Westfalen europapolitisch aufgestellt sind.

Auf diesen Widerspruch zur Debatte zu Beginn des heutigen Tages komme ich noch zurück.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Frau von Boeselager, Sie waren wenigstens so ehrlich, deutlich zu machen, dass der Antrag insbesondere das Ziel hat, den Ministerpräsidenten bei seinen Inszenierungskünsten ein bisschen zu unterstützen.

(Beifall von Markus Töns [SPD])

Und um in bei dem Thema zu platzieren, fand in der vorletzten Woche auf dem Petersberg die wunderbare Verleihung statt, der auch ich beigewohnt und an der ich mich erfreut habe. Ich finde es wie meine ganze Fraktion richtig, dass man natürlich die nachbarschaftliche Zusammenarbeit in den Regionen vertieft, verstärkt und pflegt.

(Beifall von der CDU – Dietmar Brockes [FDP]: Warum haben Sie das nicht in Ihrer Regierungszeit gemacht?)

– Herr Brockes, Sie haben sich dazu hinreißen lassen, in Ihrem Redebeitrag so zu tun, als hätte das alles Mitte des Jahres 2005 angefangen.

(Beifall von den GRÜNEN – Heiterkeit von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist doch wirklich lächerlich. Wir waren gemeinsam schon ein Stück weiter. Wir haben nämlich – Sie haben darauf hingewiesen – anlässlich der Beratung Ihres Antrags „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken“ schon ähnliche Themen bearbeitet, berücksichtigt und gemeinsam bekräftigt.

Also machen Sie es doch bitte eine Nummer kleiner. Denn der Weihrauch, den Sie zu verbreiten versuchen, fällt Ihnen doch auf die Füße. Damals wurde deutlich, dass es in Gott sei Dank diesen Fragen zwischen Nordrhein-Westfalen und den

westlichen Nachbarn eine lange Kontinuität gibt. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch wenn Sie das auch dreimal aufschreiben, werden dadurch die konkrete Zusammenarbeit und das konkrete Europa, das die Menschen gestalten und erleben, nicht besser.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Unsere Fraktion hat ihren Betriebsausflug in diese Nachbarregion gemacht.

(Beifall von Minister Andreas Krautscheid)

Wir haben wandernd drei Länder erkundet und so die Beziehungen gepflegt.

(Minister Andreas Krautscheid: Sehr gut!)

So etwas ist manchmal mehr wert als diese vermeintlichen oder tatsächlichen Jubelveranstaltungen.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Vielleicht kann der Minister, der nach mir sprechen wird, diesen Widerspruch aufklären. Im Bericht der Landesregierung Vorlage 14/1547 wird ausgeführt – das wissen wir auch –, dass auch die Hochschulen und Schulen aktiv werden können. Aber auf Seite 104 heißt es dann:

Aus Sicht der Landesregierung besteht allerdings bei diesen Fragen kein erkennbarer zusätzlicher Regelungsbedarf.

Wenn aber in dem Bereich kein zusätzlicher Regelungsbedarf besteht, warum wird dann der Eindruck erweckt, als würde – Welch ein Wunder – etwas Neues passieren?

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Auf Seite 105 steht am Ende des Abschnitts „Anerkennung von Schulabschlüssen und Schullaufbahnen“:

Da das duale System keine rechtlichen Zugangsvoraussetzungen kennt, kann sie dem Vorschlag mit Blick auf Schulabschlüsse für die berufliche Ausbildung allerdings nicht folgen.

Offenbar gibt es Dinge, bei denen es nicht vernünftig geht. Lassen Sie uns doch über die konkreten Probleme und nicht über diese vermeintlich wunderbaren Dinge sprechen, die mit Herrn Rüttgers jetzt anders laufen sollen als vorher.

Besonders peinlich fand ich den Hinweis des Ministerpräsidenten, er habe zuerst die Niederlande besucht. Diese Reise war vom vorherigen Ministerpräsidenten geplant. Da wird offenkundig, dass Sie sich zum Teil mit fremden Federn schmücken,

(Beifall von Markus Töns [SPD])

die Sie hier nicht ansprechen sollten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Heute Morgen hatte man bei der Debatte über die Klimapolitik den Eindruck – das war gerade auch bei Ihrem Beitrag, Herr Brockes, der Fall –, Sie wollten einige osteuropäische Länder lieber wieder außerhalb Europas sehen, als auch mit ihnen die Zusammenarbeit zu pflegen.

(Widerspruch von Dietmar Brockes [FDP])

Sie müssen sich einigen und klären, welche europapolitische Linie Sie insgesamt verfolgen. Sie können sich nicht die Rosinen herauspicken. Vielmehr müssen wir Europa so verstehen, dass wir dieses Europa mit allen Schwierigkeiten und Stärken gemeinsam zu gestalten haben. Zumindest aus Sicht meiner Fraktion dürfen wir Ost und West dabei nicht gegeneinander ausspielen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Löhrmann. – Jetzt spricht Minister Krautscheid.

**Andreas Krautscheid,** Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal – das gebe ich zu – ist es schwierig, ein Haar in der Suppe zu finden, auch wenn man sich sehr anstrengt.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Einen solchen Versuch haben wir eben erlebt.

(Zurufe von der SPD)

– Interessant ist, wer sich dabei angesprochen fühlt.

Ich will versuchen, über die Dinge zu sprechen, die im Antrag mit Bezug auf die Vereinbarung enthalten sind, die wir in der letzten Woche unterzeichnet haben. Ich rede nicht über Staatspreise und ähnliche erfreuliche Dinge.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber Frau von Boeselager hat darüber gesprochen!)

Es hätte dem einen oder anderen, der geredet hat, gut getan – Kompliment, Frau Löhrmann, Sie waren löblicherweise bei der Staatspreisverleihung anwesend –, überhaupt dabei zu sein und auf das zu schauen, was vorher stattgefunden hat.

Im Vorfeld der Staatspreisverleihung haben nämlich der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker, der belgische Premierminister Yves Leterme, der Ministerpräsident der Wallonie und der französischen Gemeinschaft Rudy Demotte und unser Freund, der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz, gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten die „Politische Erklärung der Regierungen der Mitglieder von Benelux und von Nordrhein-

Westfalen über die Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit“ unterzeichnet.

Kris Peeters, der flämische Ministerpräsident, und der Ministerpräsident der Region Brüssel, Charles Picqué, werden aus terminlichen Gründen anschließend, im Nachgang, unterzeichnen.

Ich will mit dem Begriff historisch vorsichtig sein,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ehrt Sie!)

aber es ist schon eine Besonderheit, wenn diese fünf Regierungschefs, die Regierungschefs dreier selbstständiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union, nach Nordrhein-Westfalen kommen, um mit uns gemeinsam eine solche Erklärung zu unterzeichnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieses ist eine sehr erstaunliche Entwicklung, die – das glaube ich in meiner Arbeit nachweisen zu können – auch eine neue Qualität dieser Arbeit herbeiführen wird. Mancher mag sich wundern: Na ja, das hat jetzt zum ersten Mal geklappt. Wie sehen das denn die anderen? War das sozusagen nur eine kleine nette Geste? – Wer aber – leider war der eine oder andere aus dieser Runde, der dahin gehört hätte, nicht beteiligt – etwa bei den Feierlichkeiten zum 30jährigen Geburtstag der Euregio Rhein-Maas-Nord in der letzten Woche dabei gewesen ist, wie der Europaminister Timmermanns aus den Niederlanden – übrigens ein Sozialdemokrat – diese Vereinbarung geradezu begeistert begrüßt

(Beifall von der CDU)

und sie als eine neue Qualität bezeichnet hat, der kann nicht daran zweifeln, dass wir hier schon eine neue Etappe der gegenseitigen Beziehungen erreicht haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will diese Vereinbarung ganz bewusst einordnen, weil eben noch andere Säulen, wenn Sie so wollen, unserer internationalen Arbeit im Verhältnis zu europäischen Partnern angesprochen sind. Für uns ist es kein Ersatz, keine Kompensation und bedeutet auch kein Cent weniger, sondern eine dritte Säule neben unseren bilateralen Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten und der Arbeit in den Euregios.

Zu den Euregios ist eben gesagt worden: Die kommen auch nicht so recht voran. – Wer das verfolgt – ich bin dort sehr regelmäßig unterwegs –, wer weiß, dass wir im Haushalt eine bessere Finanzausstattung vorgesehen haben, wer sich ein bisschen informiert hat und weiß, dass zwei große sogenannte majeure Projekte genehmigt und frei gegeben worden sind, nämlich zum Thema Mechatronics und zum Thema Tierseuchenbekämpfung, weiß sehr wohl, dass die Arbeit in den Euregios funktioniert und von uns nach Kräften unterstützt wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist hier richtig gesagt worden, dass der neue Beneluxvertrag auch für die drei Länder nicht selbstverständlich war. Es ist wichtig, dass man weiß, wie in den drei Ländern diskutiert worden ist. Die Frage, ob sie einen neuen Beneluxvertrag abschließen sollen, war durchaus umstritten. Der alte, 50 Jahre lang in Kraft gewesen, lief aus. Die Inhalte sind mittlerweile zu 99 % Standard in Europa. Die drei haben sich gefragt – und darüber hat es auch Debatten in den Parlamenten gegeben –: Wollen wir einen neuen Beneluxvertrag abschließen? Sie haben sich dann dazu entschlossen, das zu tun.

Deswegen haben wir in einer frühen Phase, vor eineinhalb Jahren, zum ersten Mal die Überlegung eingebracht, in irgendeiner Weise beteiligt zu sein. Denn eines ist klar: Benelux war immer europäische Avantgarde. Die haben Dinge immer früher, schneller, besser und tiefgehender gemacht als viele andere europäische Länder. Deshalb war es für Nordrhein-Westfalen mit seinen vielfältigen Verflechtungen ausgesprochen naheliegend, dort mitwirken zu wollen.

Es war relativ schnell klar – völkerrechtlich selbstverständlich –, dass wir nicht Mitglied werden können. Dies ist auch jedem in Berlin klar gewesen. Aber die Maxime meiner Politik war: Ich möchte bis an die völkerrechtlichen Maximalgrenzen dessen gehen, was ein Bundesland machen kann. Dieses haben wir mit dieser Vereinbarung getan. Dieses haben wir erreicht.

Deswegen bin ich stolz darauf – das sage ich ganz deutlich –, dass die drei Staaten und die fünf ausländischen Ministerpräsidenten, die die Petersberger Erklärung unterschrieben haben, darin wörtlich festhalten: Nordrhein-Westfalen ist für uns der natürliche Partner einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen Benelux- und Nachbarstaaten. Das ist eine wirklich zufriedenstellende Erklärung unserer Nachbarn, die uns mit Stolz erfüllen darf.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Wer sich ein bisschen damit beschäftigt – etwas intensiver, als es bei manch einem oberflächlichen Beitrag hier deutlich geworden ist –, der erkennt, dass in diesem Vertrag eben nicht die großen völkerrechtlichen Dinge beschrieben werden, sondern dass es um ganz konkrete Projekte geht. Und das ist das Wichtige an diesem Vertrag. Denn gerade bei unseren Freunden im niederländischen Parlament, in der Zweiten Kammer, ist darüber diskutiert worden: Wenn wir einen neuen Vertrag machen, muss es um eine sehr konkrete, bewusst kleinteilige, für die Bürgerinnen und Bürger besonders spürbare Arbeit gehen, die konkrete Fortschritte will.

Deswegen ist es auch eine Besonderheit, was die drei Vertragsstaaten mit Nordrhein-Westfalen vereinbart haben.

(Unruhe)

Bitte hören Sie zu; das ist nicht selbstverständlich.

Dieser Vertrag ist noch nicht in Kraft. Er muss durch sieben Parlamente, allein fünf in Belgien. Es wird also noch einige Zeit dauern. Gegenstand unserer politischen Vereinbarung aus der letzten Woche ist:

Wir, die Beneluxstaaten, wollen das offizielle Inkrafttreten dieses Vertrages nicht abwarten, bevor wir die Ausgestaltung mit Nordrhein-Westfalen beginnen. Deshalb gehört ihr ab Januar zu unseren Arbeitsgruppen, die diesen Vertrag umsetzen werden.

Das ist, finde ich, eine Qualität, die wir so noch nicht erlebt haben. Das ist ein starkes Signal unserer Partner, über das wir uns gefreut haben.

Also, ganz praktisch, ab Beginn nächsten Jahres werden nordrhein-westfälische Experten über ganz konkrete Themen mit unseren Beneluxfreunden zusammen beraten. Ich nenne sie: polizeiliche Zusammenarbeit, bessere Einbeziehung von Nordrhein-Westfalen an Übungen der drei Staaten, Krisenbewältigung – hier: wesentliche Einbeziehung etwa bei der Erstellung von Risikokatastern –, Feinstaubproblematik.

Meine Damen und Herren, wir tun uns in Nordrhein-Westfalen schwer genug, halbwegs einheitlich mit diesem Thema umzugehen. Das gleiche Thema haben wir ganz massiv in der Randstad. Wir haben es auch im Raum Antwerpen ganz massiv. Es liegt ausgesprochen nahe, da gemeinsame Dinge zu besprechen.

Beim Thema Landesentwicklungsplanung versuchen wir, eine engere Verzahnung mit der Arbeit von Benelux hinzubekommen. Ähnliches gilt für die Tierseuchenbekämpfung, Nahrungsmittelsicherheit und die Anerkennung von Schulabschlüssen.

All das sind Themen, mit denen die drei sich beschäftigen und bei denen wir eingeladen sind, uns zu beteiligen und zu Vereinbarungen zu kommen.

Ich glaube, das sind genau die bewusst kleinteiligen konkreten Projekte und Themen, die ein solcher Vertrag – spürbar für die Bürgerinnen und Bürger – herbeiführen muss. Das sind keine großspurigen Vereinbarungen auf Diplomatenebene, das ist konkrete Sacharbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Deswegen werden wir uns ab Beginn des neuen Jahres in diesen Arbeitsgruppen beteiligen.

Ich will aber zum Abschluss das Ganze auch politisch bewerten. Ich glaube schon, dass eine solche gemeinsame Vertragsunterzeichnung und auch – ganz bewusst – die Anreise dieser Regierungschefs nach Nordrhein-Westfalen und das gemeinsame Treffen wichtig sind, um einen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Wir sind uns einig – das geht aus dieser Erklärung hervor –, dass wir in einer europäischen Region gemeinsam leben und arbeiten wollen und dass es unsere politische Pflicht ist, weit über alle Parteigrenzen hinweg diese gemeinsame Region in Nordwesteuropa weiter zusammenwachsen zu lassen. Das ist kein vorübergehender Zustand, sondern wir sind aufgefordert, diese Entwicklung zu stärken und die Vorteile für unsere Bürgerinnen und Bürger erheblich zu vergrößern.

Wir sind uns darin einig. Das hätten Sie auf dem Petersberg auch aus den Gesprächen und aus den politischen Erklärungen, wie sie etwa Jean-Claude Juncker im Vorfeld des Europäischen Rates abgegeben hat, sehr genau erfahren können.

Frau Löhrmann, deswegen sage ich – ich will Sie nicht dafür kritisieren, weil ich der gleichen Meinung bin –: Lassen Sie uns hier, bitte schön, nicht versuchen, europäische Regionen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das haben Sie doch heute Morgen gemacht!)

Wer vor drei Wochen in Düsseldorf die Stimmung beim Besuch unserer Freunde aus Schlesien miterlebt hat, wer diese Gespräche verfolgt hat und weiß, dass wir eine neue Vereinbarung geschlossen haben, der kann keinen Unterschied sehen, wenn gefragt wird: Was ist euch lieber, Benelux, Schlesien, Polen oder andere Regionen Europas?

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir wissen, dass wir zusammen mit den Beneluxstaaten dafür verantwortlich sind, die europäische Einigung und Vertiefung weiter voranzutreiben. Das wollen wir mit vielen Partnern zusammen erreichen.

Ich will zum Abschluss sehr deutlich machen – nach eineinhalb Jahren Arbeit ist ein solcher Vertragsabschluss schon eine gewisse Zäsur –, dass wir unseren Partnern in den Beneluxstaaten insgesamt danken.

Ich will den Generalsekretär der Benelux-Union, den Kollegen van Laarhoven, der uns ausgesprochen hilfreich zur Seite gestanden hat, besonders erwähnen. Wir bedanken uns bei allen ausländischen Partnern, die das Zustandekommen dieses Vertrags ermöglicht haben. Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei meinem Team in der Staatskanzlei, das mehr als anderthalb Jahre lang viele Gespräche in Brüssel, Luxemburg und Den Haag geführt hat, um zu diesem Ergebnis zu kommen.

Wir freuen uns über diesen Schritt. Wir sind ein bisschen stolz darauf, aber wir sehen es auch als Ansporn und als Motivation, jetzt die konkreten Projekte voranzutreiben. Deswegen ist dieser Vertrag – und damit auch der Antrag, der von CDU und FDP heute im Parlament gestellt worden ist – ein gutes,

ein starkes Signal für Nordrhein-Westfalen in Europa.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Minister. – Herr Kuschke von der SPD-Fraktion hat nun das Wort.

**Wolfram Kuschke**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich den Versuch unternehmen will, in einigen Punkten doch so etwas wie Übereinstimmung festzustellen.

Erster Punkt. Der Kollege Töns und wir haben immer anerkannt, dass wir in der Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten eine Tradition haben.

Herr Minister, bei dieser Gelegenheit will ich auch gerne sagen, dass wir Sie zu denjenigen zählen, die sich in dieser Tradition bewegen.

Frau Kollegin von Boeselager, von Ihnen kann man das nicht uneingeschränkt behaupten. Der Kollege Töns hat nämlich – vielleicht verständigen wir uns darauf, dass es das letzte Mal war, aber er musste es noch einmal sagen – darauf hingewiesen, dass das Ganze maßgeblich auf Betreiben der CDU-Fraktion vor zweieinhalb Jahren auf eine Ebene geschoben worden ist, die sich als unrealistisch erwiesen hat.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Sie haben wirklich den Eindruck erweckt, als würde Nordrhein-Westfalen als voll gültiger Partner dem neuen Benelux-Staatsvertrag beitreten. Das war das Dilemma, durch das wir zwei Jahre verloren haben, bis die Angelegenheit dann eine andere Entwicklung genommen hat. – Ich habe das noch einmal gesagt, und jetzt ist es auch gut.

Zweiter Punkt. Ja, Benelux hat natürlich eine herausragende Bedeutung, aber noch einmal – ich will das, was der Kollege formuliert hat, unterstreichen –: Das darf nicht dazu führen – und ich glaube, darin stimmen wir auch überein –, dass andere Bereiche vernachlässigt werden. Ein Dreieck – oder Viereck, wenn Sie so wollen – besteht also erstens aus Benelux, zweitens aus der bilateralen Zusammenarbeit, drittens aus der euregionalen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und viertens aus regionalen Partnerschaften.

Der Kollege Berger ist nicht im Raum. Herr Kollege Brockes, dann formuliere ich es in Ihre Richtung: Das schließt natürlich auch regionale Partnerschaften in anderen europäischen Ländern mit ein. Wir haben doch auch nicht kritisiert, dass die Landesregierung beispielsweise eine französische Region mit einer besonderen Partnerschaft ausgestattet hat.

Dritter Punkt. Herr Minister Krautscheid, da gibt es eine Differenz. Diese ist noch einmal klar geworden,

als Sie die unterschiedlichen Bereiche der Zusammenarbeit aufgelistet haben.

Ich meine das nicht abwertend, aber eine Reihe der von Ihnen angeführten Sachverhalte in der Zusammenarbeit, sehe ich durchaus in einer Kontinuität abarbeitbar. Die hat es auch schon gegeben.

Die Nagelprobe besteht in der Tat – sonst bedürfte es nicht einer besonderen Anstrengung, um dieses Abkommen hervorzuheben – in der Entwicklungsplanung, die Sie zu Recht genannt haben, in der Flächenplanung und in der Gebietsentwicklungsplanung insgesamt bis hin zu Fragen gemeinsamer Industrie- und Gewerbegebiete. Wir wissen nämlich – das ist eine Erfahrung, die Frau Kollegin Kraft und ich gemacht haben –, dass wir dort teilweise Gesetzesänderungen brauchen. Das reicht bis zu Verfassungsänderungen. Dann kommen wir an die Grenze des Vertrags, der abgeschlossen worden ist.

Ein anderer Punkt ist – das wurde in der Debatte vorhin auch gesagt –: Ich glaube – gar nicht im Sinne eines Vorwerfens –, dass wir uns gemeinsam zwei oder drei Projekte herausgreifen sollten, die wir als Messlatte nehmen. Dazu gehört beispielsweise auch so etwas wie der „Eiserne Rhein“.

Herr Kollege Brockes, jenseits von Schuldzuweisungen – wo das gerade hakt, wer die bessere Variante für die Trasse hat –: Es wäre wirklich ein Zeichen, wenn es uns gelingen würde, dort etwas Vernünftiges auf den Weg zu bringen.

Das sind also die drei Punkte, die wir hier noch einmal deutlich machen wollten.

Ich glaube, in der praktischen Zusammenarbeit gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, und dem Vorschlag von Herrn Kollegen Töns, das, was auf der Regierungsebene stattgefunden hat, durch parlamentarische Zusammenkünfte zu erweitern, hat keiner widersprochen. Ich habe das jedenfalls nicht gehört. Das ist sicherlich ein Anliegen, das wir weiter vertiefen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. – Wenn ich das richtig sehe, haben wir keine weiteren Wortmeldungen. – Das ist so.

Dann schließe ich die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses **Antrages Drucksache 14/8089** an den **Hauptausschuss**. Dort wird in öffentlicher Sitzung die abschließende Abstimmung darüber erfolgen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich die Gelegen-

heit nutzen, dass wir uns gemeinsam von unserem langjährigen Kollegen Abgeordneten, ehemals Minister, Harald Schartau, der mit Ende des Jahres aus seinem Mandat ausscheiden wird, um in der Wirtschaft eine wichtige Aufgabe zu übernehmen, verabschieden und uns bei ihm sehr herzlich für die Mitarbeit in diesem Hohen Hause bedanken.

Lieber Harald, alles Gute für dich, herzlichen Dank und eine gute Arbeit demnächst in einem anderen Bundesland, aber für die Interessen der Arbeitnehmer!

(Lebhafter allgemeiner Beifall – Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

– Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich darf wieder in die Tagesordnung eintreten und rufe auf:

## **6 Politische Partizipation von Migranten verbessern – Änderungen der Gemeindeordnung rechtzeitig vor der Kommunalwahl durchführen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/8087

In Verbindung mit:

### **Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene verbessern – Landesregierung muss endlich ihre Hausaufgaben machen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8085

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Altenkamp das Wort. Bitte schön.

**Britta Altenkamp** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind heute am internationalen Tag der Migranten mit einem Thema beschäftigt, das für viele Menschen mit Migrationshintergrund und -geschichte, aber auch für diejenigen, die unmittelbar eingewandert sind, sehr wichtig ist, nämlich mit der Frage der Partizipation am kommunalpolitischen Leben.

Diese Fragestellung ist vor allem für die Menschen, die nicht über ein kommunales Wahlrecht verfügen, von außerordentlicher Bedeutung. Denn es geht um die einzige Möglichkeit für solche Menschen, überhaupt an der Kommunalpolitik aktiv und selbstbestimmt teilzunehmen.

Es geht aber auch um das Einlösen eines Versprechens aus der letzten Legislaturperiode. Denn auch

da haben wir sehr intensiv über die Fragestellung diskutiert, wie wir den Stellenwert des Gremiums Ausländerbeirat verbessern können und zweitens die direkte Wahl von Migrantenvertretern in ein solches Gremium durch Migrantinnen und Migranten auch sicherstellen können.

Damals wurde der Weg über die Experimentierklausel gewählt. Es wurde die Möglichkeit eingeräumt, wenn es kommunalpolitisch mehrheitlich gewünscht ist, entweder einen ordentlichen Ratsausschuss zu bilden oder ein Gremium daneben zu stellen, das direkt durch Migrantinnen und Migranten gewählt ist oder einen paritätisch besetzten Ausschuss zu bilden.

Wir haben damals versprochen, dass, wenn es sich nach den ersten Erfahrungen zeigt, dass ein paritätisch besetzter Ausschuss tatsächlich ein geeignetes Mittel und der richtige Weg ist, Migrantinnen und Migranten, die nicht über ein Wahlrecht verfügen, aktiv an der Kommunalpolitik und auch an der Integrationspolitik zu beteiligen, wir dann ein solches paritätisch besetztes Gremium verbindlich in die Gemeindeordnung aufnehmen wollen. Genau an diesem Punkt stehen wir heute.

Anfang des Jahres gab es eine umfangreiche Änderung der Gemeindeordnung in vielen Punkten, aber zu diesem Teil, nämlich der Frage, wie die Beteiligung und Partizipation von Migranten kommunalpolitisch sichergestellt werden kann und wie die Erfahrungen gesehen werden, die in den unterschiedlichen Gremien gesammelt wurden, wurde uns damals signalisiert: Wir nehmen das jetzt nicht auf, es laufen aber noch Gespräche. Es geht um kompliziertere Rechtsfragen. Aber wir werden dieses Thema auf jeden Fall angehen.

Deshalb haben wir als Opposition damals, auch um der Sache nicht zu schaden, sondern die Gespräche konstruktiv weiterzuführen, still gehalten. Minister Laschet hat sich dann mehrmals auf Versammlungen der LAGA und in Gesprächen, an denen die Landesarbeitsgemeinschaft für kommunale Migrantenvertretung anwesend war – da ging es vielfach um das kommunale Wahlrecht generell –, immer dahin geäußert, dass er sich persönlich dafür einsetzen werde, dass es zu einer Änderung der Gemeindeordnung und damit zu einer verbindlichen Regelung für paritätisch besetzte Gremien kommen würde.

Passiert ist aber konkret bis heute nichts. Stattdessen ist, egal wie die Gremien gestaltet sind, mit dem Vorziehen des Kommunalwahltermins auf jeden Fall feststellbar, dass diese Gremien zusätzlich entwertet werden.

(Beifall von der SPD)

Denn eine Kommunalwahl, die so deutlich von diesen Gremien der Migrantinnen und Migranten abgesetzt ist, wird ganz sicher dazu führen, dass die

Gremien von Migrantinnen und Migranten noch schwieriger wahrgenommen werden.

Wir wollen Ihnen heute mit unserem Antrag die Chance geben, Ihr Versprechen einzulösen und dem Versprechen Taten folgen zu lassen. Denn es geht nach unserer Auffassung um Respekt und Anerkennung von Migrantinnen und Migranten,

(Beifall von der SPD)

und es geht um das Ansehen des Integrationsministers. Es ist zu fragen, ob er in der Lage ist, sich in dieser wichtigen Frage der politischen Partizipation von Migranten politisch durchzusetzen. Denn es wird einen Grund haben, warum hier in diesem Haus bis heute erkennbar keine Initiative aus den Regierungsfractionen gekommen ist.

Ich will auch sagen, warum mich das besonders ärgert. Als wir damals den Weg mit der Experimentierklausel, der einen Kompromiss dargestellt hat, gewählt haben, war mir auch nicht unbedingt wohl. Ich hätte lieber gleich die Gemeindeordnung geändert. Aber dass ich mir aus den heutigen Regierungsfractionen den Vorwurf anhören musste, dass uns wohl offensichtlich die Kraft gefehlt hätte, die Gemeindeordnung zu ändern, empfand ich damals schon als starken Tobak, zumal sie sich damals fröhlich enthalten haben.

Darüber hinaus hat es seinerzeit eine Initiative der FDP gegeben, die die damaligen Ausländerbeiräte in die Freiwilligkeit stellte. Es war völlig freiwillig, ob ich überhaupt irgendein Gremium bilde oder ob ich möglicherweise ein paritätisch besetztes Gremium bilde. Ich kann Ihnen nur Folgendes raten: Kommen Sie nicht auf die Idee, jetzt die Gemeindeordnung so zu ändern, dass Sie die Einrichtung solcher Räte zwar zulassen, aber sie nicht verbindlich machen. Das ist dann weniger als das, was wir heute haben.

Es gibt heute mit unserem Antrag die klare Aufforderung und Aufgabenstellung, hier einen Gesetzentwurf vorzulegen. Ich erwarte, dass diese Landesregierung endlich ihren Versprechungen nachkommt. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die Fraktion der Grünen hat jetzt Frau Kollegin Asch das Wort.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von zwei Fraktionen wurde heute ein gleichlautender Antrag gestellt. Das zeigt, dass hier ganz akuter und dringender Handlungsbedarf besteht. Der springt allen Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern und sonstigen thematisch Befassten geradezu ins Auge.

Es gibt Versprechungen der Landesregierung zu diesem Thema, die sie im Ausschuss gegenüber

den Interessenvertretungen, den Migrantenvertretungen, abgegeben hat. Aber die Landesregierung hat bis jetzt geschlafen und ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Das müssen wir in der letzten Sitzung des Plenums in diesem Jahr feststellen. Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um die nächste Kommunalwahl zu erreichen, sind immer noch nicht auf dem Tisch.

Worum geht es? – Nachdem die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein das kommunale Wahlrecht für Nichtdeutsche eingeführt haben, was damals wie heute in vielen europäischen Staaten üblich ist, hat die CDU vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen geklagt. Diese Klage hatte 1990 das Ergebnis, dass man jetzt eine Grundgesetzänderung benötigt, um das kommunale Wahlrecht für dauerhaft hier lebende Ausländerinnen und Ausländer einzuführen. Eine entsprechende Verfassungsänderung wird aber von der CDU abgelehnt.

Dazu muss man wissen, dass Bürgerinnen und Bürger aus anderen EU-Staaten sehr wohl das kommunale Wahlrecht besitzen. Das ist auf Basis einer Richtlinie des Ministerrates von 1994 möglich. Das führt zu einer absolut absurden Situation: Die Österreicher dürfen wählen, die Schweizer nicht, die Schweden dürfen wählen, die Norweger nicht, türkische Zyprioten dürfen wählen, sonstige Türken nicht.

(Minister Armin Laschet: Das ist Europa!)

Wegen dieser Absurditäten, meine Damen und Herren, aber vor allem zur Gewährung der demokratischen Mitwirkungsrechte an die hier bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer auf örtlicher Ebene, fordern wir Grüne nach wie vor das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, die dauerhaft hier leben.

(Beifall von GRÜNEN und Hans-Willi Körfges [SPD])

Hier in Nordrhein-Westfalen müssen wir uns allerdings damit abfinden, dass die CDU in diesem Fall Integration durch mehr politische Partizipation verweigert.

Deshalb hat Nordrhein-Westfalen schon 1993 die sogenannten Ausländerbeiräte eingeführt. Die Erfahrungen mit diesen Ausländerbeiräten haben aber gezeigt, dass sie für ein wirkungsvolles und erfolgreiches Arbeiten eigentlich anders konstruiert sein müssen, als es in der Gemeindeordnung bisher vorgesehen ist.

Deswegen hat die damalige rot-grüne Landesregierung – Frau Altenkamp hat es vorhin bereits ausgeführt – über die Experimentierklausel der Gemeindeordnung andere Modelle zunächst in einzelnen Kommunen erprobt. Es wurde ein evaluiertes Modell in Solingen, in Duisburg, in Bonn durchgeführt und dann das Modell eines Integrationsrates in rund

60 Kommunen erlaubt. Andere Kommunen haben sich für den Integrationsausschuss entschieden.

Beide Modelle verknüpfen formal – das ist der entscheidende Punkt – die Mitglieder des Stadtrates mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Migranten. Das ist beim gegenwärtigen Ausländerbeirat nämlich nicht der Fall. Beide Modelle, der Integrationsrat mit einer Minderheit an Ratsmitgliedern und der Integrationsausschuss mit einer Mehrheit an Ratsmitgliedern, wurden erfolgreich erprobt, meine Damen und Herren.

Deshalb besteht seit 2007 eine große Einigkeit, dass diese bisherigen Ausnahmen künftig die Ausländerbeiräte ablösen sollen. Bei der Novellierung der Gemeindeordnung 2006 hat man den Punkt bewusst ausgespart, um das Gesetzesvorhaben 2008 abzuschließen.

Doch heute, meine Damen und Herren, ist – wie gesagt – der letzte Plenartag 2008 und es gibt noch nicht einmal den versprochenen Gesetzesentwurf. Er war von Minister Wolf und Minister Laschet für Anfang des Jahres zugesagt. Dann wurde er auf die Zeit nach den Sommerferien verschoben. Jetzt, im Dezember, ist er immer noch nicht da.

Sie haben allerdings in diesem Zeitraum ein vollkommen neues Kommunalwahlgesetz durchgepeitscht. Aber wenn es um den Teil der Bevölkerung geht, der bei den allgemeinen Wahlen ansonsten nicht wahlberechtigt ist, lassen Sie sich Zeit und halten Ihre eigenen Zusagen nicht ein.

Dabei gibt es ja den Gesetzesentwurf. Wir wissen das. Der Innenminister hat einen solchen Gesetzesentwurf im Sommer geschrieben. Aber die Minister Wolf und Laschet können sich über den Inhalt nicht einigen. Da das Thema offenbar bei beiden nicht die nötige Priorität hat, stehen wir heute hier, ohne dass ein Gesetzesentwurf auf dem Tisch liegt.

Meine Damen und Herren, inhaltlich brauchen wir eine möglichst weite formale Gleichstellung der Integrationsratswahlen mit den Kommunalwahlen, weil wir wollen, dass Wahlen erster und zweiter Klasse vermieden werden. Viele Kommunen haben das bereits 2004 gemacht und haben einen identischen Wahltermin eingeräumt und haben auch die Möglichkeit der Briefwahl gegeben. Das waren die Kommunen Wesel, Wetter, Moers und Niederkassel.

Wir als Grüne meinen, dass letztendlich größere Städte eine gewisse Gestaltungsfreiheit brauchen, was die neue Ausgestaltung des Gremiums angeht. Ob das nun ein Beirat oder ein Ausschuss sein soll, das können, so meinen wir, die Akteure vor Ort sehr viel besser entscheiden als wir. Das heißt, wir wollen das offenlassen und meinen, dass in dieser Frage, Herr Minister Laschet, wohl eher der Auffassung des Innenministers zu folgen ist, wie das im Gesetzesentwurf des Innenministeriums auch vorgesehen ist.

Sie beide sollten aber endlich diesen Gesetzesentwurf in den Landtag einbringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Halten Sie Ihr Versprechen, das Sie den Migrantinnen und Migranten gegeben haben! Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben! Wachen Sie auf, einigen Sie sich und bringen Sie den Gesetzesentwurf im Januar ein, wie wir es beantragt haben, damit er zur kommenden Kommunalwahl im Jahre 2009 wirksam werden kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Solf.

**Michael Solf (CDU):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Beide Anträge, die eben von den von mir sehr geschätzten Kolleginnen Altenkamp und Asch vorgetragen worden sind, habe ich fast schon erwartet. Ich sehe auch vieles in den beiden Anträgen mit Sympathie, stehen in ihnen doch etliche Elemente, die genauso oder wenigstens in ähnlicher Form im Aktionsplan „Integration“ unserer Landesregierung enthalten sind.

Die Unruhe, die Sie treibt, habe ich auch. In der Tat müssen rechtzeitig vor den Kommunalwahlen die notwendigen Weichen gestellt werden, weil sonst all die von unseren Kommunen als positiv und zielführend beurteilten Ausnahmeregelungen des bisherigen § 27 GO wieder wegfallen würden. Insofern teile ich Ihre Unruhe. Der Unterschied zwischen Ihnen und mir ist jedoch: Ich vertraue auf die Aussagen unseres Innenministers Dr. Ingo Wolf und unseres Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Palmén und glaube ihnen, wenn sie sagen, die Ressortabstimmungen werden im Januar abgeschlossen sein.

(Britta Altenkamp [SPD]: Es hat sich schon jemand tot gewartet!)

Sie jedoch, liebe Kolleginnen Altenkamp und Asch, sind glaubensschwach.

(Zurufe von der SPD)

Vielleicht hilft es Ihnen weiter, wenn Sie sich die Umkehr jenes zweifelnden Heiligen zum Vorbild nehmen, dessen Namenstag wir am Sonntag feiern werden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Am 21. Dezember ist Santa Lucia!)

– Das habe ich doch geschickt gemacht. – Wie sieht nun die Sachlage im Einzelnen aus? – In der Einbringung und den Beratungen zum GO-Reformgesetz – es stimmt alles, was Sie, Frau Kollegin, dazu gesagt haben – war festgehalten worden: Das Zusammenwirken der Ausländerbeiräte mit dem

jeweiligen Rat und seinen Ausschüssen ist noch nicht hinreichend entwickelt. – Weiter hieß es – das ist im SPD-Antrag zitiert –:

Trotz der erkannten Schwächen im Zusammenwirken von Ausländerbeirat, dem Rat und den Ausschüssen bleibt der § 27 GO im Rahmen dieses Gesetzesvorhabens unverändert. Der Grund liegt darin, dass noch keine Ergebnisse zu den vom Innenministerium genehmigten Abweichungen zu § 27 GO NRW ... vorliegen. Nach Auswertung dieser Ergebnisse ... sollen Lösungen zur Entwicklung des § 27 GO NRW erarbeitet werden.

Schon in unserem Koalitionsvertrag war festgeschrieben worden – ich zitiere –:

Wir wollen die Integrations- und Migrationsarbeit verstärken. Es wird geprüft, ob die Ausländerbeiräte in den Städten und Gemeinden Integrations- und Migrationsausschüsse werden können.

Weil also die Ausländerbeiräte noch nicht in der wünschenswerten Intensität in die Beratungsfolge des Rates und seiner Ausschüsse eingebunden sind, haben 60 Gemeinden den Antrag gestellt, auf der Grundlage eines Modellversuchs von § 27 abweichen zu dürfen. Alle Anträge wurden genehmigt. Es hat dann eine ausführliche Auswertung der in diesen Kommunen gemachten Erfahrungen gegeben.

Egal, wo man in die Kommunen hineinhorcht, egal, wo man sich ungeschminkt Erfahrungsberichte hat geben lassen, überall wurden mit diesem Experiment gute bis sehr gute Erfahrungen gemacht. Die bisherigen Schwächen des Instituts Ausländerbeirat sind also in der Praxis des Modellversuchs beseitigt worden.

Nun müssen wir zu einem Normalfall kommen, der sowohl von den noch weiter zu integrierenden Menschen als auch von der aufnehmenden Bevölkerung akzeptiert und schließlich auch aktiv gelebt werden soll.

Die Umsetzung dieser positiven Erfahrungen der Modellkommunen in einen ausformulierten Gesetzesentwurf soll also sehr bald – ich nehme an, schon im Januar – abgeschlossen sein. Darauf vertraue ich.

Heute kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen, schon die Überlegungen der Arbeitskreise meiner Fraktion zu wesentlichen Punkten mitteilen.

Zentraler Kernpunkt ist für mich die Botschaft nach draußen, und zwar sowohl an die Kommunen – wir nehmen eure Erfahrungen ernst, ihr wisst vor Ort am besten, welche Wege zum Ziel führen – als auch an die bereits bestehenden Ausschüsse bzw. Beiräte – wir wollen eure verdienstvolle Arbeit aufwerten, wir wollen sie noch besser in die Ratsarbeit einbinden, wir wollen also die Stärkung eurer Beteiligungsrechte.

Von daher empfehlen wir: Lassen wir, anders als es die SPD in ihrem Antrag tut – die Grünen hingegen sehen es ähnlich wie wir –, die neuen Gemeinderäte selbst entscheiden, ob sie einen Integrationsausschuss – im Sinne eines sondergesetzlichen Ausschusses ähnlich dem Jugendhilfeausschuss – oder einen Integrationsrat – in dem natürlich auch vom Rat bestellte Ratsmitglieder vertreten sind – für sinnvoller, zielführender für die örtliche Situation halten.

Wenn ich aber die neuen Räte entscheiden lassen will, kann das neue Institut nicht bereits am selben Tag wie der Rat selbst gewählt werden, sondern erst, wie bisher, einige Wochen später, wobei die Wahl – ich bitte darum – den allgemeinen Wahlvorschriften anzunähern ist. Sicherlich gibt es auch seriöse Gesichtspunkte, die für einen einheitlichen Wahltermin mit den Kommunalwahlen sprechen, wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, es vorschlagen. Aber der Entscheidungsspielraum für die Kommunen ist uns noch wichtiger.

Nun komme ich auf das Wahlrecht für eingebürgerte Migrantinnen und Migranten zu sprechen, das im Antrag der SPD nicht angesprochen wird, wohl aber in dem Antrag der Grünen. Natürlich habe ich Respekt vor denen, die sagen, wer eingebürgert ist, wer also als allochthon Geborener jetzt ein deutscher Staatsbürger oder eine deutsche Staatsbürgerin ist, der bzw. die hat dieselben Rechte und dieselben Pflichten wie jeder autochthon Geborene,

(Beifall von der FDP)

aber eben auch keine Sonderrechte, weder in einem verengenden Sinne noch in einem erweiternden Sinne, also auch nicht ein Wahlrecht für irgendwelche Sondergremien.

Es gibt neben dieser – ich sage einmal – staatstheoretischen Wahrheitsebene jedoch auch andere berechnete Überlegungen, die das aktive Wahlrecht auf die Deutschen mit einer Zuwanderungsgeschichte erweitern, also auf diejenigen Deutschen, die zusätzlich noch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen oder besessen haben. Es macht für mich Sinn, wenn den Menschen, die selbst im Ausland geboren sind oder deren Eltern im Ausland geboren sind – also insbesondere Spätaussiedler –, die Möglichkeit gewährt wird, diejenigen zu wählen, die in der besonderen Form des Integrationsgremiums in den Beratungsprozess des Rates eingebunden sind.

Ein zweites Argument: Viele der Eingebürgerten haben zwar den deutschen Pass, aber eben noch eine mehr oder weniger lange Wegstrecke bis zu dem erwünschten Grad von Integration zu gehen. Sie sollen – so meine ich – wenigstens ihre Interessen und ihre Sorgen in das zu wählende Gremium einbringen dürfen, und zwar so, wie es zur Zufriedenheit aller beteiligten Kommunen und der LAGA

und ohne jegliche Kritik bei der Auswertung der Erfahrungsberichte geschehen ist.

Alle Kommunen haben gute Erfahrungen mit Erweiterungen des aktiven Wahlrechtes gemacht. Deshalb gab es den Vorschlag, diesen Wahlberechtigten die Möglichkeit zu geben, sich zuvor in ein Wahlverzeichnis eintragen zu lassen, sodass es ein praktikables, ein handhabbares Verfahren gäbe. In diesem Sinne hoffe ich auf einen zügigen Abschluss der Ressortabstimmungen.

Zum Schluss werde ich – das muss einfach sein, weil die Kollegin Asch, mit der ich in einem anderen Plenum schon einmal darüber geredet habe, wieder die Frage nach dem kommunalen Wahlrecht gestellt hat – noch ganz kurz etwas zu dem kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer ausführen, was Sie eben gefordert haben.

Ein rein formal gegebenes Wahlrecht – das sehen auch sehr viele Migrationsexperten so – fördert die Integration eben noch nicht. Vielmehr soll das Wahlrecht ein Zeichen, ein Symbol für einen positiv verlaufenden Integrationsprozess sein. Es setzt voraus, dass die betreffenden Menschen die für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geltenden Voraussetzungen erfüllen. Die Anstrengungen, die die Landesregierung in dieser Hinsicht unternimmt – an dieser Stelle möchte ich nur an die im Oktober gestellte Einbürgerungskampagne erinnern –, sind vorbildlich.

Ich sage immer: Die Einbürgerung wirkt wie ein Integrationsturbo. Die Nichtgewährung des kommunalen Wahlrechtes bedeutet auch keine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union. Denn deren kommunales Wahlrecht stellt schlicht und einfach eine Umsetzung europäischen Rechtes dar und trägt insbesondere dem Prinzip der Gegenseitigkeit innerhalb der EU Rechnung. – In diesem Sinne danke ich Ihnen fürs Zuhören und wünsche schöne Feiertage.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Für die FDP erhält der Abgeordnete Engel das Wort.

**Horst Engel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um die Mitarbeit der Migranten in der Kommunalpolitik endlich auf eine gesetzliche Basis zu stellen, ist mit dem Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung im Jahre 1994 der Ausländerbeirat geschaffen worden. Es hat sich allerdings schnell erwiesen, dass die Vorschrift Schwächen aufweist. Mangelnde Entscheidungskompetenz, mangelhafte Einbindung in das kommunalverfassungsrechtliche und kommunalpolitische System sowie mangelhafte sächliche Ausstattung sind hierzu die Stichworte.

1997 hatte die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte – LAGA – das Modell des Integrationsausschusses entwickelt. In der letzten Kommunalwahlperiode erprobten die Städte Solingen, Duisburg und Bonn neue Modelle der politischen Partizipation von Migranten. 60 Gemeinden, also fast die Hälfte der Gemeinden, die einen Ausländerbeirat gebildet hatten – das haben wir schon gehört –, haben nach der Kommunalwahl 2004 auf der Grundlage eines vom Innenministerium genehmigten Modellversuchs das Gremium „Ausländerbeirat in anderer Weise“ gebildet oder sind von den Vorgaben des § 27 GO in NRW abgewichen.

Dem Bericht von Januar 2008 über die Erprobung dieser neuen Modelle ist zu entnehmen, dass die meisten Kommunen ein Gremium gebildet hatten, dem sowohl direkt gewählte Migrantenvertreter als auch Ratsmitglieder angehörten. 2007 wurde zunächst von einer Überarbeitung des § 27 GO abgesehen, weil noch keine Erfahrungen vorlagen, Frau Asch. Das hat nichts damit zu tun, dass die Landesregierung da möglicherweise geschlafen hat. Sie hat nicht geschlafen. Es gilt: evaluieren, bewerten und dann mit Vorschlägen kommen.

Nach Auswertung der Modellversuche und der Kommunalwahl 2009 soll eine Neuregelung getroffen werden. Diese Neuregelung wird vom Innenminister in Abstimmung mit dem Integrationsministerium, mit den kommunalen Spitzenverbänden und selbstverständlich mit der LAGA erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen spricht von der Wahlmöglichkeit zwischen Integrationsrat und Integrationsausschuss, aber auch von gemeinsamen Wahlterminen des Integrationsgremiums und der Kommunalwahl. Letzteres wollen wir nicht. Der neue Rat soll vor Ort darüber entscheiden – so, wie Herr Solf es hier dargestellt hat –, wie eine Zusammenarbeit mit den Migranten erfolgen soll. Das heißt: getrennte Wahltermine wie bisher. Das hat übrigens auch nichts damit zu tun, dass das Gremium abgewertet werden soll, Frau Kollegin Altenkamp. Ein Wahlrecht für eingebürgerte Migranten kann entfallen. Sie genießen das aktive und passive Wahlrecht. Das ist so. Zusätzliche Integrationsmaßnahmen sind nicht mehr erforderlich.

Ich erlaube mir, heute eine Anleihe bei Thomas Kufen, unserem Integrationsbeauftragten, zu machen. Er wird heute in einer Agenturmeldung von ddp, 11:33 Uhr, zitiert, der ich mich vollinhaltlich anschließe. Der Satz lautet kurz und knapp: „Kufen fordert mehr Dialog mit Ausländern.“ – Darum geht es. Es geht um den Dialog, der vor Ort gelebt wird. Es geht nicht so sehr um institutionelle Dialoge über Gremien.

Im SPD-Antrag fehlt die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Gremienarten und auch, dass der Integrationsrat zu zwei Dritteln aus gewählten Migrantenvertretern und zu einem Drittel aus Ratsmitgliedern be-

stehen und dem Vorsitzenden oder Stellvertreter Rederecht im Rat eingeräumt werden soll. Wir meinen: Das schießt über das Ziel hinaus.

(Britta Altenkamp [SPD]: Da waren Sie in der letzten Legislaturperiode anderer Meinung!)

Wir kennen einen Ausschuss, der speziell als Pflichtausschuss in der GO auch so genannt wird. Das ist der Hauptausschuss. Da sollten wir alles unterlassen, was möglicherweise in die Nähe kommt, als gleiche Augenhöhe im Hauptausschuss oder sogar darüber verstanden zu werden.

Deshalb – kurz und knapp – können wir den beiden Anträgen nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Engel. – Jetzt hat der Innenminister, Herr Dr. Wolf, das Wort. Bitte schön.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegen Engel und Solf haben schon die Historie aufgearbeitet und sowohl den Koalitionsvertrag als auch das Thema GO-Reformgesetz angesprochen. Ich muss mich schon sehr wundern, wenn uns hier Vertreter von Rot und Grün in irgendeiner Weise treiben zu wollen versuchen.

Ich erinnere daran, dass Sie in der letzten Periode zweieinhalb Jahre den Reformkommissionsbericht trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht umgesetzt haben. Wir liegen nach wie vor im Zeitplan. Von daher gibt es auch gar keinen Grund zur Unruhe.

Das, was wir von Ihnen geerbt haben, diese Geschichte mit der Experimentierklausel, wird ordnungsgemäß abgearbeitet. Das heißt, es wird evaluiert. Sie hätten das ja damals auch schon regeln können. Es hat an Ihnen gelegen, dass Sie damals nicht die entsprechenden Vorschriften umgesetzt haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: An Ihnen auch!)

– Sie hatten, glaube ich, damals die Mehrheit, wenn ich mich recht entsinne.

Das heißt, wir haben diese Auswertung vorgenommen und uns dann auch angeschaut, wie die unterschiedlichen Ausprägungen der Möglichkeiten zur Integration auf kommunaler Ebene angekommen sind. Wir sind nach wie vor fest entschlossen und auch intensiv daran, diese Lösung zu erarbeiten, um das in eine gesetzgeberische Fassung umzusetzen. Wir lassen uns da in unserem festen Willen, § 27 GO fortzuentwickeln, von den Oppositionsfraktionen nicht übertreffen.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

Sie wissen, dass die erweiterte Zusammensetzung der Gremien durchaus positiv bewertet worden ist. Das heißt das, was letztendlich ja auch Sinn ist, nämlich dass die Interessen der Ausländer und der Migranten und der entsprechenden Ratsmitglieder ein Stück weit gebündelt werden, was sowohl in Form des Integrationsrates als auch in Form des Integrationsausschusses möglich ist.

Wir haben auch erfahren, dass es in den Kommunen ein großes Interesse daran gibt, die Dinge auch ein bisschen alternativ entscheiden zu können. Das bedeutet letztendlich Organisationsfreiheit, eine Freiheit, die unsere Gemeindeordnung ja auch an anderer Stelle auszeichnet. Wir haben an vielen Stellen in der Gemeindeordnung Optionen vorgesehen. Die Kommunen sollen es entscheiden. Ich finde, dass es auch an der Stelle richtig ist, das so zu tun.

Die Möglichkeit, über die Form und damit auch über die Anzahl der hinzutretenden Ratsmitglieder zu entscheiden, sollte jedenfalls aus unserer Sicht in einer neuen Vorschrift § 27 GO eröffnet werden.

Die Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen. Dies wird zeitnah geschehen. Insofern sind die Anträge aus unserer Sicht überflüssig.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Der SPD-Abgeordnete Körfges hat sich noch gemeldet. Bitte schön.

**Hans-Willi Körfges<sup>\*)</sup>** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Innenminister hat durch seine Wortmeldung in einmalig deutlicher Art und Weise klar gemacht, wie notwendig die Anträge der SPD und der Grünen in der Angelegenheit sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn man – es ist schon fast peinlich, dass sich Herr Laschet bis jetzt nicht geäußert hat – all das einmal nachliest, was der Herr Integrationsminister in zahlreichen schönen Reden bei der Landesarbeitsgemeinschaft, bei Integrationsräten landauf, landab auch innerhalb der letzten Wochen und Monate noch versprochen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt das, was Sie jetzt hier ankündigen, sicherlich einem mittleren Offenbarungseid gleich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir wären uns an der Stelle – dann wäre ich auch sehr viel entspannter, lieber Kollege Solf – sehr leicht einig, wenn diejenigen, die hier für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten sind, unabhängig von Koalitionszwängen abstimmen könnten. Dann könnten wir in die gesamte Diskussion ein wenig mehr Entspannung bringen.

Aber wenn es darum geht, echte Partizipation zu ermöglichen, die nach übereinstimmender Bekundung auch gerade hier im Plenum wieder Voraussetzung für Integration ist, meine Damen und Herren, dann kann man die grundsätzlichen Regelungen eben nicht der Willkür und Beliebigkeit der örtlichen Verhältnisse überlassen. Dann muss man dem Ganzen auch in einem Landesgesetz ein Korsett anziehen. Wer das nicht will und sich dazu nicht bekennt, der nimmt es an der Stelle mit Partizipation nicht ernst.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Zuspitzung des Problems ist durch den Integrationsminister zu Recht erfolgt. Man muss sich nur fragen: Welche Rolle spielen Sie, Herr Laschet, denn bitte in dieser Regierung? Laufen Sie als Feigenblatt für schöne Worte und schöne Gedanken durch die Gegend, während der Herr Innenminister Sie dann bei passender Gelegenheit zurückholt? Oder aber befindet sich die ganze Angelegenheit in der Tat noch in der Klärung? Denn ich glaube, es ist überhaupt noch nicht klar, wie Sie vorgehen wollen, ob Sie uns zum Beispiel einen eigenen Gesetzentwurf ausschließlich zu der Frage Änderung der GO präsentieren oder ob Sie nicht die Sache an einen anderen Gesetzentwurf einfach hinten dranhängen. Man hört das eine oder andere, meine Damen und Herren. Das wäre bezeichnend für Ihr Vorgehen in der Angelegenheit.

Ich darf, weil ich die Sache heute noch nicht endgültig für gescheitert und beendet erklären will, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ankündigen. Wir haben unser Vorgehen wohlweislich gewählt. Wir werden die Wortbeiträge der verehrten Rednerinnen und Redner der Koalition und des Herrn Ministers Wolf allen betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zur Verfügung stellen

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und einmal gucken, was die dann zu dem sagen, was Sie vorher angekündigt haben. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Wir werden es uns natürlich nicht nehmen lassen, all das, was bis dato einheitlich zwischen allen Fraktionen in diesem Haus tatsächlich Stand der Dinge war, in einem eigenen Gesetzentwurf, gegebenenfalls auch mit den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, vorzulegen.

Eines geht nicht: Wir lassen Sie hier nicht im Hinblick auf die Autonomie der Räte – natürlich achten wir auch die Autonomie der gewählten Stadträte hoch – über den Wahltermin 2009 hin entkommen und Sie nachher eine Regelung treffen, die Willkür und Beliebigkeit in dieser Frage Tür und Tor öffnet.

Meine Damen und Herren, ich werte das unabhängig vom Abstimmungsverhalten in der Frage jetzt als ersten Aufschlag in der Angelegenheit. Wir wer-

den uns zu dem Thema wieder sprechen. Verehrter Herr Minister Laschet, dann werden Sie erklären müssen, ob Sie tatsächlich für das stehen, was Sie Tausenden von Migrantinnen und Migranten in unserem Land versprochen haben, oder ob Sie ein Ankündigungsminister entsprechend der Parole „versprochen – gebrochen“ bleiben wie viele andere in Ihrem Kabinett. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Das ist auch nicht nötig, Herr Lindner; denn inzwischen ist es Ihren Parlamentarischen Geschäftsführern gelungen, die Mehrheitsverhältnisse wieder klarzustellen.

(Zurufe)

– Eben hatte die Opposition eindeutig eine Mehrheit. Herr Lindner hatte sich zunächst gemeldet, seine Rede dann zurückgezogen und sich erneut gemeldet. Das brauchen wir nun nicht mehr.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst ab über den **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8087**. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer für den Antrag der Fraktion der SPD ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltung? – Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8085** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

## 7 Fragestunde

Drucksache 14/8136

Hierzu liegt die

### **Dringliche Anfrage 270**

des Abgeordneten Jäger von der Fraktion der SPD vor:

*Trifft es zu, dass Mitglieder der Landesregierung auf die Entscheidung der Staatsanwaltschaft in Bochum Einfluss genommen haben, an welche Begünstigten Geldbußen weitergeleitet werden?*

Ich bitte Frau Ministerin Müller-Piepenkötter um Beantwortung. Bitte schön, Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Frage des Abgeordneten Jäger kann ich kurz mit Nein beantworten.

Bezug genommen wird auf einen Vermerk, demzufolge Staatsanwältin Lichtinghagen möglicherweise auf Vorschlag hochrangiger Politiker Geld habe auszahlen lassen. Dieser Vermerk ist mir im Rahmen der Berichterstattung durch den Leitenden Oberstaatsanwalt in Bochum am 15. Dezember 2008 vorgelegt worden. Es handelt sich hierbei um eine der Handakte der Staatsanwaltschaft Bochum entnommene maschinenschriftliche Aufstellung des Vorschlags an das entscheidende Gericht, wie ein Gesamtbetrag einer Bewährungsaufgabe in Höhe von 7,5 Millionen € aufzuteilen sei. Insgesamt sollten demnach unterschiedlich hohe Beträge an 20 verschiedene Institutionen gehen.

Dieser Vermerk trägt neben den einzelnen Institutionen handschriftlich ergänzte Namen. Zu diesen gehören auch Mitglieder der Landesregierung.

Der Ministerpräsident wird an einer Stelle durch die Wörter „MP Rüttgers“ neben dem Vorschlag erwähnt, 1 Million € dem Bundesverband Deutsche Tafel e. V., Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, mit Sitz in Aachen zuzuweisen.

Der Name von Minister Prof. Pinkwart steht neben folgenden vorgeschlagenen Zuweisungen:

- 200.000 € an die Rechtswissenschaftliche Fakultät, Projekt „Entstehung der Strafprozessordnung und der Strafgerichtsverfassung“,
- 750.000 € an das Institut für Corporate Governance, Leadership, Ethik und Kultur der Universität Witten-Herdecke,
- 900.000 € an das Projekt „Exzellente Lehre“ der Medizinischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum.

Neben letztgenanntem Vorschlag steht unter dem Namen von Prof. Pinkwart auch der Name Laumann.

Außerdem sind sechs weitere Personen bei anderen Beträgen genannt, darunter die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen und Bundesministerin Ulla Schmidt.

Zu Ihrer Frage der Einflussnahme: Ministerpräsident Rüttgers und Minister Laumann haben mit Staatsanwältin Lichtinghagen nie gesprochen. Sie kennen sie nicht und haben auch keinen Einfluss auf die Vergabe von Geldzuweisungen genommen. Das hat Frau Staatsanwältin Lichtinghagen am Dienstag in einem Gespräch gegenüber Mitarbeitern meines Hauses bestätigt.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Technologie hat zu dieser Frage gegenüber der Presse Folgendes erklärt: Frau Lichtinghagen war im Juni zu einem Gespräch bei Staatssekretär

Dr. Stückradt im Innovationsministerium. Dabei ging es um Vorschläge für die Verwendung von Bußgeldern aus Verfahren der Staatsanwaltschaft für gemeinnützige Einrichtungen aus dem Bereich von Wissenschaft und Forschung. An dem Gespräch hat kurzzeitig auch Minister Pinkwart teilgenommen.

Das Ministerium hat Frau Lichtinghagen eine Reihe von gemeinnützigen Einrichtungen wie beispielsweise den Studienfonds OWL oder die Stiftung „Qualität in Studium und Lehre“ an der FH Münster benannt, die im Rahmen der unabhängigen Entscheidung der Justiz aus Sicht des Ministeriums bei der Verwendung von Bußgeldern in Betracht kommen könnten. Frau Lichtinghagen hat ihrerseits die Private Universität Witten/Herdecke gGmbH angesprochen. Sie verband dies mit dem Hinweis, dass ihre Tochter dort studiere und sie eine Entscheidung zugunsten der Universität mit Vorgesetzten abstimmen wolle.

Das ist zu dieser Frage zu sagen.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen verschiedene Zusatzfragen vor. Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abgeordnete Sichau von der SPD-Fraktion.

**Frank Sichau (SPD):** Frau Justizministerin, in Teilen der Öffentlichkeit herrscht der Eindruck vor, bei dem Wechsel von Frau Staatsanwältin Lichtinghagen handele es sich um eine politisch motivierte Entscheidung, die auch politisch in der Landesregierung gefällt worden sein kann. Es wird davon gesprochen, der Ministerpräsident habe ganz persönlich Ihnen, Frau Justizministerin, „den Gehörgang erweitert“,

(Zuruf von der FDP: Frage!)

wohl um Ihre politische Wahrnehmungsfähigkeit zu erhöhen.

(Zurufe von der FDP: Frage!)

– Jetzt kommt die Frage; man muss erst einmal den Hintergrund darstellen.

Wie ist die Entscheidung aus Ihrer Sicht zustande gekommen?

(Zurufe)

Welche Kontakte hat es während des Entscheidungsprozesses zwischen dem Justizministerium und der Staatskanzlei gegeben oder sogar zwischen Ihnen und dem Ministerpräsidenten persönlich?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Liebe Kollegen, ich muss noch einmal auf die Richtlinien für die Fragestunde aufmerksam machen. In der Anlage 1 zur Geschäftsordnung ist unter Punkt 8 Folgendes festgelegt – und ich bitte alle, die jetzt Zusatzfragen

stellen, sich an die Richtlinien zu halten, die Sie sich selbst zu Beginn dieser Wahlperiode gegeben haben –:

Diese müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen

(Zurufe von CDU und FDP: Aha!)

und dürfen jeweils nur eine einzelne, nicht unterteilte Frage enthalten.

(Beifall von der CDU)

Ich bitte alle, sich daran zu halten; denn Sie haben sich diese Richtlinien selber gegeben, nicht der Präsident oder das Präsidium.

Frau Ministerin, ich bitte Sie um Beantwortung.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Herr Präsident! Dieser Eindruck, so er denn in der Öffentlichkeit vorherrschen sollte, was ich im Übrigen bezweifle, ist falsch. Es hat keine politisch motivierte Entscheidung gegeben. Der Ministerpräsident hat sich nicht eingeschaltet.

Was das Zitat angeht, spricht es schon für sich. Dieser Sprachgebrauch mag in der hessischen SPD üblich sein,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was soll das denn?)

in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen ganz gewiss nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Zum Ablauf, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist: Wir haben uns seit voriger Woche mit dieser Frage befasst. Wir haben im Hause unter meiner Leitung den Sachverhalt, soweit das in der Kürze der Zeit möglich war, jeweils aufgeklärt, und zwar zunächst am Donnerstag und Freitag.

Ich habe nach Beratung durch meine Mitarbeiter, das heißt durch Herrn Staatssekretär Söffing und die zuständigen Abteilungsleiter, am Freitag eine vorläufige Maßnahme angekündigt, wie es nach dem Stand von Freitag möglich war.

Ich habe gleichzeitig – um auch da vorzubeugen, was Nachlegen angeht – mündlich den Leitenden Oberstaatsanwalt und den Generalstaatsanwalt aufgefordert, mir bis Dienstagmorgen, 10 Uhr, einen schriftlichen Bericht vorzulegen. Dieser Bericht ging am Montagabend ein.

Der Dienstag wurde genutzt, um das Ergebnis des Berichts einerseits mit dem Generalstaatsanwalt und dem Leitenden Oberstaatsanwalt und andererseits mit Frau Staatsanwältin Lichtinghagen zu erörtern, die von einem Rechtsanwalt begleitet wurde. Die Gespräche wurden von meinem Staatssekretär und der zuständigen Abteilungsleiterin geführt. Ich

wurde fortlaufend über den Gang der Gespräche informiert.

Am Dienstagnachmittag in der Kabinettsitzung habe ich über den zu der Zeit bestehenden Stand berichtet, wie sich das aus meiner Sicht gehört. Dieser Bericht ist in der Kabinettsitzung entgegengenommen worden. Es hat keinerlei Einfluss darauf, wie die Gespräche weiterzuführen sind oder welche Entscheidung zu treffen ist, gegeben.

Ich bin dann zurückgekehrt ins Justizministerium. Wir haben den weiteren Gang der Gespräche erörtert. Am späten Nachmittag hat Frau Staatsanwältin Lichtinghagen von sich aus – für uns sogar etwas überraschend – den Vorschlag gemacht, ganz aus der Staatsanwaltschaft auszuschneiden und zu einem Amtsgericht überzutreten.

Wir haben das für eine sinnvolle Maßnahme gehalten. Ich habe entschieden, dass das so gehandhabt wird, wie es dann in der Pressemitteilung vom selben Abend bekannt gegeben worden ist.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Der Abgeordnete Link hat eine Frage.

**Sören Link**<sup>1)</sup> (SPD): Herr Präsident! Frau Ministerin! In der Presse war zu lesen, dass angeblich eine Strafanzeige wegen Begünstigung der Privatuniversität Witten/Herdecke gegen Frau Staatsanwältin Lichtinghagen im Justizministerium eingegangen ist. Meine Frage lautet: Trifft dieser Pressebericht zu?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Nein.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Frau Kollegin Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Frage.

**Monika Düker** (GRÜNE): Frau Ministerin Müller-Piepenkötter, in der Zeitung war zu lesen, dass Sie erst durch die Staatsanwältin Lichtinghagen von den Konflikten in der Staatsanwaltschaft Bochum erfahren haben und dass sie nicht damit einverstanden sei, dass sie versetzt werden solle. Trifft das so zu? Wurden Sie erst zu diesem Zeitpunkt von den Konflikten in der Staatsanwaltschaft informiert? Oder wann war der Zeitpunkt, zu dem Sie erfahren haben, dass es dort Grabenkämpfe, Konflikte und Probleme gab, wie der Zeitung zu entnehmen war?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte, Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Ob es dort Grabenkämpfe und Konflikte – wie immer man das nennt – gibt, ist noch im Einzelnen aufzuklären. Wir haben vor einigen Wochen zum ersten Mal davon gehört, dass es Probleme in der Zusammenarbeit geben könnte. Wir haben den Generalstaatsanwalt aufgefordert, wie es die Organisation vorsieht, sich darum zu kümmern, das aufzuklären. Uns ist berichtet worden, dass es ein klärendes Gespräch mit allen Beteiligten gegeben hat.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank. – Herr Abgeordneter Kutschaty von der SPD-Fraktion hat noch eine Frage.

**Thomas Kutschaty**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Ministerin, welche Erklärung gibt es dafür, dass hinter den einzelnen Projekten die Namen unter anderem des Ministerpräsidenten und des stellvertretenden Ministerpräsidenten stehen?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte, Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Frau Lichtinghagen hat eine Erläuterung dazu gegeben, dass sie für sich notiert habe, wie bedeutsam diese Projekte sind, dass es sinnvolle Projekte seien, dass sie unter der Schirmherrschaft etwa bestimmter Persönlichkeiten stehen.

(Lachen von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Lichtinghagen hat das so erläutert.

Jeder kann wissen, dass der Ministerpräsident den Bundesverband Deutsche Tafel für eine ganz wichtige Einrichtung hält. Er hat noch im Mai dieses Jahres 432 Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte angeschrieben, um sich für diesen Verband einzusetzen.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank. – Frau Kollegin Ruff-Händelkes von der SPD-Fraktion, bitte schön.

(Monika Ruff-Händelkes [SPD] versucht, ihre Frage zu stellen.)

– Sie sind ja schon wieder weg. Jetzt haben Sie sich rausgedrückt. Es tut mir herzlich leid, jetzt sind Sie vom Display verschwunden. Sie müssen sich wieder eindrücken, dann kommen Sie wieder ans Ende der Liste. Wir haben eine so lange Liste, dass ich das jetzt leider nicht ändern kann, weil mein Display einfach aufhört.

Herr Kollege Stotko von der SPD-Fraktion, bitte.

**Thomas Stotko**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Ministerin, ich habe Sie gerade so verstanden, dass es keine Gesprä-

che zwischen dem Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei gegeben hat.

Herr stellvertretender Ministerpräsident Pinkwart, ist die Aussage dahin gehend zu verstehen, dass solche Gespräche außerhalb der Staatskanzlei stattfinden haben können, beispielsweise mit Emissären oder anderen Beschäftigten?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte, Herr Minister Pinkwart.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Justizministerin hat alles dazu Notwendige gesagt. Darüber hinausgehende Vorstellungen dazu kann ich nicht entwickeln.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Die nächste Wortmeldung ist die des Abgeordneten Rimmel von den Grünen.

**Johannes Rimmel**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eine Frage an die sehr verehrte Frau Justizministerin. Der Presse war zumindest sinngemäß zu entnehmen – ob Sie das nun gesagt haben oder ob das Ihrer Pressemitteilung entnommen worden ist –, dass die Dienstvergehen

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wo ist denn die Frage?)

– ich darf das doch erläutern, Herr Kollege? – oder die dienstrechtlichen Fragestellungen von Frau Lichtinghagen nicht so gravierend seien. Was kann man unter „nicht so gravierend“ verstehen? Was ist es denn?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte, Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Das ist wohl nicht meine Formulierung, aber ich versuche, es klarzumachen. Für Staatsanwälte und für Richter ist es bereits problematisch, wenn auch nur der böse Anschein der Parteilichkeit bei der Ausübung des Amtes entstehen könnte. Das gilt nach einer Allgemeinverfügung des Justizministeriums, die seit vielen Jahren besteht, auch für die Zuweisung von Geldauflagen.

Nach meiner derzeitigen Einschätzung ist dieser böse Anschein durch die Zuweisung von Geldauflagen an die Universität Witten-Herdecke durch Frau Lichtinghagen nicht von der Hand zu weisen. So ein böser Anschein oder auch eine fehlende Zusammenarbeitsbereitschaft innerhalb einer Staatsanwaltschaft können dienstrechtlich aber allenfalls zu

einem Vorhalt oder einer Ermahnung Anlass geben und rechtfertigen deshalb auch keine vorläufige Amtsenthebung.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Etwas anderes könnte bei echten Dienstvergehen gelten. So etwas könnte vorliegen, wenn durch die Zuweisung von Geldauflagen ein persönlicher Vorteil bezweckt wird, wenn Kollegen beleidigt oder der Geschäftsvorgang bewusst gestört wird.

Für Letzteres liegen gegenwärtig keine gesicherten Erkenntnisse vor. Der laufenden Prüfung und ihrem Ergebnis möchte ich hier nicht vorgreifen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächster hat sich Herr Dr. Rudolph mit einer Frage gemeldet. Bitte schön.

**Dr. Karsten Rudolph<sup>\*)</sup>** (SPD): Herr Minister Pinkwart, wir haben gerade gehört, es hätte das Gespräch gegeben, in das Sie zufällig hineingeraten sind. Hat es eigentlich nach dem Gespräch Kontakte zwischen Ihrem Ministerium und dem Justizministerium in dieser Angelegenheit oder in vergleichbaren Angelegenheiten gegeben?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, bitte.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Wir hatten weder vorher noch nachher Verbindung zum Justizministerium. Es war der Wunsch gewesen, eine Information aus unserem Haus zu bekommen – angemeldet beim Staatssekretär –, welche Projekte aus unserer Sicht förderungswürdig sein könnten. Die haben wir gegeben, nicht mehr und nicht weniger.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage stellt Herr Kollege Jäger. Bitte schön, Herr Jäger.

**Ralf Jäger<sup>\*)</sup>** (SPD): Nach der relativ dürftigen Erklärung, wie die handschriftlichen Vermerke in der 64-seitigen Handakte zustande gekommen sind, und der Erklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten,

(Dr. Robert Orth [FDP]: Frage! Keine Kommentierung! – Gegenruf von Johannes Remmel [GRÜNE]: Was soll das denn?

dass er keine weiteren Vorstellungen dazu entwickeln konnte, habe ich an die Landesregierung, ...

(Zurufe von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Unqualifizierter Zwischenruf!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Haben Sie an wen eine Frage, Herr Jäger?

**Ralf Jäger<sup>\*)</sup>** (SPD): ... habe ich an die Landesregierung die konkrete Frage: Schließen Sie aus, ...

(Zurufe von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Kann ich um ein bisschen Ruhe bitten, Kolleginnen und Kollegen? Der Kollege kann seine Frage nicht stellen, wenn es im Saal laut ist. – Bitte schön, Herr Jäger.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Darf ich noch einmal um Ruhe bitten? Ich weiß, dass Sie alle sehr nervös sind. Kurz vor Weihnachten ist das so. Aber wir sollten uns auf die Fragen und auf die Antworten konzentrieren. Wir sind alle hier im Raum, um entsprechend unserer Geschäftsordnung vorzugehen. – Herr Jäger, stellen Sie bitte Ihre Frage.

**Ralf Jäger<sup>\*)</sup>** (SPD): Mir ist die Aufregtheit hier im Saal schon klar. Ich fange noch einmal von vorne an.

(Zurufe von CDU und FDP: Nein!)

Nach der dürftigen Erklärung der Ministerin

(Dr. Robert Orth [FDP]: Das ist eine Kommentierung! Sie müssen Fragen stellen! – Zuruf von der CDU: Das ist eine Bewertung!)

über das Zustandekommen der handschriftlichen Vermerke in der 64-seitigen Akte

(Zurufe von CDU und FDP: Frage!)

und der Erläuterung des stellvertretenden Ministerpräsidenten,

(Weitere Zurufe von CDU und FDP: Frage! – Gegenruf von Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist unverschämt!)

dass er weitere Vorstellungen nicht entwickeln kann,

(Hannelore Kraft [SPD]: Können Sie mal für Ruhe sorgen! – Zuruf: Das ist unparlamentarisch!)

habe ich die konkrete Frage an die Landesregierung: ...

(Erneut Zurufe von CDU und FDP)

Herr Präsident, ich kann noch mal von vorne anfangen, wenn es die Seite wünscht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ich weiß das. Ich bitte Sie darum, Herr Jäger, dass Sie jetzt nicht zum

dritten Mal Ihren Vorlauf wiederholen, sondern dass Sie einfach Ihre Frage stellen und wir dann zur Antwort kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ist das in Ordnung?

(Ralf Jäger [SPD]: Ja!)

– Prima. Die anderen werden das auch in Ruhe zur Kenntnis nehmen. Bitte schön.

**Ralf Jäger**<sup>\*)</sup> (SPD): Da bin ich aber mal gespannt. – Ich habe die konkrete Frage an die Landesregierung: Schließen Sie aus, dass Mitarbeiter, Beauftragte oder Emissäre des Ministerpräsidenten Rüttgers und anderer Mitglieder der Landesregierung an Frau Lichtinghagen Wünsche über die Finanzierung einzelner Projekte herangetragen haben?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Die Frage ist an die Landesregierung gestellt. Der stellvertretende Ministerpräsident kann antworten, wenn er will. – Bitte schön, Herr Pinkwart.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Hierzu ist eine Frage an die Minister ergangen. Es gab mit Ausnahme meiner Darlegung, die Sie von der Justizministerin noch mal vorgetragen bekommen haben, die ich selbst auch so auf Nachfragen eines Journalisten, ob wir etwas mit der Liste zu tun hätten, sehr gerne mitgeteilt habe, keine darüber hinausgehenden Erklärungen, dass es solche Verbindungen gegeben habe. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Das ist so abgefragt worden, und deswegen gehe ich davon aus, dass das so zutrifft.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Die zweite und letzte Frage von Frau Kollegin Düker. Bitte.

**Monika Düker** (GRÜNE): Meine Frage bezieht sich noch einmal auf Ihre Entscheidung, Frau Ministerin, die Überprüfung der Vorwürfe, die noch im Raum stehen, der Generalstaatsanwaltschaft Hamm zu übertragen. Macht es nicht mehr Sinn, die Überprüfung an eine andere Generalstaatsanwaltschaft zu geben, die in diesen Fall nicht so sehr verstrickt ist wie die Generalstaatsanwaltschaft Hamm?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Frau Abgeordnete Düker, das Disziplinalgesetz des

Landes enthält genaue Vorschriften darüber. Vorgesetzter der Staatsanwaltschaft Bochum ist der Generalstaatsanwalt in Hamm. Ich habe keinen Anlass dazu, anzunehmen, dass er die Ermittlungen nicht objektiv führen würde. Im Übrigen haben wir verabredet, dass wir sehr engmaschig Berichte darüber erhalten. Wir werden diese Ermittlungen sehr eng begleiten und überprüfen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Prof. Dr. Bollermann hat eine Frage. Bitte schön.

**Prof. Dr. Gerd Bollermann**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Ministerin, Sie haben bei der Erläuterung der Liste den Begriff Schirmherrschaft benutzt. Sie haben allerdings auf die Frage nicht konkret geantwortet. Ich hätte gerne noch einmal eine Erläuterung zu allen handschriftlichen Notizen auf der Liste, wie der Begriff Schirmherrschaft zu verstehen ist und in welche Zusammenhänge einzelne Personen mit den Projekten gebracht werden?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Herr Abgeordneter Bollermann, wir haben diese Liste vorgelegt bekommen und in Anbetracht des Auftauchens von Namen von Mitgliedern der Landesregierung danach gefragt, ob es Einflussnahmen von Mitgliedern der Landesregierung gegeben hat.

Wir haben von Frau Lichtinghagen diese Antwort erhalten. Es ist interessant, dass auch die Bundesgesundheitsministerin laut „Rheinische Post“ von heute Morgen dazu eine ähnliche Aussage getroffen hat, nämlich dass sie ihrerseits keinen Kontakt und keinen Einfluss genommen hat.

Wir haben noch nicht abgefragt, wie und warum jeder einzelne Name auf diese Liste gekommen ist.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Jarzombek hat eine Frage. Bitte schön.

**Thomas Jarzombek** (CDU): Frau Ministerin Müller-Piepenkötter, meine Frage bezieht sich darauf, ob und welche Kontakte es denn von Mitgliedern der Bundesregierung in dieser Angelegenheit gegeben hat.

(Sören Link [SPD]: Gerade geschlafen oder was?)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: In der Liste über die Vorschläge zur Verwendung von Geldauflagen im Rahmen von Strafaussetzungen zur Bewährung in diesen genannten Verfahren ist ein Name eines Mitglieds der Bundesregierung, nämlich der der Bundesgesundheitsministerin Schmidt, erwähnt.

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Danke, Frau Ministerin. – Frau Löhrmann, bitte.

**Sylvia Löhrmann**<sup>1)</sup> (GRÜNE): Ist es richtig, Frau Ministerin, dass der Generalstaatsanwalt von Hamm vormals als Behördenleiter der Bochumer Staatsanwaltschaft gearbeitet hat und mit dem jetzigen Behördenleiter in Bochum befreundet ist? So berichtet es zumindest die „Financial Times Deutschland“ vom 18.12.2008.

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Es ist richtig, dass der Behördenleiter der Generalstaatsanwaltschaft in Hamm vormals in Bochum gearbeitet hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: War er mit ihm befreundet, habe ich gefragt!)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Frau Ruff-Händelkes, bitte schön.

**Monika Ruff-Händelkes** (SPD): Frau Justizministerin, ich würde gerne besser verstehen, was genau passiert ist. Die Einstellung von Strafverfahren gemäß § 153a StPO erfolgt unter anderem gegen Geldzahlung. In Steuerstrafverfahren sind dies gelegentlich Auflagen und damit Zahlungen in beträchtlicher Höhe. Wie sieht die Praxis bei der Aufteilung dieser Summen aus? Ist die Landesregierung daran grundsätzlich beteiligt?

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Zu Letzterem: Nein!

Gemäß § 153a StPO oder im Rahmen von Bewährungsaufgaben gibt es zum einen das Strafgesetzbuch bzw. die Strafprozessordnung, die diese Aufgabe der Zuweisung grundsätzlich nach Eröffnung des Hauptverfahrens dem Gericht mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und vor Eröffnung des Hauptverfahrens der Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des Gerichts übertragen, abgesehen von kleineren Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft

ausnahmsweise auch ohne Zustimmung des Gerichts entscheiden kann.

Die bundesweit geltenden Richtlinien für das Strafverfahren geben Anleitung darüber, woran sich die Staatsanwaltschaft zu orientieren hat. Nach Nr. 93 Abs. 4 dieser Richtlinien soll der Staatsanwalt bei der Erteilung einer Zahlungsaufgabe zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung oder bei der Erklärung der Zustimmung dazu neben spezialpräventiven Erwägungen beachten, dass bei der Auswahl des Zuwendungsempfängers insbesondere Einrichtungen der Opferhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Straffälligen- und Bewährungshilfe, Gesundheits- und Suchthilfe sowie Einrichtungen zur Förderung von Sanktionsalternativen und Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen in angemessenem Umfang berücksichtigt werden.

Die AV des Justizministeriums Nordrhein-Westfalen vom 26. Juni 1985 in der Fassung vom 28. Oktober 2003 trifft unter anderem eine nähere Regelung dahin gehend, dass sich ein Richter/Staatsanwalt bei vorhandenen persönlichen Interessen jeder Amtshandlung – also auch der Zuweisung von Geldauflagen – zu enthalten hat oder auch nur den Anschein zu vermeiden hat, staatliches Handeln könne von privaten Interessen der Amtsinhaber gesteuert sein.

Die Präsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf, die Präsidenten der Oberlandesgerichte Hamm und Köln sowie die Generalstaatsanwälte in Düsseldorf, Hamm und Köln führen gemeinsame Verzeichnisse, in denen gemeinnützige Einrichtungen, die um eine Berücksichtigung bei der Zuweisung nachgesucht haben, eingetragen werden können. Ergänzende Zusatzlisten werden von den Gerichten und Staatsanwaltschaften für Einrichtungen geführt, deren Wirkungskreis den Bereich eines Landgerichtsbezirks nicht überschreitet.

Die Entscheidungen in diesem Zusammenhang – soweit Gerichte betroffen sind – unterfallen der durch Artikel 97 des Grundgesetzes jeder Kontrolle außerhalb des Instanzenzuges entzogenen richterlichen Unabhängigkeit. Bei den Staatsanwaltschaften gilt auf der Grundlage von auf unsere Veranlassung von allen drei Staatsanwälten getroffenen Anordnungen, dass Einzelzuweisungen ab einer Höhe von 7.500 € einer Mitzeichnung durch den Dienstvorgesetzten bedürfen – Vier-Augen-Prinzip.

Das sind die generellen Regelungen, die für Geldauflagen und Geldbußen gelten. Im Übrigen entscheiden Staatsanwaltschaften und Gerichte unabhängig.

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Link mit seiner zweiten und letzten Frage. Bitte, Herr Kollege Link.

**Sören Link**<sup>1)</sup> (SPD): Herr Präsident! Frau Ministerin! Sie haben gerade auf die Nachfrage von Frau Ruff-Händelkes, ob die Landesregierung grundsätzlich bei der Aufteilung der Geldsummen beteiligt sei, mit Nein geantwortet. Habe ich das richtig verstanden?

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Richtig! Nur durch die allgemeinen Regeln, die ich gerade vorgelesen habe!)

– Ich wollte nur nachhören, ob ich das richtig verstanden habe.

(Zurufe von der CDU: Fragen!)

– Bleiben Sie ganz ruhig, das Räppelchen kommt ja gleich.

Wenn das grundsätzlich so ist, Frau Ministerin, wie erklären Sie sich dann, dass im vorliegenden Fall die Namen – wie Sie es gerade vorgelesen haben – von Herrn Laumann, Herrn Pinkwart, Frau van Dinther und des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers auf dieser Liste auftauchen? Frau Staatsanwältin müsste dieses grundsätzliche Verfahren ja kennen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Zu den Mitgliedern der Landesregierung kann ich sagen, dass die benannten Mitglieder der Landesregierung erklärt haben, keinen Einfluss darauf genommen zu haben, bzw. Herr Kollege Professor Pinkwart auf Nachfrage der Staatsanwältin Hinweise auf förderungswürdige Institutionen gegeben hat.

Wir haben der Staatsanwaltschaft, den Staatsanwälten und Gerichten nicht verboten, Erkundigungen bei vertrauenswürdigen Personen darüber einzuziehen, welche Institutionen förderungswürdig seien.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber das war Ihre Erklärung!)

– Aber das war das, was passiert ist.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Groschek, bitte.

**Michael Groschek**<sup>1)</sup> (SPD): Welche Abgeordneten sind Ihnen bekannt, die Einfluss genommen haben auf eine potenzielle Vergabe von diesen Bußgeldern?

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Keine.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Remmel hat eine nächste Frage. Bitte schön, Herr Remmel.

(Zuruf von der CDU: Zweite Frage!)

– Zweite und letzte Frage, Herr Remmel. Bitte schön.

**Johannes Remmel**<sup>1)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin! In den „Aachener Nachrichten“ vom 18. Februar 2004 berichtet Johannes Nitschmann, dass in der „Märkischen Zeitung“ der Leiter der Bochumer Staatsanwaltschaft, Bernd Rüdiger Schulte, in Lüdenscheid mit einem Amtsträger, der in Korruptionsverfahren beschuldigt wird, Tennis spiele, und beide verkehrten im örtlichen Rotary Club. In anderen Zeitungen wird von Haifischbecken bezüglich der Bochumer Staatsanwaltschaft berichtet, von Hauen und Stechen, von Grabenkämpfen.

Wie würden Sie in diesem Zusammenhang die Ihnen von Amts wegen aufgetragene Fürsorgepflicht in dem Spannungsfeld definieren?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Habe ich es richtig verstanden, dass es sich um einen Artikel aus dem Jahre 2004 handelte?

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das war die Frage!)

Dann war mein Vorgänger für die Frage dienstaufsichtlicher Maßnahmen und ob die veranlasst waren zuständig. Ich bin bei der Amtsübernahme davon ausgegangen, dass dienstaufsichtliche Maßnahmen, soweit sie nicht übergegangen sind, ordnungsgemäß abgeschlossen gewesen sind.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Dr. Boos. Bitte schön, Frau Dr. Boos.

**Dr. Anna Boos** (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Pinkwart. Ich habe es so verstanden, dass die Staatsanwältin bei Ihnen ja um einen Termin nachgesucht hat bzw. dann bei Herrn Stückradt. Gibt es über dieses Gespräch Notizen, die wir eventuell einsehen können, um zu sehen, was da passiert ist?

(Lachen von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Entschuldigung, ich habe es nicht richtig verstanden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Herr Pinkwart ist gefragt!)

– Ach so. Ja, wunderbar.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Pardon. Sie haben die Frage verstanden, Herr Professor Pinkwart? Bitte schön. – Ich hatte nicht verstanden, dass die Frage an Sie gerichtet war. Es ist schön, wenn es leise ist. Dann hört man noch besser. – Herr Minister Dr. Pinkwart, bitte schön.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Wir haben darüber kein Protokoll geführt.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Minister. – Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Asch. Bitte schön, Frau Asch.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Frau Ministerin Müller-Piepenkötter, Sie haben ebenso wie Herr Minister Pinkwart erläutert, dass Sie keine Erklärung haben, wie die handschriftlichen Namen auf die Liste von Frau Lichtinghagen geraten sind. Was werden Sie denn unternehmen, um herauszufinden und aufzuklären, wie diese handschriftlichen Namen auf die Liste geraten sind und welche Bedeutung sie haben?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Frau Lichtinghagen erneut befragen.

(Minister Armin Laschet: Was sonst?)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Kraft hat eine Frage. Bitte schön, Frau Kraft.

**Hannelore Kraft (SPD):** Ich frage die Landesregierung, und das in aller Deutlichkeit: Gab es Gespräche von Staatssekretären, Mitarbeitern, Beauftragten oder Emissären der Staatskanzlei mit Frau Staatsanwältin Lichtinghagen in Sachen Verwendung dieser Gelder?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister Pinkwart möchte antworten. Bitte schön, Herr Minister.

(Zuruf von der CDU – Gegenruf von Hannelore Kraft [SPD]: Ich möchte nicht, dass Sie meine Frage kommentieren!)

Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herzlichen Dank, Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Kraft! Meine Damen und Herren! Ich hatte eine gleichlautende Frage eben ganz deutlich beantwortet, kann das aber gerne noch einmal tun, Frau Kraft.

(Hannelore Kraft [SPD]: Gern!)

Es ist hierzu im Kabinett befragt worden – auch durch den Ministerpräsidenten –, und es hat dazu eine klare Antwort gegeben. Über das, was ich Ihnen und auch der Öffentlichkeit dargelegt habe, gibt es keinerlei Äußerungen, Festlegungen darauf, dass es solche Gespräche gegeben hätte. Insofern kann ich das nur mit einem klaren Nein beantworten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Fragen Sie den Ministerpräsidenten!)

– Ja, der Ministerpräsident ist sogar von der Presse befragt worden. In einer Pressekonferenz, die ich gemeinsam mit ihm gegeben habe, ist er sehr persönlich durch die Journalisten dazu befragt worden. Deswegen kann ich das hier noch einmal wiedergeben, nahezu wortgleich oder wortähnlich, wie Sie es eben gemacht haben, Frau Kraft. Und er hat es ganz klar mit Nein beantwortet.

(Sören Link [SPD]: Hat er eben nicht!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage stellt Herr Kollege Jäger. Das ist die zweite Frage, Herr Jäger.

**Ralf Jäger<sup>\*)</sup> (SPD):** Vielen Dank, Herr Präsident! Frau Ministerin, Medienberichten zufolge soll es in der Staatsanwaltschaft Bochum ein Klima des Mobbing und des Kasernenhoftons geben, offensichtlich nicht nur von Frau Lichtinghagen, sondern von anderen Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft formuliert.

Sie haben bei der Behördenleitung, bestehend aus Oberstaatsanwalt und dem Generalstaatsanwalt, einen Bericht eingefordert. Die Kollegin hatte vorhin nach der offensichtlich nach Medienberichten nachzuvollziehender Befreundung von beiden gefragt.

Ich habe die Frage: Wenn Sie sozusagen um den Bericht der einen Seite, der nach Medienberichten Mobbing unterstellt wird, gebeten haben, wieso haben Sie eigentlich nicht die andere Seite in Form

von Frau Lichtinghagen, die zehn Stunden in Ihrem Ministerium war, sozusagen die andere Seite darstellen lassen, und ist das im Rahmen Ihrer Fürsorgeverantwortung eine richtige Vorgehensweise?

(Zuruf von der CDU: Fürsorge!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Abgesehen davon, dass Sie über Medienberichte berichten, habe ich das Ganze nicht so ganz verstanden.

(Ralf Jäger [SPD]: Ich will es gerne wiederholen!)

Aber ich nehme an, dass Sie die Frage stellen, ob man, wenn man der einen Seite zuhört, auch der anderen Seite zuhört. Ja, das haben wir getan, und das ist in unsere Entscheidung eingeflossen, insbesondere in die Entscheidung, dem Wunsch von Frau Lichtinghagen nachzukommen und ihr die Möglichkeit zu geben, an einem Amtsgericht zu arbeiten.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Kutschaty.

**Thomas Kutschaty**<sup>3)</sup> (SPD): Frau Ministerin, auf meine erste Frage „Wie kommen denn die Namen hinter die Projekte?“ sagten Sie, das seien bedeutende Persönlichkeiten, die auch Schirmherrschaften hätten.

Meine Nachfrage: Was verstehen Sie und Frau Lichtinghagen in diesem Zusammenhang unter Schirmherrschaften, und welche Schirmherrschaften gibt es da konkret?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Herr Kutschaty, ich verstehe unter Schirmherrschaft dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprechend die Übernahme der Schirmherrschaft für eine bestimmte Institution oder ein bestimmtes Projekt. Ich habe das wiedergegeben, was Frau Lichtinghagen uns dazu gesagt hat.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Dr. Rudolph, zweite und letzte Frage. Bitte schön.

**Dr. Karsten Rudolph**<sup>3)</sup> (SPD): Frau Ministerin, Sie erwecken den Eindruck, als sei der Wechsel von Frau Lichtinghagen eher eine Routinesache gewe-

sen. Deswegen fragt man sich, warum die ganze öffentliche Aufregung darum entstanden ist.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Keine Kommentierung, Mensch! – Gegenrufe von der SPD: Könnt ihr nicht in Ruhe schlafen? Was seid ihr so nervös? – Weitere Zurufe)

Deswegen möchte ich Sie ganz gerne fragen, wie Sie sich erklären, dass es in Teilen der Presse heißt, man habe Frau Lichtinghagen geschlachtet oder sie sei wie ein räudiger Hund vom Hof gejagt worden?

(Zurufe von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte schön.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Ja, Herr Abgeordneter Rudolph, das kann ich mir auch nicht erklären. Aber ich bin nicht verantwortlich für das, was in der Presse steht.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Dr. Karsten Rudolph [SPD] – Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Gatter.

**Stephan Gatter**<sup>3)</sup> (SPD): Frau Ministerin, ich möchte gern auf die Frage der Schirmherrschaften zurückkommen. Ich würde gern wissen, welche Schirmherrschaften von welchen Mitgliedern der Landesregierung es konkret für die in diesem Vermerk genannten bedeutsamen Projekte gab.

(Zuruf von der CDU: Das hat mit der Ursprungsfrage nichts mehr zu tun! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Soweit ich weiß: keine. Das bezog sich auf die insgesamt 20 Projekte und auf die insgesamt neun genannten Namen, die hinter diesen 20 Projekten auftauchen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Ministerin. – Ich will gern den Hinweis meines Kollegen Moron aufnehmen, der die Fragestunde eröffnet hat, dass sich die Fragen bitte ganz eng – das sagt unsere Geschäftsordnung – an das Thema der Dringlichen Anfrage anlehnen müssen; das ist wichtig. Bitte bleiben Sie, Kolleginnen und Kollegen, dabei. Das wäre mir sehr wichtig; es ist in der Geschäftsordnung so vorgesehen.

(Beifall von der CDU – Michael Schroeren  
[CDU]: Sehr gut!)

Frau Gödecke ist jetzt mit der nächsten Frage dran.  
Bitte, Frau Kollegin.

**Carina Gödecke** (SPD): Danke schön, Herr Präsident! Frau Ministerin, ich will auch auf den Vermerk und auf die Namen zurückkommen. Wenn ich mich richtig erinnere, hatten Sie ganz am Anfang bei der Beantwortung der Ausgangsfrage dargestellt, dass bei den 20 Projekten und den neun Namen, die Sie, glaube ich, auch genannt haben, alle Namen handschriftlich neben den Projekten gestanden hätten. Ich möchte wissen, ob ich es richtig verstanden habe, dass alle Namen handschriftlich neben den Projekten stehen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Oh, ich schaue ganz zur Sicherheit noch einmal nach; nicht dass einer drüber oder drunter gestanden hat und ich etwas Falsches gesagt habe.

(Ralf Jäger [SPD]: Die Gefahr besteht immer!  
– Die Ministerin blättert in ihren Unterlagen.)

Ganz zur Sicherheit: Die Namen stehen neben den Projekten, ja.

(Svenja Schulze [SPD]: Handschriftlich?)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Schäfer mit der zweiten und letzten Frage, wenn ich das richtig im Kopf habe.

**Ute Schäfer**<sup>\*)</sup> (SPD): Die erste Frage!

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Dann habe ich es falsch im Kopf. Frau Kollegin, Sie können nun Ihre erste Frage stellen. Danach gibt es eine weitere Möglichkeit. Bitte, Frau Kollegin.

**Ute Schäfer**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Ministerin, mich interessiert Folgendes: Sie haben eben auf die Frage der Kollegin Asch gesagt, Sie wollten Frau Lichtinghagen noch einmal befragen, warum sie die Namen handschriftlich dahinter geschrieben habe. – Können Sie mir sagen, warum Sie Frau Lichtinghagen bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht befragt haben, warum die Namen handschriftlich dahinter stehen?

(Beifall von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist ein Widerspruch!)

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Das ist doch nicht wahr, Frau Schäfer. Wir haben Frau Lichtinghagen befragt, aber Sie sind ja mit der Antwort nicht zufrieden.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP – Zurufe)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Beer ist die nächste Fragestellerin. Bitte schön, Frau Kollegin Beer.

**Sigrid Beer**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben eben über die Überprüfung durch die Generalstaatsanwaltschaft in Hamm gesprochen. Ich gehe davon aus, dass alle aktuellen Vorwürfe, die laut geworden sind, überprüft werden, zum Beispiel auch, dass der Leiter der Bochumer Staatsanwaltschaft möglicherweise kriminelle Tennisfreunde vor Strafverfolgung bewahrt hat. Wäre das in einem solchen Fall auch bei der Überprüfung dieses Vorhalts so, dass auch der befreundete Generalstaatsanwalt diese Überprüfung vornimmt?

(Zurufe)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Frau Abgeordnete Beer, ich habe bisher nicht festgestellt, dass der Generalstaatsanwalt und der Leitende Oberstaatsanwalt befreundet sind. Das haben Sie getan.

Selbstverständlich werden auch Vorwürfe gegen den Leitenden Oberstaatsanwalt geprüft. Selbstverständlich – ich betone es noch einmal – wird unser Haus in die Überprüfung sehr eng einbezogen sein und sich eng daran beteiligen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Stotko zu seiner zweiten und letzten Frage. Bitte, Herr Kollege.

**Thomas Stotko**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Ministerin, für mich stellt sich die Frage, warum Sie am Freitag noch gesagt haben, Frau Staatsanwältin Lichtinghagen solle die Sachen möglicherweise eher in Köln weitermachen, und warum Sie sich am Dienstag anders entschieden haben.

(Zuruf von der CDU: Das hat mit der Frage nichts zu tun! – Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Herr Abgeordneter Stotko, wenn Sie die Mitteilung meines Hauses richtig und komplett gelesen hätten, hätten Sie festgestellt, dass am Freitag eine Absichtserklärung abgegeben worden ist und diese Absichtserklärung unter einen ganz klaren Vorbehalt gestellt worden ist.

Wir haben am Montag und Dienstag weiter geprüft. Montagabend haben wir den Bericht erhalten, wie ich es vorhin erläutert habe. Wir haben am Dienstag ausgewertet und sind am Dienstagabend einem Wunsch von Frau Lichtinghagen nachgekommen, sie in Zukunft als Amtsrichterin einzusetzen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Ruff-Händelkes, Ihre zweite und letzte Frage. Bitte.

**Monika Ruff-Händelkes** (SPD): Frau Ministerin Müller-Piepenkötter, haben Sie in den letzten vier Tagen persönlich das Gespräch mit Staatsanwältin Lichtinghagen gesucht?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Am Dienstag ist ein langes Gespräch im Ministerium geführt worden. Wie es bei solchen Sachen üblich ist, ist das Gespräch von den beiden zuständigen Abteilungsleitern geführt worden.

(Gisela Walsken [SPD]: Dann kann man auch Nein sagen! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Asch mit ihrer zweiten und letzten Frage. Bitte.

**Andrea Asch** (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben eben erklärt, dass Sie die Überprüfung der Vorwürfe gegen Frau Lichtinghagen nicht einer anderen Staatsanwaltschaft als Hamm übertragen wollen – obwohl man diese durchaus als befangen ansehen könnte. Sehen Sie keine Notwendigkeit, die Überprüfung der Vorwürfe gegen Frau Lichtinghagen einer anderen Generalstaatsanwaltschaft zu übertragen, oder sind Sie aus anderen – dienstrechtlichen – Gründen daran gehindert?

(Zurufe von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Frau Asch, Sie haben zu Recht gesagt: könnte. – Ich habe bisher keine Anhaltspunkte dafür.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Jäger hat jetzt seine dritte und letzte Frage zu stellen. Bitte, Herr Jäger.

**Ralf Jäger**<sup>\*)</sup> (SPD): Nachdem eine vermutlich sehr erfolgreich ermittelnde Staatsanwältin öffentlich diskreditiert worden ist, es erhebliche Mobbingvorwürfe gegen einen Oberstaatsanwalt gibt, Vorwürfe von Kumpanei mit der Generalstaatsanwaltschaft und insgesamt das Vertrauen in die nordrhein-westfälische Justiz großen Schaden erlitten hat, Frau Müller-Piepenkötter ...

(Zurufe von CDU und FDP: Frage!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ich würde Sie bitten, die Frage zu stellen.

(Ralf Jäger [SPD]: Ich bin dabei!)

Wir haben doch vorhin schon vereinbart – da war ich noch nicht auf meinem Platz –,

(Beifall von CDU und FDP)

dass wir uns an die Geschäftsordnung halten wollen. Die sieht ausdrücklich vor, Herr Kollege Jäger, dass wir nicht kommentieren und mit langen Vorläufen fragen, sondern das fragen, was wir zu fragen haben, und die Ministerin antwortet, was sie zu antworten hat.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Das gilt auch für Zwischenrufe aus der Regierungsbank!)

– Das gilt für alle hier im Raum Befindlichen, weil die Geschäftsordnung für alle hier im Raum befindlichen Kolleginnen und Kollegen gilt.

Bitte, Herr Jäger, stellen Sie Ihre Frage.

**Ralf Jäger**<sup>\*)</sup> (SPD): Herr Präsident, vielen Dank für den Hinweis. Ich habe nur noch mal das zusammengefasst, was in den letzten Tagen in Medienberichten

(Heftiger Widerspruch von CDU und FDP)

zutage getreten ist. Deshalb meine konkrete Frage an die Ministerin Frau Müller-Piepenkötter: Wie würden Sie persönlich Ihr Krisenmanagement in diesem Fall bewerten?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte schön.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Herr Abgeordneter Jäger, den Vorwurf der Kumpanei

nei mit der Generalstaatsanwaltschaft erheben Sie heute zum ersten Mal.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Steffens hat eine Frage.

**Barbara Steffens<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben von 20 Projekten und neun Namen, die dahinterstehen, gesprochen. Sie haben von Schirmherrschaften geredet. Ich hätte die Frage, ob die Namen, die hinter den Projekten stehen, auch die entsprechenden Schirmherrschaften sind, ob also die Projekte und die Namen in einem direkten Zusammenhang stehen, oder haben wir einfach auf der einen Seite Projekte und auf der anderen Seite Schirmherrschaften, ohne dass diese in einem Zusammenhang zu stehen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Frau Abgeordnete Steffens, ich habe nicht selbst irgendwen zum Schirmherrn über irgendetwas ernannt. Ich habe lediglich das referiert, was Frau Lichtinghagen mir gesagt hat.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Haben Sie das bis heute geprüft?)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Gödecke.

**Carina Gödecke** (SPD): Ich habe noch mal eine Frage an die Landesregierung, also wahrscheinlich an den stellvertretenden Ministerpräsidenten. In seinem Hause ist ein Gespräch geführt worden. Meine Frage lautet, ob Frau Staatsanwältin Lichtinghagen auch in anderen Ministerien Gesprächswünsche geäußert hat, ohne dass Gespräche zustande gekommen sind.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, bitte schön.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Abgeordnete, da mir nicht bekannt ist, dass irgendein anderes Regierungsmitglied oder deren Häuser Kontakt mit Frau Lichtinghagen hatten, wie ich das eben ausgeführt habe, unterstelle ich, dass sich das auch auf solche Anfragen bezieht, die man dann möglicherweise auch negativ beschieden hat. Aber das wäre ja auch ein Kontakt gewesen. Ich habe dazu keinerlei Anhaltspunkte.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Kollege Moron hat eine Frage. Bitte schön, Herr Moron.

**Edgar Moron<sup>\*)</sup>** (SPD): Frau Ministerin, im Zusammenhang mit dem gesamten Komplex ist von Bußgeldern in der Größenordnung von 100 Millionen € die Rede. Trifft diese Summe zu, ist sie übertrieben, oder wie hoch ist die realistische Summe, um die es hier geht?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Konkret geht es um Bußgelder in Höhe von 7,5 Millionen € in einem Verfahren im Lichtensteinkomplex. Die Summe von 100 Millionen € kann natürlich über die Jahre zusammenkommen, aber nur über Jahre.

Landesweit gingen 2005 19,8 Millionen € an die Staatskasse und 34,6 Millionen € an gemeinnützige Einrichtungen. 2006: 14 Millionen € an die Staatskasse, 20,8 Millionen € an gemeinnützige Einrichtungen. 2007: 25 Millionen € an die Staatskasse, 25 Millionen € an gemeinnützige Einrichtungen. Wenn ich einigermaßen richtig rechne, sind das knapp 90 Millionen € an gemeinnützige Einrichtungen in den Jahren 2005 bis 2007 in 19 Staatsanwaltschaften und 19 Landgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen, also nicht allein bei der Staatsanwaltschaft Bochum.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Kraft.

**Hannelore Kraft** (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Minister Pinkwart. Ihre Kollegin Frau Ministerin Müller-Piepenkötter hatte eingangs dargestellt, dass Frau Lichtinghagen in Ihrem Haus ein Gespräch geführt hat und sie dort unter Verweis auf ihre Tochter die Universität Witten-Herdecke ins Gespräch gebracht hat. Ich würde gerne wissen, ob das stimmt oder ob der Vorschlag von Ihrer Seite kam.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Minister.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr verehrte Frau Kraft, das Thema Witten-Herdecke ist in dem Gespräch von der Staatsanwältin selbst vorgebracht worden. Die Universität Witten-Herdecke ist nach meiner Kenntnis seit 2003 Empfängerin von Bußgeldeinnahmen wie auch andere Wissenschaftseinrichtungen in Nordrhein-

Westfalen. Nach meiner Kenntnis ist sie auch in den Jahren zuvor auch bei dieser Staatsanwältin als Bußgeldempfängerin aufgetreten. Sie hat von sich aus angesprochen, dass auch Bußgelder an diese Einrichtung gingen und hat sich danach erkundigt, weil es immer wieder Probleme über die Fortführungsmöglichkeiten gab, wie wir das einschätzen. Das ist ihr nach dem Kenntnisstand, den wir damals hatten, dargelegt worden.

Darüber hinaus hat sie den Vorgang angesprochen, dass ihre Tochter dort das Studium aufgenommen habe. Sie hat gesagt, dass sie diese Frage einer möglichen Befangenheit mit ihrem Vorgesetzten abklären wollte, und der Staatssekretär hat ihr geraten, dass das der richtige Weg sei.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Frau Kollegin Beer mit ihrer zweiten und letzten Frage. Bitte schön.

**Sigrid Beer<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Frau Ministerin, schließen Sie eine Befangenheit des Generalstaatsanwalts in Hamm aus?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Sobald ich Anhaltspunkte für eine Befangenheit des Generalstaatsanwalts in Hamm habe, werde ich die Ermittlungen an mich ziehen, wie es das Disziplinargesetz vorsieht.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Sichau, Ihre zweite und letzte Frage.

**Frank Sichau** (SPD): Inwieweit, Frau Ministerin, haben Sie Informationen darüber, dass Herr Generalstaatsanwalt Proyer höchstselbst an der Erstellung der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Bochum als früherer Behördenleiter mitgewirkt hat, also nicht allein als Generalstaatsanwalt mitgewirkt hat?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Aufgrund Ihrer Frage werde ich ihn aktuell dazu befragen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Steffens, bitte.

**Barbara Steffens<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Wenn Frau Müller-Piepenkötter mir schon nicht sagen kann, ob die Namen der Kabinettskollegen, die hinter den einzelnen Projekten stehen auch die Schirmherren der Projekte sind, wüsste ich doch gerne von Herrn Minister Laumann, ob er denn Schirmherr der Projekte ist, hinter denen sein Name steht, oder ob er mit den Projekten in einem Zusammenhang steht. Frau Müller-Piepenkötter hat den Vermerk vorliegen, und ich denke, das Thema ist im Kabinett auch ausgiebig diskutiert worden.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank. – Wer möchte antworten? – Frau Ministerin wird antworten. Bitte schön, Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Ich kann noch einmal helfen. Der Name von Herrn Laumann taucht zusammen mit dem von Herrn Professor Pinkwart bei dem Projekt „Exzellente Lehre“ der Medizinischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum auf.

(Lachen von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Becker hat eine Frage zu stellen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist seine Baustelle! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Becker, Sie haben das Wort.

**Horst Becker<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben in der Antwort auf die Frage meiner Kollegin Beer nach einer möglichen Befangenheit des Generalstaatsanwalts ausgeführt – so habe ich Sie jedenfalls verstanden –, dass Sie für den Fall, dass Sie Anhaltspunkte – ich erinnere mich an das Wort „Anhaltspunkte“ – für eine solche Befangenheit erkennen würden, die Ermittlungen an sich ziehen würden.

Nun frage ich Sie vor dem Hintergrund der in der Presse bekanntgewordenen Darstellungen: Bieten diese nach Ihrer Ansicht nicht hinreichend Anhaltspunkte dafür, dass Sie das tun müssten, was Sie gerade gesagt haben?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Nein. Presseberichterstattungen muss ich mindestens erst einmal überprüfen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank. – Herr Bischoff, zweite und letzte Frage.

**Rainer Bischoff** (SPD): Frau Ministerin, ich habe das heute so verstanden, dass Frau Lichtinghagen als Begründung für die handschriftlichen Notizen mit den Namen der Mitglieder der Landesregierung die Schirmherrschaften angegeben hat, und dass Sie gleich zu Beginn deutlich gemacht haben, Sie seien nicht überzeugt, dass diese Schirmherrschaften tatsächlich bestehen. Frau Steffens hat das gerade noch einmal am Beispiel von Herrn Laumann – dessen Lachen war ja nachvollziehbar – festgestellt.

Hat denn die Tatsache, dass diese Begründung weder logisch noch glaubwürdig ist, bei Ihnen keine Zweifel geweckt?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Es ist schon faszinierend, wie das, was ich am Anfang gesagt habe, hinterher plötzlich ganz anders klingt.

(Ralf Jäger [SPD]: Es ist so, wie es ist!)

Frau Staatsanwältin Lichtinghagen hat erklärt – so habe ich es wiedergegeben –, es ging ihr bei diesen Namen darum, dass ihr bekannt war, dass sich diese Einrichtungen als vertrauenswürdig und sinnvolle Arbeit leistend darstellten, weil sich diese Persönlichkeiten dafür eingesetzt haben,

(Hannelore Kraft [SPD]: Herr Laumann!)

etwa in Form der Übernahme von Schirmherrschaften.

Diese Aussage zwingt mich nicht, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob es eine Schirmherrschaft, einen Spendenaufruf, eine Veranstaltung zur Unterstützung dieser Institutionen oder irgendetwas anderes gab.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Jung hat eine Frage.

**Reinhard Jung**<sup>1)</sup> (SPD): Frau Ministerin, in der Überzeugung, dass das Kopfnicken von Herrn Laumann zeigt, wie intensiv er sich mit der Schirmherrschaft beschäftigt hat, habe ich doch noch eine Frage. Sie haben sie in Teilen gerade schon beantwortet, aber trotzdem möchte ich noch einmal nachhaken.

Haben Sie die Namen im Zusammenhang mit den Schirmherrschaften – wie ich sagen muss – selbst überprüft oder überprüfen lassen, und halten Sie es nicht für sinnvoll, wirklich einmal nachzufragen, wie es um die Ernsthaftigkeit einer solchen Schirmherrschaft bestellt ist?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Zum Thema Schirmherrschaften habe ich alles gesagt, was es dazu zu sagen gibt.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Schmeltzer, bitte.

**Rainer Schmeltzer**<sup>1)</sup> (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Nachdem wir über die Ernsthaftigkeit der Schirmherrschaft von Herrn Laumann jetzt schon einiges zur Kenntnis genommen haben, habe ich eine Frage direkt an Herrn Laumann: Herr Minister, haben Sie oder einer Ihrer Mitarbeiter beziehungsweise eine Ihrer Mitarbeiterinnen aus dem Hause des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in irgendeiner Art und Weise Gespräche mit Frau Lichtinghagen geführt?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Laumann, bitte.

**Karl-Josef Laumann**, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich habe mit dieser Frau noch kein Gespräch geführt. Eine Umfrage in meinem Ministerium hat ergeben, dass es auch keine Gespräche von Mitarbeitern meines Hauses mit dieser Frau gegeben hat.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank. – Herr Becker stellt seine zweite und letzte Frage. Bitte schön, Herr Becker.

**Horst Becker**<sup>1)</sup> (GRÜNE): Frau Ministerin, vor dem Hintergrund Ihrer Antwort auf meine soeben gestellte Frage, in der Sie ausgeführt haben, dass Sie zunächst eine Überprüfung vornehmen müssten, möchte ich Sie gern fragen

(Zurufe von der CDU)

– seien Sie nicht so nervös, Herr Kollege –: Haben Sie vor dem Hintergrund, dass Sie bereits am Dienstagabend eine Pressekonferenz zu dem Thema veranstaltet haben und dass die Presse in den letzten Tagen mehrfach darüber berichtet hat, jetzt wenigstens einen Anlass gesehen, eine Überprüfung diesbezüglich in die Wege zu leiten?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Herr Abgeordneter Becker, es sind mir jetzt ich weiß nicht wie viele Fragen gestellt worden. Entschuldigen Sie bitte, dass ich nicht mehr in Erinnerung habe, welche Sie gestellt haben.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Es tut mir leid. Ich denke, bevor ich hier etwas Falsches sage, frage ich lieber noch einmal nach.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Nachfragen können hier leider nicht beantwortet werden. Es werden hier nur Fragen gestellt. So sieht es die Geschäftsordnung vor.

(Heiterkeit und Beifall)

– Das ist überhaupt kein Grund zum Klatschen; das steht so in der Geschäftsordnung.

Deshalb ist jetzt der Kollege Bischoff mit seiner zweiten und letzten Frage dran. Bitte, Herr Kollege.

**Rainer Bischoff** (SPD): Nein, der hat keine Frage mehr. Das Mikrofon ist nur nicht ausgeschaltet worden.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. Das geht dann noch schneller als gedacht. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Bovermann eine Frage. Bitte schön.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann**<sup>\*)</sup> (SPD): Ich habe noch eine Frage an die Frau Ministerin: Mit welchem Projekt wurde der Name van Dinther in Verbindung gebracht?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte schön.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Der Name der Landtagspräsidentin, also

(Unruhe – Glocke)

„Lt. Präsident v. ...“ – ich lese „Dinther“ – findet sich hinter dem Projekt Nummer 6: Sprungbrett e. V., Förderverein zur Suchtarbeit in Hattingen.

(Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ist die Antwort damit gegeben, Frau Ministerin? Oder haben Sie weitere Notate?

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Ich habe hier zwei Abkürzungen. Ich möchte nicht unterstellen, dass die „van Dinther“ heißen. Bevor ich irgendetwas in die Welt setze, lasse ich es lieber.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Schäfer mit ihrer nächsten Frage. Bitte.

**Ute Schäfer**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Ministerin, Sie haben eben gesagt, Sie hätten Frau Lichtinghagen gefragt, warum die Namen hinter den Förderungsprojekten gestanden hätten, und sie habe gesagt, sie habe sich erkundigen müssen, ob die besonders förderungsfähig seien.

Wie schätzen Sie denn die Tatsache ein, dass dort „Ruhr-Universität Bochum“ steht und Frau Lichtinghagen Ihnen erklärt, sie müsse nachfragen, ob das besonders förderungsfähig sei, und sich dann an Mitglieder der Landesregierung wendet?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Nicht alle Einzelprojekte jeder Universität sind unbedingt förderungswürdig.

(Hannelore Kraft [SPD]: Herr Minister, da müssen Sie einschreiten!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Löhrmann, zweite und letzte Frage. Bitte.

**Sylvia Löhrmann**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Frau Ministerin, wie erklären Sie sich, dass das 60-seitige Dossier mit den Vorwürfen gegenüber Frau Lichtinghagen an die Öffentlichkeit gekommen ist?

(Lachen von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte schön.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Frau Abgeordnete, das ist genau einer der Punkte, denen wir akribisch nachgehen werden. Sie wissen, dass so etwas immer besonders schwierig ist.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Töns hat eine Frage.

**Markus Töns** (SPD): Frau Ministerin, ich habe noch eine Nachfrage unter anderem zu der Frage des Kollegen Link, die Sie nicht beantwortet haben. Wenn es grundsätzlich so ist, dass die Landesregierung nicht an der Vergabe dieser Summen beteiligt ist und die Namen der Minister Laumann, Pinkwart und des Ministerpräsidenten Rüttgers auftauchen, auch der Name von Frau van Dinther, die nach ihrer Aussage mit den Projekten eigentlich gar nichts zu tun haben: Wie kommen dann die Namen hinter diese Projekte?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, bitte.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Wahrscheinlich, weil sie jemand dahin geschrieben hat.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Walsken, bitte. – Frau Kollegin Walsken, Sie können Ihre Frage stellen. Darf ich die Kollegen um ein bisschen Ruhe bitten. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Gisela Walsken**<sup>\*)</sup> (SPD): Herr Präsident, ich wollte warten, bis sich die Kollegen wieder beruhigt haben.

Frau Ministerin, ich möchte gerne noch einmal auf die Liste zurückkommen und von Ihnen erfahren wollen, hinter welchem Projekt denn der Name des Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers steht.

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Das habe ich doch zu Anfang gesagt. Der Name „MP Rüttgers“ steht hinter Bundesverband Deutsche Tafel e. V., Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Aachen.

(Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen, dass die Fragestunde abgelaufen ist. Wir würden dann für die jetzt noch anstehenden Fragen um Beantwortung bitten. Das haben wir bisher immer so gehalten. Das wollen wir auch heute so tun. Damit ist die Liste geschlossen. Wir haben noch vier Fragen auf der Liste, und zwar ist es zunächst der Kollege Möbius von der CDU. Bitte schön, Herr Kollege.

**Christian Möbius** (CDU): Frau Ministerin, ich habe die Frage, hinter welchem Projekt denn der Name Ulla Schmidt steht?

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Bitte schön, Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Herr Abgeordneter, der Name Ulla Schmidt steht hinter Stiftungsfonds integrativer Onkologie in der GLS Treuhand e. V., Bochum.

(Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Kollege Hegemann hatte sich zu einer Frage gemeldet.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das hat sich erledigt.)

– Es hat sich erledigt. Vielen Dank, Herr Kollege Hegemann.

Frau Schulze hat noch eine Frage. Bitte schön, Frau Schulze.

**Svenja Schulze**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Müller-Piepenkötter, ich möchte gerne eine Frage zu der Liste stellen. Sie haben gerade gesagt, dass da zwei Projekte sind, hinter denen für Sie nicht eindeutig erkennbare Buchstaben oder Kürzel stehen. Gibt es über diese zwei Projekte hinaus noch weitere nicht lesbare Buchstaben oder Kürzel hinter Projekten?

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Frau Ministerin, bitte schön.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Es gibt ein Projekt, hinter dem gar nichts steht, und es gibt ein Projekt, hinter dem steht auch eine Abkürzung. Es gibt insgesamt vier Projekte, hinter denen nichts bzw. Kürzel oder Strichelchen stehen, einmal etwas völlig Unleserliches.

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Danke schön, Frau Ministerin. – Herr Kollege Töns zu seiner letzten Frage.

(Markus Töns [SPD]: Das hat sich damit erledigt!)

– Vielen Dank. Dann ist noch eine Frage offen, und dann sind wir am Ende der Fragestunde.

Die letzte Frage kommt von Frau Hendricks. Bitte schön.

**Renate Hendricks** (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben eben ausgeführt, dass Sie persönlich mit Frau Lichtinghagen nicht gesprochen haben. Wer hat denn eigentlich gefragt, wer die Namen hinter die Projekte gestellt hat?

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Frau Ministerin.

**Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin: Wie ich eingangs gesagt habe, die Mitarbeiter meines Hauses, die zuständigen Abteilungsleiter.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Vielen Dank, Frau Ministerin. Damit sind wir am **Ende der Fragestunde**.

Wir kommen zu:

## 8 Eltern nicht im Regen stehen lassen – Kommunen beim Ausbau von U3-Plätzen besser unterstützen

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8084

Die Fraktionen haben sich entgegen dem Ausdruck, der Ihnen vorliegt, darauf verständigt, dass wir heute über den **Antrag Drucksache 14/8084** nicht diskutieren, sondern ihn gemäß § 79 Abs. 2b an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überweisen** und erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses im Plenum die Diskussion führen. Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Verfahren zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Überweisung einstimmig zugestimmt worden.

Wir kommen zu:

## 9 An apple a day keeps the doctor away – Schulobstprogramm für NRW nutzen

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8080

Auch hier haben die Fraktionen entgegen dem Ausdruck vereinbart, nicht zu diskutieren.

Wer stimmt der **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/8080** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zur Mitberatung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Somit einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

## 10 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte und anderer Gesetze

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/6933

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Rechtsausschusses  
Drucksache 14/8096

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Giebels das Wort. – Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir jetzt in der Beratung fortfahren. Ich bitte Gespräche draußen zu führen und dem Redner Gehör zu schenken. – Bitte schön, Herr Kollege Giebels.

**Harald Giebels**<sup>\*)</sup> (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir waren bereit, heute auf die Debatte zu verzichten. Das Thema ist eigentlich ausdiskutiert worden. Es gab aber den Wunsch einer Fraktion, trotzdem zu debattieren.

Wir wollen festhalten, dass mit der heutigen Verabschiedung des Gesetzentwurfes der Landesregierung ein weiterer Schritt in der Verwaltungsmodernisierung und damit auch Zukunftsgestaltung gegangen wird. Wir sagen ganz klar: Dieser Gesetzentwurf ist sinnvoll und er ist zielführend. Das hat auch die Anhörung der Sachverständigen eindrucksvoll bestätigt.

Ich darf den Stadtdirektor der betroffenen Stadt Herne aus dieser Anhörung zitieren. Wir müssen allerdings einräumen, so sagte er, dass sich durch die Zusammenlegung der Amtsgerichte an einem Standort sicherlich für den Standort Herne im Hauptzentrum positive Veränderungen und Chancen ergeben.

Ferner darf ich den Dezernenten der ebenfalls tangierten Stadt Gelsenkirchen, Joachim Hampe, zitieren. Er sagte in der Anhörung:

Insofern könnten wir mit dieser Regelung regeln.

Oder auch:

Wir sehen ja auch, dass das Amtsgerichtsgebäude in Buer nicht mehr sanierungsfähig ist.

Beide haben übrigens in Vertretung der von der SPD-Landtagsfraktion benannten Oberbürgermeister an der Anhörung teilgenommen.

Ich darf dann auf den weiteren Sachverständigen, den Vorsitzenden Richter am OLG Hamm, Herrn Volesky, eingehen, der dort Leiter des Organisationsdezernates ist und sich natürlich insbesondere mit Fragen der Gerichtsorganisation beschäftigt. Er sagte in der Anhörung:

Wir haben nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit grundsätzlich die Situation, dass in einer Kommune ein Amtsgericht steht; das ist die Regel.

Weiter sagte er:

Hier geht es darum, zwei neue Gerichtszentren in einer Strukturgröße zu schaffen, die im Prinzip unserem Erfahrungsschatz nach eine Idealgröße darstellt.

Er sagte auch:

Entscheidend ist vielmehr, dass Stellen, die jetzt für Verwaltungstätigkeiten gebunden werden, auf diesem Wege ihrer ureigensten Aufgabe, nämlich der Rechtspflege, zugeführt werden, ...

Die kritische Stellungnahme des Vorsitzenden des Richterbundes Nordrhein-Westfalen, Richter am Amtsgericht, Lindemann, hält unseres Erachtens einer kritischen Reflexion nicht stand. Denn er stützt seine Stellungnahme im Wesentlichen auf übergroße, zu große Amtsgerichte. Solche entstehen aber hier gerade nicht.

Im Gegenteil: Es entsteht – ich zitiere noch einmal den Sachverständigen Volesky – „ein Gericht mit Idealgröße“.

Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich im Übrigen auf meine bisherigen Beiträge hier im Plenum zu dieser Thematik.

Es bleibt dabei: Die Neuordnung der Gerichtsbezirke beziehungsweise Gerichte in Gelsenkirchen und Herne ist sinnvoll, und sie sichert allen Rechtssuchenden für die Zukunft eine effiziente Justiz vor Ort. Daher werden wir für die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses stimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Kutschaty.

**Thomas Kutschaty (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, gerade die Anhörung hat gezeigt, dass wir hier keine nachhaltige Zukunftsgestaltung bei der Gestaltung unseres Gerichtssystems in Nordrhein-Westfalen machen. Ich war bei der Anhörung auch dabei. Sie haben schon eine sehr selektive Wahrnehmung gehabt.

Wenn Sie nämlich den Vertreter der Stadt Herne so verstanden haben, dass eine Bündelung der Gerichte für Herne-Mitte sehr gut oder vielleicht auch sehr interessant ist, dann haben Sie offensichtlich überhört, dass er auch gesagt hat, dass das für den Stadtbezirk Herne-Wanne insbesondere städtebaulich ein großer Verlust ist.

Ähnlich ist das in Gelsenkirchen der Fall, weil Gelsenkirchen eben eine Stadt ist, die aus zwei Städten entstanden ist. Sie ist anders strukturiert als andere Städte. Hier muss man sicherlich einen sinnvollen Ausgleich finden. All das wird derzeit untersucht. Aber es ist letztendlich noch kein Konsens mit der Stadt Gelsenkirchen getroffen worden, was das angeht. Die Stadt Gelsenkirchen hat einen gültigen Ratsbeschluss, der das kritisch sieht. In der Angelegenheit ist also im Augenblick ein bisschen Bewegung. Wir hätten uns gewünscht, Frau Ministerin, dass eine Entscheidung über diesen Standort erst nach einem Abschluss der Gespräche und

Verhandlungen mit der Stadt Gelsenkirchen getroffen worden wäre.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass sich das Gerichtssystem in Nordrhein-Westfalen mit den 130 Amtsgerichten so bewährt hat. Das hat auch der Vertreter des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen in der Anhörung so eindeutig bestätigt. Gerade die Gerichte, die Sie für eine Schließung vorgesehen haben, arbeiten sehr gut und sehr effektiv. Wir haben dort, ganz anders als bei großen Gerichten, kurze Laufzeiten. Man kennt sich in der Behörde, was auch das ganze Verfahren entsprechend beschleunigt.

Was mich bei der ganzen Sache so ein bisschen verärgert, ist, dass, hier offensichtlich Justizpolitik unter dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung gemacht wird, ohne aber vorher genau zu sagen, wo denn die Einsparungen im Detail liegen. Wir haben bis heute keine verlässlichen Zahlen von Ihnen bekommen, was denn eingespart werden kann und wie hoch die Mehrausgaben tatsächlich sind. Aber dennoch soll alles gut werden. So wie Sie das sagen, ist das meines Erachtens ein bisschen zu blauäugig.

Der zweite Aspekt, der uns bei der ganzen Sache ärgert, ist, dass Sie bis heute nicht nachgewiesen oder untersucht haben, wie denn die ideale Gerichtsstrukturgröße in Nordrhein-Westfalen ist. Ab wann ist ein Gericht effektiv? Auch die Sachverständigen haben uns dazu unterschiedliche Aussagen gegeben. Wir erleben das in anderen Bundesländern. Hamburg beispielsweise ist dazu übergegangen, große Amtsgerichte in kleinere Amtsgerichte aufzuteilen, weil dort einfach eine bessere Milieunähe gegeben ist. Der Richter kennt seine Pappenheimer besser; das möchte ich bei der Gelegenheit einmal so lax sagen. Das trägt auch dazu bei, die Rechtsprechung sicherer, schneller und effektiver zu machen.

Kurzum: Wir halten Ihren Vorschlag, ohne dass die Städte Herne und Gelsenkirchen konkret in die Abschlussplanung einbezogen worden sind, für übereilt und lehnen daher Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Orth.

**Dr. Robert Orth<sup>\*)</sup> (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema haben wir jetzt dreimal gekaut. Man braucht auch keine Zettel mehr dafür, um die Dinge noch einmal zu wiederholen.

Um es kurz zu machen: Die betroffenen Städte haben gar nichts gegen unsere Überlegungen ein-

zuwenden. Im Gegenteil: Ich glaube, Sie gehen davon aus, dass sie städtebaulich profitieren.

Die Rechtssuchenden werden keine Nachteile haben. Stellen Sie sich einmal vor: Wie oft geht jemand, der in Gelsenkirchen wohnt, auf Schalke, und wie oft geht er in seinem Leben zum Gericht? Meine Damen und Herren, daran sehen Sie: Das hält sich in einem erträglichen Ausmaß, und niemand kommt auf die Idee, in Buer noch ein zweites Stadion für Schalke 04 zu bauen.

Dritter Punkt: Es nicht so ist, dass in den betroffenen Städten ein Monsteramtsgericht entstehen wird. Die Städte sind und bleiben mittelgroße Städte. Es gibt zahlreiche andere Amtsgerichte in Städten mit 200.000 bis 400.000 Einwohnern. Dort gibt es keinerlei Probleme, ganz im Gegenteil. Von daher sind wir der Ansicht, dass wir dem Vorschlag des Ministeriums folgen sollten.

Von mir aus hätten wir heute auch ohne Debatte abstimmen können, aber bitte, wenn es gewünscht ist, ist es parlamentarisch natürlich auch erlaubt, noch einmal zu debattieren. Ich halte es jedenfalls nicht für erforderlich, hier mehr Zeit als notwendig zu verbringen. Insofern ende ich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

**Monika Düker (GRÜNE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Giebels, Sie haben gerade gesagt, die Stadt Gelsenkirchen sei einverstanden. Ich habe das Protokoll der Anhörung etwas anders verstanden. Auch nach Rücksprache mit der Stadt kann ich Ihnen sagen, dass diese Standortfrage nicht geklärt ist und es nach wie vor einen Abstimmungsbedarf gibt. Darüber hinaus liegt ein gültiger Ratsbeschluss der Stadt vor, der dies ablehnt.

Deswegen noch einmal mein Appell – das habe ich bereits bei der Einbringung des Gesetzentwurfs gesagt –: Man sollte in den sensiblen Standortfragen das Einvernehmen mit den Kommunen suchen. Gerade für so eine strukturschwache Stadt wie Gelsenkirchen ist es ganz wichtig, an welchen Stellen man was konzentriert. Dies muss dann in eine gesamtstädtische Planung vernünftig eingefügt werden.

Genau diese Fragen sind nicht abschließend geklärt. Von daher finde ich das Vorgehen recht unglücklich. Bevor Fakten geschaffen werden, sollten solche Dinge abschließend geklärt werden. Diese Dinge sollten im Konsens mit der örtlichen kommunalen Selbstverwaltung geschehen und nicht in einem Gegeneinander.

Zentralisierungen sind per se nicht ein Wert an sich, sondern es muss immer im Einzelfall geprüft werden, ob es Sinn macht, ob es an der Stelle richtig ist. Das sehen wir zurzeit nicht argumentativ vorgebracht. Von daher lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Müller-Piepenkötter.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können natürlich noch ein bisschen weitersuchen und weiterprüfen. Fakt ist aber, es gab eine Anhörung im Rechtsausschuss sowie Gespräche mit den Oberbürgermeistern beider Städte. Die Oberbürgermeister beider Städte sagen: Das sind sinnvolle städtebauliche Entwicklungen.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

– Tja, Herr Sichau, das haben sie aber gesagt. – Für die Justiz bedeutet das: Wir können unser Flächenmanagement und unsere Gerichtsorganisation optimieren, was Pforte, Posteingangsstelle, Kantine sowie Nutzung von Sitzungssälen angeht. Ich weiß nicht, was dagegen spricht, schon heute und nicht erst in zwei Jahren, wenn wir es noch ein bisschen länger diskutiert haben, die Zukunftsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Justiz zu sichern und die von allen Seiten als städtebaulich sinnvoll angesehene Entwicklung voranzutreiben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal der Kollege Giebels zu Wort gemeldet.

**Harald Giebels<sup>\*)</sup> (CDU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz auf den Redebeitrag der Kollegin Düker eingehen, weil es wichtig ist, das richtig zu stellen.

In der Anhörung hat der Vertreter der Stadt Gelsenkirchen darauf hingewiesen, dass es vonseiten des Landes Gespräche vor Ort gegeben hat. Er hat dann gesagt, dass Finanzbehörden und Amtsgerichte im Zusammenhang gesehen werden. Das ist auch völlig richtig. Herr Hampe sagte für die Stadt Gelsenkirchen:

Es gab also eine Verbindung zwischen diesen beiden Behördenentscheidungen des Landes. Die Amtsgerichte sollen in den Süden ziehen,

wenn die Finanzverwaltungen im Norden zusammengeführt werden können.

Dann heißt es weiter in dem Protokoll:

Eine solche Situation ist vom Land akzeptiert worden. Insofern könnten wir mit dieser Regelung leben.

Das heißt, es gibt einen Konsens mit der Kommune vor Ort. – Danke schön.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Rechtsausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8096**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 14/6933 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Gibt es Stimmenthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist diese Empfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen und damit auch letzten Sitzung in diesem Jahr.

Unsere Landtagspräsidentin lädt Sie ins Foyer zu einem kleinen Imbiss mit adventlicher Blasmusik ein, die sie aber nicht selber spielt.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 28. Januar 2009, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend, ein harmonisches und friedliches Weihnachtsfest, erholsame Tage zwischen den Jahren und einen guten Start ins neue Jahr 2009.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:04 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.